

Das Argument

51

10. Jahrgang 1969

Zur Politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus. Probleme der Entwicklungsländer (IV)

Günther Anders: Imperialismus und Kampf dagegen oder Philosophisches Wörterbuch heute (II)	1
Peter Strotmann: Der Zusammenbruch des kapitalistischen Entwicklungsmodells in der Dritten Welt	32
Hans-Georg Isenberg: Imperialismus und Entwicklungs- hilfe – Zur Stabilisierung der Abhängigkeit	50
Bernd Schüngel und Peter Strotmann: Thesen zum Beitrag von Hans-Georg Isenberg	66
Bernd Schüngel: Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt (1. Teil)	68
Veit-Michael Bader, Heiner Ganßmann, Werner Goldschmidt und Burkhard Hoffmann: Zur Kritik an Barans und Sweezys Theorie des Monopolkapitalismus	95
Besprechungen	103

Günther Anders

Imperialismus und Kampf dagegen oder Philosophisches Wörterbuch heute (II)*

Die Auslassung

Was im Kurier stand **

Zweihundert Nationalgardisten mußten am Freitag aufgeboten werden, um die Ruhe wiederherzustellen, als im Negerviertel der Stadt eine Gruppe von 250 Farbigen Geschäfte plünderte und Brände legte. Auch in Ch. kam es in der Nacht auf Freitag zu Ausschreitungen. Fahrzeuge wurden mit Steinen beworfen und umgestürzt. Etwa 300 Neger versuchten, ein Einkaufszentrum zu stürmen. Der Polizei gelang es jedoch, die Ruhe wiederherzustellen.

Was nicht im Kurier stand **

Die gesamte Bevölkerung von Ch. mußte am Freitag aufgeboten werden, um die Ruhe wiederherzustellen, nachdem aus einem amerikanischen Viertel des Himmels eine Gruppe von 250 USA-Bombern die Stadt attackiert und in Brand gesteckt hatte. Auch in Ch. kam es in der Nacht auf Freitag zu solchen Ausschreitungen von oben. Vietnamesische Fahrzeuge wurden mit Bomben beworfen und vietnamesische Brücken zum Zusammenstürzen gebracht. Etwa 300 Amerikaner versuchten, ein Wohnzentrum zu verwüsten. Der Bevölkerung gelang es jedoch, die Ruhe wiederherzustellen.

Dialektik der Gleichzeitigkeit

Der Ausdruck „Ungleichzeitigkeit der Kulturen“ stammt bekanntlich von Spengler. Der Sinn, den er diesem Wort gibt, ist zwar nicht falsch, aber banal: Was er meint, ist, daß die Welt aus Kulturen bestehe, von denen einige biologisch jung, andere reif, andere im Verfall begriffen sind. Gleich, ob diese biologischen Kategorien als kulturhistorische erlaubt sind oder nicht — natürlich sind sie es nicht —, wichtig ist, daß der Mangel an Synchronie der Kulturen heute ungleich auffälliger und akuter fühlbar ist als früher —, und zwar deshalb, weil unterdessen „*Syntopie*“ eingetreten ist, womit ich meine, daß die Welt zu einem einzigen und übersehbaren *topos* ge-

* Vgl. die erste Folge in Argument 45/1967; die dort veröffentlichten Artikel sind inzwischen mit anderen im Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, erschienen unter dem Titel „Visit Beautiful Vietnam“.

** Kurier, Wien. 27./28. Juli 1968.

worden ist — eine Tatsache, die uns dazu befähigt bzw. dazu zwingt, die nicht synchronen Kulturen gleichzeitig, mindestens nebeneinander, in einem einzigen Bilde zu sehen.

Die Epoche, in der diese Asynchronie einfach als geschichts-philosophisch interessante Tatsache behandelt werden konnte, ist vorbei. Heute ist das Problem ein politisch-moralisches, und zwar ein in mehrfachen Hinsichten dialektisches.

Einerseits hatte die Diskrepanz zwischen den „entwickelten“ und den „unterentwickelten“ Völkern¹, zwischen den *haves* und den *have-nots*, also Asynchronie, zu den Voraussetzungen unserer heutigen Welt gehört. Ohne ausbeutbare, asynchron gebliebene bzw. asynchron gemachte Länder wäre die Machtentfaltung der heutigen kapitalistischen Großmächte niemals möglich gewesen. Wieweit diese Diskrepanz zum Zwecke der Sicherung der Überlegenheit aufrechterhalten und wieweit sie zum Zwecke der Absatzgewinnung und der Verhinderung von revolutionären Kriegen verkleinert werden muß, dieses Dosierungsproblem beschäftigt die Großmächte pausenlos — „Entwicklungshilfe“ ist der Titel für dieses Problem.

Da es zum Wesen der imperialistischen Mächte gehört, kein Gebiet der Erde nicht zu besitzen, mindestens nicht zu kontrollieren, synchronisieren sie, ob sie das wollen oder nicht, alle Gebiete der Welt durch ihre Präsenz. Sogar durch Bebombung kann Synchronisierung vor sich gehen, und manche, die zuvor außerhalb unseres Geschichtsraumes eigen- oder ungeschichtlich gelebt hatten, werden, wenn sie überleben, da nach der Bebombung neu aufgebaut werden muß, zu Zeitgenossen. — Etwas Analoges ist bereits innerhalb der Gebiete der industrialisierten Länder selbst geschehen, denn in diesen gibt es ja auch nicht mehr die Differenz zwischen Residenz und Provinz, diese ist durch die Leistung der Technik, die alles überall hinbringt, bereits aufgehoben.

Die Prozesse der Synchronisierung sind ferner deshalb dialektisch, weil durch die Versuche, die Asynchronisiertheit unterentwickelter Länder aufzuheben, nationale Befreiungsbewegungen ausgelöst oder unterstützt werden, Bewegungen also, die durchaus nicht „synchron“, sondern verspätete Imitationsstücke aus dem 19. Jahrhundert sind. Bei der Lektüre von Fanon kann man trotz aller Bewunderung für seine revolutionäre Leidenschaft die Töne eines oft geradezu chauvinistisch klingenden Nationalismus nicht überhören, Töne, die vermutlich sogar in den Ohren eines so konservativen Mannes wie des immerhin schon in Europa-Maßstäben denkenden Adenauer schon veraltet geklungen hätten. Wenn ich gerade Fanon nenne, so deshalb, weil in ihm die „Dialektik der Gleichzeitigkeit“ ihre Kulmination gefunden hat. Da er nämlich, im Unterschied zu „naiven“ ethnozentrischen Patrioten der Länder A oder B oder C, die Tatsache des Imperialismus als internationale Tatsache der Länder A bis Z

1 Das Wort „unterentwickelt“ verstehe ich nicht anders als die Worte „erobert“ oder „unterjocht“, also als ein *participium perfecti passivi*.

begriffen hat, hat er die Sache aller unterentwickelten, aller für Befreiung, Autonomie und Souveränität kämpfenden Völker zu seiner Sache gemacht. Dadurch wurde er (wie absurd das auch klingen mag, und tatsächlich hat es früher dergleichen niemals gegeben) zu einem „pluralen Nationalisten“, zu einem „internationalen Patrioten“ aller unterentwickelten kolonialer oder halb-kolonialer Vaterländer. Seine Parole hätte lauten können: NATIONALISTEN ALLER LÄNDER — nein, nicht: „vereinigt euch“, sondern: SEID EINIG IN EURER GETRENNTHEIT²! Der Widerspruch, der hier vorliegt, ist wirklich abenteuerlich. Einerseits stellt jede Befreiungsbewegung den Versuch dar, die von der Übermacht auferlegte Asynchronisiertheit abzuwerfen; andererseits verwirklicht sich dieser Versuch in anachronistischer Form, sogar mit Hilfe von obsoleten Zielsetzungen, von Zielsetzungen des europäischen 19. Jahrhunderts, als Versuch, im Zeitalter der Großräume und der alle partikulare Souveränität durchbrechenden Waffen und Zerstörungsmittel von heute nationale Souveränität im kleinsten zu erkämpfen. Oft geht das nicht nur chauvinistisch, sondern sogar stammespatriotisch vor sich, und zuweilen klingen (man kann das nicht leugnen) sogar bei Fanon selbst blubohafte* Töne auf³.

Andererseits geht eben dieser Anachronismus auf eine durchaus zeitgemäße, nämlich internationale Art vor sich: als Antikolonialist und Nationalist ist Fanon eben genauso global wie der heutige Kolonialismus selbst — und darin besteht das neue dialektische Element.

Als letzter dialektischer Schnörkel kommt schließlich hinzu, daß er, um seinem „internationalen Nationalismus“ Ausdruck zu verleihen, keine andere Sprache verwenden konnte als die Sprache derer, von denen sich zu befreien, er an die Unfreien appellierte. In Algerien konnte er, der in der Kolonie Martinique, also in Amerika Geborene,

2 Mir scheint, das Sartre, der Fanon den Appell „Eingeborene aller unterentwickelten Länder, vereinigt euch!“ in den Mund legt, nicht ganz recht hat. (Siehe sein Vorwort zu Fanons „Les damnés de la terre“.)

* „Blubo“ = Kürzel für das nazistische „Blut und Boden“.

3 Machen wir uns keine Illusionen. Es kann uns, die wir die Befreiungskämpfe der Kolonisierten oder der Unterentwickelten zu fördern versuchen, durchaus passieren, daß wir versehentlich verspätete Ziele mitfördern. Als ich in Japan vor zehn Jahren, 1958, auf dem Kongreß gegen Atomrüstung den USA ihr Recht auf atomare Experimente deshalb absprach, weil der Streuungsradius dieser Tests weit über die Grenzen des eigenen Landes hinausging, weil also, verglichen mit dem Effektiv-Radius der heutigen Technik die politischen Grenzen von gestern lächerlich geworden seien; und als ich es als notwendig bezeichnete, daß jedes souveräne Land gewisse Souveränitätsrechte aufgeben: nämlich darauf verzichten, auf seinem Boden solche Aktionen durchzuführen, die auf dem Boden anderer Länder Konsequenzen hätten, da wurde mir von den Falschen applaudiert, nämlich von den japanischen Nationalisten, die aus meinen Worten lediglich die Forderung nach Einschränkung der Macht der USA heraushörten. Und auch heute, in der Zeit des Vietnamkrieges, werden wir zuweilen, da wir gegen Imperialismus polemisieren, von chauvinistischen Sprechern unterentwickelter Völker gelobt.

seinen Appell zur Entfranzösisierung allein mit Hilfe „seines“ und „ihres“ Französisch in Worte bringen. Als die für die gemeinsame Sache der Knechte gemeinsame Sprache dient die des Herrn bzw. des Exherrn. Und auch heute ist das noch nicht anders. Wie sollten sich z. B. Vietnamesen und Algerier miteinander verständigen, wenn nicht mit Hilfe der Sprache derer, denen sie beide einmal unterworfen gewesen waren? Diese Generalnenner-Rolle des „Herrn“ war in Hegels „Phänomenologie“ noch nicht vorgesehen.

Manövertote

Unter den vielen bereits behandelten Gründen für den Angriff der Vereinigten Staaten auf Vietnam ist einer, den wir uns gewöhnlich deshalb nicht klarmachen, weil wir undialektisch in den Vietnamesen einfach Vietnamesen sehen und in deren Sterben einfach deren Sterben. Wenn wir unser Denken auf dem wahrhaftig nicht gerade alpinen Dialektkniveau von Johnson & Co. durchführen würden, dann würden wir begreifen, daß diese in Nordvietnam durchaus nicht nur Nordvietnam sehen, sondern auch das Vorzimmer Chinas, und daß sie bei der Bebombung Nordvietnams durchaus nicht nur auf Hanoi abzielten, sondern auch auf Peking — deshalb nämlich, weil China im Herbst 1964 zur Atommacht aufgestiegen war. In anderen Worten: die Bebombung von Nordvietnam war und ist nicht nur ein Kriegsakt, sondern zugleich auch ein „friedlicher“ Akt, ein Akt nämlich, der sich während des zwischen den USA und China herrschenden Friedens abspielte; freilich eben ein Akt der *Warnung*. Die *Vietnamesen*, die zugrunde gegangen sind, die *sind* mithin *nicht nur als sie selber*, nicht nur als Nordvietnamesen *gestorben, sondern auch als Warner* — womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß sie sich im Sterben selbst als Warner angesehen oder angeboten, oder daß sie sich gar geopfert hätten; vielmehr, daß Johnson (dessen Wunsch es war und natürlich auch heute noch ist, daß sich die Chinesen die nordvietnamesischen Ereignisse „hinter die Ohren schreiben“) den Nordvietnamesen bzw. deren Sterben diese Warnungsrolle zugewiesen hat. In gewissem Sinne sind also die sterbenden Vietnamesen *Angestellte* Johnsons, dessen Boten, und man darf sogar zufügen: hochbezahlte Angestellte, da sich Johnson ja deren Sterben viel kosten läßt; wenn auch andererseits nicht behauptet werden kann, daß die so kostspieligen Boten selbst viel Gelegenheit haben, in den persönlichen Genuß der in sie investierten Beträge zu kommen. Der Unterschied zwischen üblichen Kriegsopfern und diesen liegt auf der Hand: denn hier handelt es sich ja nicht wie in anderen oder früheren Kriegen darum, daß Männer in Erfüllung ihrer soldatischen Pflichten zugrunde gehen; und diese Pflichten haben sie ja nicht im Kampf gegen ihre Feinde zu erfüllen, sondern in deren Auftrag; und sie sterben nicht deshalb, weil das ein mit ihren Pflichten verbundenes Risiko wäre, vielmehr besteht ihre Pflicht selbst im Sterben.

Was seit Jahren auf dem nordvietnamesischen Kriegsschauplatz vor sich geht, entspricht im Prinzip genau dem, was 1945 bei der

Vernichtung Hiroshimas und Nagasakis vor sich gegangen war, da ja auch von den damaligen japanischen Opfern gilt, daß sie nicht als sie selber umgekommen sind, nicht deshalb, weil die USA in ihnen damals noch Feinde gesehen hätten (das Kapitulationsangebot war ja dem Abwurf der zwei Atombomben vorausgegangen), sondern deshalb, weil sie, ohne das zu wissen, als Warner angestellt worden waren, weil sie durch ihr Sterben eine Dienstleistung zu erfüllen, nämlich im Namen ihrer Mörder der damals noch atomwaffenlosen UdSSR (von der die wissenschaftlich analphabetischen USA-Politiker annahmen, daß sie allein eine Atombombe niemals zusammenbasteln können) ein „You better watch out!“ zuzurufen, ein „Was wir Euch heute hier vorsterben, das könnte, wenn Ihr Euch nicht anständig benehmt, morgen auch bei Euch fällig werden“.

Die Namen, die ich vor zehn Jahren den Toten von Hiroshima gegeben hatte: „Manövertote“ und „Drohmaterial“⁴, die gelten unverändert auch heute für die Toten von Vietnam.

Die Legende vom schönen Mißbrauch

In allen nordvietnamesischen Provinzen haben sich, trotz der pausenlosen Bebombung, die lokalen Industrien von Maschinen, namentlich von landwirtschaftlichen Geräten, genauso enorm gesteigert wie die von Seife, Tee und Düngemitteln. Als sich ein Bekannter von mir, der japanische Soziologe Shingo Shibata, der Nordvietnam vier Wochen lang im Juli vorletzten Jahres besuchte, bei den Einwohnern danach erkundigte, von wo sie denn in so furchtbarer Zeit so viel erstklassiges Rohmaterial für die Maschinerie hätten beziehen können, da wiesen die Befragten dankbar schmunzelnd nach oben. Nein, den Manna spendenden Gott meinten sie dabei nicht. Sondern ihre Gegner, ihre Tod säenden Gegner. Da diese hunderttausende Tonnen von Granaten aus dem Himmel geworfen hatten, war es den Vietnamesen möglich gewesen, zehntausende von Tonnen besten amerikanischen Metalls, ohne dieses erst suchen oder gar aus Bergwerken zum Tageslicht fördern zu müssen, einzusammeln. Die Granatsplitter derer, die pausenlos den Tod austreuen, verbürgen die pausenlose Steigerung der Geräteerzeugung.

Daß, wie der Prophet es erhofft hatte, ein Volk seine Schwerter in Pflugscharen umschmiedet, das geschieht selten genug. Daß ein Volk aber aus den Schwertern seiner Mörder Pflugscharen herstellt, das ist noch niemals dagewesen. Nicht nur gilt, daß jede vietnamesische Provinz, um trotz der Bebombung der Transportwege überleben zu können, dazu gezwungen war, sich industriell so autark wie möglich zu machen; außerdem, daß jede *durch* die Bebombung dazu in der Lage gewesen ist.

Dies also ist die wahrhaftige Legende von dem schönen Mißbrauch, den die Vietnamesen mit den ihnen zugeordneten Mordwaffen getrie-

4 „Der Mann auf der Brücke“, München, 2. Aufl. 1963, S. 141.

ben haben und auch heute noch treiben. Wenn es erlaubt wäre, eine Legende als Farce enden zu lassen, dann dürfte man von dem amerikanischen Bombenproduzenten erzählen, der, als er von diesem skandalösen Mißbrauch seiner Produkte durch seine Gegner hörte, aus Gram in die Grube fuhr; oder von dem vietnamesischen Geräteschmied, der sich, als die Bebombung nachließ, Sorgen zu machen begann, von wo er das notwendige Rohmaterial nun beziehen sollte⁵.

Es lohnt sich nicht mehr

I

Am 31. Oktober 1968, einige Stunden vor Johnsons Ankündigung des Bombenstops, meldeten die Blätter, Rundfunk- und Fernsehstationen der ganzen Welt, daß die amerikanischen Kampfflugzeuge ihre Attacken auf Ziele im Südgebiet von Nordvietnam fortsetzten. In den letzten Tagen, so hieß es weiter, hätten sie diese Südprovinzen des Nordens so massiv mit Bomben eingedeckt, daß einige der Flugzeuge „mangels lohnender Ziele mit ihren Bombenlasten zu ihren Stützpunkten zurückgekehrt“ seien. „Die Einsätze lohnen sich fast nicht mehr“, sagte ein amerikanischer Offizier, der wirklich in die Geschichte der Philosophie einzugehen verdient: denn seit diesem seinem Ausspruch hat nun die Redensart „eine Aktion lohnt nicht mehr“, ihren ursprünglichen Sinn verloren, nun bedeutet sie, daß sie deshalb vergeblich und unproduktiv bleiben müsse, weil ihr kein Opfer möglicher Zerstörung mehr zur Verfügung stehe. *Unlohnend ist also die Nichtdestruktion.*

Man stelle sich einmal die bedauernswerten, mit diesen nichtlohnenden Missionen beauftragten, Boys vor: Handlungsreisenden gleich, die nach ihrer Tour am Abend alle Warenproben, die die Firma ihnen mitgegeben hatte, der Firma zurückstellen müssen, weil sie kein einziges Objekt hatten loswerden können, landen auch sie nun mit ihren unangetasteten Bomben und ihren jungfräulichen Napalmladungen und haben diese wieder ausladen zu lassen. Offenbar ist — wiederum in der Sprache der Handlungsreisenden — die Gegend „saturiert“, es gibt dort nichts und niemanden mehr, der noch Bomben auf seinem Dache oder Napalm auf seinem Körper benötigte. Und es wäre nur begreiflich und sogar berechtigt, wenn diese so unproduktiv eingesetzten Angestellten darauf drängen würden, daß man ihnen rasch bessere Absatzgebiete zuteile, Gebiete, in denen es noch Häuser gibt, die zusammenstürzen und Leiber, die noch in Flammen aufgehen könnten.

Flüsternd darf man wiederholen, daß diese Nachricht nur wenige Stunden vor der anderen Nachricht über Johnsons Ankündigung durch die Blätter und über die Sender gegangen ist. Schwer zu glauben, daß zwischen den zweien kein Zusammenhang bestehe.

⁵ Weitere Beispiele für den schönen Mißbrauch s. Georg W. Alsheimer, Vietnam 1968, Merkur No. 240, S. 341/42.

II

Die besagte UPI-Meldung vom 1. November lautet im Original: „American pilots said so few targets were left that planes returned with tons of undropped bombs.“ In anderen Worten: „Dasjenige was total zerstört ist, weiterzuerstören, das wäre ebenso unwirtschaftlich wie unsinnig, wie unmöglich.“ — Wie widerspruchsvoll die Situation ist, in die sich die Amerikaner durch ihre systematische Destruktion hineinmanövriert haben, das beweist ein in der gleichen Meldung zitierter „US Military Informant“: „Bombing the North is our trump card in negotiations with the Communists, but the missions are on their last legs“ — was nichts anderes bedeuten kann als: Solange wir noch nicht alles zerstört hatten, hatten wir mit Weiterbomben drohen können und daher noch Erpressungskraft besessen. Diese guten Zeiten sind vorüber. Dadurch, daß wir nun auf Grund unserer Übermacht alles zerstört haben, stehen wir gewissermaßen ohnmächtig da. Denn womit könnten wir dem Lande denn nun noch drohen? — Dialektisch formuliert: Nunmehr ist das Land geschützt durch den Totalschaden, den wir ihm zugefügt haben. Und davor müssen wir die Waffen strecken.

Das höchste Opfer

Was kann wohl ein Präsident der Vereinigten Staaten seinen zweihundert Millionen „lieben Mitbürgern“ erzählen, welcher Redensart, welcher Metapher wird er sich wohl bedienen, um diese zweihundert Millionen von der unsäglich intensität seines Wunsches nach Frieden und nach der Rettung seiner Zeitgenossen zu überzeugen? Wird er ihnen vielleicht versichern, daß er, wenn er dadurch die weitere Verwüstung von Dörfern und Städten hätte vermeiden können (oder vermeiden könnte), bereit dazu gewesen wäre (oder auch jetzt noch bereit dazu sei), das *sacrificium supremum* zu bringen, also sich selbst zum Opfer zu bringen? Nicht in den United States, in denen — darauf kann er ja bauen — die echte und ewige Hierarchie der Werte intakt geblieben ist. Das Schillersche „Das Leben ist der Güter höchstes nicht“, das kennt er, ohne je von der „Braut von Messina“ gehört zu haben, und er weiß, daß seine zweihundert Millionen liebe Mitbürger das ebenfalls wissen. Denn am höchsten rangiert das, was man *hat*, und nur wer *das* opfert, bringt das *sacrificium supremum*. Aus diesem Grunde hat er seinen zweihundert Millionen an jener Stelle der Rede, an der wir erwartet hätten, daß er sich bereit erklären würde, sein Leben für den Frieden hinzugeben, mit der gleichen Freude hinzugeben, mit der er das Leben anderer für den Krieg hingegeben hatte, versichert — und an dieser Stelle erreichte die Rede ihren Herzton —, daß er dazu bereit gewesen sei, *sein gesamtes Eigentum* für den Frieden auf Spiel zu setzen. „Alles, was ich habe“, so heißt es daher (übrigens nur wenige Absätze, bevor er den Segen Gottes für alle seine zweihundert Millionen erfleht), „alles, was ich habe, hätte ich darum gegeben, wenn die Umstände mir bereits vor Monaten eine Einstellung der Bombenangriffe gestattet haben würden ...“

Natürlich hätte er sich, wenn er zu diesem Zwecke tatsächlich sein Eigentum geopfert hätte, bei seinen zweihundert Millionen höchst verdächtig gemacht. Denn wo hat es denn das schon einmal gegeben, ist denn das denkbar, daß einer, der normal ist, nur um des lieben Friedens willen die Heiligkeit des Eigentums mißachtet und das Seine so fortwirft, als wäre es ein Nichts oder als wäre es nur sein Leben oder das der anderen?

Natürlich ist das undenkbar. Aber gerade aus diesem Grunde, gerade weil die Opferung des Eigentums ganz und gar unerhört wäre, ist sie als Metapher für die Intensität seines Friedenswunsches und für seine Bereitschaft zum *sacrificium supremum ideal* geeignet.

In wessen Händen das Schicksal Vietnams liegt

Die Behauptung, daß die Gigantomachie zwischen den zwei amerikanischen Präsidentschaftskandidaten im vulgärsten Zirkusstil vor sich gehe und daß sie eine Riesenschlacht zwischen zwei durch und durch, wenn auch auf verschiedene Weise, mediokren Personen sei, reicht nicht annähernd dazu aus, um die Komik, die Gespenstigkeit und Schauerlichkeit des Wettkampfes zu charakterisieren, den diese zwei Männer Nixon und Humphrey um den Platz ausfechten, von dem aus in ein paar Monaten einer von ihnen — fast gewiß Nixon — nicht nur das Schicksal Vietnams und die Zahl der täglich dort zu Ermordenden in seiner Hand halten wird, sondern sogar über das Sein oder Nichtsein der Menschheit überhaupt wird entscheiden können. Wahrhaftig, in einer erfreulichen und beneidenswerten Welt würden wir leben, wenn jeder von den zweien eine bestimmte, nur mit ihm identifizierbare, wenn auch noch so alberne, politische Philosophie vertreten würde, Nixon diese und Humphrey jene; und wenn jeder von ihnen im Innersten davon überzeugt wäre, daß allein *seine* Überzeugung die wahre ist, und allein mit dem Siege *seiner* Überzeugung das Wohlergehen seines Landes und die „Freiheit Vietnams“ und die Zukunft der Menschheit verbürgt sein würde. Wenn! Aber selbst dieses Minimum ist uns nicht vergönnt.

In einem langen serialisierten Artikel des von Millionen gelesenen Kolumnisten Joseph Alsop⁶ lesen wir, daß Nixons Hauptberater, bzw. der heimliche Kapitän seiner Wahlkampagne, ein gewisser Joseph Bachfelder sei, der Leiter eines, mit dem Gallup Poll vertraglich aufs engste verbundenen, Opinion Poll Instituts. Nixon lasse sich regelmäßig von Bachfelder die gerade populärsten Meinungen und Wünsche mitteilen; und einen Tag oder zwei Tage später erschienen dann diese ebenso regelmäßig als angeblich aus der Tiefe seiner Seele steigende Hauptüberzeugungen und Hauptforderungen in den (sich täglich, eben mit dem Wandel der poll results wandelnden) Wahlreden Nixons. Von Tag zu Tag wiederhole Nixon also dasjenige, was er — zwar nicht mit seinem Finger am Puls des Volkes, aber doch

6 Z. B. in „Herald Tribune“, European Edition, September 19, 1968.

mit seinem Telephonhörer am Munde der Meinungsstatistiker — als gerade vorherrschenden Tagesslogan oder -wunsch der Bevölkerung erfahre. Alsop behauptet geradezu, „Nixons Kampagne bis heute“ sei „weitgehend poll-dominated.“⁷

Man mache sich einmal klar, was das bedeutet. Um zu entscheiden, welche Meinung oder welche „Stimmung“ er morgen in seiner Wahlkampagne mit dem Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit vertreten sollte, läßt er heimlich diejenigen ausfragen, die er morgen zu belehren und von denen er morgen als die führende Persönlichkeit anerkannt zu werden wünscht; und diesen Ausgefragten tischt er dann morgen dasjenige auf, was sie selber, von seinem Opinion Poll Institute gemolken, von sich gegeben haben. Er hofft also, sich in ihren Augen und in ihren Herzen dadurch, daß er sie mit ihren eigenen Produkten beliefert, als der Größte und als der schlechthin Unentbehrliche durchzusetzen.

Und das mit Recht. Denn daß ihnen sein Trick bekannt werden könnte, das befürchtet er nicht. Oder richtiger und schlimmer: Er befürchtet noch nicht einmal, daß sich für ihn, *wenn* ihnen dieser Trick bekannt würde, irgendein Nachteil daraus ergeben würde. Vermutlich ist ihm der Gedanke, daß sie an seinem Trick Anstoß nehmen könnten, noch niemals gekommen, und würde jemand diesen Gedanken äußern, er würde ihn gewiß als völlig abwegig abtun. Denn auch er selbst sieht ja in diesem keinen Trick, sondern (da er anbietet, was die Nachfrage wünscht) den im geschäftlichen Leben allgemein üblichen Dienst am Kunden, einen Dienst, dessen Methoden ja wahrhaftig („we have nothing to hide“) von niemandem verborgen werden oder verborgen zu werden brauchen, die er also auch getrost, wie es ja in Alsops Artikel geschehen ist, veröffentlichen lassen darf. Daß er ihnen dasjenige liefert, was er ihnen hatte abzupfen lassen, das geht mithin in voller Öffentlichkeit vor sich, und er kann fest darauf bauen, daß es keinem einzigen Republikaner in den Sinn kommen wird, empört über Alsops „Enthüllungen“, nun zu Humphrey zu desertieren oder sich wegen dieser „Enthüllungen“ davon abhalten zu lassen, weiter für ihn zu werben und ihn schließlich zum Präsidenten der USA zu wählen. Wie unglaublich die Formel auch klingen mag, aber eine der Hauptregeln der Sozialpsychologie müßte lauten: *Kenntnis des Beschwindeltwerdens schützt niemanden davor, sich weiter beschwindeln zu lassen.*

7 Alsop gibt zwar zu, daß die Resultate der vom Bachfelder-Institut für Nixon zusammengestellten Questionnaires streng geheim gehalten würden; andererseits aber hat er durch Vergleiche festgestellt, daß die Ergebnisse der diversen, unabhängig voneinander arbeitenden, „Public Opinion“- und „Mood Polls“-Firmen gewöhnlich nahezu identisch seien; und ferner, daß die von Nixon bzw. seinen ghost writers jeweils in den Vordergrund gestellten Ansichten und Forderungen auf das verblüffendste von den Meinungsforschungsinstituten jeweils konstatierten Lieblingsthesen und -forderungen ähnelten, nein, daß sie sogar „near perfect fits“ darstellen.

Nach Alsops Schilderung stellt sich der Mechanismus, der die tägliche Auswahl der Themen und Thesen der Nixonschen Wahlreden bestimmt, so dar: Wenn das Opinion Poll Institute am Montag ausgefunden hatte, daß eine beträchtliche Zahl der Ausgefragten den „Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung“ den Gerichtshöfen der Vereinigten Staaten zuschreibe, dann teilt Nixon in seiner Dienstagrede den Ausgefragten diese sinnlose Erklärung als seine eigene glühende Überzeugung mit. Wenn das Institut am Dienstag eruiert hat, daß in den Augen der Befragten der besagte angebliche „Zusammenbruch“ durch „organized crime“ verschuldet worden sei, dann predigt Nixon diesen Unsinn — wie gesagt: wiederum denjenigen, von denen er stammt — am Mittwoch. Wenn am Mittwoch das Institut festgestellt hat, daß ein eindrucksvoller Prozentsatz der Bevölkerung die (in Amerika zahlenmäßig beinahe inexistenten) Kommunisten für den angeblichen „Zusammenbruch“ verantwortlich macht, dann klagt Nixon in seinen Donnerstagsreden die Kommunisten an — kurz: *stets gibt er der Kuh diejenige Milch zu saufen, die man ihr eben abgemolken hatte*, und stets empfiehlt er sich dieser Kuh auf Grund dieser Lieferung als ihr bester und verlässlichster Fürsorger⁸. — Natürlich wird man einwenden, was er da tue, das sei nichts anderes, als was alle Produzenten täten, da diese dem Publikum eben dasjenige lieferten, was dessen Wünsche erfülle. Die Analogie ist deshalb falsch, weil es ja — was heute bereits allbekannt ist — gar nicht zutrifft, daß Produzenten primär die Wünsche des Publikums berücksichtigen. Wahr ist ja vielmehr, daß sie erst einmal, oder mindestens gleichzeitig mit der Erzeugung ihrer Produkte, die Bedürfnisse des Publikums erzeugen — und zwar nach Maß, d. h.: den Hunger nach denjenigen Produkten, die sie vorrätig haben oder die sie anzubieten planen. In diesem Sinne darf man freilich zugeben, muß man sogar zugeben, daß sich Nixons Prozedur von den üblichen

8 Natürlich gilt genau dasselbe von seinem Gegenspieler Humphrey. „Hubert Humphrey“, lesen wir, „hat schon alles gesagt: Er hat liberale und nichtliberale Standpunkte vertreten; er hat die Verständigung mit der Sowjetunion befürwortet und den Kalten Krieg gepredigt. Er hat als Senator das Kommunisten-Kontrollgesetz von 1954 eingebracht und Toleranz gepredigt. Er hat Amerikas Weltpolizistenrolle verteidigt und erklärt, daß Amerika nicht die Weltpolizistenrolle übernehmen dürfe. Und nach dem demokratischen Kongreß in Chicago hat er die faschistoide Polizeirepression des Bürgermeisters Daley an einem Tage getadelt, am nächsten gerechtfertigt und am dritten Tag als ‚unamerikanisch‘ verurteilt. Humphrey ist, mit einem Wort, ein Firmendirektor, der sofort und ohne Zeitverlust auf Marktforschungsberichte aller Art reagiert.“ (Hans Fleig, „Chicago als Ereignis“, in „Stimme der Gemeinde“ No. 19.) — Wenn dem so ist, dann stellt also das Ringen um die Präsidentschaftsposition keinen Kampf zwischen zwei Vertretern verschiedener politischer Tendenzen dar, sondern einen Kampf zwischen Poll Institutes — was schon gespenstig genug ist, aber geradezu absurd wirkt, wenn man bedenkt, daß sich (s. o.) die Ergebnisse der diversen Forschungsinstitute gewöhnlich nur unbedeutend voneinander unterscheiden.

der Produzenten nicht unterscheide. Denn sowenig es „natürliche Bedürfnisse“ gibt, Bedürfnisse, die man von sich aus hätte, sowenig gibt es „natürliche Meinungen“, die die Bevölkerung oder gar jederman „von sich aus“ besäße und die nur jedermann gleichberechtigt zu äußern brauche, damit der Gang der Demokratie verbürgt sei und bleibe. Nichts dergleichen. Wahr ist vielmehr, wie schroff das auch den ideologischen Voraussetzungen der bürgerlichen Demokratie zuwiderlaufen mag, daß alle Meinungen fabriziert und den Konsumenten geliefert werden; und daß, wenn die Belieferten, die eine Meinung äußern, diese als ihre eigene Meinung betrachten, sie einer Täuschung zum Opfer fallen. Oder milder: Ihre Meinung mag zwar „ihre“ sein, aber doch nur in dem Sinne, in dem der Knecht von „seinem“ Herrn spricht, d. h.: im Sinne des Besessenwerdens, nicht des Besitzens; oder im besten Falle in dem Sinne, in dem sie „ihren“ (ja nicht von ihnen selbst produzierten oder ihr Wesen manifestierenden, sondern von ihnen unter Kaufzwang erworbenen) Eisschrank besitzen — kurz: die Behauptung, Nixon ernähre die amerikanischen Wähler mit deren eigenen Produkten, da er ihnen dasjenige noch einmal einflöße, was sie ohnehin glauben und selber äußern, die ist falsch, mindestens nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit haben wir erst dann, wenn wir die Frage beantwortet haben, wodurch oder durch wen die Bevölkerung diejenigen Meinungen erhalten habe, die dann die Nixons, die ihr zu schmeicheln vorhaben, wiederholen. Und die Antwort auf diese Frage lautet natürlich, daß die Bevölkerung ihre Meinungen bereits von den Nixons selbst bezogen hat, die nun aus unergründlichen Gründen versuchen, das von ihnen selbst Gelieferte noch einmal auszufinden. Wie absurd das auch klingen mag, es ist keine Übertreibung zu behaupten, daß ein Establishment, das, um zu erfahren, womit es die Bevölkerung gewinnen oder zufriedenstellen soll, einem Poll Institute den Auftrag erteilt, deren „Opinions“ und „Moods“ zu entdecken, daß ein solches Establishment die researchers auf die Jagd nach Produkten schickt, die es selbst erzeugt und verteilt hat, auf die Suche nach Ostereiern, die es selbst versteckt hat; oder, um bei unserer ersten Metapher zu bleiben: auf die Entdeckung einer Milch, die die Kühe nur deshalb produzieren, weil sie zuvor vom Establishment mit solcher Milch gemästet worden waren.

Freilich, wer der Gebende ist und wer der Nehmende, das ist im einzelnen Falle heute nicht mehr feststellbar, die Gebenden nehmen das, was sie gegeben hatten von denen, denen sie es gegeben hatten; und die Nehmenden geben das, was sie genommen hatten, denen, von denen sie es fortzunehmen scheinen. Beide Parteien sind — kein Mechanismus könnte perfekter funktionieren als dieser des Establishments — Gebende und Nehmende zugleich. Und wenn dann schließlich ein Mann — Nixon wird er diesmal heißen — als erster Mann des Establishments darüber befinden wird, wie viele Vietnamesen im Jahre 1969 zu sterben haben werden, oder ob das Leben der Bolivianer oder gar das der Menschheit weitergehen soll oder nicht, dann wird er wirklich nicht mehr genau wissen, ob er darüber

von sich aus entscheidet oder im Auftrag; ob er nimmt oder gibt; ob er Herr ist oder Knecht⁹.

Letzte schwächliche Echos davon, daß persönlicher Charakter vielleicht doch eine Tugend sein könnte, sind allerdings noch vernehmbar. Vor mir liegt das UPI-Photo einer unter freiem Himmel abgehaltenen Wahlversammlung Nixons. Zwischen den normal-imbezell beschrifteten Transparenten (mit den Texten „Hurrah for Dick“ und „Here come de Prez“ (sic) und „Nixon for U.S.“ gibt es auch eines, übrigens das bei weitem größte, dessen Text lautet: „Character is your Qualification“. — Das Auftauchen dieses Transparents ist um so erstaunlicher, als es nicht Nixon ist, der sich als Eigentümer von Charakter seinen Versammlungsteilnehmern empfiehlt, daß es vielmehr diese Versammlungsteilnehmer selbst sind, die Nixon mitteilen, daß er Charakter besitze. Ich befürchte, diese Mitteilung ist für Nixon the shock of his life gewesen.

Dialektik der Rückeroberung

Am 2. Mai 1968 erfuhren wir durch eine deutsche Rundfunkstation — und die Nachrichtensprecherin konnte sich den Ton des Triumphs nicht verkneifen —, daß es den „Ledernacken“ in der Gegend von Hué geglückt sei, ein Waffendepot zu erobern, diese Waffen sofort umzudrehen und gegen den Feind einzusetzen. Daß den Ledernacken das gelungen sei, das braucht gar nicht bezweifelt zu werden. Nur ist der Bericht unvollständig, ihm fehlt ein wesentliches Element: die Mitteilung nämlich, daß die meisten der von Amerikanern eroberten Waffen ursprünglich amerikanische Waffen gewesen waren, die entweder auf die Seite der Viet Congs hinübergeschuggelt oder von diesen im Kampf erbeutet, umgedreht und gegen die Amerikaner eingesetzt worden waren. Die Stücke, die nunmehr in die Hände der Ledernacken gefallen sind, stellen also keine echten Beute-, vielmehr *Rückerbeutungstücke* dar. Um mit der Erbeutung von Waffen, die einem ursprünglich gehört hatten, die einem dann abgenommen worden waren und durch die man sogar schwere Verluste erlitten

9 Offenbar hat der Gallup Poll eine Enquête darüber angestellt, ob die amerikanische Bevölkerung einen Präsidenten mit eigener Meinung will oder einen, der die durch die Opinion Polls festgestellte öffentliche Meinung zum Ausdruck bringt. Das Resultat dieser Enquête scheint gewesen zu sein, daß die Mehrheit der Bevölkerung einen von den Opinion Polls unabhängigen Präsidenten wünsche. Denn Nixon hat in seinem Broadcast „The Presidency“ wörtlich erklärt: „Man erwartet vom Präsidenten, daß er nicht den Fluktuationen der Public Opinion Polls folge, sondern sich selbst für die besten Ideen, die die Administration ihm vorlege, entscheide.“ (Newsweek, September 30, 1968.) Es ist nicht reizlos, daß Nixon, nachdem er die Rede, der wir diesen Satz entnommen haben, gehalten hat, stolz damit geprahlt hat: „There's an awful lot of me in it“, womit er zugibt, daß der größere Teil dieser Rede *nicht* von ihm stammt. Und das kann selbstverständlich auch von dem zitierten Satz gelten, daß er selbst die Entscheidungen zu treffen habe. Es spricht vieles dafür, daß ihm selbst diese „seine“ Betonung der Selbständigkeit vorformuliert worden ist.

hat, um mit der Erbeutung solcher Waffen zu protzen, dazu gehört schon eine große Portion von Dummheit und Unverschämtheit.

Im übrigen ist es sogar gar nicht gewiß, daß diese Rückeroberung eigener Waffen im Interesse der Amerikaner, mindestens der amerikanischen Waffenindustrie, liegt. Denn, wie dialektisch das auch klingen mag, ein schwacher Gegner, der den Einsatz eines nur geringen Waffenpotentials erfordern würde, ist heute durchaus nicht erwünscht. Im Gegenteil, je üppiger ein Gegner mit Waffen ausgestattet ist, desto besser: denn desto nötiger ist die Belieferung der eigenen Truppen mit neuen Waffen, desto besser bleibt also auch die Weiterproduktion von Waffen verbürgt. Woher die in den Händen eines Gegners befindlichen Waffen stammen, das bleibt sich ziemlich gleich; wenn dieser mit Waffen kämpft, die er einem selbst einmal entwendet hat, so ist das immer noch besser, als wenn er über gar keine Waffen verfügt, also gar nicht mehr bekämpft zu werden braucht, also durch seine Schwäche die Weiterproduktion in den USA überflüssig macht. Rückeroberung von verlorenen Waffen hat mithin in den Augen der Industrie etwas von Industriesabotage an sich, und dieser Widerspruch zwischen den Interessen der Produktion und denen des Militärs müßte eigentlich aufs genaueste analysiert werden.

Lustmord und Mordlust

Da kommen also die armen GIs, die (auch wenn sie zu Hause gewußt hatten, daß es andere Sprachen gibt, aber was ist schon Wissen?) ihr Amerikanisch für die Sprache gehalten hatten — da kommen nun also diese armen, bis an die Zähne mit kolossalen Waffen ausgerüsteten kolossalen Boys aus Chicago, Memphis und L. A. in ein Land, dessen winzige Bewohner sich flink und freundlich miteinander verständigen (vor ihren Augen, die Unverschämten!, aber dennoch so, als wäre es hinter ihrem Rücken), während sie, die Eroberer, von jedem Gespräch ausgeschlossen bleiben.

Je größer die technische Übermacht eines Eroberers, um so unerträglicher ist es für ihn, um so tiefer kränkt es ihn, trotz seiner Übermacht die von ihm Überwältigten weder ansprechen noch verstehen zu können, niemals zu wissen, ob diese nicht gerade über ihn reden, also gegen ihn, vermutlich immer — je größer seine Übermacht, desto größer wird auch seine Wut über diese seine Unfähigkeit und seine Gier darauf, sich an ihnen für diese Frustration zu rächen.

Um sein Minderwertigkeitsgefühl loszuwerden und um seinen Rachedurst zu stillen, gibt es für ihn nur zwei Möglichkeiten, nämlich diejenigen zwei menschlichen Aktivitäten, die vorsprachlich sind: fucking and killing. Und da sich dort, wo Rachedurst herrscht, diese zwei Akte kaum unterscheiden, da der in Rage Geratene nicht mehr erkennen kann, wo seine Mordlust aufhört und sein Lustmord beginnt, und da er nicht mehr weiß, ob er im Schlachthaus herumtobt oder im Puff, bleibt als „Kommunikation“ mit der eingeborenen Be-

völkerung nur diese einzige Tätigkeit, die man ebensogut fuck-killing wie kill-fucking nennen kann.

Darf es den Vietnamesen verübelt werden, wenn sie in dieser Tätigkeit die self-expression ihrer Befreier sehen?

The Patience of Hope*

Auch diesen Weihnachtsabend 1968 hat also, wie Newsweek vom 6. 1. 1969 uns mitteilt, Bob Hope, der geduldige, wieder zusammen mit seinen GIs in Vietnam gefeiert. Auf ihn ist eben Verlaß. Und diesmal ist seine Missionsarbeit wohl sogar noch nötiger gewesen als in früheren Weihnachtszeiten, denn die Zeiten haben sich ja verändert, heute gibt es ja bereits GIs — schwer zu sagen, wie viele —, denen das ewige Weitemorden zum Halse herauszuhängen beginnt; eine kleine Injektion von „morale“ (im amerikanischen Sinne von Kampflust) kann den 600 000 Boys am Tage der Geburt des Herrn gewiß nichts schaden. Was Hope selbst betrifft, so hat er diesmal zwar auf die ihm seit Jahren vertraute Mitarbeit seines Kollegen: des Kardinals Spellman verzichten müssen — denn dieser ist unterdessen ja gestorben — aber solistisch hat er seine saisonbedingte Missionsarbeit auch diesmal nicht zu leisten brauchen, da der neue New Yorker Erzbischof Terence J. Cooke und der Freiluftevangelist Billy Graham für den Verstorbenen prompt eingesprungen sind, um die Versorgung der Helden mit Glaube und Liebe nicht einschlafen zu lassen.

Für Hope wird freilich, wenn die Situation einmal hopeless werden sollte, niemand je einspringen können, denn die Leistungen in seinem Spezialfach: in dem der Vulgarität, die sind erstmalig und schlechthin einmalig. Was er diesmal nämlich zum besten gegeben hat — man bedenke: vor GIs, die gerade von der Durchführung ihres blutigen Handwerks zurückgekommen waren, um sich etwas zu verpusten; vor Tausenden, die ihren John und Bob Kennedy verloren hatten; vor anderen Tausenden, deren Brüder von der Polizei in Chicago oder Detroit zusammengeprügelt worden waren; und schließlich vor Tausenden von Farbigen, denen man ihren Sprecher Martin Luther King ermordet hatte — also diesen GIs macht unser Bob Hope diesmal die Mitteilung: „*Eigentlich hatte ich vorgehabt, Weihnachten in den Staaten zu verbringen, aber ich vertrage nun einmal keine Gewalttätigkeiten*“¹⁰.

Ob Hope mit diesem Ausspruch einen ebenso großen Erfolg, nämlich „roaring laughter“, eingeheimst hat wie mit seiner nun schon klassisch gewordenen Behauptung, die Bebombungen Vietnams stellen eine ideale slum clearing-Aktion dar, das wird uns nicht mitgeteilt. Aber gleich, ob seine Worte gut angekommen sind oder nicht, wir haben in sie genau hineinzuhorchen. Denn auch sie enthalten Gemeinheiten verschiedenster Art, und zwar nicht etwa irgendwelche

* 1. Thess. 1, 3.

¹⁰ “I’d planed to spend Christmas in the States but I can’t stand violence” (Newsweek s. o. S. 35).

speziellen Gemeinheiten von Hope, der uns als Individuum natürlich überhaupt nicht zu interessieren braucht, sondern Gemeinheiten, die zum Programm derer gehören, denen an der Fortsetzung bzw. der Eskalation des Vietnamkrieges etwas liegt oder etwas gelegen hatte. Konzentrieren wir uns auf den, sich auf die Zustände in Amerika beziehenden Satz: „I can't stand violence.“

Mit diesem Satz verhöhnt Hope natürlich erst einmal diejenigen, die zu schlappschwänzig sind, um den Anblick von Blut und Feuer in Vietnam zu ertragen, also die „doves“ und die „Vietniks“, die gegen diesen Krieg angeblich nicht deshalb protestieren, weil sie der vietnamesischen Bevölkerung weitere Opfer zu ersparen wünschen, sondern allein deshalb, weil sie selbst zu schwache Nerven haben — in Johnsons Worten: weil sie „nervous nellies“ seien. Das impliziert wiederum, daß Nonkonformismus (der in Wahrheit ja Mut erfordert) nur ein Zeugnis von Schwäche und Feigheit ist; und außerdem, daß für den Vietnamkrieg zu sein, moralisch gut sei, da schwache Nerven und Feigheit ja Defekte sind. — All das ist aus Bob Hopes Weihnachtsworten, wenn man genau in diese hineinhört, zu erfahren.

Nun, daß ein Zusammenhang zwischen den Gewalttätigkeiten hüben und drüben besteht, das ist natürlich wahr. Aber daß hier *und* dort Blut vergossen wird, das macht ja die politische Schuld Amerikas und den psychologischen Zustand der Amerikaner nicht etwa harmloser, sondern natürlich nur noch erschreckender. Bob Hope aber benutzt die doppelte Inhumanität dazu, um jede von beiden zu verharmlosen. Er verwendet die Katastrophe zu Hause als Folie für die in Vietnam und die in Vietnam als Folie für die zu Hause. Wenn er seine Witzelei in deutliche Worte fassen würde, so würden diese lauten: „Lassen wir uns von den Spielverderbern nichts einreden, wir sind regular guys, denn *eine* Niedertracht neutralisiert die andere, Mord hier wiegt Mord dort auf, und keine Gewalttätigkeit bleibt verwerflich, wenn es deren mehrere gibt.“ Gewiß, an Hopes eigenen Fingern klebt kein Blut, und vermutlich hat er selbst so wenige Gewalttaten begangen wie die bekanntesten Schreibtischmörder unter Hitler. Aber das macht den Witzereißer nicht schuldlos, genausowenig wie den Schreibtischmörder die Tatsache, daß er seine Opfer nicht mit eigener Hand umgebracht hat, schuldlos gemacht hat. Im Gegenteil: Bob Hopes Schuld ist sogar größer als die seines Publikums, da dieses ja aus Tausenden von zur Gewalttätigkeit gezwungenen arglosen Boys besteht, er dagegen das Blutvergießen zu etwas Komischem macht und es als albern darstellt, sich darüber aufzuregen.

Schließlich noch die Bemerkung, daß Hopes schmutzige Witze viel besser in die Weihnachtsfeiern von 1967 oder 1966 hineingehört hätten als in die Feiern im Dezember 1968, daß sie heute eigentlich schon zu spät kommen und obsolet wirken. Denn wie können solche Witze heute noch bei Soldaten einschlagen, denen bekannt ist, daß Verhandlungen mit dem Feinde bereits im Gang sind, daß man sie selbst vielleicht bald nach Hause bringen wird; und daß ihre Regierung ziemlich froh wäre, wenn sie sich, ohne ihr Gesicht zu verlie-

ren, aus dieser Vietnam-Affäre herausziehen könnte. In dieser Lage ist wohl die Spekulation auf schadenfrohes Gelächter über Gewalttätigkeiten schon eine Fehlspekulation. Menschen, die es bereits zu langweilen anfängt, andere Menschen umzubringen, und denen es bekannt ist, daß man das blutige Handwerk bald von ihnen nicht mehr verlangen wird, denen macht es vermutlich keinen rechten Spaß mehr, wenn man über ihr Morden mit solcher Munterkeit redet. Um so weniger, als ja, wie es die GIs ebenfalls wissen, das Herummorden letztlich gar nicht gelohnt hat. Und mit Munterkeit reagiert man nur auf solche Witze, die sich auf erfolgreichen Mord beziehen.

Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß Bob Hope sich im nächsten Jahre nach einem anderen Publikum wird umsehen müssen. Nach einem auf einem anderen Kriegsschauplatz. Aber diese Sorge wird ihm das Weiße Haus gewiß abnehmen. Irgendwo, vermutlich in Südamerika, wird er im Dezember 1969 wieder mit Erfolg zu Weihnachten zynisch sein können.

Advocatus Diaboli

Der Amerika-Korrespondent einer großen deutschen Tageszeitung schrieb am 27. April 1968 aus Washington, der dem amerikanischen UNO-Chefdelegierten Arthur Goldberg nunmehr nachfolgende George Ball habe seinerzeit, da er es als „führende Taube“, also als Gegner der Bebombung Nordvietnams, „müde“ geworden sei, „im inneren Kreis der Macht die Rolle des ‚advocatus diaboli‘ zu spielen und dabei alle politischen Schlachten zu verlieren“, seine Stellung als stellvertretender Außenminister aufgegeben und sich ins Privatleben zurückgezogen.

An sich mag die Meldung, daß Ball nun Goldberg ersetzt, vielleicht sogar erfreulich sein, da Ball ja gewissermaßen selbst als ein Opfer des Angriffs auf Nordvietnam auftreten kann. Aber das in dieser Meldung verwendete Vokabular ist einfach ungeheuerlich.

Als „advocatus diaboli“ — der Korrespondent bedient sich dieses Ausdrucks ohne Ironie — hat er also bis vor kurzem, bis es opportun schien, sich wieder auf ihn zu besinnen, in dem Kreise von Skrupellosen, in dem er zu arbeiten hatte, deshalb gegolten, weil er es versucht hatte, der Verwüstung eines Landes und der Ausrottung der Bevölkerung dieses Landes Einhalt zu gebieten.

Nicht Krieg und Töten galten damals also als teuflisch, umgekehrt, vom Töten abzuraten. Tat man das, wie Ball das tat, dann gehörte man zu den „Tauben“. Die Tauben, die noch vor wenigen Jahren, das Ölblatt im Schnabel, als die Symboltiere des Friedens gegolten hatten, die waren nun, gerade weil friedlich, in teuflische Tiere verwandelt. Diese Inversion des religiösen Symbols ist ungleich teuflischer, als es der Verzicht auf alle Religion sein könnte.

Rührend, daß man ihn jetzt aus demselben Grunde zurückholt, aus dem man ihn damals zum Rücktritt gedrängt hatte: eben weil er damals die Rolle des „advocatus diaboli“ gespielt hatte, und weil man nun erhofft, daß er auf Grund dieser seiner Vergangenheit vor

dem Forum der Vereinten Nationen für die Vereinigten Staaten nützlich werden könnte. — Nicht gerade sehr würdig von Mr. Ball, sich so als „Spielball“ verwenden zu lassen.

Der Hinterhalt

Am 4. März 1968 meldeten sämtliche Zeitungen und Radiostationen des Westens aus Saigon, daß 48 GIs, die „in einen Viet-Cong-Hinterhalt geraten“ seien, getötet worden seien, und daß diese Untat „nur 14 km von Saigon entfernt“ geschehen sei. Daß die 48 amerikanischen Soldaten gefallen sind, bedauernswerte Jungen, vermutlich zum großen Teil Farbige, denen nichts dergleichen in ihrer Wiege oder wo immer sie gelegen haben mögen, gesungen worden war, das trifft gewiß zu. Wieder, wie so oft, besteht der Betrug hier statt in der Präsentierung unwahrer Tatsachen — höchst hinterhältig — in der Wortwahl, in der unwahren Präsentierung wahrer Tatsachen. Denn was soll denn hier der Ausdruck „Hinterhalt“ bedeuten? Erwartet man vielleicht von Vietnamesen, die verzweifelt versuchen, ihr Land endlich von den Eindringlingen zu befreien, daß sie sich in einen „Vorderhalt“ legen, sich also besonders sichtbar machen, um selbst umgebracht zu werden? Würde man denn behaupten, daß der Eigentümer eines Hauses, der sich innerhalb seiner vier Wände, und selbst aus dem Dunkel seines Kleiderschranks heraus, gegen die Mörder seiner Kinder oder seiner Geschwister verteidigt, „im Hinterhalt“ kämpfe?

Zusammenfassung aller amerikanischen Vietnam-Nachrichten und -Kommentare vom Sommer 1967 bis Sommer 1968, inklusive aller offiziellen

„Wenn die südvietnamesischen und die nordvietnamesischen Kommunisten nicht davor zurückscheuen, immer wieder anzugreifen, dann beweisen sie damit lediglich, daß sie am Ende sind („at their ropes end“) und in ihrer Ratlosigkeit und Panik schon nicht mehr beurteilen können, was zu tun sie sich zutrauen dürfen und was nicht. Und wenn sie in dieser ihrer Ratlosigkeit und Panik Dörfer oder Städte oder ganze Streifen Landes, die für uns wertlos waren, besetzen — wahrhaftig: Etwas Besseres könnten wir uns gar nicht wünschen, denn nun haben sie die Last der vietnamesischen Bevölkerung auf sich. Außerdem verfolgen sie damit natürlich keinen anderen Zweck als den, sich selbst und den von ihnen Versklavten Sand in die Augen zu streuen, um ihre totale Entkräftung unter angeblichen Erfolgen zu tarnen — wie denn überhaupt ihre sogenannten Siege nichts anderes darstellen als Symptome ihrer restlosen schon seit Jahren besiegelten Niederlage.“

Dialektik des Sieges

Noch im Zweiten Weltkriege war das Wort — Churchill hat es noch nach Dunkerque verwendet —, daß eine verlorene Schlacht nicht notwendigerweise ein verlorener Krieg sei, gültig gewesen.

Heute hat diese Redensart ihre Gültigkeit verloren. Aber nicht etwa deshalb, weil eine Schlacht verlieren heute doch wieder so viel wäre wie einen Krieg verlieren, sondern umgekehrt deshalb — der Vietnamkrieg könnte zur fürchterlichsten Illustration dafür werden —, weil ein verlorener Krieg heute noch lange nicht bedeutet, daß der Verlierer durch die Niederlage nunmehr schwächer sei als der Gewinner. Unterstellen wir einmal, die USA verlören den Krieg in Vietnam. Trotzdem könnte ja kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Besiegte noch immer tausendmal mächtiger bliebe als das siegreiche Vietnam. Ohne Übertreibung darf man daher behaupten: siegreich ist heutzutage dasjenige Land,

das sich Niederlagen leisten kann;

das Kriege führen kann, ohne daß es dabei um sein eigenes Sein oder Nichtsein geht;

das morgen seinen heute verlorenen Krieg von neuem, entweder in Vietnam selbst oder in einem von ihm bestimmten, z. B. südamerikanischen, Vietnam vom Zaun brechen kann.

Die Kategorien „Sieg“ und „Niederlage“ sind obsolet geworden, weil, was heute den Ausschlag gibt, das Produktionspotential der kriegführenden Länder bzw. derjenigen Länder ist, die das kriegführende Land A oder B zu beliefern bereit sind. Heutzutage kann ein Land, dem der Import von Waffen, die sich das gestrige „Siegerland“ nicht beschaffen kann, zugesichert wird, schon ein paar Tage nach seiner, wie „total“ auch immer aussehenden, Niederlage als Sieger von morgen, vielleicht sogar einfach als Sieger, auftreten. Diejenigen politischen Kommentatoren, die die Niederlage der arabischen Länder im Juni 1967 mit Niederlagen früherer Jahrhunderte, etwa mit der Niederlage Maria Theresias, vergleichen und die dem Siege Israels Dauerwirkung zuschreiben, sogar die Möglichkeit, diesen zur Grundlage einer Dauereroberung (wie der Schlesiens) zu machen, die beweisen damit nur, daß sie noch im Vorgestern leben. Mag auch das Jordanien von heute „unterentwickelter“ sein, als es das der Maria Theresia von Friedrich II. abgeknöpfte Schlesien gewesen war — da Jordanien in der Welt des 20. Jahrhunderts liegt, partizipiert es an allen Vorteilen und Nachteilen des heutigen Weltaugenblicks; und an diesen würde es sogar dann partizipieren, wenn es selbst gar keine Rolle spielen würde und nichts anderes wäre als ein Spielball der die heutige Welt definierenden Großmächte.

Gegengewalt, leider

Macht kann nur mit Macht, Gewalt nur mit Gegengewalt bekämpft und überwältigt werden. Leider. Und leider muß diese simple Wahrheit unverblümt ausgesprochen werden. Die das Prinzip der non-violence befolgen, die mögen zwar, solange sie noch nicht restlos zusammengeprügelt sind, sich selbst die Genugtuung verschaffen, saubere Hände behalten zu haben. Andererseits aber verbürgen sie dem Angreifer dadurch den Sieg, und zwar den größtmöglichen, nämlich den Sieg *vor* dem Kampf. Leider!

Natürlich ist für uns „Friedenskämpfer“ die Einsicht in die Notwendigkeit der Gegengewalt schwer zu ertragen. Um so schwerer, als wir leider sogar auf den Ausruf „leider“ verzichten müssen. Womit ich meine, daß keiner von uns das Recht hat, wirklich Kämpfenden, z. B. den Vietnamesen, die sich heute gegen die Übermacht der amerikanischen Aggressionsstreitkräfte gewalttätig zu verteidigen haben, den Rat zu geben: „Kämpft, aber tut das nur mit dem Seufzer ‚leider!‘ auf den Lippen!“ Oder: „Tötet den Feind, aber tut das nur mit dem tiefsten Bedauern!“ Leider kommen solche Süßholzparolen nicht in Betracht. Wer sie ausgäbe, der würde nicht nur sich selbst lächerlich machen (was für gewisse non-violence-Märtyrer vielleicht sogar ein Vergnügen wäre), vielmehr würde er dadurch diejenigen sabotieren, denen gar nichts anderes übrigbleibt, als sich gegen wirkliche Gewalttätigkeit wirklich, also gleichfalls mit Gewalt, zu verteidigen. Kein Mensch ist fähig, einen Feind, dem er sich mit den Worten „leider muß ich Sie bekämpfen“ vorstellt, nach dieser Vorstellung wirklich zu bekämpfen und abzuwehren. Wer das versuchen würde, der wäre durch das bloße Aussprechen des Wörtchens „leider“ leider bereits besiegt, dessen Widerstandskraft wäre gelähmt, im nächsten Augenblicke würde er von der Hand dessen, dem das Wörtchen „leider“ ferneliegt, den Tod erleiden. Und von uns, unterstellt wir gerieten in eine solche Situation, gilt natürlich dasselbe. Wenn wir durch Gewalttätigkeit dazu gezwungen würden, Gegengewalt anzuwenden, dann dürften wir es uns also, wie friedfertig wir von Natur oder aus Prinzipien auch sein mögen, leider nicht erlauben, das Wörtchen „leider“ auszusprechen, nein auch nur zu denken — täten wir das, schon wären wir die Opfer derer, die wir leider zu bekämpfen hätten. Müssen wir gewalttätig sein, dann wird es vermutlich sogar unvermeidbar, daß etwas so Entsetzliches wie Lust auf Gewalt und Lust an Gewalt in uns aufkeimt, und daß wir Gewalttätigkeit dann glorifizieren. Leider!

Unterstellt aber, unsere Gegengewalt habe Erfolg — nichts wird nach diesem Siege wichtiger und leider nichts schwieriger sein, als diese Gloriolen wieder abzubauen und das Wörtchen „leider“ von neuem uns selber und dem anderen beizubringen.

Violent Non-Action

„Non-violent action“ zu predigen, das läuft im besten Falle auf Irreführung heraus, zumeist aber auf (oft zwar ungewünschte, aber doch in Kauf genommene) Unterstützung derer, die man angeblich bekämpft. Wer sich auf dem Pflaster niederläßt, um von der Polizei fortgetragen zu werden und um dann dabei die Gelegenheit zu haben, keinen Widerstand zu leisten, der mag sich vielleicht, da er etwas unternimmt, was seine Eltern gewiß nicht unternommen hatten, revolutionär vorkommen, aber seine Behauptung, daß er (im Unterschiede zu seinen Eltern, die sich selbst im besten Falle darauf beschränken, für die armen vietnamesischen Kinder nur zu beten) wirklich etwas tue, ist einfach unverschämt. Und unverschämt sein Anspruch, er bringe dadurch, daß er sich unmöglich kostümiert auf

der Straße hinsetze und sich dann forttragen lasse, den in Vietnam zu Tode Brennenden reellere Hilfe als diejenigen, die sich um Vietnam überhaupt nicht kümmern. Offen gesagt, scheint mir sein Agieren sogar noch unernster als das seiner nur betenden Eltern; noch unernster deshalb, weil er sein Nichtagieren demonstrativ auf der Straße aufführt, also scheinheilig so tut und es sich selbst und uns einredet, daß er wirklich agiere und eingreife. Nicht nur keine Gewalttätigkeit ist sein Eingreifen, sondern noch nicht einmal ein Eingreifen, vielmehr etwas, was sich, wie ein Theaterstück, im Bereich des bloßen „Als ob“ abspielt, also wirklich bloßes „Agieren“ im Sinne vom Theaterspiel. Dadurch, daß er seine Schauspielerei auf die Straße verlegt, macht er diese nicht zur Wirklichkeit, umgekehrt macht er die Straße dadurch zur Bühne, die „Welt“ bedeutet ihm nun nichts anderes mehr als „Bretter“; und wenn er das ableugnet, dann ist er eben der naivste von allen möglichen Schauspielern, nämlich einer, der, im Unterschiede zum Publikum, auf seine Spielerei hereinfällt und als einziger glaubt, er sei wirklich der, dessen Rolle er spielt. Im übrigen ist es natürlich kein Zufall, daß im selben Augenblick, in dem er sich mit seiner Scheinaktion zufriedenstellt, die Künstler ihr „Reich des Scheins“ unbefriedigt verlassen, um ihren künstlerischen Darstellungen die Form von „Wirklichkeit“ spielenden „happenings“ zu verleihen. In der Tat gehört es zum Wesen der „happenings“, daß sie ebensowohl als künstlerische Akte angesehen werden können, die auf das ästhetische „Als ob“ verzichten und dadurch zu epatieren versuchen, wie als politische Akte, die auf wirkliche Risiken verzichten und dadurch auch auf die Chance wirklicher Effektivität. Bei vielen Ereignissen ist es gar nicht mehr zu entscheiden, ob sie politisch gemeinte, aber phantomhaft und harmlos bleibende Aktionen sind oder umgekehrt künstlerische Aktionen, die sich damit brüsten, in Form wirklicher Vorgänge stattzufinden. Das ist um so schwerer zu beurteilen, als die Autoren der „politischen“ und der „künstlerischen“ Ereignisse oft identisch sind. Nichts ist heute charakteristischer als der mit roter Farbe gefüllte Plastikbeutel. Solange rote Farbe sich darauf beschränkt hatte, auf der Leinwand ihre Rolle zu spielen, hatte sie niemals behauptet, Blut zu sein, nur Blut darzustellen. Nunmehr benutzt man die Wirklichkeit als Leinwand: denn statt auf die Staffelei wirft man die blutige Farbe nun auf wirkliche Honoratioren und auf wirkliche Polizisten, die dann für Augenblicke wirklich nicht mehr wissen, ob sie Opfer eines wirklichen Attentats sind, oder ob es ihnen nur zustößt, die lächerliche Opferrolle in einem ihnen abverlangten Schauspiel spielen zu müssen. Daß die blutig ernstesten Vertreter der Exekutive auf solches ungeheuerliche quid pro quo nicht vernünftig zu reagieren verstehen, daß sie nicht mitspielen können, vielmehr wirklich blutig reagieren und damit das Schauspiel in Wirklichkeit verwandeln, das ist kaum verwunderlich. Was vom heutigen Konsumenten gilt: Daß er, vor dem Fernsehschirm sitzend, die Fähigkeit verliert, zu entscheiden, ob er ein, zumeist mörderisches, Schauspiel vor sich habe oder ein Bild der blutigen Wirklichkeit selbst, oder anders, daß er

den Realismus der „Bilder“ (im Sinne vom screen- and TV-plays) nicht mehr von der bildgewordenen Realität unterscheiden kann¹¹, das gilt nun auch schon von diesen Akteuren. Auch sie wissen nicht mehr, ob sie dabei sind, Blut zu vergießen oder nur Farbe; denn was als Farbe beginnt, das endet oft, da die Exekutive nicht mit sich spielen läßt, als wirkliches Blut.

So entwarfen z. B. die Yippies (Youth International Party) die bewußt abstrusesten utopischen Juxideen (etwa während der Democratic Convention den O'Hare-Flughafen von Chicago zu besetzen), und die Exekutive, die ja bekanntlich noch niemals Spaß verstanden hat, war natürlich auch diesmal unfähig, diesen Juxplan als Jux zu begreifen, vielmehr nahm sie diesen ernst, genauso ernst, wie die Frankfurter Gerichte die von einigen „Kommunarden“ höhnisch formulierte Aufforderung, Warenhäuser in Brand zu setzen ernst nahmen und außerstande blieben, diese als Hohn (auf heute übliche, vom Establishment selbst durchgeführte, Brandstiftungen viel größeren Maßstabes) zu begreifen. Freilich gehört es eben zum dialektischen Wesen dieser Juxideen, daß sie unausgesprochen besagen: „Was Ihr, das Establishment, als Eure Welt tierisch ernst nehmt, das ist gewissermaßen selbst ein Jux, der es nicht verdient, von ernsthaften Menschen ernstgenommen zu werden.“ Der Unernst ist mithin eine dialektische Methode, um den Unernst des sich tierisch ernst gebenden Gegners offenbar zu machen und anzuprangern. Andererseits gilt — und auch das ist natürlich dialektisch —, daß, wenn die Opposition deshalb einen Jux anstellt, weil sie das Establishment dazu verführen möchte, diesen als ernst mißzuverstehen und durch ernste Bekämpfung, also durch blutige Niederschlagung des Juxes, seinen repressiven Charakter öffentlich zu enthüllen —, daß die Opposition damit den Juxcharakter ihres Juxes selber aufhebt. Denn kein Jux, dessen *raison d'être* darin besteht, mißverstanden zu werden und der darauf abzielt, den Gegner zum ernstesten Zuschlagen zu provozieren, kann noch im Ernst behaupten, ein Jux zu sein. Vielmehr ist er (was nicht gegen ihn spricht, vermutlich ist er als Waffe heute ebenso unentbehrlich wie früher die Karikatur) dann eben ein *als Jux getarnter Ernst*. Und von den Juxmachern zu behaupten, sie trieben Jux, wäre, da sie sich ja den Jux machen, das Juxmachen nur zu spielen, falsch. Wer nur so tut, als wenn er Jux treibt, also wer seinen Jux nur treibt, um zu tarnen, daß er es ernst meint, der darf nicht darüber klagen, daß er ernstgenommen, also wirklich bekämpft wird.

PS Überflüssig zu erklären, daß die ihren Ernst als Jux kostümieren, nicht einfach Theater spielen. Im Gegenteil sind sie offensichtlich die Antipoden von Schauspielern, da Schauspieler ja ihren Jux als Ernst kostümieren und vom Zuschauer verlangen, daß er ihre „Bretter“ erschüttert als „Welt“ wichtig nehme.

11 Tatsächlich werden heute ja wirkliche Morde arrangiert, damit diese als Fernsbilder vorgeführt werden können (Mondo Cane-Skandal).

Dialektik des Esoterischen

Akademiker sind wahrhaftig nicht nur für Akademiker da. Und wie stolz Philosophen, namentlich Professoren der Philosophie, auch darauf sein mögen, grundsätzlich nur für Philosophen zu schreiben — dadurch verzichten sie ein für allemal auf Breite der Wirkung.

Aus diesem Grunde habe ich seit 1931 versucht — und damals war die Aufgabe, die ich mir stellte, rechtmäßig — für die Behandlung von Problemen, die ich für universal wichtig hielt (schließlich bedrohten Faschismus und Krieg nicht nur die Dächer der Universitäten), eine unakademische, unesoterische, unhermetische Sprache zu finden; und solche Thesen, die mir, der ich ja ebenfalls aus der Universitätswelt und der Universitätsprache kam, zuerst in akademischem Idiom eingefallen waren, in eine Sprache zu übersetzen, die von einer möglichst breiten Leserschaft verstanden werden würde; aber nicht etwa zu „popularisieren“, vielmehr so zu übersetzen, daß von der Unzweideutigkeit des wissenschaftlichen Idioms auch in dem allgemeiner verständlichen Text nichts verlorenginge¹².

Meine Mühe ist vergeblich gewesen. Vergeblich freilich nicht deshalb, weil meine „Übersetzungen“ mißlungen wären, sondern deshalb, weil sie sich schließlich als überflüssig, und damit, da ich in der Zeit Nützlicheres hätte fertigstellen können, sogar als schädlich erwiesen haben. Damit meine ich, daß die Opposition, die heute Ohren für kritische Thesen und kritische Theorien hat, nahezu ausschließlich aus Akademikern, nämlich aus Studenten, besteht. Nun ist deren Zahl in fast allen Ländern so enorm angewachsen, daß nur derjenige Oppositionstheoretiker auf wirkliche Breitenwirkung rechnen kann, der, wie z. B. *Marcuse*, als akademischer Lehrer zu akademischen Schülern, also zu den *Studenten* spricht. Tatsächlich sind ja die Oppositionellen mit denen, die eine akademische Sprache sprechen, gruppenmäßig kongruent; die Revolutionäre oder Rebellen von heute diskutieren in „esoterischen“ Schulidiomen (z. B. in dem der Frankfurter Schule und das nicht etwa nur bei ihren teach-ins, sondern auch bei direkt politischen Gelegenheiten, selbst ihre Appelltexte enthalten ja Vokabeln, die allein Lesern der „esoterischen“ akademischen Op-

12 Mitmotiviert war mein Insistieren auf solchem „Übersetzen“ auch durch die Tatsache, daß viele, mit bestimmten wissenschaftlichen Terminis technicis belegte Wahrheiten teils aus politischen Gründen nicht mehr ausgesprochen werden durften, teils, wenn ausgesprochen, sofort mit bestimmten Parteizugehörigkeiten identifiziert und, noch ehe, was in ihnen ausgesagt war, aufgefaßt war, als Etiketten abgelehnt wurden. Das, was ich „Übersetzen“ nannte, schien mir, um mit Brecht zu sprechen (und diese meine „Übersetzungen“ begannen in den ersten Monaten meines Verkehrs mit Brecht) als ein Kunstgriff, der es vielleicht doch noch ermöglichte, in schwierigen Zeiten die Wahrheit auszusprechen und diesen den Weg zum Hörer zu erleichtern. Daß einmal eine Situation würde eintreten können — und diese ist nun eingetreten —, in der man Wahrheiten *deshalb* würde aussprechen dürfen, weil sie als irrelevant gelten würden; daß Wahrheiten Übersetzungen gar nicht mehr benötigen würden, das war damals im Jahre 1931 wahrhaftig noch nicht vorauszusehen.

positionsautoren geläufig sind — aber das sind eben Abertausende. — Dies der Grund für meine Behauptung, daß meine bereits vor vierzig Jahren begonnenen und seit damals praktisch niemals unterbrochenen Versuche, philosophische Gedankengänge in nicht-akademische Idiome zu übersetzen, vergeblich geblieben sind, mindestens einer rücksichtslosen Revision unterzogen werden müssen. — Zu diesem ersten Grunde für die Revisionsbedürftigkeit meiner Versuche kommt als zweiter, daß ich damals, 1931/32, in den ersten Jahren der massiven Verführung der Arbeiterschaft durch den Nationalsozialismus, Leser aus der Arbeiterklasse erhoffte; daß aber eine Arbeiterklasse, die der vor vierzig Jahren entspräche, heute, mindestens im deutschsprachigen Gebiet, nicht mehr existiert. Auf keinen Fall gibt es hier noch das Interesse für die Ausbildung des Klassenbewußtseins oder für revolutionäre Theorie, von radikaler Praxis zu schweigen — radikal ist heute ausschließlich das Desinteressement an diesen Aufgaben. Heute gilt daher, wie paradox das auch klingen mag, daß die ehemals „esoterisch“ gescholtene Gruppe der Akademiker nun zahlenmäßig viel größer ist als die Gruppe außerakademischer Oppositioneller, also als die Gruppe jener, auf die Rücksicht zu nehmen, ich mich damals verpflichtet gefühlt hatte. Kein Zweifel: Wenn viele meiner Veröffentlichungen nur einen beschränkten Kreis von Lesern erreichen, so auch deshalb, weil ich für einen zu großen Kreis zu schreiben versucht habe.

Während Dutschke trotz seiner unbestreitbaren Leidenschaft und selbst als Volks- bzw. Studentenredner ungeniert den Vokabelapparat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaft verwendet und damit seine Kommilitonen erreicht — und das sind heute in Deutschland weit mehr als hunderttausend, und, zählt man die Studenten in fremden Ländern dazu, viele Hunderttausende — erreiche ich, der ich für die Massen einer nicht-akademischen Opposition zu schreiben versucht hatte, unvergleichlich viel weniger Hörer¹³. Teils also deshalb, weil für die oppositionellen Akademiker diejenigen Texte, die nicht erkennbar wissenschaftlich formuliert sind, erst einmal befremdlich, vielleicht sogar schwer verständlich sind; teils deshalb, weil die nicht-akademische Opposition, für die zu schreiben ich versucht hatte: die Arbeiterschaft, als Leserschaft heute inexistent geworden ist.

Hungerkünstler

Bei politischen Demonstrationen, namentlich in Ländern ohne ausgebildete Oppositionsüberlieferung, kann man immer wieder Protestaktionen beobachten, die dem entsprechen, was Psychopathologen „Allopraxie“ nennen: Aktionen nämlich, in denen die Handelnden statt der eigentlich intendierten völlig andere Schritte unternehmen.

13 Die Differenz der Stile springt in die Augen, z. B. im Wortlaut des Vietnamkongresses 17./18. 2. 1968. „Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus“, der sowohl Stücke von Dutschke wie von mir enthält (S. 107 resp. 97).

Ich kenne z. B. einen immerhin zweiundzwanzigjährigen Studenten L., der, empört über die Verwendung von Napalm in Vietnam, darauf gierig war, etwas dagegen zu tun, irgend etwas, mindestens dagegen zu protestieren; der aber keine bessere Befriedigung dieses Dranges erfinden konnte als die, drei Tage und drei Nächte lang weder Speise noch Trank zu sich zu nehmen. Und selbst daß er der Erfinder dieser Triebbefriedigung gewesen sei, hieße, ihm zuviel Ehre erweisen, da ja vor ihm bereits andere gewesen waren, die ihm diese idiotische Hungerei vorgemacht hatten. Reden wir deshalb statt von ihm im Plural.

Wie echt die Empörung dieser L.'s ursprünglich auch gewesen sein mag, da sie sich mit solchen Manifestationen ihrer Empörung zufriedenstellen und da sie uns und sich selbst einzureden versuchen, daß sie (wie sie betonen) im Unterschiede zu ihren Eltern, die für die Vietnamesen höchstens beteten, durch ihre Hungerei wirklich etwas „tun“, beweisen sie, daß sie nicht nur töricht, sondern auch unehrlich sind.

Formal könnte man zwar mit gutem Willen ihr Hungern ein „Tun“ nennen (obwohl man es richtiger als ein Nichttun oder als ein beabsichtigtes Leiden klassifiziert). Aber ernsthaft in ihm ein Tun zu sehen, das wäre albern, weil nicht jede beliebige Betriebsamkeit ein Tun ist, sondern allein diejenige, die auf ein Ziel losgeht und dadurch, daß sie einen Weg zurücklegt, dem Ziele näher kommt, mindestens näher zu kommen versucht. Negativ: Was zählt, ist allein, daß die Hungerei der L.'s alles beim alten läßt. Im Grunde genommen treten die Hungerkünstler genauso „auf der Stelle“ wie die Beter, nur daß sie eben ungleich unehrlicher sind als diese, da sie sich ja in die Brust werfen und sich rühmen, „im Unterschiede zu deren Getue eben wirklich etwas zu tun“.

Wenn schon Allopraxie, wenn es schon am Ziel vorbei-agierende Aktivisten geben muß, dann schon lieber jene Freunde und Freundinnen unserer hungernden L.'s, die zwar für die Beendigung des Krieges in Vietnam oder für die Errettung der dort zugrunde gehenden Kinder genausowenig tun wie diese; aber die doch, statt nutzlos für Vietnam zu hungern, einander öffentlich abküssen, wovon mindestens sie, so hoffen wir, etwas haben; und die durch diese Demonstration von making love, not war, immerhin für eine etwas erfreulichere und liebenswertere und friedfertigere Welt zu werben scheinen.

Entscheidend freilich ist — ganz abgesehen davon, daß bei jedem making love gegen Napalm entweder der Gedanke an Napalm oder das making love Schaden leiden muß —, entscheidend ist die Differenz zwischen den asketisch für Vietnam Hungernden und den für Vietnam Küssenden nicht, beide Beschäftigungen bleiben Pseudo-Aktionen. Und es ist durchaus denkbar und kommt vermutlich auch oft vor, daß, wem es heute Spaß macht, gegen Napalm mit Hilfe von Nichtessen zu protestieren, es morgen einmal zur Abwechslung mit dem necking und petting versuchen wird; und umgekehrt. Gemessen

am Ziel sind beide Aktionen gleich harmlos und gleich konsequenzlos, was bedeutet, daß keine von beiden der Polizei graue Haare wachsen läßt.

Verschämte Happenings

Haben wir wirklich das Recht dazu, die sich in folgenlosen „happenings“ manifestierenden Proteste gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und jene Aktionen, die wie Aktionen nur aussehen, der jüngeren Generation übelzunehmen, und diese als „unernst“ abzutun? Welch ein Hochmut! Berechtigt zu dieser Kritik wären wir allein dann, wenn wir nachweisen könnten, daß wir Erwachsenen durch *unsere* Aktionen — und zu diesen zähle ich auch diejenigen internationalen, an denen ich selbst teilnehme, und das Schreiben meines Vietnambuches — die Kriegführung der Aggressoren und die Sicherheit der vietnamesischen Bevölkerung und die Attitüde der Mehrheit der Menschheit den Vietnamgeschehnissen gegenüber irgendwie beeinflussen. Bewiesen sind positive Folgen unserer Aktivitäten kaum. Wäre es nicht möglich, daß auch wir nur demonstrieren, daß wir ganz vergeblich Zeugnis ablegen und daß auch unsere Proteste keine wirklichen Aktionen sind, sondern nur wie Aktionen aussehen? Daß auch unsere öffentlichen Veranstaltungen, da wir ja über die, die wir anklagen oder verurteilen, keine Macht ausüben und da die von uns Angeklagten oder Verurteilten unsere Existenz oder unsere Tätigkeit nicht zur Kenntnis nehmen und ihren Genocid einfach fortsetzen, nur *happenings* sind? Nur daß wir bei der Aufführung unserer „happenings“ ernstere Gesichter aufsetzen als die Jüngeren und daß ein paar aus unserer Gruppe weltberühmt sind. Ich behaupte das nicht, ich frage das nur. Aber sollten wir nicht unter allen Umständen die von der Jugend *als* happenings veranstalteten happenings ernst nehmen? Nämlich als eine Aufforderung an uns, unsere Aktionen daraufhin zu prüfen, ob sie nicht ebenfalls „happenings“ sind? Nur eben verschämte happenings? Deren Autoren, im Unterschiede zu den Autoren echter happenings, zu eingebildet sind oder zu unehrlich, um sich den happening-Charakter ihrer Veranstaltungen zuzugestehen? Sind nicht vielleicht jene Jüngeren, die lärmend auf den Straßen Scherze treiben, weil sie es verzweifelt und desillusioniert einräumen, daß sie Besseres als „happenings“ nicht zuwege bringen können — sind nicht die vielleicht, eben durch ihre Einsicht in den Unernst ihres Opponierens, ernster als wir, die wir noch immer nicht den Mut für das heute erforderliche Quantum an Skepsis aufbringen?

Unsere Mörder

Nicht nur von den Eigentümern der Massenmedien, nicht nur von den „Springers“, werden wir gehaßt und bekämpft. Deren Triumph besteht ja darin, daß auch die von ihnen unterjochten Kreaturen, z. B. die Springer-Leser, die für den Konsum ihres Beraubtwerdens ihren täglichen Groschen ausgeben, uns hassen; daß diese es nämlich

als einen unerhörten Eingriff in ihre Freiheit ansehen, wenn wir es versuchen, sie der von ihnen täglich genossenen Freiheit, sich der Freiheit berauben zu lassen, zu berauben.

Seit dem Nationalsozialismus gehört es zum Wesen der Konterrevolution, daß deren Opfer als deren gefährlichste Sturmabteilungen verwendet werden. Das gilt heute nicht minder als vor 35 oder 25 Jahren, wenn auch heute die Sturmabteilungen aus Bildlesern bestehen.

Aus diesem Grunde werden die Gegner, die wir zu bekämpfen haben werden, nicht nur aus „Springers“ bestehen. Das Hauptkontingent der Gegner werden sogar gerade diejenigen bilden, für deren Befreiung wir zu kämpfen versuchen, also z. B. die Springer-Leser. Und wenn einer von uns einmal bei der Bekämpfung der „Springer“ umkommen wird, dann gewiß nicht von der Hand eines „Springers“, sondern von der Hand eines Springer-Lesers, der, überzeugt davon, für seine eigene Freiheit, die des Abendlandes oder sogar für die „Freiheit überhaupt“ zu kämpfen, in Wahrheit sein Leben für die Erhaltung seines Rechts auf Unfreiheit und seines Genusses der Unfreiheit einsetzen wird, und den es mit Genugtuung erfüllen wird, uns für diese gute Sache auf dem Altar der Freien Welt umzulegen.

Streik-Ersatz

Nur diejenigen, die durch die Arbeit, die sie zufällig oder aus Phantasielosigkeit oder deshalb, weil sie dazu verdammt gewesen waren, jeden ihnen angebotenen Job anzunehmen, in einer unverantwortbaren oder einfach verbrecherischen Aktion, wie z. B. im Vietnamkrieg, mitagieren, nur die könnten — ich sage „könnten“ und beschränke mich bewußt auf diesen conditionalis —, nur die könnten durch Nichttun, nämlich durch Abbruch dieser Arbeit, in die Wirklichkeit eingreifen und damit effektiv handeln. Ein „Handeln“ wäre dieses Nichttun nicht allein deshalb, weil die für die Fortsetzung der Verbrennen erforderlichen Produkte, z. B. spezielle Waffen, die bei fortgesetzter Arbeit zur Verfügung gestanden hätten, nun nicht mehr zur Verfügung stehen würden und nicht mehr eingesetzt werden könnten, sondern auch deshalb, weil diejenigen, die die Weiterarbeit verweigern oder die Weiterarbeit anderer behindern würden, dadurch die schwierigsten, u. U. sogar lebensgefährliche, Situationen riskieren würden. Wer die Fortsetzung der Arbeit verweigern oder andere am Arbeiten hindern würde, der täte nicht etwa nichts, vielmehr würde der wirklich kämpfen: nämlich gegen diejenigen, die die Arbeitsverhinderung zu verhindern versuchen würden. Es würde sich also um etwas wahrhaftig Ernsteres handeln als um, wie es heute heißt, „non-violent action“, nämlich um „violent non-action“ — kurz um *Streik*.

Ich sagte „hätte“ und „würde“. 1917 hatte man noch Munitionsarbeiterstreiks in Betracht gezogen. Aber heutzutage kommt kein Arbeiter in den hochindustrialisierten Ländern des Westens überhaupt auf den Gedanken, daß man als Arbeitender, namentlich als

Munitionsarbeiter, unter Umständen kriminelle Aktionen, wie den Vietnamkrieg, mitermöglich bzw. daß man durch Arbeitsverweigerung derartige Aktionen sabotieren und dadurch Politik treiben könnte. Und das gilt nicht etwa nur von den USA, wo es ja niemals ein klassenbewußtes Proletariat und eine Arbeiterschaft, die sich der Bewandnis ihres Tuns bewußt gewesen wäre, gegeben hatte. Vielmehr gibt es nirgendwo mehr eine Arbeiterschaft, die sich darüber im klaren wäre, daß ihr Arbeiten zugleich ein Tun ist, und zwar ein politisches; daß also Arbeitsverweigerung zugleich Ausübung einer politischen und sogar außenpolitischen Macht sein kann. Auf diese Idee kommen Arbeiter in Waffenindustrien genauso wenig wie Arbeitende und Angestellte anderer Branchen innerhalb einer auf Krieg orientierten Wirtschaft; tatsächlich gibt es ja im System einer solchen Wirtschaft keinen einzigen Bürger, der nicht mehr oder minder indirekt ein „Munitionsarbeiter“ wäre, der nicht, gleich wo er nun tätig ist, ob in den Wissenschaften oder in der Technik oder im Transportwesen oder in der Uniformschneiderei, an der Ermöglichung des Krieges genauso mitbeteiligt wäre und genauso vom Kriege lebte wie jeder Munitionsarbeiter; in einer auf die Führung eines Krieges ausgerichteten Wirtschaft überhaupt keinen Bürger, der nicht „Munitionsarbeiter“ wäre. Das bedeutet aber zugleich, daß diese „Munitionsarbeiter“ im übertragenen Sinne, also alle in die nationale Produktion „Integrierten“, den Streik der („wirklichen“) Munitionsarbeiter als gegen sich gerichtet empfinden würden und damit als Verrat an der nationalen Wirtschaft, wenn nicht sogar an der Nation. (Der im Munitionstransport Beschäftigte würde ja arbeitslos werden, wenn es keine Munition mehr gäbe, die er zu transportieren hätte, ebenso der Transportschiffe Bauende, Werftarbeiter etc.) Erfolg könnte allein ein Generalstreik aller haben, aber diese Möglichkeit besteht natürlich noch viel weniger als die eines partikularen Streiks — denn seit wann streikte denn das Ganze gegen sich selbst?¹⁴

14 *Zum Begriff „Generalstreik“.* Seit Jahren wird von den wenigen Nichtproletariern, die es gibt, behauptet — und die Proletarier glauben es gerne —, daß es, mindestens in den höchstindustrialisierten Ländern des Westens, keine Proletarier mehr gebe. Natürlich ist das, wie selbst jeder oberflächlichste Kenner der Verhältnisse in den USA, in Frankreich, in Spanien etc. weiß, ein Märchen. Aber selbst wenn dieses Märchen wahr wäre, ob jemand ein Proletarier ist oder nicht, das hängt nicht allein von der Höhe oder Tiefe seines Lebensstandards ab, auch nicht von seinem Hunger oder Nichthunger, sondern vor allem davon, ob er Eigentümer der Produktionsmittel ist oder nicht. Und von diesem Eigentum sind die heutigen Arbeiter in den westlichen Ländern genauso ausgeschlossen, wie es die Arbeiter im 19. Jahrhundert gewesen waren. Insofern sind sie unfrei und Proletarier. Und Proletarier sind die Arbeiter noch aus einigen anderen Gründen, nämlich weil sie nicht nur vom Eigentum ausgeschlossen und nicht nur durch diesen Ausschluß unfrei sind. Schon vor Jahren hatte ich angeregt, weitere Unfreiheiten zu Kriterien des Proletarierseins zu machen (Merkur 1964 „Der sanfte Terror II“, S. 334—354). Entscheidend ist es nämlich, ob Arbeitende 1. die Bewandnis und die Effekte ihres

Die einzigen, die von sich aus auf den Gedanken kämen und bereit wären, gegen Aktionen wie den Vietnamkrieg in Streik zu treten, sind die Studenten. Und zwar deshalb, weil sie als sich noch Vorbereitende, als noch nicht Mitarbeitende, noch nicht innerhalb des Establishments¹⁵ und noch nicht innerhalb der Kollektivschuld des Establishments, sondern gewissermaßen noch „*exterritorial*“ leben. Als noch Lernende und noch nicht Verdienende sind sie außerdem die einzigen, denen es noch freisteht, das Establishment von außen, also kritisch, zu betrachten — wozu sie ja außerdem durch ihre wissenschaftliche Arbeit, gleich ob die Professoren als Individuen derartiges beabsichtigen oder nicht, erzogen werden.

Ebenso wahr ist es freilich leider, daß gerade diese „*Exterritorialität*“ zu ihrem politischen Verhängnis wird. Abgesehen von der Mög-

Arbeitens mitbestimmen; 2. die Bewandnis und die Effekte ihres Arbeitens mitbeeinflussen; 3. von der Bewandnis und den Effekten ihres Arbeitens etwas wissen; 4. an der Bewandnis und den Effekten ihres Arbeitens interessiert sind; 5. sich für die Bewandnis und die Effekte ihres Arbeitens mitverantwortlich fühlen. — Oder ob sie von dieser Mitbestimmung, von dieser Beeinflussung, von dieser Kenntnis, von diesem Interesse, von dieser Verantwortung ausgeschlossen bleiben, ob sie all dieser Partizipationen beraubt werden. Die Antwort lautet natürlich — und das gilt nicht nur für den Westen —, daß sie von dieser Verantwortung ausgeschlossen und dadurch unfrei bleiben. Selbst wenn man, wie es heute im Westen beliebt ist, Menschen dadurch ihrer Freiheit beraubt, daß man sie mit Konsummitteln und Luxusobjekten überhäuft — Freiheitsberaubung bleibt Freiheitsberaubung! Aus diesen Überlegungen ergibt sich nun aber nicht nur, daß es auch heute noch Proletarier gibt, daß alle Arbeiter Proletarier sind; sondern außerdem, daß die Zahl der Proletarier aufs furchtbarste angeschwollen ist. Der Freiheiten — ohne deren Besitz man Proletarier ist — beraubt ist heutzutage nämlich nahezu jedermann. Nicht nur Arbeiter gehören heute zum Proletariat, sondern ebenso Angestellte, Militärpersonen, Beamte bis hinauf zu den Administratoren der höchsten *échelons*, Techniker und Wissenschaftler — sie alle haben so wenig zu tun mit dem Schlußeffekt der Aktionen oder der Produkte, an denen sie indirekt und arbeitsteilig teilnehmen, daß von ihnen allen gilt: sie wissen nicht, was sie tun. Und unterstellt selbst, dieser oder jener wisse von den Schlußeffekten etwas — *nicht* weiß er, wie er innerhalb einer aus solchen „*Proletariern*“ aufgebauten Gesellschaft sein Leben fristen sollte, ohne diese Unfreiheiten in Kauf zu nehmen. Nach dieser Überlegung ist es wohl klar — und damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück —, daß ich den Ausdruck „*Generalstreik*“ in einem anderen Sinne verwendet habe, als er gewöhnlich verwendet wird: daß ich nämlich einen Streik nicht nur all derer, die bis heute „*Proletarier*“ geheißen hatten, gemeint hatte; sondern einen Streik aller „*Proletarier*“ in dem oben erläuterten Sinne. Und ein solcher „*Generalstreik*“ ist tatsächlich undenkbar.

15 Gewiß leben auch sie „*innerhalb*“, da ihr Studium teils von ihren dem Establishment angehörigen Eltern, teils durch Stipendien getragen wird. Aber sie leben nur *vom*, nicht *im* Establishment, nicht *für* das Establishment. Diese Diskrepanz lieben Konformisten den Studenten als „*Undankbarkeit*“ anzukreiden.

lichkeit den Wehr- bzw. Kriegsdienst zu verweigern (was freilich einen Streik im wahrsten Sinne des Wortes darstellt), haben sie nämlich keine Streikchance. Da sie noch nicht integriert und noch funktionslos sind, füllen sie keine Posten und keine Leistungen aus, die sie verweigern und durch deren Verweigerung sie Druck ausüben oder eine Bedrohung darstellen könnten. Zwar streiken die Studenten zuweilen wirklich, aber solches Streiken hat stets etwas beklemmend Unwirkliches an sich. Denn wenn sie ihre Vorlesungen nicht besuchen, dann bleibt das eben nur (ganz undialektisch) ein Nichtbesuch von Vorlesungen, ihre Unterlassung hat nicht die Kraft, sich in einen echten Streik zu verwandeln. Da sie als Studierende keine Arbeit im ökonomischen Sinne leisten und keine bestimmte Stelle im Apparat einnehmen, also keine Stellung bekleiden, gibt es auch nichts, was sie durch Nichtarbeiten *abstellen* könnten. Ihr Nichtarbeiten bringt kein Licht zum Erlöschen, hindert kein Brot daran, gebacken zu werden; und hatte es noch vor Jahrzehnten geheißen: „alle Räder stehen still“, so bringt ihr Streik kein einziges Rad zum Stillstand. Kurz: Wenn sie auch wirklich streiken, dann streiken sie gar nicht wirklich, da Streiken eben nicht allein in Unterlassung einer Tätigkeit besteht, sondern in der ultimativen Kraft, in der Drohung mit der Unterlassung einer lebenswichtigen Leistung.

Hat man das einmal eingesehen, dann ist es absolut begreiflich, daß Studenten, die ihre Opposition zu manifestieren wünschen, dazu gezwungen sind, in Ersatzaktionen bzw. Ersatzunterlassungen auszuweichen. Diese Ersatzhandlungen können zwei verschiedene, sogar einander entgegengesetzte Formen annehmen. Entweder entschließen sich die Studenten, weil ihr Streiken wirkungslos bleibt, zu Aktionen, die ernster sind und aggressiver als das Streiken — seit den Mai-Ereignissen in Paris sind uns diese Demonstrationen, die eben viel mehr sind als Demonstrationen, nämlich echte Revolten, ja bekannt. Und die Möglichkeit, daß es einmal eine Situation geben könnte, in der die rebellierenden Studenten andere Gruppen der Bevölkerung mit sich reißen könnten, ist wohl nicht von der Hand zu weisen.

Die anderen Ausweich- oder Ersatzhandlungen sind nicht ernster als das Streiken, sondern verspielter. Viele jener abstrusen und extravaganten Aktionen, Unterlassungen, Kostümierungen und happenings, mit denen sie leider den Reaktionären aller couleurs gratis Schützenhilfe leisten, sind nichts anderes als Ersatzbefriedigungen von Oppositionellen, deren Opposition wahrhaftig nicht unbegründet ist, die aber aus objektiven Gründen, an denen sie selbst keine Schuld tragen, um Chancen erfolgreichen Streikens betrogen sind. Es ist sehr billig, diese Erscheinungen mit dem Worte „Unreife“ abzutun. Und um so billiger, wenn dieser Vorwurf aus dem Munde derer kommt, die „Disziplin“, Gehorsam und Gleichschaltung verlangen, d. h. als Ideal des idealen Menschen den unselbständigen, also den unreifen Menschen ansehen.

Schreien erlaubt, reden verboten

Welche Gefahr der Mißbrauch der Sprache, namentlich die Verwandlung des gesprochenen Wortes ins gebrüllte, oft sogar ins von vielen unisono und im Gleichtakt skandiierte Schlagwort darstellt, das haben wir Sechzigjährigen schon vor mehr als 35 Jahren, nachdem wir die ersten SA-Trupps brüllend an uns hatten vorbeimarschieren sehen, erfahren. Aber unsere damaligen Einsichten waren unvollständig geblieben. Denn aus einer gewissen Perspektive scheint Brüllen nicht gefährlicher als Reden, sondern ungefährlicher.

Die Strafgesetzbücher der sog. zivilisierten Staaten untersagen es, Staatsoberhäupter anderer Länder mit beleidigenden Beiwörtern zu belegen. Aber siehe da: das Verbot scheint nicht mehr in Kraft. Gebrüllt werden dürfen solche Beleidigungen offenbar. Auf den Ostermärschen erscholl jedenfalls in regelmäßigen Abständen „Johnson Mörder!“ gebrüllt, ohne daß amtlich daran Anstoß genommen worden wäre, und die hiesigen Polizisten hätten sogar, davon bin ich überzeugt, die Schreier geschützt, wenn jemand versucht hätte, deren Weiterschreien zu verhindern.

Natürlich bedeutet das nicht, daß diese Beamten über Nacht die Wahrheit des geschrieenen Slogans eingesehen und sich, mitempört über die Zerstörung Vietnams, in Bundesgenossen der Schreienden verwandelt hätten. Nichts dergleichen. Vietnam bleibt für sie unwirklich, Hanoi könnte auf dem Mond liegen, auch Präsident Johnson ist für sie kaum mehr als ein Phantom, was sich außerhalb ihres Resorts abspielt, das ist ihnen egal, und ob ein geschrieener Slogan zutrifft oder nicht, das geht sie nichts an; noch schöner wäre das ja, wenn die Wahrheitsfrage für sie eine Rolle spielen sollte, so als wenn sie nichts anderes oder Besseres wären als jene Bart- und Brillenträger, vor denen sie die öffentliche Ordnung ja gerade schützen sollen, die moralischen Grundlagen aller möglichen Polizisten würden ja, wenn man ihnen Interesse für Wahrheit statt für Ordnung zumuten würde, zusammenbrechen. Nein, den Johnson-Slogan hat die Exekutive allein deshalb durchgehen lassen, weil sie weiß, daß man beleidigende Slogans gerade dadurch, daß man sie erlaubt, entkräften und harmlos machen kann. Was freilich nicht von allen beleidigenden Slogans gilt, sondern nur von denjenigen, die (auf wie verkümmerte Weise auch immer) als *Urteile* auftreten, nicht als *Aufforderungen*. Die Aufforderung „Hängt Johnson!“ würde keine Polizei durchgehen lassen, während sie gegen die Behauptung „Johnson (ist ein) Mörder“ nichts unternehmen würde, nein, wie wir gesehen haben, tatsächlich nichts unternommen hat.

In anderen Worten: Unerlaubt bleiben diejenigen Slogans, durch die die Schreier direkt aktiviert, sogar in eine bestimmte Aktion hingestoßen werden könnten; erlaubt, sogar erwünscht, sind dagegen diejenigen, durch deren pausenlose Wiederholung die Schreier sich befriedigen und erschöpfen, ohne das Zielobjekt ihrer Beleidigung überhaupt zu erreichen oder gar zu affizieren. In diese Klasse gehört z. B. auch das „Ho Ho Ho Chi Minh“-Geschrei plus -Hüpfen, das den

Gedanken an den wirklichen in Hanoi regierenden Ho (sofern der Gedanke an diesen vorher überhaupt lebendig gewesen war) garantiert abtötet.

Von Schreiern nicht-imperativer Slogans gilt — und das ist eine psychologische Regel: Je öfter diese ihre Slogans unisono wiederholen, um so blasser wird für sie deren Sinn, nämlich deren Forderungssinn. *Kein Mensch ist fähig, gleichzeitig zu schreien und dasjenige, was er schreit, zu meinen.* Selbst Hungernde, die mit tausend ihresgleichen zusammen und synchronisiert „Hunger!“ schreien, überschreien dadurch ihren Hunger, d. h. sie machen sich dadurch unfähig, ihren Hunger zu verspüren; in gewissem Sinne „stillen“ sie ihren Hunger dadurch sogar. Die gebrüllten *Worte* verwandeln sich (sogar in ihren eigenen Ohren) in bloße *Wörter*, nein sogar in bloße *Laute* — und was nur noch als Laut laut wird, das verliert natürlich auch in den Ohren der anderen, auf deren Überzeugung und Überwältigung die Schreier abzielten, seinen letzten Rest von Überzeugungs- und Überwältigungskraft.

Brüllen darf man also so manches. Jene Polizisten, die die Demonstranten bei ihrem Brüllen des Slogans „Johnson Mörder!“ nicht gestört hatten, würden mich, ohne eine Sekunde lang zu zaudern, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zum Schweigen bringen, wenn ich mich an einer Straßenecke aufstellen und in ruhigem Tone, also so, daß Passanten mir zuhören und mich verstehen und aus dem Verstandenen ihre Konsequenzen ziehen könnten, öffentlich erklären würde, aus welchen Gründen es nicht nur berechtigt, sondern geboten sei, Präsident Johnson als Massenmörder und als Organisator eines Genocids zu klassifizieren. Und hätte ich meinem Buche „Visit Beautiful Vietnam“ den von den Demonstranten gebrüllten Ruf „Johnson Mörder“ als Titel mitgegeben, das Buch wäre ganz gewiß schon einen Tag nach seinem Erscheinen wieder von der Bildfläche verschwunden.

Peter Strotmann

Der Zusammenbruch des kapitalistischen Entwicklungsmodells in der Dritten Welt

I. Fragen der Imperialismustheorie

Die Imperialismustheorien der 20er Jahre bestimmen auch heute noch die Fragestellungen nach dem Verhältnis von Erster und Dritter Welt und nach dem Mechanismus, der imperialistische Kriege (z. B. in Vietnam, Kongo oder Santo-Domingo) aus dem kapitalistischen System entstehen läßt. Die (nur sehr grob zu unterscheidenden) 3 Schulen in der Imperialismuskussion vor und nach dem ersten Weltkrieg gingen aus der permanenten Krisensituation dieser Jahre hervor. Sie unterschieden sich im wesentlichen in ihrer Bestimmung der Ursachen und Motivationen des Imperialismus.

Die eine Gruppe (Luxemburg, Sternberg) geht von der Unterkonsumtionstheorie aus: Da die Löhne und somit die Massenkauflkraft zu niedrig sind und nicht ausreichen, um alle Waren zu absorbieren (Realisierungsschwierigkeiten), ist der Kapitalismus auf den Export von Waren in vorindustrielle Gebiete angewiesen. Eine andere, weit größere Gruppe (Hobson, Lenin, Hilferding, Grossmann) betont die starke Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die stark überhöhte Profite und (bei Annahme eines verengten heimischen Marktes) daher ungehemmte Suche nach Anlagemöglichkeiten des immer wachsenden Kapitals hervorruft. Eine dritte Gruppe (vor allem Bucharin) behauptet, daß der Monopolkapitalismus nicht wegen Absatzschwierigkeiten oder fehlender Anlagemöglichkeiten im Innern, sondern wegen der höheren Profite, die in den Kolonien und abhängigen Gebieten viel schneller und unter weniger Aufwand zu erzielen sind, zur imperialistischen Unterdrückung fremder Nationen greift.

Die ersten beiden Positionen sehen den Imperialismus der 20er Jahre in folgendem ökonomischen Zwangszusammenhang begründet: Weil dem Kapitalismus die innere Expansion aus strukturellen Gründen unmöglich ist, besteht die einzige Möglichkeit zur Rettung des Systems in der Expansion nach außen. Ohne dieses Ventil würde nach dieser Ansicht das System zusammenbrechen. Bucharin hingegen bezweifelt die Notwendigkeit des Zusammenbruchs und sieht das Hauptmotiv der imperialistischen Ausbeutung der Dritten Welt darin, daß der Kapitalismus hier den Weg des geringsten Widerstandes geht und bequeme Extraprofite zu erbeuten sucht.

Inzwischen haben vor allem zwei Ereignisse das Gesamtbild des Spätkapitalismus und damit auch die Motivationsstruktur des Neoimperialismus entscheidend verändert:

Erstens hat die Weltwirtschaftskrise und die Erweiterung der wirtschaftspolitischen Manipulationsinstrumente durch Keynes und Nachfolger sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit einer hauptsächlich auf den *inneren* Markt orientierten Expansion der kapitalistischen Systeme begründet. Der erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften um höhere Löhne, der Nachholbedarf nach dem zweiten Weltkrieg, die technologische Revolution, die ungeheuren Rüstungsausgaben sowie die überproportionale Ausdehnung des tertiären Sektors (Dienstleistungen aller Art) als Zeichen einer zunehmenden Verschwendung haben dem Kapitalismus in den Metropolen zunächst eine Schonzeit gewährt.

Der Handel und Kapitalverkehr zwischen den kapitalistischen Industriestaaten wächst schneller als der mit der Dritten Welt, ohne daß deren katastrophale Auswirkungen für die unterentwickelt gehaltenen Länder dadurch nachgelassen hätten. Daher scheinen die kapitalistischen Metropolen tendenziell fähiger zu werden, sich aus sich selbst heraus zu reproduzieren.

Das zweite Ereignis ist das Auftreten des Sozialistischen Lagers und damit des internationalen Klassenkampfes zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern. Dadurch hat der früher beherrschende Kampf *zwischen* den imperialistischen Ländern abgenommen zugunsten einer wirtschaftlichen und politischen antikommunistischen Globalstrategie. Inwieweit die neuerlich auftretende Rivalität zwischen Europa und den USA diese Tendenz rückgängig macht, ist noch nicht genau abzusehen. Damit kommt jedoch zu den alten und noch immer gültigen Motivationen des Imperialismus (Absatzmärkte, Investitionsgebiete, Rohstoffausbeutung) eine neue Begründung *hinzu*: das Bedürfnis, die Länder der Dritten Welt — notfalls auch unabhängig von *unmittelbarer* Nutznießung — ökonomisch und politisch zu beherrschen, um ihnen ihr eigenes kapitalistisches Entwicklungsmodell aufzuzwingen. Einmal natürlich, weil sich dort mit Hilfe der einheimischen Kompradorenbourgeoisie Absatzmärkte, Investitionen und Rohstoffe (selbst wenn man *notfalls* und unter hohen Kosten ohne sie auskommen könnte) bequemer erhalten lassen als unter sozialistischen Vorzeichen, und zwar unter Bedingungen, die von den ökonomisch stärkeren Metropolen diktiert werden. Hinzu kommt jedoch die ganz berechtigte Befürchtung, von sozialistischen Ländern eingekreist zu werden und als einsame Insel in einem befreiten Meer die nächste Sturmflut abwarten zu müssen.

Die gegenwärtige Diskussion um den Imperialismus umfaßt im wesentlichen drei Fragenkomplexe: zunächst die nach wie vor positiv zu beantwortende Frage nach der *Ausbeutung* der Dritten Welt durch die Erste, also nach dem Tribut, den die unterentwickelt gehaltenen Länder an die entwickelten zu zahlen haben. Zweitens die Frage der *Abhängigkeit* der Ersten von der Dritten Welt, ob also die kapitalistischen Metropolen fähig sind, ohne die vorgelagerten Gebiete der Dritten Welt ökonomisch zu existieren, sich zu reproduzieren. Diese Frage ist nach der hier vertretenen Auffassung irrelevant für die Erklärung der Erscheinungen des gegenwärtigen Imperialis-

mus und unkritisch von den Imperialismustheorien der 20er Jahre abgeleitet. Der dritte Fragenkomplex befaßt sich mit den notwendigen *politisch-ökonomischen Interessen* des Westens an der Übertragung seines Gesellschaftsmodells auf die Dritte Welt und damit, welche Folgen eine solche „Transplantation“ für diese Länder hat.

Die Frage der Ausbeutung ist eindeutig und umfassend beantwortet worden¹. Das Problem der Abhängigkeit jedoch scheint zu abstrakt und ökonomistisch gestellt. Es geht bei der materialistischen Begründung der Aggressions- und Interventionshandlungen des Imperialismus nicht um die Frage der globalen und abstrakten Abhängigkeit, sondern um jeweils spezifische ökonomische Interessenzusammenhänge, die von Land zu Land variieren und in sehr unterschiedlicher Form auftreten. Ganz bestimmte, historisch gewordene Interessen an Rohstoffvorkommen, Absatz- und Investitionsgebieten zeigen an, daß es vielleicht *denkbar*, aber *nicht* in der konkreten Wirklichkeit *möglich* ist, auf eben diese materiellen Interessen zu verzichten; man nimmt statt dessen lieber langandauernde Kriege und faschistische Regime in der Dritten Welt in Kauf.

Die Wirklichkeit des Imperialismus sieht heute entschieden anders aus als in den 20er Jahren. Die modernen Imperialismustheorien müssen diese Veränderungen widerspiegeln und können nicht mit der alten Fragestellung an die in 50 Jahren veränderte Realität herangehen, da man sonst zu verharmlosenden Schlußfolgerungen kommt². Die Frage nach den Gründen des Imperialismus muß von der globalen Ebene (Abhängigkeit) auf viel konkretere Aspekte (spezifische ökonomische Interessen) verschoben werden. Gegenstand dieses Aufsatzes soll es sein, auf den dritten Problemkomplex einzugehen und die These zu begründen, daß das Modell der europäischen und amerikanischen Wirtschaftsentwicklung einmalig und unter „optimalen“ Bedingungen (eben mit kolonialem Hinterland) zustande kam. Jede auch nur teilweise Übertragung dieses Modells des spontanen oder organisierten Kapitalismus auf die Länder der Dritten Welt verschärft nur die Probleme dieser Länder und führt entweder zu erschreckenden Katastrophen oder zur Revolution. Jede fundamentale Entwicklung in diesen Ländern kann nur unter sozialistischen Vorzeichen stattfinden; gleichwohl ist eine Wiederholung des sowjetischen Modells ausgeschlossen: Es muß eine grundlegende und permanente Revolutionierung der Menschen und Produktivkräfte entlang dem chinesischen Modell sein.

1 Siehe das zusammengetragene Material bei Pierre Jaleé: „Die Ausbeutung der Dritten Welt“, sowie in den Argument-Heften Nr. 34, 38 und in einer Fülle von Publikationen bürgerlicher Ökonomen, die z. T. unten zitiert werden. Außerdem Conrad Schahler „Zur politischen Ökonomie der Armen Welt“, Trikont, München 1969.

2 So begründet Isenberg in seinem Beitrag auf S. 51 den Imperialismus nur noch aus „machtpolitisch-ideologischen“ Motiven heraus, was eine Folge der falschen Fragestellung zu sein scheint (siehe die Anti-Thesen S. 66 dieses Heftes).

II. Problem des Wachstums

Die Problematik des Wachstums und damit der Wachstumspolitik stellt sich in den entwickelten und unterentwickelten Nationen jeweils völlig anders dar. In beiden Regionen ist jedoch „Wachstum um seiner selbst willen kein rationales Ziel der Politik . . . Die Ideologie des Wachstums hindert uns daran zu fragen, was wir damit anfangen wollen“³. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Wachstums ist je nach der Entwicklungsstufe einer Gesellschaft unterschiedlich. In der nördlichen Erdhälfte, besonders jedoch in den USA, hat man einen Stand der Produktivkräfte erreicht, der die fundamentalen materiellen Bedürfnisse der Menschen völlig befriedigen könnte; hier scheinen nicht mehr die quantitative Vermehrung, sondern die Verteilung und qualitative Umgestaltung des Produktionsergebnisses⁴ sowie die Verkürzung und langfristig die Abschaffung der Arbeitszeit, die Erhöhung des Bildungsniveaus und allgemein eine neue Qualität des Lebens ohne den materiellen Existenzkampf (wo Automaten statt Menschen arbeiten) möglich und vordringlich zu sein. In den unterentwickelten Ländern der südlichen Erdhälfte⁵ jedoch stellt sich das Problem anders: Hier herrscht akuter materieller Notstand, da die größte Zahl dieser Gesellschaften nicht einmal fähig ist, das lebensnotwendige Minimum an Kalorien für die Masse der Bevölkerung zu gewährleisten, geschweige denn, mit dem ungeheuren Bevölkerungszuwachs fertig zu werden. Für diese Länder gibt es im Grunde keinen Zweifel, daß sie aus Überlebensgründen wirtschaftliches Wachstum erzwingen müssen. Kontrovers sind nur das Ausmaß und die Methode des Entwicklungsprozesses.

Es wird sich zeigen, daß sowohl die Probleme der kapitalistischen Metropolen mit ihrer unglaublichen Verschwendung sozialer Ressourcen als auch die Aufgaben der sprunghaften nachholenden Entwicklung, die sich den Ländern der Dritten Welt stellt, nur durch einen revolutionären Sozialismus zu lösen sind.

Der Entwicklungsprozeß der heute entwickelten Länder war ein noch relativ kurzer (ca. 150 Jahre) Prozeß der Industrialisierung. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Tätigkeit verlagerte sich im Laufe dieser Zeit vom primären Sektor der landwirtschaftlichen und Rohstoffproduktion zum sekundären Sektor der verarbeitenden Industrie bis hin zum tertiären Sektor der Dienstleistungen⁶. Wie-

3 J. Robinson: *Economics, An Awkward Corner*, London 1966, S. 51. Deutsch: „Die fatale politische Ökonomie“, EVA, Frankfurt 1968.

4 Vgl. J. K. Galbraiths Forderung nach verstärktem kollektiven Konsum, in: *The Affluent Society* — und H. Marcuses Kritik der *Great Society* in *Diskus*, Frankfurt 1967, Nr. 3 und 4.

5 Ausgenommen seien hier die europäischen Siedlungsgebiete. Wahrscheinlich müßte man Spanien, Portugal, Griechenland und die Türkei zu den EL rechnen. China würde als Ausnahme zu bezeichnen sein, obwohl es 1949 von einem wesentlich niedrigeren pro-Kopf-Einkommensniveau seinen Entwicklungsprozeß begann als Indien.

6 C. Clark: *Conditions of Economic Progress*, London 1951.

weit diese säkulare Entwicklung unabhängig von der jeweiligen Gesellschaftsform verläuft, ist noch nicht mit Sicherheit zu bestimmen, da sich in den kommunistischen Ländern eine tendenzielle Stagnation des tertiären im Gegensatz zum sekundären Sektor andeutet⁷, woraus man die wesentlich höheren Wachstumsraten dieser Gesellschaften abzuleiten versuchte⁸. Für die Entwicklungsländer ergibt sich aus diesem säkularen Trend eine a-priori-Gleichsetzung von Wachstum und Industrialisierung. Auch ganz abgesehen von politischen oder handelspolitischen Erwägungen ist für sie Industrialisierung aus denselben Gründen unausweichlich, die in den heutigen Industriestaaten diese Entwicklung verursachten: auf der Angebotsseite verspricht sie eine wesentlich breitere Anwendungsmöglichkeit technischer Erkenntnisse und Produktivitätssteigerung als in der Landwirtschaft; auf der Nachfrageseite ist die geringe Einkommenselastizität der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten bei hohem Einkommensniveau offensichtlich⁹.

Der Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft spiegelt sich ungefähr in ihrer Beschäftigungsstruktur wider, d. h. in dem Prozentsatz der Bevölkerung, der in der Landwirtschaft beschäftigt ist und dort die Lebensmittel für das Land herstellt. In den westlichen Industrienationen beträgt dieser Prozentsatz 10 bis 15 %, in der Sowjetunion ca. 40 % und in den Entwicklungsländern 80 bis 95 %. Langfristig kann die Produktivität einer unterentwickelten Wirtschaft nur dadurch gesteigert werden, daß ein immer größerer Teil der Bevölkerung aus der unproduktiven Landwirtschaft abgezogen und in der Industrie beschäftigt wird. Zur Beseitigung des Hungers in der Dritten Welt müssen wesentlich höhere landwirtschaftliche Erträge produziert werden, die man jedoch nur erzeugen kann, wenn Fabriken zur Verfügung stehen, die Kunstdünger und Traktoren in ausreichendem Umfang herstellen. Nur durch eine massive Industrialisierung lassen sich die Probleme dieser Länder lösen: das Bevölkerungs- und Beschäftigungsproblem; das Problem der Monokulturen und der Exportabhängigkeit und last not least das Problem der politischen Macht. Denn die Ereignisse in Kuba, Santo-Domingo, im Kongo oder Vietnam zeigen, daß die Länder der Dritten Welt so lange nicht unabhängig sind, wie sie sich nicht erfolgreich gegen eine militärische Intervention des Imperialismus zur Wehr setzen können. Die ungleichen Verträge, die fallenden Terms of Trade und die hoffnungslose Abhängigkeit dieser Länder vom Export in die Metropolen lassen deutlich werden, daß die Länder der Dritten Welt nur dann vom Objekt der Metropolen zum Subjekt ihrer eigenen

7 R. Aron: Die industrielle Gesellschaft, Frankfurt/Main, Kap. 12.

8 Ibid. S. 176.

9 Die Einkommenselastizität für landwirtschaftliche Produkte gibt an, wie die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Gütern auf eine Erhöhung des Einkommens der Bevölkerung reagiert. In den Industriestaaten steigt diese Nachfrage gewöhnlich weniger stark als das Einkommen, d. h. die Elastizität ist geringer als eins.

Geschichte werden können, wenn sie aus der formalpolitischen eine ökonomische Unabhängigkeit machen, d. h., wenn sie die industriellen Produkte selbst herstellen, die sie für den steigenden Bedarf der Massen benötigen.

III. Strukturprobleme der Dritten Welt und der besondere Charakter der „nachholenden Entwicklung“

Im Gegensatz zur Industrialisierung Englands, der Vereinigten Staaten und der kontinentaleuropäischen Länder hat der Industrialisierungsprozeß in den Entwicklungsländern (EL) Nachholcharakter, er ist „abgeleitete Entwicklung“¹⁰. Dieser Tatbestand, der sowohl die Möglichkeit wie auch die ungeheure Dringlichkeit der Entwicklung bestimmt, ist von überragender Bedeutung und wird weitgehend die erforderliche Entwicklungsstrategie dieser Länder determinieren.

a) Bevölkerungsentwicklung

Die Industrialisierung in Amerika und den europäischen Ländern setzte zu einem Zeitpunkt ein, in dem die absolute Zahl der Bevölkerung noch gering war und die Sterberaten infolge medizinischer Einrichtungen *parallel* zum Akkumulationsprozeß sanken. Das bedeutete, daß der wachsenden Bevölkerung unmittelbar Maschinen und Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung standen, daß die technische Revolution sehr bald auf die Landwirtschaft übertragen werden konnte und sich eine akute Ernährungsnotlage (soweit sie nicht sowieso durch Einführen aus den Kolonien, wie im Falle Englands, übergangen wurde) nicht einstellte.

Schon in der sowjetischen Entwicklung hatte sich die Lage verschlimmert. Die Bevölkerung war Ende des 19. Jahrhunderts sprunghaft angestiegen. Ein riesiges Heer offen oder versteckt Arbeitsloser war zu versorgen und durch die Industrie zu absorbieren. Das absolute Bevölkerungsvolumen war zwar groß, die Zuwachsrate während des Industrialisierungsprozesses jedoch sehr gering, so daß die „demographische Investitionsrate“ (Investitionen, die Arbeitsplätze ausschließlich für den *Zuwachs* der Bevölkerung schaffen sollen) nicht ins Gewicht fiel. Alle Investitionen konnten zur Aufnahme der „versteckten Arbeitslosigkeit“ aus der Landwirtschaft dienen.

In den heute noch nicht entwickelten Gesellschaften stellt sich das Problem radikaler: Die Zuwachsraten der Bevölkerung sind wesentlich höher als in den europäischen Ländern während ihrer Vorindustrialisierungsphase¹¹, und das schon seit einigen Jahrzehnten, so daß auch das absolute Bevölkerungsvolumen unvergleichlich höher

10 H. C. Wallich: Some Notes Towards a Theory of Derived Development, in: Agarwala und Singh: The Economics of Underdevelopment.

11 S. Kuznets: The Pro-Industrial Phase in Advanced Countries, Agarwala a.a.O., S. 149.

liegt. Zurückzuführen ist das wiederum auf die Senkung der Sterberaten infolge des medizinischen Fortschritts. Gleichzeitig bleibt den EL heute nicht das Ventil der Auswanderung, das in vielen europäischen Ländern die ökonomische Entwicklung erleichterte. Die Kolonialmächte importierten in ihre Kolonien die moderne medizinische Technik, ohne gleichzeitig diesen Ländern Mittel an die Hand zu geben, mit der neuen, von ihnen geschaffenen Lage fertig zu werden.

In einem Modell von H. W. Singer¹², das die Situation der EL wirklichkeitsnahe darstellt, werden die Konsequenzen dieser Phasenverschiebung der Bevölkerungsentwicklung aufgezeigt: 70 % der Bevölkerung sollen in der Landwirtschaft beschäftigt sein und 40 % des Gesamteinkommens produzieren. Die Bevölkerung wächst jährlich mit einer Rate von 1,25 %. Die Entwicklungspolitik soll sich darauf beschränken, nur den Zuwachs der Bevölkerung in den industriellen und tertiären Sektor aufzunehmen, d. h., die Beschäftigung in der Landwirtschaft bleibt absolut konstant. Pro Jahr sollen 0,875 % des Bevölkerungszuwachses in neuen Industriezweigen mit einem Kapitalkoeffizienten (k)^{12a} von 6:1 beschäftigt werden (Energie-, Transport- und andere Infrastrukturinvestitionen eingeschlossen). Weitere 0,275 % sollen im tertiären Sektor mit einem $k=4:1$ untergebracht werden. Um die zusätzlich Beschäftigten ernähren zu können, bedarf es einer zusätzlichen landwirtschaftlichen Produktion von 3 % (1,25 % für die zusätzliche Bevölkerung; 0,75 %, um den Konsum der Gesamtbeschäftigten zu erhöhen, und ein weiteres Prozent zur Erhöhung des Eigenkonsums der Landwirtschaft). Wenn auch in der Landwirtschaft ein $k = 4:1$ angenommen wird, so ist eine Investitionsquote von 22 % notwendig, nur um den Bevölkerungszuwachs produktiv beschäftigen zu können. Dennoch würde es volle 108 Jahre dauern, bis sich das Verhältnis der in der Landwirtschaft Beschäftigten zur übrigen Beschäftigtenzahl von 70:30 % auf 20:80 % geändert hat, das heißt, bis das Stadium erreicht ist, „das ein endgültiges Gleichgewicht bei einem hohen Beschäftigungsniveau bedeutet“. Bedenkt man jedoch, daß dieses Modell von der unrealistischen Annahme ausgeht, daß das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern nur 1,25 % und nicht, wie in Wirklichkeit, 2,5 bis 3 % beträgt; daß heute Investitionsquoten von 12 bis 15 % schon als sehr fortschrittlich angesehen werden; und daß es einige Länder gibt, die nicht noch 100 Jahre mit ihrer Emanzipation warten können, so mag das Ausmaß der Ereignisse verständlich werden, die in den nächsten Jahren in diesen Ländern anstehen.

12 H. G. Singer: *The Mechanics of Economic Development*, Agarwala a.a.O., 380—399.

12a Der Kapitalkoeffizient (oder capital-output-ratio) gibt an, wieviel Einheiten „Kapital“ (hier verstanden als Fabrikhalle, Maschinen und Rohstoffe) benötigt werden, um in irgendeinem Produktionszweig eine zusätzliche Einheit fertiger Produkte zu erzeugen. Der Kapitalkoeffizient ist im allgemeinen natürlich in der Landwirtschaft niedriger als in der Industrie und hängt von der angewandten Technik ab.

b) Kapital und Technik

Die bisherigen Kapitalbestände in den Entwicklungsländern sind quantitativ äußerst dürftig und in ihrer Form einer Entwicklung nicht sehr förderlich: Sie bestehen zum größten Teil aus Extraktionsindustrien, die Appendices der Industrieländer darstellen, wegen ihres geringen „Verbreitungseffekts“¹³ aber kaum direkt zur Entwicklung dieser Länder beitragen können. Sie dienen dazu, für die Industrieländer billige Rohstoffe und Arbeitskräfte zu besorgen und zwingen den EL ihre heutige, völlig einseitige Wirtschaftsstruktur auf. Die „external economies“ bleiben auf den Exportsektor beschränkt, es konnten sich keine Multiplikator-Akzeleratorprozesse entwickeln, „die einkommen-schaffenden Kräfte wurden erheblich behindert durch Abflüsse ans Ausland“¹⁴.

Die EL haben jedoch den großen Vorteil, von dem in den Industriestaaten inzwischen akkumulierten technischen Wissen profitieren zu können. „Der Entwicklungsprozeß basiert nicht auf Erfindungen, sondern auf der Anwendung von existierenden Erfindungen. Er ist abgeleitet von Erkenntnissen, die anderswo gefunden wurden“¹⁵. Einerseits ermöglicht das, einen großen Teil der Entwicklungsstadien des traditionellen westeuropäischen Industrialisierungsmusters zu überspringen, andererseits ergeben sich daraus schwerwiegende Konsequenzen für die Entwicklungsstrategie. Die industrielle Revolution in England begann mit der Mechanisierung der Textilindustrie, d. h. mit einer Produktionstechnik, die einen relativ geringen Kapitalaufwand und kleine Betriebsgrößen erlaubte, und entwickelte sich Schritt für Schritt auf die heutigen Unternehmensgrößen und Kapitalausstattung hin. Heute haben die EL — wollen sie jemals den Stand der hochentwickelten Länder erreichen — mit den gleichen Techniken zu *beginnen*, die in Europa und Amerika Ergebnis einer hundertjährigen allmählichen Kapitalakkumulation sind. Das bedeutet einen unverhältnismäßig höheren Mittelaufwand in den Anfangsstadien der Industrialisierung; denn ein Stahlwerk in Ghana dürfte ebensoviel, wenn nicht noch mehr, kosten als im Ruhrgebiet. — Sollen die Techniken der Massenproduktion angewandt werden (was wegen ihrer hohen Produktivität, des enormen Bedarfs an lebensnotwendigen Gütern und der hohen „marginalen Reinvestitionsrate“¹⁶ not-

13 G. Myrdal: *Economic Theory and Underdeveloped Regions*, London 1957, Ch. III und V.

14 G. M. Meier: *The Problem of Limited Economic Development*, Agarwala a.a.O., S. 69.

15 H. C. Wallich a.a.O., S. 195.

16 W. Galenson und H. Leibenstein: *Investment Criteria, Productivity and Economic Development*, *Quarterly Journal of Economics*, August 1955, S. 343—70, untersuchen anhand der indischen Textilindustrie die langfristigen Auswirkungen kapital- und arbeitsintensiver Techniken und kommen zu dem Schluß, daß durch die Produktionsmethoden mit dem höchsten „marginal per capital reinvestment quotient“ auch die Beschäftigung nach einer gewissen Zeit höher ist als mit arbeitsintensiven Methoden. Die Wahl der Investitionen hängt somit vom Zeithorizont der Gesellschaft ab. Siehe auch Dobbs Modell in: „Ökonomisches Wachs-

wendig wäre), so wird damit ein ungeheurer Kapitalbedarf und zugleich ein kaufkräftiger Markt für diese Massengüter notwendig. Beides ist aber mit den traditionellen Mitteln der Marktwirtschaft, auch unter Einsetzung moderner fiskalischer und monetärer Mittel, nicht zu erreichen. Notwendig ist entweder ein „big push“¹⁷, d. h. massiver Kapitalimport und simultaner Aufbau komplementärer Industrien oder aber eine fundamentale Umorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft.

c) Marktstrukturen und „demonstration effects“

Die offene Abhängigkeit der früheren Kolonien und heutigen EL von ihren „Mutterländern“ hatte zur Folge, daß die Entwicklung einer „nationalen Bourgeoisie“ aus Konkurrenzgründen systematisch verhindert wurde. Es konnte sich keine Mittelklasse bilden, die wie in Europa die feudale Struktur dieser Länder in eine kapitalistische umwandelte und somit einen eigenen Industrialisierungsprozeß initiierte. Dabei fehlte es keineswegs an Unternehmertalenten, wie die große Zahl an Händlern und Mittelsmännern beweist. Auch nachdem diese Länder ihre formale politische Unabhängigkeit erreicht hatten, konnten sich diese potentiellen Unternehmer meist nicht gegen die finanzielle Übermacht ausländischer Konzerne behaupten. Selbst wenn das jedoch möglich war (wie teilweise in Lateinamerika), so zeigten sich wegen des inzwischen fortgeschrittenen Stands der Technik dieselben Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen wie in den Industrieländern, jedoch auf einer anderen Basis. Während sich dort zumindest partiell noch „countervailing powers“ bilden konnten, so ist das in den EL wegen der geringen absoluten Nachfrage kaum möglich. Die negativen Auswirkungen der Durchmonopolisierung der Wirtschaft sind in den Industrieländern schon gravierend genug, in den EL jedoch weit schwerwiegender (was sich vor allem in den niedrigen Kapazitätsauslastungsraten z. B. in Indien und Lateinamerika zeigt).

Eine der wesentlichsten Eigenschaften der europäischen frühindustriellen Periode war der „Asketismus, seine Entsagung, seine Selbstaufopferung, die Sparsamkeit und Frugalität, das Verachten der weltlichen, zeitlichen und vergänglichen Genüsse, das Nachjagen nach dem ewigen Schatz“¹⁸. Dadurch wurden die hohen Investitionen möglich gemacht. Inzwischen wirkt jedoch der hohe Lebensstandard der nördlichen Erdhälfte auf das Konsumniveau der feudalen oder großbürgerlichen Schichten der Dritten Welt¹⁹. Hier hat er eine ambivalente Funktion: einmal zeigt er, daß materieller Wohlstand

tum und Planung“, Frankfurt (EVA) 1968, und J. Robinson: *Economic Philosophy*, London 1964, S. 115.

17 Siehe P. N. Rosenstein-Rodan: *Problems of Eastern and South Eastern Europe*, Agarwala a.a.O., S. 245.

18 K. Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf)* Berlin 1953, S. 143.

19 R. Nurske: *Some International Aspects of Economic Development*, Agarwala a.a.O., S. 264 f.

möglich ist, und zwar auch den breiten Massen; zum anderen zehrt er einen großen Teil des ohnehin schon sehr geringen volkswirtschaftlichen Überschusses auf und verhindert durch die Reduzierung der Investitionsrate gerade die Steigerung der Produktion. Da die Luxusgüter zumeist eingeführt werden, werden ein Teil der für den Investitionsgütersektor so dringend benötigten Importkapazität aufgesogen und die sowieso prekären Zahlungsbilanzen weiter belastet. War im puritanischen England noch die Belohnung im Jenseits das angemessene „incentive good“, so sind die Unternehmer in den EL heute wesentlich materialistischer geworden. Neben dem direkten Effekt auf die mögliche Investitionsquote hat der Luxuskonsum noch einen internen „demonstration effect“, nämlich Lohnforderungen hervorzurufen und damit die Konsumquote heraufzusetzen in einem Stadium der Entwicklung, in welchem in den europäischen Ländern noch nicht einmal die ersten Arbeiterschutzgesetze erlassen worden waren²⁰.

d) Außenhandelssektor

Eine beliebte Empfehlung für die Entwicklungsstrategie der EL beruht auf der Theorie der komparativen Kosten. Die EL sollten sich — da sie unter Arbeitsüberschuß und Kapitalknappheit zu leiden hätten — auf die Produktion von arbeitsintensiven Produkten für den Export spezialisieren, da hier ihr „komparativer Vorteil“ gegenüber den Industrienationen läge. Tatsächlich hat diese Empfehlung katastrophale Konsequenzen, und ihr ideologischer Charakter ist wohl kaum zu übersehen.

Von 1950 bis 1963 ging der Anteil der EL am Weltexport von 32 % auf 20 % herunter²¹, gleichzeitig betrug der wertmäßige Anteil des Außenhandels am Sozialprodukt dieser Länder 1960 im Durchschnitt 34 % (im Gegensatz zu 18 % in den Industrieländern). Die EL sind also schon jetzt sehr abhängig vom Außenhandel, der jeweils nur aus sehr wenigen Produkten besteht, zum größten Teil aus Rohstoffen, die den sehr starken Schwankungen der Weltmarktpreise in viel stärkerem Umfang unterliegen als industriell verarbeitete Produkte. Nicht nur Schwankungen, sondern ein säkularer Preisverfall ihrer Produkte ist zu verzeichnen²². So verschlechterten sich die Terms of Trade von 1950 bis 1962 erneut um 12 %²³. Das ist zurückzuführen auf die „imperialistisch induzierte monokulturelle Wirtschafts- und Handelsverfassung“²⁴, auf die geringen Preis- und Nachfrageelastizitäten

20 Drs. S. 266: „The use of potential domestic sources of capital can be seriously hampered by the dissatisfaction and impatience which the demonstration effect tends to produce.“

21 UN: World Economic Survey 1963, S. 10.

22 R. Prebish: The Economic Dev. of L. A. II in Meier, a.a.O., S. 339.

23 UN: a.a.O., S. 6/7. Siehe auch The Economist vom 7. 1. 1967, S. 54, der von einer Verschlechterung der terms of trade für „primary producers“ von 100 (1958) auf 96 (1966) spricht.

24 H. D. Boris: Zur pol. Ökonomie der Beziehungen zwischen EL und westlichen Industriegesellschaften, in: Das Argument Nr. 38, S. 194.

der Produkte der EL in den entwickelten Industriestaaten²⁵, auf das säkulare Ansteigen industrieller Fertigprodukte infolge der administrierten Preise in den Industriestaaten; auf die in den entwickelten Ländern betriebene Importsubstitution in Form von synthetischen Stoffen aller Art; und schließlich auf die Zollprogression für weiterverarbeitende Güter in diesen Ländern²⁶, die den EL den Zugang zu neuen Märkten für andere als Primärgüter erschweren. Unter diesen Umständen erscheint ein schnelles Wachstum über den Exportsektor sehr zweifelhaft oder zumindest auf enge Grenzen zu stoßen.

Von der „Entwicklungshilfe“ ist nicht viel mehr zu erwarten. Sie wird geringer (1962 machte sie noch 0,7 % am Nationalprodukt der IL [Industrielländer] aus, heute nurmehr 0,5 %) ²⁷ und teurer (statt Geschenke werden Darlehen zu steigenden Zinssätzen vergeben) ²⁸ und besteht ohnehin zum großen Teil aus Militärhilfe an einige auserlesene Länder, in denen Revolutionen die meisten Erfolgsaussichten haben ²⁹. Außerdem hat sie die Funktion, halbfeudale korrupte und unfähige Gesellschaftssysteme überlebensfähig zu halten und damit jede Entwicklung zu verhindern. Die Schuldenlast aus früherer Hilfe ist schon heute unerträglich und wird immer erdrückender. In Lateinamerika machte der Schuldendienst 1956 6 % der Exporteinnahmen aus, 1964 schon 15 %. „Während zu Beginn der 60er Jahre die Hilfe an die Entwicklungsländer noch ausreichte, um die Kosten der ‚unsichtbaren Posten‘ (Transportkosten, Abfluß von Dividenden und durch den Schuldendienst) zu bezahlen und noch ein beträchtlicher Betrag übrigblieb, um die Differenz zwischen Exporten und Importen zu bezahlen, so ist das heute nicht länger der Fall“ ³⁰.

So schreitet die relative und wohl auch absolute Verarmung der Dritten Welt weiter voran. 1938 produzierte etwa ein Viertel der Weltbevölkerung $\frac{2}{3}$ des Welteinkommens, 1949 erzeugte dasselbe Viertel schon $\frac{3}{4}$ ³¹ und dieser Trend beschleunigt sich. Die Gründe für diese sich weitende Kluft sollen a) in dem unterschiedlichen Ausgangsniveau der Ländergruppen (gleiche Zuwachsraten bedeuten absolut höheres Wachstum der Industrieländer), b) im höheren Produktivitätsfortschritt der IL und c) im unterschiedlichen Bevölkerungswachstum der Ländergruppen liegen ³². Myrdals Prinzip der „zirkulären Verursachung“ scheint sich hier zu bewahrheiten. „Ein Land ist arm, weil es arm ist.“

25 H. W. Singer: The Distribution of Gains Between Investing and Borrowing Countries, in: AER, Vol XL/1950, S. 473 ff.

26 The Economist, 3. 6. 1967, S. 1029: „Tariffs tend to escalate as the degree of processing increases.“

27 Ibid.

28 The Economist, 1. 10. 1966, S. 70.

29 35 % der amerikanischen Kapitalübertragungen seit Kriegsende waren für militärische Zwecke bestimmt; vgl. Boris a.a.O., S. 184.

30 The Economist, 3. 6. 1967, S. 1028.

31 S. Kutznets: Quantitative Aspects of the Economic Growth of Nations I in: Ec. Dev. and Cultural Change, Vol V, 10/1956.

32 Ph. Deane: Trends in International Dev., in Meier a.a.O., S. 5.

Gleichwohl gibt es jedoch Entwicklungsstrategien, die in der Praxis zu enorm hohen Wachstumsraten geführt haben und in einigen Jahrzehnten die Armut in diesen Ländern eliminierten, und zwar durch eine Politik der relativen Autonomie und „self reliance“.

IV. Mögliche Entwicklungsstrategien

a) Das Konzept des „potential surplus“

P. A. Baran unterscheidet drei Arten des wirtschaftlichen Überschusses: den tatsächlichen, den potentiellen und den geplanten „surplus“³³. Der „tatsächliche Überschuß“ ist die Differenz zwischen der effektiven laufenden Produktion und dem effektiven Verbrauch, also gleich den laufenden Ersparnissen.

Der „potentielle wirtschaftliche Überschuß“ ist der „Unterschied zwischen der Produktion, die in einer gegebenen technologischen und natürlichen Umgebung mit Hilfe der zur Verfügung stehenden produktiven Ressourcen erreicht werden *könnte* und dem, was als lebenswichtiger Verbrauch angesehen werden kann“. Er umfaßt:

a) übermäßigen Verbrauch in Form von Luxuskonsum etc. Der notwendige Verbrauch läßt sich ziemlich eindeutig bemessen (wie das z. B. im statistischen Lebenshaltungsindex geschieht) und stellt sich in jeder historischen Periode unterschiedlich dar;

b) den Produktionsverlust durch unproduktive Arbeit, d. h. „Arbeit, die zur Produktion jener Güter und Dienstleistungen führt, nach denen eine Nachfrage nur innerhalb der besonderen Bedingungen und Verhältnisse des kapitalistischen Systems besteht, nicht aber in einer rational geordneten Gesellschaft“, also: Waffen, Luxusartikel, Militärs, Geistliche, Steuerhinterziehungsspezialisten, Experten der Öffentlichkeitsarbeit, Werbefachleute und zum Teil Regierungsbeamte, Rechtsanwälte, Makler und Händler. Nicht dazugerechnet wird „unproduktive“, aber notwendige Arbeit von Wissenschaftlern, Ärzten und Künstlern etc. Hier gibt es einige Abgrenzungsschwierigkeiten, aber selbst im kapitalistischen System wurde ein Großteil derart unproduktiver Arbeiter zum Kriegsdienst herangezogen;

c) den Ausfall aus der Organisation des bestehenden Produktionsapparates; gemeint sind damit ungerechtfertigte Überkapazitäten, monopolistische Praktiken, das Patentwesen, mangelnde Standardisierung, unteroptimale Betriebsgrößen vor allem im Landwirtschafts- und Verteilungssektor, alles Erscheinungen, denen in den EL besondere Bedeutung zukommt. In den kapitalistischen Industrieländern kommt darüber hinaus noch der Verschleiß von Menschen durch das „commercialisation of the moron“ hinzu;

d) den Produktionsausfall durch Arbeitslosigkeit, durch friktionelle (die im Plan minimiert werden könnte), strukturelle aus mangelnder effektiver Nachfrage, wie auch konjunkturelle Arbeitslosigkeit.

33 P. A. Baran: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied 1966, S. 81 ff.

Dieser Begriff des „potential surplus“ geht natürlich über die bestehende Gesellschaftsordnung hinaus. Für die EL dürfte er besondere Bedeutung erlangen, da er auf ein Maximalkonzept hinausläuft: Er erlaubt ein wesentlich höheres Akkumulationsvolumen an Kapital und produktiver Arbeit als der traditionelle Investitionsbegriff, bedingt allerdings eine fundamentale Umorganisation der Gesellschaft. Aus ihm ließe sich eine Investitionsquote und eine Wachstumsrate ableiten, die bei weitem über Harrods „natürlicher“^{33a} liegt, da sie auch *bestehende* Arbeit und ebenso Kapital produktiver einsetzt. Man kann sich leicht ausmalen, welche Mengen parasitären Konsums und unproduktiver Tätigkeit sowie unterbeschäftigter Arbeit (d) gerade in den EL nach dieser Bestimmung umgeleitet werden müßten. Hier ist der „lebensnotwendige Verbrauch“ tatsächlich gleich dem Subsistenzminimum für *alle* Bevölkerungsteile, was jedoch für die Massen der Bevölkerung schon ein ungeheurer Fortschritt gegenüber dem Status quo bedeuten würde.

Es scheint daher begründet, anzunehmen, daß in den EL die optimale Investitionsrate identisch ist mit der maximalen, die definiert ist als die Differenz zwischen der möglichen Produktion und dem in Kalorien genau bemeßbaren Subsistenzminimum. Negativ ausgedrückt: starke Einkommens- bzw. Konsumunterschiede sind mit dieser Investitionsrate unvereinbar. Die Kosten oder Opfer der Entwicklung sind ziemlich gleichmäßig auf alle Mitglieder der Gesellschaft zu verteilen.

b) Die Mittelaufbringung

1. Umstrukturierung des Konsums

Eine hohe Investitionsrate bedeutet keineswegs notwendigerweise niedriges Konsumniveau. Eine unter den vielen circuli-vitiosi-Theorien lautet, daß die EL geringes Einkommen, daher geringe Spar- bzw. Investitionsraten besäßen und daher ihr Einkommen auch nicht erhöhen könnten. In Wirklichkeit lenkt jedoch die globale Sparrate die Aufmerksamkeit von der Verteilung der Einkommen unter die verschiedenen Klassen ab. Ist die Einkommensverteilung in den kapitalistischen Industrieländern schon sehr ungleich, so in noch viel stärkerem Ausmaße in den Ländern der Dritten Welt. Will man die maximale Investitionsrate erreichen, so braucht deshalb nicht der Konsum der breiten Massen reduziert zu werden, wohl aber der unnötige Konsum der herrschenden Schichten (und Luxuskonsum bestimmt sich in diesen Ländern natürlich anders als in den Industriestaaten). Dadurch wird gleichzeitig die Zahlungsbilanz erleichtert, und es werden Mittel frei zum Import von Investitionsgütern. Im Laufe der Entwicklung ist es jedoch nicht einmal nötig, das Niveau des Massenkonsums konstant zu halten; schon ein unterproportionaler Anstieg würde die Investitionsquote allmählich nach

33a R. F. Harrod: *Towards a Dynamic Economics*, London 1948. Ausschnitte zitiert in W. Hofmann: *Theorie der Wirtschaftsentwicklung*, Berlin 1966.

oben verschieben. Allerdings werden in den ersten Jahren der Entwicklung gewisse Grenzen gesetzt.

2. Der Beitrag der Landwirtschaft

Gerade wegen der anfänglichen Kapitalknappheit hat die Landwirtschaft in einem „einseitigen Leistungsverhältnis“³⁴ die Hauptlast der Industrialisierung zu tragen. Sie muß so viel wie möglich Menschen für neu entstehende Industriebetriebe und arbeitsintensive Infrastrukturinvestitionen (s. u.) freimachen, gleichzeitig jedoch die Produktion in starkem Ausmaße steigern: einmal, um die Industrie mit Rohstoffen zu beliefern, und zum anderen, um die neue Industriearbeiterschaft und die neu hinzukommende Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Bedenkt man, daß der leicht zugängliche, fruchtbare Boden in fast allen Ländern schon ausgenutzt wird und zur Produktivitätssteigerung starke Investitionen in Form von Bewässerungsanlagen, Mechanisierung und Kunstdüngerfabriken notwendig sind³⁵, so zeigt sich hier anscheinend ein neuer *circulus vitiosus*. Denn gerade diese Investitionsmittel sind ja knapp und sollen für den Aufbau der Industrie verwendet werden. Auch würde eine Erhöhung der Produktion kaum etwas nützen, da die Güter in die Städte transferiert werden müssen. Nicht die absolute landwirtschaftliche Produktion, sondern der „marketable output“ ist entscheidend für den Industrialisierungsprozeß. Um das zu bewerkstelligen, ist eine Landreform unbedingte Vorbedingung.

Jedoch zeigt sich hier wiederum ein Dilemma der traditionellen Entwicklungspolitik, das man als Widerspruch zwischen der sozialen und ökonomischen Funktion der Landreform bezeichnet hat³⁶. Akzeptiert man Großbetriebe in Form von Plantagen (die betriebswirtschaftlich adäquat wären, aber keinen „Verbreiterungseffekt“ ausüben und das Lohnniveau und damit die potentielle Nachfrage niedrig halten) oder Latifundien (in denen im allgemeinen allenfalls Reinvestitionen und damit kaum Produktionserweiterungen erfolgen, und die ausschließlich als Rentenquelle für die Feudalschichten dienen), so schafft diese Größenstruktur soziale Unruhen. Vollzieht man jedoch eine sozial ausreichende Landreform, so ist auch das keine ökonomisch sinnvolle Lösung wegen der viel zu geringen Betriebsgrößen und der Kapitalschwäche der Bauern³⁷. Selbst wenn man jedoch dadurch eine Produktionssteigerung erreichen sollte, so wird man sicherlich nicht das *Transferproblem* lösen, da die landwirtschaftliche Angebotskurve notorisch unelastisch ist. Der Eigen-

34 W. Hofmann: a.a.O., S. 299.

35 F. Baade: Die Beziehungen zwischen Landwirtschaft und industrieller Entwicklung, in: Landwirtschaft und Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Beihilfe zur Konjunkturpolitik 6, Berlin 1960, S. 20 ff.

36 O. Schiller: Probleme der Landreform in Entwicklungsländern, in: W. Guth: Die Stellung der Landwirtschaft und Industrie im Wachstumsprozeß der Entwicklungsländer.

37 Ch. Hofmann: Agrarreform als Voraussetzung für Wirtschaftsaufbau, in Guth a.a.O.

konsum der Bauern ist gewöhnlich das erste, was nach einer Produktionssteigerung eintritt. Sollen die Bauern zum Verkauf des gesamten Zuwachses angereizt werden, so muß man ihnen industrielle Waren anbieten, die aber gerade durch die Industrialisierung geschaffen werden sollen. Auch hier sind neue Lösungsmethoden notwendig, und in der Tat sind sie gefunden worden in der Form der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und auf einem anderen qualitativen Niveau in den chinesischen Volkskommunen³⁸.

c) Die Mittelverwendung

Das kapitalistische Entwicklungsmodell ist dadurch gekennzeichnet, daß die Entscheidung darüber, was und wie produziert wird, spontan und dezentralisiert von den Eigentümern der Produktionsmittel getroffen wird. Diese Kapitalisten oder Unternehmer orientieren ihre Entscheidungen an der effektiven (zahlungsfähigen) Nachfrage, die ihnen am Markt gegenübertritt. Sie produzieren Waren, und zwar mit dem Motiv, sich Profit anzueignen. Was sie produzieren (der Gebrauchswert einer Ware) ist für sie sekundär; wichtig ist ihnen nur die höchstmögliche Verzinsung des Kapitals. Die Struktur der Produktion wird bestimmt durch die effektive Nachfrage (die nicht mit Bedürfnissen, schon gar nicht mit gesellschaftlichen Bedürfnissen zu verwechseln ist); diese wiederum durch die Verteilung von Eigentum und Einkommen. Letztere sind in kapitalistischen Gesellschaften notwendigerweise extrem ungleich verteilt, so daß die Produkte geschaffen werden, die den Bedürfnissen einer privilegierten Oberschicht entsprechen. Der Rest der Bevölkerung bekommt das — nach dem jeweiligen historischen Standard — Lebensnotwendige.

Dieser spontane Ablauf von Produktion und Verteilung führte in der Industrialisierung der Metropolen zunächst zur Herausbildung der Leichtindustrie in Form von kleinen und mittleren Manufaktur- und Industriebetrieben. Erst später und durch die Entwicklung der Konsumgüterindustrie bedingt, wurde die Investitionsgüterindustrie und speziell die Grundstoff- und Maschinenbauindustrie aufgebaut. Der gesamte Prozeß dieser nachfrageorientierten, spontanen Industrialisierung brauchte in den Metropolen 100 bis 150 Jahre. Die Dominanz der Leichtindustrie stellte dabei in den ökonomisch hochentwickelten Ländern Europas, der europäischen Siedlungsgebiete und Japans nur eine Übergangsphase dar.

Die Völker der Dritten Welt haben aus den oben beschriebenen Gründen keine Zeit und Geduld, diesen langwährenden Prozeß nachzuvollziehen. Sie befinden sich in einem permanenten Notstand;

38 M. Biehl: Die chinesischen Volkskommunen im „Großen Sprung“ und danach, Hamburg 1965. Biehl zeigt die Lösung, die die Chinesen für dieses Problem gefunden haben. Ein qualitativ anderes Niveau wurde hier nicht nur auf Grund ihrer ökonomischen Funktion als Entlastung für die Konsumgüterindustrie erreicht, sondern auch wegen der in diesen dezentralisierten Geschäftseinheiten verwirklichten Basisdemokratie. Vgl. J. Robinson: „China 1963: Die Kommunen.“ In „Kleine ökonomische Schriften“, Frankfurt/Main 1968, edition suhrkamp 293.

ihre Situation „kann im wahrsten Sinne des Wortes als die einer Kriegswirtschaft bezeichnet werden“³⁹. Der Entwicklungsprozeß dieser Länder muß gewissermaßen den umgekehrten Weg gehen: Er kann nicht spontan von der Konsumgüterindustrie her erfolgen, sondern muß von einem Zentrum aus geleitet werden, das — von einem sehr weiten Zeithorizont ausgehend — heute die Investitionsgüter produzieren läßt, die für eine in noch ziemlich weit entfernter Zukunft liegende Produktionsstruktur gebraucht werden. Das alte Modell kann den Status quo nur sehr langsam und graduell überschreiten. Das Modell der zentralgeleiteten, auf den Aufbau der Schwerindustrie orientierten Entwicklung kann ganze Entwicklungsabschnitte überspringen und zugleich alternative sozialistische Lebensformen herausbilden, indem es die Weichen für ein in der Zukunft liegendes sozialistisches Konsummodell stellt. Das wird zunächst die Produktion von solchen Investitionsgütern bedeuten, die selbst wieder zur Schaffung von Investitionsgütern verwendet werden.

Der kürzeste Weg der Industrialisierung der Länder der Dritten Welt ist der Weg der höchstentwickelten Technik⁴⁰. Sie haben eine leistungsfähige Schwerindustrie als Basis der zukünftigen Entwicklung aufzubauen. D. h., daß bei Investitionsentscheidungen nicht die neu zu schaffenden Arbeitsplätze die wesentlichste Rolle spielen können, sondern die Möglichkeit, „das Wachstumspotential“ des Wirtschaftssystems zu maximieren⁴¹.

Diese Strategie bindet einen sehr großen Anteil der ohnehin relativ geringen investierbaren Ressourcen und könnte den lebensnotwendigen Konsum der Gesellschaft beeinträchtigen. Tatsächlich kam es z. B. im Laufe der russischen Industrialisierung (allerdings gegen den Plan) zu effektiven Kürzungen des Verbrauchs der Bevölkerung⁴². Damit eine Wiederholung vermieden wird, wäre eine Phasenverschiebung des sowjetischen Modells notwendig: in den ersten Jahren müßte das Schwergewicht auf die Reorganisation und Ausstattung der Landwirtschaft gelegt werden. In der zweiten Periode müßte das Schwergewicht auf die chemische, besonders die Kunstdüngerindustrie, gelegt werden, damit die „chemische Revolution die Landwirtschaft erreicht und das Ernährungs- und Transferproblem endgültig gelöst ist“^{42a}. In der dritten Phase kann dann die nicht auf die Landwirtschaft orientierte Industrialisierung mit beschleunigtem Tempo vor sich gehen⁴³.

39 O. Lange, in: Political Economy of Socialism, zitiert von A. Nove: The Soviet Economy, London 1965, S. 152.

40 W. Hofmann a.a.O., S. 303.

41 M. Dobb: Wirtschaftliches Wachstum und unterentwickelte Länder, in: Kursbuch 6, Frankfurt/Main 1966, S. 154.

42 Drs.: Soviet Eco Development since 1917, London 1966, Ch. 10—12.

42a Fritz Baade, a.a.O.

43 Die Strategie scheint zum erstenmal in Nordkorea angewandt worden zu sein. Vgl. J. Robinson: Korea 1964 a.a.O., S. 123 ff., und Ch. Bettelheim u. a. „Der Aufbau des Sozialismus in China“, S. 32 ff.

Eine forcierte Industrialisierung muß also keineswegs auf Kosten des Massenkonsums stattfinden. Gerade die Entwicklung in der Volksrepublik China zeigt deutlich, daß trotz der Umverteilung des privaten Konsums und dessen langsamer Steigerung die Verbesserung in den Lebensverhältnissen der Massen nicht nur in der Quantität der konsumierten Güter abzulesen ist, sondern mehr noch in der Steigerung des kollektiven Konsums: in der Beseitigung von Seuchen und Krankheiten, der Schaffung eines für alle zugänglichen medizinischen Versorgungssystems, dem rapiden Ausbau des gesamten Bildungssystems und der Beseitigung des Analphabetismus.

Die Anwendung höchstentwickelter Techniken impliziert gleichzeitig eine Verschärfung des Beschäftigungsproblems, da sie ja zu meist nicht arbeitsintensiv sind. Für den Rest der Bevölkerung muß produktive Tätigkeit gefunden werden. Das erfordert das „Gehen auf zwei Beinen“: einerseits die modernsten, kapitalintensiven Techniken, andererseits extrem arbeitsintensive Infrastrukturinvestitionen⁴⁴. R. Nurske nennt es das Umwandeln von „virtuellem in effektives Sparen . . . Die Ausrüstung der Arbeiter mit Arbeitsgerät (geschieht dadurch, daß sich diese), bevor sie mit dem Bau einer Straße anfangen, hinsetzen, um das notwendigste primitive Gerät mit den eigenen Händen anzufertigen“⁴⁵. Zugleich ist durch diese Strategie gewährleistet, daß der Kapitalkoeffizient nicht überproportional steigt, wie das für EL im allgemeinen als notwendig angenommen wird⁴⁶, da seine säkulare Tendenz nach oben durch diese Art zu investieren kompensiert wird.

V. Institutionelle Voraussetzungen

Die hier vorgeschlagene Entwicklungsstrategie, die auf dem Eigenbeitrag der EL aufbaut und die Armut und Rückständigkeit mit rapidem Tempo zu beseitigen strebt, kann nur Erfolg haben, wenn die Massen der Bevölkerung diesen Weg einsehen und zu den damit verbundenen Anstrengungen und Opfern bereit sind. Das ist allerdings nur möglich, wenn die Lasten des Aufbaus auf alle Mitglieder der Gesellschaft gleichmäßig verteilt sind, d. h. in einer Gesellschaft ohne Privilegien.

Die oben angedeutete Massentätigkeit zum Aufbau von Straßen, Dämmen und Bewässerungssystemen kann nur gelingen, wenn sie

44 Diese dualistische Konzeption wird in China nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Rüstung angewandt: einerseits baut man die relativ billigen Atombomben zur Abschreckung, andererseits verläßt man sich auf die materiell dürftig ausgestatteten und daher notwendigerweise defensiven Volksmilizen.

45 M. Biehl setzt diesen Satz Nurskes an den Anfang seines Buches und zeigt auf, wie dessen Konzeption in China verwirklicht wurde „und doch der Praxis der Yenan-Periode der chinesischen Kommunisten entstammt“ (S. 19).

46 J. Bruton: *Growth Models and Underdeveloped Economies*, Agarwala a.a.O., S. 219.

von dem Willen der an diesen Arbeiten Beteiligten getragen wird, denn individuelle materielle Belohnungen können in diesem Stadium noch nicht bezahlt werden. Daher dürfte in diesen Ländern die „Produktivkraft Bewußtsein“ eine ungeheure Rolle spielen. „Materielle Anreize“ müssen durch „gesellschaftliche Anreize“ ersetzt werden, was jedoch mit einer ungleichen Einkommensstruktur und einer kapitalistischen Produktionsweise kaum zu erreichen sein dürfte⁴⁷.

Die institutionellen Voraussetzungen einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der Dritten Welt und damit der Abschaffung von Hunger und Abhängigkeit bestehen

1. in der zentralen Planung des Entwicklungsprozesses und in einer politischen Organisation, die die Macht zur Durchführung der Pläne besitzt;
2. in der radikalen Beseitigung aller Konsum- und Arbeitsprivilegien und
3. in der Bereitschaft, ja dem Enthusiasmus der Massen, diese Emanzipation von Armut und Unterdrückung kollektiv durchzuführen. Das revolutionäre Bewußtsein der Massen dürfte in diesem Prozeß der nachholenden Industrialisierung die überragende Rolle spielen.

Der Kapitalismus erfüllt keine der drei Grundvoraussetzungen. Er ist daher unfähig (und hat auch kein ernsthaftes Interesse daran), die Länder der Dritten Welt wirtschaftlich zu entwickeln.

Jede Übertragung des kapitalistischen Entwicklungsmodells auf die Dritte Welt entspricht zwar den Interessen der kapitalistischen Metropolen, verewigt aber den für diese Länder unerträglichen Status quo und macht ein schnelles wirtschaftliches Wachstum unmöglich.

47 In diesem Sinne wird die chinesische Kulturrevolution vielleicht einmal als die grandioseste Investitionskampagne in die Geschichte eingehen. Denn sie hat zum Ziel, den russischen Weg der „materiellen Anreize“ zu vermeiden und statt dessen die Aktivität der Bevölkerung durch „moralische Anreize“ zu mobilisieren. Zum anderen soll sie Bürokratisierungerscheinungen des Parteiapparates und gleichzeitig den überproportionalen Konsum der Kader verhindern. Dadurch werden einerseits neue Investitionsmittel frei, andererseits wird ein Schritt weiter auf eine Gesellschaft ohne Privilegien getan: Das ökonomisch Notwendige erweist sich als identisch mit den Erfordernissen der grundlegenden Emanzipation des Menschen.

Hans-Georg Isenberg

Imperialismus und Entwicklungshilfe – Zur Stabilisierung der Abhängigkeit

I.

Konnten sozialistische Imperialismustheoretiker den imperialistischen Expansionsdrang der kapitalistischen Industrienationen um die Jahrhundertwende noch als Erscheinung analysieren, die der kapitalistischen Wirtschaft als ökonomische Gesetzmäßigkeit innewohnt¹, so kann der gegenwärtige Imperialismus nicht mehr aus einem dem Kapitalismus eigenen gesamtwirtschaftlichen Krisenzusammenhang begründet werden². Der Staatsinterventionismus seit den 30er Jahren hat in den volkswirtschaftlichen Prozeß von Faktorallokation und Güterverbrauch Instrumente zur Kontrolle, Koordination und Planung wirtschaftlicher Vorgänge eingebracht³, durch die die Leistungsfähigkeit des Systems, die sich auszuweisen hat im relativ reibungslosen Funktionieren der Volkswirtschaft und in der Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse, entscheidend gesteigert werden konnte. Wenn auch, trotz Verfeinerung und besserer Beherrschung des wirtschafts- und verteilungspolitischen Instrumentariums, im historischen Verlauf Friktionen im System, strukturelle und konjunkturelle Probleme nicht ausgeschaltet werden konnten, so ist es doch im Prozeß wachsender Kooperation zwischen Staat, privater Wirtschaft und politischen und ökonomischen Machtgruppen, unter Einbeziehung der Wissenschaft und erweitert durch die internationale Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen und zwischen den kapitalistischen Regierungen, gelungen, sie annähernd in manipulierbaren Grenzen zu halten. Friktionen erhalten tendenziell selber instrumentalen Charakter, um Orientierungen auf gesamtwirtschaft-

1 Vgl. Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin 1954. Luxemburg, R., Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: archiv sozialistischer literatur, Frankfurt 1965. Kritisch dazu vgl. Zimmerman, L. J. and F. Grumbach, Saving, Investment and Imperialism. A Reconsideration of the Theory of Imperialism, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 71 (1953 II), S. 1–21.

2 Vgl. Boris, H. D., Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften, in: Das Argument, Nr. 38, 1966, S. 175 f.

3 Vgl. Müller-Jentsch, W., Der Staat als Planungsagentur. Zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, XII. Jg., H. 8, 1967, S. 758–764.

liche und gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen zu erzwingen“⁴. Solange sich die politisch und wirtschaftlich relevanten Interessengruppen der westlichen Industrienationen — so disparat ihre Interessen im einzelnen auch sein mögen — im Bestreben um Erhaltung des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems treffen, ist die Gefahr fundamentaler Funktionsunfähigkeit des kapitalistischen Systems in seiner gegenwärtigen Entwicklungsphase gebannt. Damit ist nicht das ökonomische Problem aufgehoben, profitable Verwendungsmöglichkeiten für den gesellschaftlichen Surplus finden zu müssen. So ist denn auch das Profitinteresse als eine Grundbedingung und bewegende Kraft des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im gegenwärtigen Imperialismus aufbewahrt. Aber die durch ihn perpetuierten Ausbeutungs- und Überverteilungsbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt haben in dem Maße ihren Notwendigkeitscharakter für den Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Volkswirtschaften verloren, in dem bedeutendere Mechanismen der „Surplusabsorbierung“⁵ in diesen Ländern selbst und im Austausch untereinander und mit den sozialistischen Industriestaaten installiert werden konnten.

Für den gegenwärtigen Imperialismus läßt sich ein ökonomischer Bezug in zweifacher Weise aufzeigen: einmal ist er hergestellt durch das Interesse der privaten Wirtschaft, die — im Verhältnis zum Inland — höheren Profitchancen in den Ländern der Dritten Welt wahrzunehmen und das Bestreben, sich in den Prozeß der mit einer Industrialisierung der Entwicklungsländer zusammenhängenden Veränderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung einzuschalten; zum anderen spiegelt er sich in dem mit Hilfe der Kooperations- und Verflechtungsbeziehungen zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Bürokratien hergestellten Zugang der Großunternehmen zum politischen Entscheidungsprozeß der kapitalistischen Regierungen wider. Seine Begründung findet der gegenwärtige Imperialismus aber auf der machtpolitisch-ideologischen Ebene. Die antagonistischen Industrienationen des Westens und Ostens, die nicht stark genug waren, einander zu verdrängen, haben im Zuge der Koexistenz die direkte Konfrontation durch eine Auseinandersetzung um militärische und politisch-strategische Einflußsphären in der Dritten Welt ersetzt. Um der Gefahr, kapitalistische Inseln in einer sozialistischen Umwelt zu werden, entgegenzuwirken, hat imperialistische Politik für die Erste Welt die Funktion, die Dritte Welt in wirtschaftlicher Abhängigkeit und unter politischer und militärischer Kontrolle zu

4 Im Prozeß zunehmender Staatstätigkeit, anhaltender wirtschaftlicher Konzentration und zunehmender Kooperation zwischen den politischen und ökonomischen Machträgern verliert der Markt- und Preismechanismus als regulatives Prinzip der kapitalistischen Wirtschaft an Bedeutung und wird tendenziell abgelöst durch Funktionsprinzipien zentraler Lenkung.

5 Vgl. zu dieser Frage die Kapitel IV—VII in: Baran, P. A. und Sweezy, P. M., *Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*, Frankfurt 1967.

halten. Nur durch Aufrechterhaltung des politischen und gesellschaftlichen Status quo in den Entwicklungsländern, durch Unterstützung pro-westlicher, anti-kommunistischer Regime läßt sich der internationale Status quo zwischen West und Ost bewahren. Für die hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen ist unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Machtkonstellationen nicht die ökonomische, sondern die politisch-ideologische Wirksamkeit des Systems das primäre Problem.

Dabei entsprechen sich machtpolitisch-ideologische Zielsetzungen der Regierungen und Interessen der monopolistischen Großunternehmen, denn staatlicher Mitteleinsatz zur Aufrechterhaltung des Status quo in den Ländern der Dritten Welt und Tätigkeit der Konzerne in diesen Ländern sind unmittelbar voneinander abhängig⁶. Entwicklungshilfe, sei es in Form von Kapitalhilfe, kommerzieller, technischer oder sozialer Hilfe, ist neben Militärhilfe⁷ das entscheidende imperialistische Instrument, um auf den Entwicklungsprozeß der Länder der Dritten Welt, auf ihre Entscheidungen über die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Ordnung und die Gestaltung ihrer internationalen Beziehungen Einfluß zu nehmen. Unter dem Aspekt ihrer ökonomischen Bedeutung für die kapitalistischen Industriestaaten hat Entwicklungshilfe die Funktion, Absatz- und Beschaffungsmärkte in den Entwicklungsländern zu erschließen bzw. zu erhalten.

II.

Das Problem der Rohstoffbeschaffung durch die kapitalistischen Industrienationen soll nur angedeutet werden. Festzuhalten ist, daß nur etwa 40 % der Weltrohstoffausfuhren von den Entwicklungsländern bestritten werden und ihr Anteil an diesen Ausfuhren ständig zurückgeht⁸. Berechnungen zufolge kontrollieren die Entwicklungsländer maßgeblich nur 20 % des Rohstoffangebots auf dem Weltmarkt⁹. Für die einzelnen westlichen Industrieländer bestehen in unterschiedlichem Maße Abhängigkeiten von bestimmten Rohstoffen aus den Entwicklungsländern, von deren Ausbeutung und den damit zusammenhängenden Investitionen sie sich auch durch technischen Fortschritt auf dem Sektor der Substitutionsproduktion

6 Baran, P. A., *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums*, Neuwied und Berlin 1966, S. 336 f.

7 Auch die Militärhilfe dient sowohl politischen als auch ökonomischen Interessen. Im Vordergrund der Militärpolitik steht aber das machtpolitische Ziel, die Vorherrschaft der eigenen Hemisphäre zu sichern, auch wenn sich Widersprüche zu ökonomischen Notwendigkeiten der heimischen Volkswirtschaften ergeben, wie am Beispiel der USA sichtbar wird. Im weiteren bleibt dieser Bereich als Ergänzung zur Entwicklungshilfepolitik nur angedeutet.

8 Vgl. Handbuch der Entwicklungshilfe, III D 50, 44. Lieferung, Dezember 1965, S. 1.

9 Vgl. Blau, G., *Commodity Export Earnings and Economic Growth*, in: *New Directions for World Trade. Proceedings of a Chatham House Conference*, Bellagio, 16.—24. September 1963, London 1964, S. 175.

bislang nicht befreit haben. Aber diese Abhängigkeiten vom Bezug bestimmter Rohstoffe können weniger als gesamtwirtschaftliche denn vielmehr als branchen- und industriezweigspezifische erachtet werden, auch wenn Wachstumsindustrien betroffen sind, die für den fortschreitenden gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß in den kapitalistischen Industriestaaten Bedeutung haben. Es muß berücksichtigt werden, daß infolge einer Politik der selektiven und sukzessiven Verwertung des technischen Fortschritts durch das Monopolkapital¹⁰ über den Stand der wissenschaftlichen Kenntnis von Substitutsfabrikationsmöglichkeiten keine exakten Aussagen gemacht werden können. Es ist durchaus möglich, daß auch für solche Rohstoffe, die heute noch aus Entwicklungsländern eingeführt werden und denen strategische Bedeutung zukommt, Substitute bereits in der Entwicklung sind oder entwickelt werden könnten. Solange eine profitable Ausbeutung von Rohstoffressourcen in der Dritten Welt, gesichert durch den Einsatz staatlicher Macht, jedoch noch möglich ist, besteht in monopolistischen Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft kein Interesse, aber auch keine Notwendigkeit zur Einführung von Neuerungen.

III.

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft und die Handels-, Agrar- und Industriepolitik der westlichen Industriestaaten erhellen den Begründungszusammenhang von Imperialismus und Entwicklungshilfe. Unter Bedingungen einer sich entwickelnden kapitalistischen Weltwirtschaft wurden die Gebiete der heutigen Länder der Dritten Welt als Kontraststrukturen zu den Wirtschaften der Kolonialmächte in die Kolonialreiche integriert¹¹. Die auf der Zerstörung der bestehenden autarken Agrargesellschaften aufbauende wirtschaftliche Entwicklung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wurde auf die Export-Import-Bedürfnisse der europäischen und nordamerikanischen Kolonialmächte ausgerichtet. Die erzwungene monokulturelle und monoproduktionelle Spezialisierung der Kolonien verhinderte die Entwicklung einer wirtschaftlichen Breitenstruktur, so daß sich auch nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit keine grundsätzlich neue Konzeption für die Handelspolitik der neuen Staaten ergab und der Bilateralismus überkommener Geschäftsbeziehungen und Handelswege fortbestehen blieb¹².

10 Vgl. Baran, P. A. und Sweezy, P. M., a.a.O., S. 96 ff., Mandel, E., Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968, S. 441 ff. und Adams, W. and Dirlam, J. B., Big Steel. Invention and Innovation, The Quarterly Journal of Economics, May 1966.

11 Vgl. Myrdal, G., Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1959, S. 56 und Schiller, K., Zur Wachstumsproblematik der Entwicklungsländer, in Kieler Vorträge, N.F. 15, Kiel 1960, S. 8.

12 85 % des Außenhandels der Entwicklungsländer erfolgt mit den kapitalistischen Industriestaaten, 10 % erfolgt innerhalb der Dritten Welt selbst, 5 % mit den Ländern des Ostblocks (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 11. Oktober 1967, Bl. 13). Wichtige Bindeglieder zwischen ehemaligen

Während sich infolge eines Wandels der Produktionstechnik und der Organisation des Wirtschaftsprozesses in den Industrieländern die internationale Arbeitsteilung zwischen den Industrienationen veränderte und sich mittels in ihrem Interesse konzipierter Regeln des Welthandels (Reziprozitäts- und Meistbegünstigungsprinzip) ein zunehmend substitutiver Gütertausch entwickelte, blieb die wirtschaftliche Funktionsteilung der Kolonialepoche, der komplementäre Gütertausch (Rohstoffe und Nahrungsmittel gegen Industrieerzeugnisse) zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern weiterbestehen¹³.

Die Rationalisierung dieses Austauschverhältnisses durch die bürgerliche Theorie der komparativen Kosten¹⁴ erweist sich für die Länder der Dritten Welt als Verschleierung von Profitinteressen. Das Hauptgewicht des internationalen Handels liegt auf dem Austausch von Industrieerzeugnissen, während der Anteil der Rohstoffe am Welthandel immer kleiner wird¹⁵. Als Ursachen dieser Entwicklung können genannt werden¹⁶:

Kolonien und „Mutterländern“ stellen die Währungszone (Franc, Pfund Sterling) dar, die für die Entwicklungsländer nur deshalb von Interesse sind, weil ihnen die Verbesserung der internationalen Liquidität kaum zugute kommt. Den imperialistischen Währungsagenturen Paris und London bieten sie die Möglichkeiten, auf die Umtauschverhältnisse der Währungen zu ihren Gunsten Einfluß zu nehmen und die Ausweitung des sichtbaren und unsichtbaren Außenhandels der Mitgliedsländer des Pools mit Drittländern zu verhindern (vgl. Delivanis, D. J., Die internationale Liquidität, in: Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Hrsg. F. Voigt, Bd. 27, Berlin 1965, S. 74 f.). Auch handelspolitische Präferenzsysteme, wie sie z. B. für die Länder der EWG und die ihr assoziierten afrikanischen Entwicklungsländer oder die Mitglieder der Währungszone bestehen und die den Warenaustausch zwischen den betreffenden Ländern begünstigen (vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 21. Oktober 1967, Bl. 10), schaffen Diskriminierungen für die nicht-einbezogenen Entwicklungsländer und damit Interessengegensätze, die den gegenseitigen interregionalen Handel der Länder der Dritten Welt behindern.

13 Während der Anteil der Rohstoffe an der Ausfuhr der Industrieländer nur 30 % ausmacht, erreicht er mehr als 80 % der Ausfuhren der Entwicklungsländer (vgl. Handbuch der Entwicklungshilfe, III D 50, 44. Lieferung, Dezember 1965, S. 1). Die 1965 von den OECD-Staaten aus Entwicklungsländern importierten Industriewaren machten lediglich 8,7 % der entsprechenden Gesamteinfuhr des OECD-Raumes aus. Vgl. Neue Zürcher Zeitung, v. 21. Oktober 1967, Bl. 10.

14 Diese Theorie besagt, daß sich im internationalen Handel komparative Kostenvorteile, die sich nach dem vergleichswisen Produktionsaufwand bestimmen, dadurch realisieren lassen, daß Güter aus Produktions- bzw. Extraktionsbereichen mit relativ höherer Produktivität gegen Güter, die mit geringerem Kostenaufwand im Ausland als im Inland produziert bzw. gewonnen werden können, ausgetauscht werden.

15 Der Anteil der Industrieerzeugnisse am Welthandel erreichte 1965 = 59 % gegenüber 1953 = 45 % (Handbuch a.a.O., III D 43, 54. Lieferung, Februar 1967, S. 5). 1966 überschritt er die Grenze von 60 %. Vgl. Die Weltwirtschaft, Hrsg. E. Schneider, Heft 2, Tübingen 1967, S. 30.

16 Vgl. Handbuch a.a.O., III D 30, 3, 33. Lieferung, November 1964, S. 17.

- niedrige Einkommens- und Preiselastizitäten der Nachfrage nach Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten in den hochentwickelten Industrieländern,
- Produktivitätsfortschritte der Industrieländer auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen und bergbaulichen Urproduktion,
- Herstellung von Ersatzstoffen und synthetischen Erzeugnissen ¹⁷,
- rohstoffsparende Produktionsmethoden,
- Rückstandsverarbeitung und Abfallverwertung.

Relativ sinkende Nachfragetrends nach Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten und ein steigendes Angebot infolge rationalerer Ausbeutung der Rohstoffressourcen in den Entwicklungsländern haben einen Preisverfall am Rohstoffmarkt ¹⁸ bewirkt, der noch verstärkt wird durch Konjunkturrückschläge in den Industrieländern ¹⁹. Daraus ergibt sich aber, daß die Entwicklungsländer ihre Entwicklungsbemühungen nicht auf die Rohstoffextraktion und die Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft konzentrieren dürfen, da die Möglichkeit der Realisierung komparativer Kostenvorteile in diesen Bereichen abnimmt, sondern versuchen müssen, sich durch Industrialisierung den weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen anzupassen.

Für die Großunternehmen der kapitalistischen Industrieländer lassen sich dagegen komparative Kostenvorteile erzielen. Ist für die Entwicklungsländer die Rohstoffnachfrage- und -preisentwicklung äußerst ungünstig, so kommt ihr für die Industrieländer eine profit-erhöhende Funktion zu. Im Zuge ihrer Konzentrations- und Expansionsbemühungen vermögen sich die Konzerne durch Investitionen in die Extraktionsbereiche der Entwicklungsländer billige Rohstoffquellen zu sichern, auf deren Grundlage sie ihre Planung der Industriegüterproduktion aufbauen können. Der relativ und volumenmäßig wachsende internationale Industriegüteraustausch ist aber von einer aufsteigenden Preisentwicklung begleitet. Produktivitätsfortschritte in den Industriestaaten haben sich nicht wie bei den Entwicklungsländern in einem Druck auf das Preisniveau niedergeschlagen. Die Preisschere, das in Terms of Trade gemessene Verhältnis von Rohstoffpreisen zu Industriegüterpreisen hat sich zuungunsten der Entwicklungsländer entwickelt ²⁰.

17 50 % der Exporte aus Entwicklungsländern (ausschließlich Erdöl) konkurrieren mit synthetischen Stoffen. Vgl. Blau, a.a.O., S. 178.

18 Vgl. die Ausführungen zu den Entwicklungen der Terms of Trade in Fußnote 20.

19 Konjunkturelle Abschwächungen in den kapitalistischen Industrieländern bewirken eine unmittelbare Verringerung des Einfuhrwachstums dieser Länder, was sich nachteilig auf die Ausfuhren der Entwicklungsländer auswirkt.

20 Zu den Terms of Trade liegt eine Vielzahl von Berechnungen vor, die, da sie im Bezugsjahr bzw. in der Basisperiode differieren, zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Anfang 1968 hat das Sekretariat der UNCTAD einen Untersuchungsbericht vorgelegt, demzufolge sich der Ab-

Aber nicht nur aus dem technisch-strukturellen Wandel in den Industrieländern und aus den Veränderungen in den Weltwarenströmen resultieren die Schwierigkeiten der Rohstoffländer. Protektionismus der hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen im Agrar- und Bergbausektor setzt den Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer und damit ihrer landwirtschaftlichen Produktion sowie der Extraktion anderer Rohstoffe weitere Grenzen ²¹.

Verschlechtert sich so einerseits die Stellung der Entwicklungsländer am Welt-Rohstoffmarkt, so verbessert sich andererseits ihre Ausfuhrsituation aber keineswegs durch bereits erzielte, erste Industrialisierungserfolge, die im Angebot an Halbfabrikaten, einfachen und billigen Konsumgütern und einfachen Produktionsmitteln ihren Ausdruck finden ²². Während Rohmaterialien aus den Entwicklungsländern an den Grenzen der Industrieländer noch mit relativ niedrigen Zollsätzen belastet werden — womit dem Interesse der an der Ausbeutung der Rohstoffe in den Entwicklungsländern beteiligten Konzerne Rechnung getragen wird —, steigert sich die Zollbelastung auf verarbeitete Waren der Entwicklungsländer von Fabrikations- zu Fabrikationsstufe, so daß das konsumreife Fertigprodukt die weitaus höchste Zollbelastung aufweist ²³.

stand zwischen den Terms of Trade der Industrieländer und denjenigen der Entwicklungsländer von 1958 (als Basisjahr = 100) bis 1962 ständig verschlechtert hat. Im Zeitraum 1963 bis 1966 lagen die Terms of Trade der Industrieländer unverändert um 4 % über dem 1958 ausgewiesenen Niveau, die der Entwicklungsländer um 3 % darunter. In einer Verlustrechnung für die Entwicklungsländer, unter Zugrundelegen der Durchschnittswerte der Basisperiode 1953 bis 1957, wird festgestellt, daß diese Länder zwischen 1961 und 1966 13,39 Mrd. Dollar infolge der Verschlechterung ihrer Terms of Trade einbüßten. Diese Verluste machten 38 % der den Entwicklungsländern in diesem Zeitraum von staatlichen Organen der kapitalistischen Industrieländer und von internationalen Organisationen zugeflossenen Kapitalhilfe aus. Zitiert nach Neue Zürcher Zeitung vom 19. März 1968, S. 15.

²¹ Vgl. Bachmann, H., Zollpolitik und Entwicklungsländer, in: Schriftenreihe für Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, Bd. 2, Tübingen 1965, S. 7—12. Nach Berechnungen von Blau konkurrieren 22 oder 30 % der Exporte an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten (je nachdem, ob Erdöl mitberücksichtigt wird oder nicht) aus Entwicklungsländern mit geschützten Agrarsektoren in den Industrieländern. Vgl. Blau, a.a.O., S. 175 ff.

²² Der Ausfuhranteil der Entwicklungsländer am Welthandel schrumpfte von 1953 = 27 % über 1960 = 22 % auf 1966 = 19 %. Vgl. Der Tagesspiegel vom 3. Oktober 1967, S. 14.

²³ Vgl. Bachmann, a.a.O., S. 45 ff. In einer zu den Ergebnissen der Kennedy-Runde vorgelegten Untersuchung stellt das UNCTAD-Sekretariat fest, daß die Zölle auf Güter, die für den Export der Industriestaaten bedeutungsvoll sind, erheblich mehr reduziert wurden als die Zölle auf jene Güter, die für den Export der Entwicklungsländer nach Industrieländern Bedeutung haben. In den Gütergruppen Nahrungsmittel, Getränke, Tabak, Rohstoffe, Brennstoffe, Halb- und Fertigfabrikate (einschließlich Textilien und Kleidern) stellten sich die ausgehandelten Zoll-

Prohibitive Zölle, durch Importrestriktionen in der Wirkung noch verstärkt, sind durchschlagende handelspolitische Mittel, um den heimischen Markt gegen die Konkurrenz der Entwicklungsländer abzusichern. Sie werden ergänzt durch erhaltungssubventionistische Maßnahmen der Industriepolitik. Es werden Produktionsbereiche gefördert — wie z. B. in der Textil- und Leichtindustrie, die, gemessen am allgemeinen volkswirtschaftlichen Produktivitätsniveau in den Industrieländern, relativ unproduktiv sind, deren Produktivitätsstand in den Entwicklungsländern aber, verglichen sowohl mit dem allgemeinen Produktivitätsniveau dieser Länder selber als auch mit dem Produktivitätsstand dieser Bereiche in den Industrieländern, relativ hoch ist²⁴. Auf industriellem Gebiet resultieren also aus der Verlagerung komparativer Kostenvorteile aus den hochentwickelten Industrieländern in die Entwicklungsländer kaum zusätzliche Handelsgewinne für die Entwicklungsländer.

Die in hohem Grade einseitige ökonomische Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt von den kapitalistischen Industrienationen kommt der Handels-, Agrar- und Industriepolitik der Industrieländer entgegen. Es können Maßnahmen ergriffen werden, die schon für die Kolonialpolitik kennzeichnend waren²⁵ und staatliche Interventionsinstrumente zum Einsatz gebracht werden, die zwar die wirtschaftlichen Ausgleichs-, Anpassungs- und Korrekturprozesse in den Industrieländern steuern, gleichzeitig aber, da sie nicht den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Entwicklungsländer Rechnung tragen, den Entwicklungs- und Industrialisierungsprozeß in den Ländern der Dritten Welt auch langfristig hemmen. Handels-, Agrar- und Industriepolitik der hochentwickelten kapitalistischen Länder verschärfen unter den gegenwärtigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Machtverhältnissen die Widersprüche zwischen Erster und Dritter Welt.

IV.

Diese weltwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge, die durch die Schutz- und Abwehrpolitiken der westlichen Industrienationen

senkungen für die für die Entwicklungsländer bedeutsamen Erzeugnisse im Durchschnitt auf 24 bis 25 %, während für andere Produkte dieser Güterkategorien die Zollsenkungen durchschnittlich 41 % erreichten. Zudem liege der effektive Zollschatz gegenüber Erzeugnissen aus Entwicklungsländern oft höher, als die nominalen Zollsätze erkennen ließen, weil die Industrieländer Rohstoffe zollfrei oder zu niedrigen Zöllen importierten, die Verarbeitung der Rohstoffe und damit den aus der Verarbeitung resultierenden Mehrwert aber schützten. Zitiert nach neue Zürcher Zeitung vom 9. September 1967, Blatt 4.

24 Vgl. Billerbeck, K., Die Konsequenzen der Industrialisierung der Entwicklungsländer für die Industrieländer, Köln und Opladen 1964, S. 23.

25 Vgl. Bachmann, H., Analyse der Zollpolitik der Industriestaaten aus dem Blickwinkel der Entwicklungsländer, in: Der Einfluß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der überseeischen Industrialisierung auf die westdeutsche Industrie, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 23, Hannover 1963, S. 103.

entscheidend beeinflußt werden, stellen den ökonomischen und politischen Hintergrund der imperialistischen Entwicklungshilfepolitik dar. Dadurch, daß sich infolge steigender Importüberschüsse der Entwicklungsländer deren Devisenlage und damit die Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte für Industrierzeugnisse verschlechtert²⁶, gelingt den hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen die Durchsetzung einer Marktstrategie, die die Erschließung und Eroberung dieser Absatzmärkte auf dem Weg der Sanierung der Entwicklungsländer durch Handelskredite vorsieht. Gleichzeitig bietet sich den Industrieländern die Möglichkeit, die durch mangelnde Kapitalbildung in den Entwicklungsländern sich auftuende Investitionslücke — Folge der tradierten und mit imperialistischer Unterstützung aufrechterhaltenen Herrschafts- und Wirtschaftsstrukturen und der Verschlechterung der Außenhandelsituation der Entwicklungsländer — durch eigene Kapitalinvestitionen zu schließen.

Handelskredite und Direktinvestitionen beschleunigen den Prozeß der Verschuldung der Entwicklungsländer²⁷ und schaffen weitere Abhängigkeiten von der Entwicklungshilfe und damit von den kapitalistischen Industrienationen²⁸. Aber nur dadurch, daß Entwicklungshilfe als politisches Instrument zur Durchsetzung bzw. Konsolidierung marktwirtschaftlich-kapitalistischer Verhältnisse in den Entwicklungsländern eingesetzt wird, können weitere Ausbeutungs- und Übervorteilungsbeziehungen erhalten bleiben und die Voraussetzungen für eine Partizipation der Kapitalinteressen an den Entwicklungserfolgen der Volkswirtschaften der Dritten Welt geschaffen werden. Entwicklungshilfepolitik verfolgt das erklärte Ziel, in den Entwicklungsländern die Voraussetzungen zur Entfaltung bzw. Sta-

26 Die Welteinfuhr in v. H. ohne Ostblockländer und Kuba hat sich wie folgt entwickelt:

Einfuhr (cif)	1960	1962	1964	1965	1966
Industrieländer	75,2	76,5	78,1	78,7	79,2
Entwicklungsländer	24,8	23,5	21,9	21,3	20,8

Vgl. Die Weltwirtschaft, a.a.O., S. 26.

27 Für den Schuldendienst verwenden manche Entwicklungsländer bereits 25 bis 30 % und mehr der ihnen neu aus Industrieländern zufließenden Mittel. Vgl. Schmitt, M., Die Rolle der privaten Investitionen in der Entwicklungshilfe, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 35, Berlin 1965, S. 622.

28 Ein jährlicher Kapitalstrom aus kapitalistischen Industrieländern von 8 Milliarden Dollar entspricht ungefähr 25 bis 30 % der gesamten Bruttoinvestitionen der Entwicklungsländer (vgl. Kristensen, Th., Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Westen und den Entwicklungsländern, in: Kieler Vorträge, N.F. 22, Kiel 1962, S. 3, vgl. auch Handelsblatt vom 2. Oktober 1967, S. 3). Die Schlußfolgerungen, daß Einschränkungen in der Kapitalhilfe notwendig zu unübersehbaren Rückschlägen in den Entwicklungsländern führen müssen, treffen so lange zu, als sich der Entwicklungs- und Industrialisierungsprozeß in den Ländern der Dritten Welt nach marktwirtschaftlich-kapitalistischem Muster vollzieht.

bilisierung einer marktwirtschaftlich-kapitalistisch orientierten Privatwirtschaft zu schaffen²⁹.

Diese Entwicklungshilfepolitik der imperialistischen Industriestaaten basiert auf dem Arrangement mit reaktionären Regimen in der Dritten Welt. Ausländische Machtgruppen und heimische Oberschichten sind gleichermaßen an der Erhaltung des politischen und gesellschaftlichen Status quo in den Entwicklungsländern interessiert, bleiben doch dadurch weltpolitische und innenpolitische Machtverhältnisse unverändert bestehen. Für die ausländischen Kapitalinteressen ist von Bedeutung, daß sich die Risiken bei Kapitalanlagen vermindern und sich ein enger Kontakt zu Regierungen und Behörden in den Entwicklungsländern herstellen läßt³⁰. Da die herrschenden Schichten in den Entwicklungsländern ein außerordentliches Konsum- und Luxusbedürfnis haben und ihre wirtschaftliche Aktivität, die zu großen Teilen durch Großgrundbesitz abgesichert ist, sich an einer schnellen Realisation von Gewinnen orientiert, die insichere Ausland transferiert werden können³¹, entsteht den ausländischen Unternehmen einmal ein Absatzmarkt für hochwertige Konsumerzeugnisse, zum anderen erwächst kaum eine Investitionskonkurrenz durch Akkumulation von Industriekapital in den Händen einheimischer Produzenten. Neben der Oberschicht besteht in den Entwicklungsländern eine relativ breite, unproduktive Schicht von Kleinhändlern, in deren Händen ein beachtliches Handelskapital gebunden ist, das nicht für die Industrialisierung genutzt werden kann³². Es liegt im Interesse der ausländischen Investoren, daß diese Mittel in der Distributionssphäre verbleiben. Denn infolge der geringen eigenen produktiven Kapitalbildung eröffnet sich dem ausländischen Kapital die Möglichkeit, unter Ausnutzung kapitalistischer Marktverhältnisse, die weltwirtschaftlich und binnenwirtschaftlich rentablen Extraktions- und Industriebereiche zu okkupieren.

Wie stark das Interesse der imperialistischen Industriestaaten und seiner Konzerne an der Aufrechterhaltung der politischen und ökonomischen Kontrolle über die Entwicklungsländer ist, wird verdeutlicht durch die Androhung bzw. Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen oder den Einsatz von Streitkräften gegen solche Länder der Dritten Welt, die sich aus der politischen Abhängigkeit zu lösen oder

29 Vgl. Zimmermann, H., Öffentliche Finanzhilfen an Entwicklungsländer. Gesamtwirtschaftliche und politische Maßstäbe zur Bestimmung ihrer Form, in: Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, N.F. Heft 29, Berlin 1963, S. 13 und Geiss, I., Das Dilemma der westlichen Entwicklungspolitik, in: Atomzeitalter, Heft 9, Frankfurt, September 1963, S. 233. Vgl. speziell zur US-amerikanischen Entwicklungshilfeprogrammatik, in: Handbuch a.a.O., C 20 USA, 29. Lieferung, Juli 1964, S. 1—13.

30 Vgl. Giesecke, H., Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern. Risiken und Chancen, in: Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Nr. 18, Hamburg 1963, S. 87 ff.

31 Vgl. Baran, a.a.O., S. 283 und Wyss, E., Investitionsprobleme, in: Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und wir, Berner Beiträge zur Soziologie, Bd. 7, Bern und Stuttgart 1961, S. 233.

32 Vgl. Giesecke, a.a.O., S. 136 und Baran, a.a.O., S. 275 ff.

den von den kapitalistischen Industriestaaten vorgezeichneten Industrialisierungs- und Entwicklungspfad zu verlassen suchen (z. B. Guatemala, Kuba, Dominikanische Republik). Dabei ist die Politik der imperialistischen Mächte darauf gerichtet, sowohl lokale reformerische oder revolutionäre als auch konterrevolutionäre Entwicklungen zur Vergrößerung ihrer jeweiligen Einflüßbereiche auszunutzen³³.

V.

Für die Länder der Dritten Welt ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß die privaten Direktinvestitionen aus den kapitalistischen Industrieländern³⁴ nur von begrenzter Leistungsfähigkeit für ihr Wirtschaftswachstum sind³⁵. Direktinvestitionen wären nur dann wirklich effizient, wenn sie Strukturveränderungen in den Entwicklungsländern bewirkten, die die Integrierung der Wirtschaft zum Ziel haben³⁶. Es käme darauf an, ungenutzte wirtschaftliche und gesellschaftliche Ressourcen in den Entwicklungsländern zu mobilisieren und die Allokation der Produktionsfaktoren und den Güterverbrauch an den Wachstumsbedingungen zu orientieren. Doch die unterschiedlichen Anteile der Direktinvestitionen, die für die Rohstoffextraktion, für den Aufbau verarbeitender Industrien und für die Gründung von Verkaufsniederlassungen getätigt werden, zeigen schon, daß nicht das Wirtschaftswachstum in den Anlageländern, sondern die Profitrealisation der Investoren die Auslandsinvestitionspolitik der Industriestaaten bestimmt³⁷.

Direktinvestitionen in die Rohstoffextraktion — sie machen den überwiegenden Teil des Kapalexports der Industrieländer aus — orientieren sich an der Nachfrageentwicklung der hochindustrialisierten Länder und bleiben unabhängig von den Bedürfnissen der Entwicklungsländer. Ihr Beitrag zur Wertschöpfung eines Entwicklungslandes dient zum größten Teil der Abgeltung der Arbeits- und Kapitaleinkommen der Investoren, und nur der verbleibende Rest, soweit Einkommen im Inland entstanden ist, erhöht das Sozialprodukt der Entwicklungsländer.

33 Als Beispiel sei sowohl auf das wachsende Engagement der BRD in Ghana nach dem Sturz Nkrumahs (vgl. Handelsblatt vom 17. Juli 1968, S. 5) als auch auf die verstärkte Präsenz der USA in Süd-Ost-Asien seit dem Vietnamkrieg und in Südamerika seit der kubanischen Revolution verwiesen.

34 Direktinvestitionen stehen im Vordergrund des privaten Kapalexports, Effektenanlagen spielen nur noch eine untergeordnete Rolle. Vgl. Guth, W., Der Kapalexport in unterentwickelte Länder, in: Veröffentlichungen der List-Gesellschaft, Bd. 4, Basel und Tübingen 1957, S. 32 und 35.

35 Vgl. zum Folgenden die Abhandlung von Jürgensen, H., Die Funktionen des Kapitalimports für Entwicklungsländer, in: Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 16, Berlin 1959.

36 Vgl. Myrdal, a.a.O., S. 79 f.

37 Vgl. auch Kalbitzer, H., Entwicklungsländer und Weltmächte, Frankfurt 1961, S. 65 und Schmitt, a.a.O., S. 618.

Auch Direktinvestitionen in Form von Produktions- und Verkaufsniederlassungen leisten, obwohl sie sich an der Nachfrage ihres Standortes orientieren, nur geringe Entwicklungsbeiträge. Einmal entstehen den Entwicklungsländern Transferprobleme, bewirken doch Zins-, Gewinn-, Dividendenzahlungen und Abgeltung von Lizenzgebühren eine generelle Devisenbelastung, da der gesamte Bruttoumsatz der Produktionsniederlassungen in inländischer Währung anfällt, zum anderen realisieren die Stammgesellschaften in den Industrieländern die Gewinne, die bei den durch Verkaufsniederlassungen induzierten zusätzlichen Importen in die Entwicklungsländer entstehen. Zudem dienen Produktions- und Verkaufsniederlassungen in erster Linie dem konsumptiven Bedarf der Entwicklungsländer, sodaß kaum eine Breitenwirkung auf den Industrialisierungsprozeß in den Entwicklungsländern erzielt wird. Das „zweite Bein“ der Großunternehmen, die Errichtung von Produktionsstätten und Verkaufsniederlassungen in Marktnähe, d. h. in den Entwicklungsländern, ist auf die Kapitalinteressen der Investoren abgestellt.

Der Handels-, Waren- oder Lieferantenkredit, durch den den Entwicklungsländern im Gegensatz zu den Direktinvestitionen Dispositionsfreiheit zuwachsen könnte, ist durch die strikte Praxis der Liefergebundenheit in seiner Bedeutung für den Industrialisierungsprozeß eingeschränkt. Aus dem Bezugszwang resultieren Abhängigkeiten von bestimmten Technologien und von Ersatz- und Anschlußlieferungen, durch die zusätzliche Integrationsprobleme entstehen und wachstumshemmende Disproportionalitäten im Wirtschaftsgefüge der Entwicklungsländer bewirkt werden können. Zudem haben die vielfach äußerst restriktiven Kreditkonditionen die Verschuldung der Entwicklungsländer beschleunigt, da doch der Schuldendienst häufig schon einsetzt, bevor die mit Lieferantenkrediten erstellten Anlagen produktiv genutzt werden können³⁸.

VI.

Staatliche Organe, internationale Institutionen und private Wirtschaft kooperieren in der Entwicklungshilfepolitik eng miteinander, sie ergänzen sich. Während privates Kapital durch Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern Standortvorteile zu realisieren sucht, schaffen staatliche Kapitalhilfen und Kredite internationaler Organisationen ein politisch günstiges Investitionsklima und tragen durch ihre Investitionsbeiträge für die Bereiche der Infrastruktur zur Senkung der externen Kosten der privatwirtschaftlichen Kapitalanlagen bei³⁹. Darüber hinaus werden zum Schutz privater Investoren Investitionsförderungsverträge zwischen Industrieländern und Ent-

38 Jürgensen schätzt, daß durch Lieferantenkredite ein Drittel bis zur Hälfte aller Investitionsgüterexporte nach Entwicklungsländern finanziert werden (vgl. Jürgensen, a.a.O., S. 69).

39 Baran, a.a.O., S. 300 f. und Guth, a.a.O., S. 29 f.

wicklungsländern abgeschlossen⁴⁰ und zwecks Risikominderung bei Exportgeschäften, die mit Kostensenkung gleichbedeutend ist, öffentliche Bürgschaften und Garantien gewährt⁴¹. Internationale Institutionen arbeiten bei der Finanzierung industrieller Projekte in Entwicklungsländern mit privaten Kapitalgebern zusammen⁴².

Auch in ihrer politischen Orientierung unterscheiden sich internationale Organisationen und nationalstaatliche Entwicklungshilfe-träger nicht wesentlich voneinander. Beider Politiken tragen dem Führungsanspruch der westlichen Welt Rechnung und kommen dem privaten Kapitalverwertungsinteresse entgegen. Solange sich Stimmrechte und Besetzung leitender Positionen in multilateralen internationalen Institutionen auf die Höhe der Kapitaleinlagen der Mitgliedsländer gründen, können kapitalistische Industriestaaten ihren bestimmenden Einfluß auf die Lenkung der multilateralen Hilfeleistungsprogramme geltend machen⁴³. Zudem ist der Sanktionsmechanismus des Völkerrechts, das die internationalen Beziehungen sowohl zwischen Staaten als auch zwischen internationalen Organisationen und Entwicklungsländern regelt, historisch gewachsen als ein Normensystem zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen der kapitalistischen Industrienationen. Der ungeheure Apparat internationaler Organisationen dient der Verschleierung der realen Machtverhältnisse in der Welt⁴⁴.

VII.

Die privaten, staatlichen und multilateralen Kapitalinvestitionen werfen technische und soziale Folgeprobleme in den Entwicklungsländern auf, denen besondere Hilfsprogramme Rechnung tragen sollen. Dabei ist unverkennbar, daß im Rahmen der technischen und sozialen Hilfen versucht wird, den Einfluß der westlichen Welt auf die Kader der Entwicklungsländer in den Bereichen der Verwaltung,

40 Die BRD hat bis zum 31. 12. 1967 36 Investitionsförderungsverträge mit Entwicklungsländern abgeschlossen, auf Grund derer der Bund im Falle von Vertragsverstößen, die das Verhältnis zwischen Investoren und Entwicklungsländern betreffen, intervenieren kann (vgl. Handelsblatt vom 19./20. 7. 1968, S. 6). In solchen Verträgen findet sich ein Passus, der garantiert, daß bei Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien auf Maßnahmen zurückgegriffen werden darf, wie z. B. die „Wiederherstellung“ der Eigentums- und Besitzrechte von Investoren (vgl. Giesecke, a.a.O., S. 47), die mit dem Völkerrecht in Einklang stehen. Vgl. z. B. Kapitalförderungsvertrag zwischen der BRD und der Republik Guinea, in: Handbuch, a.a.O., I G 831, 3, 39. Lieferung Juli 1965, S. 6.

41 Vgl. z. B. Die Versicherung und Refinanzierung von Lieferantenkrediten bei Exportgeschäften mittels staatlicher Unterstützung, in: DIVO-Information, Reihe 1, Industrielle Markt- und Absatzforschung, H. 2, 3. Jg., April 1968, S. 31—42.

42 Vgl. Guth, a.a.O., S. 29 f.

43 Vgl. Zimmermann, a.a.O., S. 99 und 112.

44 Vgl. Perroux, F., Feindliche Koexistenz? Stuttgart 1961, S. 585 f.

Wissenschaft, Wirtschaft, des Bildungs- und Gesundheitswesens sicherzustellen. So schaffen sich die Industrieländer durch die Entsendung von Experten, durch die Bildung eigener Beratungsbüros und Planungsgruppen in Banken, Industrieministerien etc. der Entwicklungsländer die Möglichkeit, bei der Festlegung der Investitionsschwerpunkte und der infrastrukturellen Erschließung der Entwicklungsländer entscheidend mitzuwirken und somit große Bereiche der Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik der Entwicklungsländer mitzugestalten⁴⁵. Damit ist der Zugang der Industrieländer zum Entscheidungsprozeß der Entwicklungsländer über ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und die Gestaltung ihrer internationalen Beziehungen hergestellt.

Dieser Präsenz imperialistischer Interessen, die durch die Tätigkeit von Beratern und technischen Einheiten im Militärbereich noch verstärkt wird, dienen auch Sozialaufwendungen für Bildung und Ausbildung von Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern sowohl in diesen Ländern selber als auch in den Industrieländern. Mit der Vermittlung von Lerninhalten schreitet ein Prozeß politisch-ideologischer Indoktrination einher, durch den die Heranbildung von politisch und ökonomisch zuverlässigen „Partnern“ bewerkstelligt werden soll, die die politischen Kräfteverhältnisse in den Entwicklungsländern bewahren helfen. Dabei geht, wie die Ausbildungspolitik der ausländischen Unternehmen in den Entwicklungsländern zeigt, das Interesse an Fachkräften nicht einmal über den produktiv einsetzbaren Bedarf — sowohl hinsichtlich des Lehrstoffes als auch der Zahl der Ausgebildeten — hinaus⁴⁶. Auch das Interesse ausländischer Investoren an Ernährung und medizinischer Versorgung der einheimischen Arbeitskräfte orientiert sich an einer dem Betriebszweck dienenden Leistungssteigerung⁴⁷, und öffentliche Sozialhilfen unterliegen der ökonomischen Kritik, da die in Projekte wie Bau von Schulen und Krankenhäusern investierten Mittel für wirtschaftliche Investitionen fehlen⁴⁸, deren Sinn es aber gerade ist, den Kapitalinteressen der Industrieländer Profitmöglichkeiten zu erschließen.

Technische und soziale Hilfen der westlichen Welt passen sich in die Programmatik ein, die Entwicklung der Länder der Dritten Welt auf ein marktwirtschaftlich-kapitalistisches System zu orientieren, damit die Kooperation zwischen herrschenden Klassen in den Entwicklungsländern und in den Industrieländern ungefährdet bleibt. Aber für die kapitalistischen Industrienationen ist die Zurverfügungstellung technischer und sozialer Entwicklungshilfe, die zum Ausbau des Bildungswesens verwandt wird, insofern problematisch, als sie sich nicht nur der notwendigen Erschließung von Produktivkräften

45 Vgl. Billerbeck, K., Reform der Entwicklungshilfe, in: Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Nr. 14, Hamburg 1961, S. 35 ff.

46 Vgl. Hesse, K., Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe an der Wende des Kolonialzeitalters, Berlin 1962, S. 296.

47 Vgl. Baran, a.a.O., S. 317 ff.

48 Vgl. Billerbeck, Reform der Entwicklungshilfe, a.a.O., S. 24 f.

und ihrer Anpassung an westliche Leitbilder dienstbar machen läßt, sie fördert zugleich die kritische Bewußtwerdung der verelendeten Massen in den Entwicklungsländern⁴⁹. Diese politische Implikation, die weder im Interesse der imperialistischen Mächte noch der heimischen Oligarchien liegt, mag neben der ökonomischen Überlegung, daß Primärausbildung kurzfristig unrentabel ist⁵⁰, der Grund dafür sein, daß sich die westlichen Entwicklungshilfeprogramme auf dem Sektor der technischen und sozialen Hilfe zurückhalten⁵¹.

VIII.

Die bislang aufgewiesenen Bedingungsbeziehungen, die die Entwicklungshilfe — sei es als Kapitalhilfe, kommerzielle, technische oder soziale Hilfe — als wirksames Instrument der gegenwärtigen imperialistischen Politik der westlichen Industrienationen und ihrer wirtschaftlichen Großorganisationen sichtbar werden ließen, erhellen, daß der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt, der sich ursprünglich gegen die Kolonialherrschaft richtete, mit der Erringung der formalen nationalen Unabhängigkeit noch nicht sein Ende finden kann. Nationale Unabhängigkeit garantiert noch nicht Selbstbestimmung der Entwicklungsländer. Politische Entscheidungen über Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und über Fragen der Organisation der Auslandsbeziehungen, die mit dem Prozeß der Überwindung des sozio-ökonomischen underdevelopment eng verknüpft sind, können solange nicht autonom gefällt werden, solange ihre ökonomische und politische Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten andauert. Art und Intensität der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern installieren einen Mechanismus eines abhängigen Wachstums⁵². Die Industrieländer werden sich auch weiterhin mit Hilfe des technischen Fortschritts und der Organisation ihres Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesses vom Austausch mit den Entwicklungsländern zunehmend unabhängig machen können, während das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer eine Funktion ihres Exports in die Industrieländer und der aus den Industriestaaten eingeführten Investitionen und Neuerungen bleiben wird. Es wird ein Prozeß in Gang gesetzt bzw. aufrechterhalten, der es den Entwicklungsländern

49 Vgl. Geiss, a.a.O., S. 232 und Deppe-Wolfinger, H., Zum Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern, in: *Das Argument*, Nr. 38, 1966, S. 212.

50 Vgl. Deppe-Wolfinger, a.a.O., S. 214.

51 Der Anteil der technischen und sozialen Hilfe an den gesamten bilateralen Leistungen der DAC-Staaten umfaßte 1965 etwa 18%. 1966 betrug die multilaterale technische und soziale Hilfe nicht mehr als etwa ein Achtel der entsprechenden gesamten bilateralen Hilfe. Vgl. Handbuch, a.a.O., II E 10, 54. Lieferung, Februar 1967, S. 45 f.

52 Vgl. Alemann, R. T., Die Theorie der peripherischen Wirtschaft, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 74 (1955 I), S. 13 und Perroux, a.a.O., S. 227.

langfristig verunmöglicht, sich ökonomisch und damit politisch zu emanzipieren, der sie vielmehr relativ zum Fortschritt der kapitalistischen Industrienationen ständig rückständiger werden läßt. Das den Entwicklungsländern aufgezwungene marktwirtschaftlich-kapitalistische Reproduktionssystem trägt zur Vergrößerung der internen und internationalen Ungleichheiten bei, solange der allgemeine Entwicklungsstand der Entwicklungsländer im Verhältnis zu den Industrieländern niedrig ist⁵³.

Der Weg der Völker der Dritten Welt aus dem *circulus vitiosus* des underdevelopment ist der Weg der Revolution, der sozialistischen Gestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und internationalen Beziehungen. Durch Mobilisierung der Massen und geplante Ausschöpfung und effektive Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen können Produktivkräfte freigesetzt und auf gesamtgesellschaftliche Ziele der allgemeinen Wohlfahrt orientiert werden, die bislang, durch Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse bedingt, brachliegen oder Partial-, d. h. Profitinteressen dienstbar gemacht werden. Durch Solidarität der Völker der Dritten Welt, die die Intensivierung der Austauschbeziehungen und die Förderung der wirtschaftlichen und politischen Verflechtung untereinander zum Ziel hat, kann eine Vergrößerung der Entwicklungslücke zwischen den Entwicklungsländern und den hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen, die durch den von den Industriestaaten geförderten Prozeß der Zerteilung des weltwirtschaftlichen Kreislaufs noch beschleunigt wird, verhindert werden, kann langfristig der Entwicklungsrückstand überwunden werden. Revolution in den Ländern der Dritten Welt und Solidarität der Völker der Dritten Welt untereinander sind notwendige Bedingungen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für die Schaffung einer neuen sozialen und politischen Ordnung im Weltmaßstab.

53 Vgl. Myrdal, a.a.O., S. 60.

Thesen zum Beitrag von H. G. Isenberg

1. Die Ausführungen beginnen mit der Feststellung, daß die kapitalistischen Industrieländer zunehmend von der Dritten Welt unabhängiger werden und sich aus sich selbst reproduzieren können. Gefolgert wird daraus, daß es keinen ökonomischen Zwangszusammenhang mehr gibt, der den Imperialismus begründet, und daß dieser heute vorwiegend seine Motivation aus „machtpolitisch-ideologischen“ Erwägungen zieht. Die Begründung für den gegenwärtigen Imperialismus wird hier primär im Überbau, im politischen Bereich gesucht und aus der Konkurrenz mit dem sozialistischen Lager abgeleitet.

Es scheint, daß hier eine falsche Fragestellung eine falsche Antwort liefert. Wenn man so global nach der *denkbaren* Unabhängigkeit der Ersten Welt von der Dritten fragt, muß man notwendigerweise die konkreten Interessen der kapitalistischen Länder an spezifischen, historisch entstandenen Investitions- und Absatzgebieten sowie an Rohstoffquellen übersehen — Interessen, die so weit gehen, daß um ihretwillen Kriege und Putsche durchgeführt werden.

Die Fragestellung müßte auf die Analyse dieser spezifischen Interessen ausgerichtet sein, nicht auf die abstrakt-unhistorische Reproduktionsfähigkeit der Ersten Welt.

2. Die Beschreibung des Verhältnisses von Staat und Monopolen basiert auf einem nicht adäquaten methodischen Ansatz: Politik und Ökonomie werden als parallele Erscheinungen betrachtet, die sich nicht gegenseitig bedingen. Wie wirken die Monopole auf den Staat ein? Wer handelt im Interesse von wem in den Ländern der Dritten Welt? Warum haben die kapitalistischen Staaten Interesse an einer Konkurrenz mit dem sozialistischen Lager? Nur aus machtpolitisch-ideologischen Gründen? Oder gar in einer Art Kreuzzug-Wahn, um die „Freiheit des Westens“ zu verteidigen? Sind nicht diese machtpolitisch-ideologischen Motivationen und Vorwände selbst ökonomisch zu begründen?

Wäre man konsequent, so dürfte es nach der Analyse von Isenberg keinen Imperialismus mehr geben, wenn das sozialistische Lager und damit die Konkurrenz zwischen beiden Lagern aufhörten zu existieren.

3. Es ist richtig, daß das Konkurrenzmotiv die konkreten Erscheinungsformen des Imperialismus entscheidend mitbestimmt. So führte das Abflauen des kalten Krieges zu einer rapiden Abnahme der westlichen Entwicklungshilfe. Aber allgemein muß festgehalten werden, was sich durch ökonomische Analysen eindeutig beweisen läßt,

daß die ökonomischen Interessen nach wie vor das Hauptmotiv des Imperialismus darstellen. Nur die Kosten der Ausbeutung der Dritten Welt ändern sich mit der Stärke bzw. der aktiv-klassenkämpferischen Politik des sozialistischen Lagers. Nicht die abstrakte Angst vor der Einkreisung ist das Grundmotiv, obwohl sie verstärkend wirkt, sondern die Befürchtung, die Länder der Dritten Welt nicht mehr so bequem ausbeuten zu können wie bisher.

4. Die Entwicklungshilfe hat nicht nur bestimmte Funktionen in den Empfängerländern, sondern auch in den Geberländern zu erfüllen. Es ist hier leider überhaupt nicht untersucht worden, welche Funktion diese „Hilfe“ für die Wachstums- und Konjunkturpolitik der kapitalistischen Industrieländer spielt.

5. Es ist zu bezweifeln, ob durch Entwicklungshilfe oder private Investitionen in diesen Ländern überhaupt eine „Investitionslücke“ gefüllt wird. Die Investitionen, die notwendig sind (langfristige Infrastrukturinvestitionen und der Aufbau einer Schwerindustrie), sind nicht kurzfristig profitträchtig und werden von privater Seite folglich nicht unternommen. Die von staatlichen Stellen vorgenommenen Infrastrukturmaßnahmen dienen nur als Rahmen für die privaten Investitionen, d. h. für Investitionen, die — sofern sie nicht lediglich der Rohstoffausbeutung dienen — sich an der bestehenden ungleichen Nachfrage orientieren und mehr oder weniger Luxusprodukte herstellen. Das aber bedeutet auf diesem Entwicklungsniveau Verschwendung von Ressourcen.

So ist auch nicht die „Breitenwirkung“ einer Investition entscheidend, sondern der Sektor, in dem investiert wird. Es ist eine Katastrophe, wenn in mehreren lateinamerikanischen Ländern Autofabriken gebaut werden, selbst wenn diese eine gewisse Breitenwirkung hätten, solange der größte Teil der Bevölkerung nicht mit den notwendigsten Lebensmitteln versorgt werden kann.

Schüngel/Strotmann

Bernd Schüngel

Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt (1. Teil)

Einleitung

Diese Untersuchung ist als Teil des Versuches zu verstehen, die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern und Dritter Welt unter Einbeziehung ihrer historischen Entwicklung und Perspektive systematisch zu analysieren. Das verstärkte direkte wie indirekte militärische Engagement der kapitalistischen Industriestaaten auch in kleinen, für das Welthandelsvolumen unbedeutenden Ländern der Dritten Welt, vor allem die gewaltigen Kosten der amerikanischen Aggression gegen Vietnam, die in keinem Verhältnis zu den Profiten aus der Rohstoffausbeutung, der Kapitalverwertung und dem Warenabsatz der USA in Indochina stehen und die ebensowenig binnenwirtschaftlich zu erklären sind, da sie die Stabilität des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses bereits gefährden, haben die Frage nach dem Charakter des kapitalistischen Interesses an den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aktualisiert.

Die in der gesamten bürgerlichen Öffentlichkeit einschließlich der Wissenschaft permanent vorgenommene politisch-weltanschauliche und karitative Motivierung der Entwicklungs- und Militärhilfe darf nicht dazu verleiten, die Antwort ohne empirische Analyse der ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Sphären allein in einer abstrakten Beschreibung von Überbauphänomenen zu suchen. Erst die Transparenz der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Erster und Dritter Welt und ihrer Bedingungen in beiden Sphären ermöglicht die Beantwortung der Frage nach dem Primat von Ideologie und Politik einerseits oder der Ökonomie andererseits in der Struktur der Interessen des entwickelten Kapitalismus an seiner unterentwickelten Umgebung.

Wenn auch das Ergebnis der klassischen marxistischen Imperialismustheorie hinsichtlich der Grundbedingung kapitalistischer Expansion gerade kritisch überprüft werden soll und daher nicht übernommen werden darf, muß die empirische Analyse den gleichen Ansatz benutzen wie diese Theorie, die von dem für alle Phasen der kapitalistischen Entwicklung gültigen Modell der erweiterten Reproduktion ausgeht.

Die Bedingungen, Erscheinungsformen und Auswirkungen folgender Bereiche kapitalistischer Wirtschaftstätigkeit in der Dritten Welt sind somit zu untersuchen:

1. Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskraft
2. Kapitalexport
3. Warenabsatz.

Innerhalb dieser Aktivitäten kommt dem Kapitalexport eine Schlüsselstellung zu, da er nicht allein aus dem Verwertungsproblem innerhalb der kapitalistischen Industrieländer zu erklären ist, sondern zur Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskraft sowie zur Erweiterung des Warenabsatzes vorgenommen werden kann¹.

Am deutlichsten hat Bucharin die drei Bereiche ökonomischer Betätigung des Kapitalismus in den zurückgebliebenen Gebieten herausgearbeitet. Ausgehend von der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in der industrialisierten Sphäre schreibt er: „Folglich liegen die Wurzeln der kapitalistischen Expansion sowohl in den Bedingungen des Kaufes als des Produktionsprozesses selbst, als auch des Verkaufes. Dem entsprechen generell drei Probleme: das Problem der Rohstoffmärkte und der Arbeitskraft, das Problem der neuen Anlagensphären des Kapitals, endlich das Problem der Absatzmärkte.“²

Für die Untersuchung der Rohstoffausbeutung ergibt sich aus der Verwendung dieses theoretischen Ansatzes jedoch folgende Schwierigkeit: Bucharin erklärt das Interesse der Monopole und ihrer Staaten an den abhängigen Gebieten und damit auch an deren Rohstoffen unter Berufung auf Marx langfristig allein mit der Möglichkeit, einen kolonialen Extraprofit zu erzielen. Im Anschluß an das obige Zitat heißt es: „Das Reservoir nichtkapitalistischer, insbesondere von den Zentren des entwickelten Kapitalismus entfernter Wirtschaftsformen übt deshalb eine Hauptanziehungskraft aus, weil es gerade (sogar bei hohen Transportspesen) einen maximalen Profit gewährleistet. Die Erzielung eines kolonialen ‚Extraprofits‘ erklärt uns die Richtung der kapitalistischen Expansion.“³

1 Der Hinweis auf die Möglichkeit der Kapitalverwertung innerhalb der industrialisierten Sphäre — durch die verstärkte Aktivität des Staates auch innerhalb der einzelnen kapitalistischen Länder — widerlegt schon aus diesem Grunde keineswegs die Notwendigkeit des Kapitalexportes in die Dritte Welt, vgl. Anm. 3.

2 Bucharin, N.: Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals, in: Unter dem Banner des Marxismus, Jg. 1, H. 2, Berlin 1925, S. 277 f.

3 Ebd., S. 278; s. a. S. 266: „Was aber ist nun die wirkliche Ursache kapitalistischer Expansion? Erstens liegt sie in den Schwierigkeiten, die sich, wenn auch nicht aus einer absoluten und dauernden Überproduktion, so doch aus den Krisen samt allen ihren Folgen ergeben. Zweitens (was unvergleichlich wichtiger, weil es sich um einen ständig wirkenden Faktor handelt) beruht sie in der Möglichkeit, von außen her einen größeren Profit zu erhalten.“ (Hervorhebungen im Original). — Mit der Vervollständigung des aus der Keynes'schen Theorie entwickelten konjunkturpolitischen Instrumentariums hat das Motiv der Erzielung eines Extraprofits für die kapitalistische Wirtschaftstätigkeit in den zurückgebliebenen Gebieten immer größere Bedeutung erlangt. Es ist jedoch keineswegs gerechtfertigt, daraus den Schluß zu ziehen,

Das Problem der natürlichen, d. h. technologischen und biologischen Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der schwach entwickelten Gebiete stellt sich für Bucharin ebensowenig wie für Lenin und Rosa Luxemburg. Während für Lenin der Kampf um die Rohstoffe als Kampf der Monopole zur Ausschaltung der nationalen wie internationalen Konkurrenz vor allem ein Symptom der verstärkten Konzentration und Zentralisation des Kapitals ist⁴, beachtet Rosa Luxemburg das Rohstoffproblem überhaupt nicht, da sie den Imperialismus allein aus der Unmöglichkeit erklärt, den Mehrwert ohne „dritte Personen“ zu realisieren.

Eine Untersuchung der gegenwärtigen ökonomischen Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern und Dritter Welt muß also mit einem Problem beginnen, das sich zwar unmittelbar aus den Grundlagen der marxistischen Imperialismustheorie ergibt, das in deren engeren Erklärungsansätzen jedoch nicht enthalten ist: mit dem Problem des Gebrauchswertes der Rohstoffe aus den abhängigen Gebieten für den Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Industrieländer und — soweit der jeweilige Gebrauchswert auch aus inländischen Ressourcen oder durch Substitute bereitgestellt werden kann — mit der Frage nach den gesellschaftlichen Kostenvorteilen, die mit der Einfuhr von Rohstoffen aus der Dritten Welt verbunden sind. Erst mit der Untersuchung des Profitinteresses der Monopole an den Rohstoffen der Dritten Welt und seines Einflusses auf die Politik der kapitalistischen Staaten beginnt der Versuch der Verifizierung der von der Imperialismustheorie dargestellten konkreten ökonomischen Motive kapitalistischer Expansion.

das ökonomische Interesse an der Dritten Welt sei dem politisch-ideologischen untergeordnet, da die wirtschaftliche Expansion „nur“ darauf ausgerichtet sei, einen höheren Gewinn als im Inland zu erzielen. Man kann nicht auf der einen Seite die Profitrate als „die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion“ (Marx) begreifen und andererseits den Kampf des Kapitalismus, ihrem tendenziellen Fall zu entgehen, als nebensächliche Ausnutzung der ökonomischen Chancen einer autonomen staatlichen Politik verharmlosen; vgl. z. B. den Aufsatz von Isenberg in diesem Heft; ferner Marcuse, Herbert: Das Individuum in der Great Society, in: Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, Frankfurt 1969, S. 164 ff. Besonders widersprüchlich ist die Argumentation von Schilling, der im gleichen Erklärungszusammenhang zunächst das „wesensbestimmende Hauptziel des Neokolonialismus“ darin sieht, die Entwicklungsländer „als Objekt der imperialistischen Ausbeutung (zu) erhalten“, dann aber von einem „Primat der Politik im Neokolonialismus“ spricht; Schilling, Hartmut: Veränderungen in den Grundlagen des Kapitalexports in die Entwicklungsländer als Aspekt des Zusammenhangs zwischen Neokolonialismus und Kapitalistischem Reproduktionsprozeß, in: Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Nr. 29, Berlin-DDR 1968, S. 223.

4 Lenin, V. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin-DDR 1951, S. 89 ff. Ähnlich argumentiert Bucharin in seiner älteren Schrift: Imperialismus und Weltwirtschaft, Wien-Berlin 1929, S. 101 ff. (verfaßt 1915).

Zur Zeit des Entstehens der klassischen Imperialismustheorie war die Dritte Welt lediglich Objekt uneingeschränkter kapitalistischer Herrschaftsausübung. Mit ihrem Eintritt in eine historische Phase, in der sie immer mehr zum Subjekt im internationalen Klassenkampf wird⁵, ist es notwendig geworden, in eine Analyse des Imperialismus auch dessen Auswirkungen auf die Vorbedingungen einer Akkumulation in den unterentwickelten Gebieten einzubeziehen. Dieser Erweiterung des Untersuchungsfeldes der Klassiker widmet sich der Aufsatz von Strotmann im vorliegenden Heft. Ergänzend wird im folgenden in formaler Abweichung vom Thema die Auswirkung kapitalistischer Rohstoffausbeutung auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Dritten Welt umrissen.

Zum Begriff der Abhängigkeit ist zu sagen, daß es nicht Methode marxistischer Theorie sein kann, in Abstraktion von den gesellschaftlichen Verhältnissen und der historischen Entwicklung der Produktion, d. h. rein technizistisch die Frage nach einer möglichen Selbstversorgung der Industrieländer mit Rohstoffen zu stellen⁶; es kommt vielmehr darauf an, die Abhängigkeit angesichts der historisch gewachsenen gegenwärtigen Struktur von Produktion und Konsum zu analysieren und die Möglichkeiten einer zukünftigen Selbstversorgung, vor allem aber deren *Vor-* bzw. *Nachteile* für die herrschende Klasse in den Industrieländern gegenüber einer weiteren Ausbeutung fremder Rohstoffressourcen auf der Basis der voraussehbaren Entwicklung der Technologie und unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise zu prüfen⁷.

Diese Untersuchung, die sich allein mit dem Gebrauchswert und den gesellschaftlichen Kostenvorteilen der Rohstoffe aus der Dritten Welt

5 Lediglich Bucharins Imperialismustheorie enthält einen Hinweis auf die Verbindung von proletarischer Revolution in den Industrieländern mit „Kolonialaufständen und nationalen Befreiungsbewegungen“, in: Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals, a.a.O., S. 290.

6 Der ideologische Charakter einer solchen abstrakten Theoretisiererei mag an Beispielen bürgerlicher Apologetik verdeutlicht werden, die jedem an klassenkämpferischer Agitation in den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten unserer Hochschulen Beteiligten geläufig sind: Da die Industrie technisch in der Lage sei, langfristig an Stelle von staatlichen Rüstungsaufträgen Aufträge für den zivilen Sektor auszuführen, habe sie kein spezifisches Interesse an einem hohen Rüstungsetat, der somit allein außenpolitisch bestimmt sei. — Die Struktur des Massenkonsums — von der sich der Konsum der Herren Betriebswirte natürlich erheblich unterscheidet — sei weder durch Manipulation der Lohnabhängigen zustande gekommen noch würde sie durch Manipulation aufrechterhalten, da die Unternehmer mit prinzipiell gleicher Technik und gleichem Gewinn für ein anderes Konsummodell produzieren könnten; es herrsche also Konsumentenautonomie, die sich in der Realisierung des jeweils größten individuellen „Grenznutzens“ ausdrücke! — Die gleiche Ebene betritt derjenige, der lediglich mit dem Hinweis auf irgendwelche Laborversuche das existentielle Interesse des Kapitalismus an der Rohstoffausbeutung in der Dritten Welt leugnet.

7 Zum Begriff der Abhängigkeit s. a. die Einleitung zu Strotmanns Artikel sowie die Thesen zu Isenberg in diesem Heft.

für die kapitalistischen Industrieländer befaßt, kann somit die Frage nach der Rohstoffabhängigkeit nicht abschließend beantworten. Sie will vielmehr dazu beitragen, durch die Entschleierung des vorhandenen statistischen Materials theoretischen Erklärungsversuchen des gegenwärtigen Imperialismus eine realistische, empirisch gesicherte Basis zu geben.

„Wir verbrauchen im Jahr etwa 600 000 t Kupfer, aber die deutsche Wirtschaft stellt nicht eine einzige Tonne in der Welt her, von Uran zu schweigen. Oder nehmen Sie Öl... Darin sehe ich eigentlich die große Aufgabe des nächsten Jahrzehnts.“

Hermann Josef Abs, 1969

Die natürliche Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt.

I. Allgemeine Untersuchung: Entwicklungsländer und Welthandel

In diesem Abschnitt soll die Abhängigkeit des industrialisierten Teils des kapitalistischen Weltsystems von den Rohstoffressourcen der ökonomisch schwach entwickelten Gebiete Afrikas, Asiens und Lateinamerikas an Hand stark aggregierter Größen geprüft werden. Die Aggregate, deren größte die drei Ländergruppen Kapitalistische Industrieländer, Dritte Welt und Sozialistisches Lager und deren Außenhandelsvolumen sind, werden stufenweise bis zu einzelnen Ländern und Rohstoffen aufgelöst, die im dritten Abschnitt behandelt werden.

1. Zur Struktur des Welthandels

Im Jahre 1966 verteilte sich der Weltexport sämtlicher Waren wie folgt auf die einzelnen Ländergruppen⁸:

Kapitalistische Industrieländer		69,2 %
darunter: USA, Kanada	18,5 %	
EWG	26,2 %	
EFTA	13,9 %	
übr. West-Europa	2,9 %	
Japan	4,9 %	
Australien, Neuseel., Süd-Afrika	2,9 %	
Entwicklungsländer		19,3 %
darunter: Lateinamerika	5,8 %	
Süd-Ost-Asien	4,9 %	
Afrika	4,2 %	
mittl. Osten u. sonst. Asien	3,5 %	
Sozialistisches Lager		11,5 %
darunter: RGW	10,4 %	
Weltexport		100 %

⁸ GATT: International Trade 1966, Geneva 1967, S. 4.

Das Jahr 1967 brachte eine erneute Verschlechterung der Position der Dritten Welt um ca. 0,5 % zugunsten der beiden anderen Ländergruppen⁹. 1950 betrug der Anteil der Entwicklungsländer am Weltexport noch über 30 %, 1953 noch 27 %; bis zum Jahre 1960 war er bereits auf 21,5 % gesunken¹⁰. Trotz Zunahme seines Volumens¹¹ ist also die relative Bedeutung des Exports der Entwicklungsländer für den Welthandel ständig gesunken. Ein Vergleich der Wachstumsraten der Exporte von kapitalistischen Industrieländern und Dritter Welt macht diesen tendenziellen Rückgang besonders deutlich:

	Exportzunahme in v. H. des Vorjahres ¹²	
	Kapital. Industrieländer	Entwicklungsländer
1964	13,8	9,3
1965	9,9	5,8
1966	10,5	6,9
1967	5,5	2,5
Durchschnitt 1963—1967	9,8	6,1
Durchschnitt 1953—1967	8,5	4,7

Die für die Dritte Welt relativ etwas günstigere Entwicklung im ersten Halbjahr 1968 — 6—7 % gegenüber knapp 8 % der kapitalistischen Industrieländer¹³ — verleitet den GATT-Report zu der Prognose, die jährliche Wachstumsrate ihres Exports würde sich in Zukunft zwischen 6 und 8 % und damit nur noch geringfügig unter dem Exportanstieg der kapitalistischen Industriestaaten bewegen. Dabei wird nicht beachtet, daß die Ausfuhren der Dritten Welt in die entwickelten kapitalistischen Länder in hohem Maße von deren konjunktureller Situation abhängig sind¹⁴. Aus dieser Beziehung erklären sich sowohl die niedrige Wachstumsrate für 1967 als auch die hohe für das erste Halbjahr 1968. — Auf der Importseite ist die Position der Entwicklungsländer nur geringfügig besser: Seit 1963 schwankt ihr Anteil an den Weltausfuhren bei leicht fallender Ten-

9 GATT: International Trade 1967, Geneva 1968, S. 4 u. Appendix, Table K.

10 1950: nach Der Fischer-Welt-Almanach 1968, Frankfurt/M. 1967, S. 307; 1953 u. 1960: International Trade 1966, a.a.O., S. 6; vgl. Tabelle „Entwicklung und Struktur des Welthandels“ (1938—1966) bei Graewe, Wolf-Dieter: Die Entwicklungsländer und der Welthandel, in: Wirtschaftswissenschaft, 16. Jg., H. 9, Berlin-DDR 1968, S. 1510.

11 Vgl. International Trade 1966, a.a.O., S. 6.

12 Errechnet aus: International Trade 1966, a.a.O., S. 6; 1967, a.a.O., S. 4.

13 Ebd., S. 12 f. Da die Basis dieser relativen Angaben der Export Mitte 1967 ist, handelt es sich auch hierbei um Jahres- und nicht um Halbjahresraten.

14 Diese Abhängigkeit besteht kaum bei Nahrungsmitteln, in hohem Grade jedoch bei den industriell verwertbaren Rohstoffen.

denz um 20 %¹⁵. Wie der geringe Unterschied zwischen Export- und Importanteil der Dritten Welt beweist, konnten Kredite und Schenkungen bisher nicht verhindern, daß die Beteiligung der schwach entwickelten Gebiete an den Vorteilen des Welthandels so gut wie ausschließlich durch deren Exportfähigkeit bestimmt blieb, die im Vergleich zu den Industrieländern äußerst gering ist¹⁶.

Selbst wenn man unterstellt, daß der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel identisch ist mit deren Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung — d. h., daß rd. 20 % der in der Welt durch Außenhandel erzielten Produktivitäts- und Wachstumseffekte auf die Dritte Welt entfallen¹⁷ —, ist diese an den Vorteilen der gesamten weltwirtschaftlichen Kooperation noch wesentlich geringfügiger beteiligt als der internationale Handel erkennen läßt. Die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung erstreckt sich nämlich nicht nur auf den Außenhandel, sondern auch auf den Güteraustausch zwischen den Regionen innerhalb der einzelnen Staaten. Der binnenwirtschaftliche Güteraustausch ist aber in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten unvergleichlich schwächer entwickelt als in den Industrieländern, wo er zudem in weit höherem Grade nach dem Prinzip der

15 International Trade 1967, a.a.O., S. 4.

16 Vgl. Theess, Werner: Kapitalistische Rohstoffmärkte — Internationale Rohstoffabkommen, Berlin-DDR 1967, S. 25 ff. Die sogenannte Entwicklungshilfe erweist sich sogar immer mehr als Hindernis einer Ausdehnung der Einfuhren: Nach Angaben der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), zit. nach: Der Fischer-Welt-Almanach 1968, a.a.O., S. 306, beliefen sich 1965 die Tilgungs- und Zinsverpflichtungen der Entwicklungsländer für aufgenommene Kredite auf 12 % ihrer Exporterlöse, bei einigen Ländern sogar auf 25 % (1955: 4 %). Weitere 10 % des Exporterlöses verlor die Dritte Welt durch den Abfluß von Gewinnen, Dividenden und anderen Kapitalerträgen. Die annähernd ausgeglichene — fiktive — Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer insgesamt reicht also nicht aus, um eine weitere Verschuldung und die damit verbundene Festigung der Abhängigkeit von den kapitalistischen Industrienächten zu verhindern. Vgl. die Äußerung des zuständigen westdeutschen Bundesministers Eppeler in der „Welt“ vom 24. 1. 1969: „Wo unser Geld hinfließt, müssen wir auch entsprechend personell und mit eigenen Vorstellungen vertreten sein.“

Nach einer Berechnung von A. Maizels konnte wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Pro-Kopf-Import der Entwicklungsländer an Industrieerzeugnissen 1950—1959 nicht erhöht werden, in: Industrial Growth and World Trade, Cambridge (G.B.) 1963, S. 394.

17 Im weiteren Verlauf dieser Untersuchung wird deutlich, daß „Welthandel“ und „internationale Arbeitsteilung“ keineswegs identische Begriffe sind, wenn sie auch in der bürgerlichen Ökonomie häufig synonym verwendet werden, so auch von Jürgensen, s. Anm. 18. Damit wird — manchmal unbewußt — der Partnerschaftsideologie in einem Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen Vorschub geleistet, der von der Ausbeutung der armen durch die reichen Beteiligten gekennzeichnet ist. Vgl. Boris, Hans Dieter: Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften, in: Das Argument, H. 38, Karlsruhe 1966, S. 195 f.

Arbeitsteilung abläuft als im zwischenstaatlichen Bereich¹⁸. Der relative Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel würde z. B. sprunghaft ansteigen, wenn der Inner-EWG-Handel zum Binnenhandel wird und nicht mehr in der Außenhandelsstatistik erscheint. Eine stärkere Beteiligung der Dritten Welt an den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung wäre damit natürlich nicht verbunden.

Seit der Festigung der kapitalistischen Produktionsweise in Europa und den USA ist der Anteil der Rohstoffe am Welthandel — von den Weltkriegen abgesehen — stetig zurückgegangen. Die Verteilung des Welthandels auf Rohstoffe und Industrieerzeugnisse veränderte sich wie folgt (in %) ¹⁹:

	Rohstoffe	Industrieerzeugnisse
1876—1880	64	36
1913	62	38
1929	59	41
1958	48	52
1963	44	56
1966	40	60

Diese Entwicklung ist das „unvermeidbare Ergebnis“ des technischen Fortschritts in den Industrieländern, der zur Substitution vieler Urprodukte durch synthetische Stoffe und zum Sinken des Rohstoffanteils am Wert der industriellen Endprodukte führte²⁰. In den USA sank dieser Anteil von 23 % im Jahre 1930 auf 16 % im Jahre 1957 (zu konstanten Preisen)²¹. Ferner ist die Agrarproduktion in den Industrieländern selbst stärker gewachsen als deren Bevölkerung, so daß sich der Selbstversorgungsgrad vor allem bei Lebensmitteln deutlich erhöhte²². — Die obigen relativen Angaben beziehen sich jedoch auf ein im Berichtszeitraum stark gestiegenes Welthandelsvolumen und auf eine expandierende Industrieproduktion; absolut hat sowohl der Rohstoffverbrauch der Industrie als auch der Außenhandel mit Rohstoffen beträchtlich zugenommen: Allein zwischen 1962 und 1967 stieg die Weltrohstoffausfuhr von knapp 25 Mrd. auf

18 Vgl. Jürgensen, Harald: Strukturwandel des Welthandels als Ergebnis der Eingliederung der Entwicklungsländer, in: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Hrsg. E. Boettcher, Tübingen 1964, S. 203 f. u. 209.

19 Zusammenge stellt nach: Kleer, Jerzy: Znaczenie krajów zacofanych w rozwoju uprzemysłowionych krajów kapitalistycznych in: Studia Ekonomiczne Nr. 11/1964 Warszawa, S. 93 u. International Trade 1967, a.a.O., S. 80 f.

20 UNCTAD: Towards a New Trade Policy for Development (Prebisch-Report), New York 1964, S. 11; vgl. Maizels: Industrial Growth, a.a.O., S. 394 ff., ferner Cutajar, M. Z., Franks, A.: The Less Developed Countries in World Trade, London 1967, S. 30.

21 Manukjan, Ašik A.: Problemy poslevoennogo razvitija ekonomiki kapitalističeskich stran, Moskva 1966, S. 310.

22 Prebisch-Report, a.a.O., S. 11 ff.

über 30 Mrd. US-Dollar²³. Die trotz absoluter Zunahme ihrer Produktion sinkende relative Bedeutung der Rohstoffe für die Weltwirtschaft (bei rein quantitativer Analyse) wird an der folgenden Relation besonders deutlich: Zwischen Jahrhundertwende und 1960 wuchs die Pro-Kopf-Produktion von Rohstoffen in der Welt um etwa 50 %, während sich im gleichen Zeitraum die Herstellung von Industrieerzeugnissen pro Kopf der Weltbevölkerung vervierfachte²⁴.

Die zeitlich parallel verlaufende Abnahme des Anteils der Dritten Welt am Welthandelsvolumen einerseits und des Anteils der Rohstoffe an der Weltproduktion und am Welthandel andererseits macht bereits die unverändert einseitige Funktion der Entwicklungsländer im kapitalistischen Weltsystem als Lieferanten überwiegend komplementärer Rohstoffe transparent²⁵ — eine Funktion, deren Wahrnehmung mit der kontinuierlichen relativen Verarmung der Dritten Welt belohnt wird²⁶.

2. Die Exportstruktur der Entwicklungsländer

Die Verteilung der Gesamtexporte der Dritten Welt auf die drei Ländergruppen veranschaulicht die Erfolglosigkeit der Bemühungen, den Außenhandel der Entwicklungsländer aus seiner einseitigen Orientierung an den Interessen der kapitalistischen Industriestaaten zu lösen²⁷:

23 International Trade 1966, a.a.O., S. 86 f.; 1967, a.a.O., S. 80 f., ältere Angaben aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

24 Maizels: Industrial Growth, a.a.O., S. 79. Für die Entwicklung der letzten Jahre vgl. UNO: Statistical Yearbook 1967, New York 1968, S. 36: Index der Weltproduktion 1956—1966; 1963 = 100

	1956	1963	1966
Rohstoffe	83	100	109
Industrieerzeugnisse	66	100	124

(d. h. sowohl vor wie nach 1963 wesentlich höhere Wachstumsraten bei den Industrieerzeugnissen).

25 Als komplementär werden Handelsgüter bezeichnet, die das importierende Land selbst nicht herstellt, im Gegensatz zu supplementären Handelsgütern, die in direktem Wettbewerb zu inländischen Erzeugnissen treten; vgl. Vanek, Jaroslav: The National Resource Content of United States Foreign Trade, Cambridge, Mass., 1963, S. 50 f. Im folgenden gelten als komplementäre Importgüter auch diejenigen, die in den kapitalistischen Industrieländern nur in Mengen hergestellt werden können, die zur Befriedigung der Inlandnachfrage nicht ausreichen.

26 Die relative Verarmung der Dritten Welt besteht zunächst darin, daß ihr Außenhandelsvolumen zu konstanten Preisen langsamer wächst als das der Industrieländer. Verstärkend wirkt die Verschlechterung der Preisrelation von Export- zu Importgütern (terms of trade).

27 Diese Bemühungen werden von den progressiven Kräften in der Dritten Welt, den sozialistischen Ländern (vgl. Graewe: Die Entwicklungsländer und der Welthandel, a.a.O., S. 1523) und von internationalen Organisationen (vgl. Prebisch-Report, a.a.O., S. 94 ff.) getragen, natürlich nicht von der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Zentren und ihren Statthaltern in den abhängigen Gebieten.

Ausfuhr der DW in ²⁸ :	1962	1964	1967
Kapital. Industrieländer	72	73	74
Entwicklungsländer	23	21	20
Sozialist. Lager	5	6	6
Gesamtausfuhr der DW	100	100	100

An den Importen der Dritten Welt sind die sozialistischen Staaten geringfügig stärker und die kapitalistischen Industrieländer entsprechend schwächer beteiligt. Beträchtlich ist der Unterschied in den relativen Importüberschüssen der Dritten Welt im Handel mit den beiden Lagern: Während der Einfuhrüberschuß im Handel mit den kapitalistischen Industriemächten 1966 nur 0,5 Mrd. US-Dollar (2 % des Imports) betrug, lieferte das sozialistische Lager für 0,9 Mrd. Dollar mehr Waren in die Entwicklungsländer, als es aus diesen bezog (Importüberschuß der DW: 28 %). Nach vorläufigen Berechnungen entstand im Jahr 1967 im Handel mit den kapitalistischen Industrieländern kein Saldo, während sich der Importüberschuß im Warenaustausch mit dem sozialistischen Lager auf 1,1 Mrd. Dollar (33 %) erhöhte ²⁹. Die sozialistischen Staaten haben somit in den vergangenen Jahren den Entwicklungsländern eine auch absolut höhere Warenhilfe geleistet als die kapitalistischen Industriemächte ³⁰. Das Volumen des Warenverkehrs zwischen sozialistischen und Entwicklungsländern ist jedoch gegenwärtig und bleibt auch in nächster Zukunft viel zu gering, um die wirtschaftliche Entwicklung bedeutender Teile der Dritten Welt von der manipulierbaren Aufnahmefähigkeit der kapitalistischen Märkte für die meisten ihrer Produkte unabhängig zu machen.

Ein deutliches Indiz für das Versagen des kapitalistischen Weges der Entwicklung in der Dritten Welt ist die bis heute unverändert einseitige Warenstruktur des Exports dieser Länder. Die Ausfuhr der Dritten Welt verteilte sich prozentual wie folgt auf Rohstoffe und Industrieprodukte (einschließlich der nicht unbedeutenden handwerklichen Produkte sowie ungeklärter Reste) ³¹:

	1962	1964	1966
Rohstoffe	90	88	86
Industrieerzeugnisse	10	12	14

²⁸ International Trade 1966, a.a.O., S. 86 f.; 1967, a.a.O., S. 80 f.

²⁹ Ebd., S. 80 f.

³⁰ Diese Waren werden in der Regel auf der Basis von Krediten geliefert, deren Bedingungen für die Entwicklungsländer wesentlich günstiger sind als die der kapitalistischen Kredite, vgl. Tansky, Leo: U.S. and U.S.S.R. Aid to Developing Countries, New York 1967, S. 27 ff.

³¹ International Trade 1967, a.a.O., S. 80 f., einschließlich „base metals“; zur Methode s. S. 79 f. dieses Artikels.

Seit 1962 hat sich also die Position der Industrieerzeugnisse im Export der Entwicklungsländer jährlich lediglich um 1 % verbessert. Zwischen den drei am Handel mit der Dritten Welt beteiligten Ländergruppen besteht kein qualitativer Unterschied: Sie sind sämtlich in erster Linie Rohstoffabnehmer³². Den relativ stärksten Exportanstieg erzielten seit 1962 die Industriegüter der Dritten Welt im Handel mit dem sozialistischen Lager. Aber selbst wenn sich diese Tendenz fortsetzt, ist eine wesentliche Verschiebung in der Warenstruktur des gesamten Exports der Entwicklungsländer wegen des geringen Volumens ihres Handels mit dem sozialistischen Lager in der überschaubaren Zukunft nicht zu erwarten.

3. Die quantitative Bedeutung der Exporte aus der Dritten Welt für die kapitalistischen Industrieländer

Legt schon die geringe Beteiligung der Dritten Welt an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung den Schluß nahe, daß die kapitalistischen Industrieländer in ihrem Reproduktionsprozeß vom Handel mit den Entwicklungsländern weitgehend unabhängig sind, so scheinen die in Tab. 1 ausgewiesenen Relationen eine Abhängigkeit eindeutig zu negieren: 1964 waren die Bezüge aus der Dritten Welt an den Gesamtimporten der mächtigsten kapitalistischen Wirtschaftsräume USA, EWG und EFTA mit 24 %, am Bruttosozialprodukt (BSP) nur mit 2,1 % beteiligt³³; der Anteil der Rohstoffimporte aus den Entwicklungsländern am BSP dieser drei Wirtschaftsräume betrug lediglich 1,9 %! In den folgenden Jahren haben sich diese Proportionen nicht wesentlich verschoben³⁴.

Diese Übersicht bestätigt für die drei Wirtschaftsräume, was bereits für die kapitalistischen Industrieländer insgesamt ermittelt wurde: Die Importe aus der Dritten Welt bestehen zum überwiegenden Teil aus Rohstoffen. — Die GATT-Berichte der letzten Jahre weisen einen etwas höheren Prozentsatz für die Industrieerzeugnisse

32 Die quantitativ geringen Rohstoffbezüge des sozialistischen Lagers aus den Entwicklungsländern haben für diese oft eine wesentlich größere qualitative Bedeutung: Zwischen 1956 und 1961 wurde das Wachstum ihrer Rohstoffexporte (außer Erdöl) fast ausschließlich durch höhere Lieferungen in die sozialistischen Länder erreicht, die sich zudem wiederholt bereit fanden, der Dritten Welt Rohstoffüberschüsse abzunehmen, die auf dem kapitalistischen Weltmarkt entweder überhaupt nicht oder nur durch Inkaufnahme eines allgemeinen Preisverfalls hätten abgesetzt werden können, vgl. Sawyer, Carole A.: *Communist Trade with Developing Countries: 1955—65*, New York 1966, S. 44 ff. — Die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung gegebenen Hinweise auf die sozialistische Handelspolitik gegenüber der Dritten Welt, die allerdings eine Analyse nicht ersetzen können, finden sich für die jüngste Zeit bestätigt in: Zum Außenhandel der Entwicklungsländer mit den sozialistischen Ländern, DIW-Wochenbericht, 36. Jg., Nr. 7, Berlin 1969, S. 39 ff.

33 Es wäre methodisch exakter, den Anteil der Importe an den im Inland verfügbaren Gütern und Dienstleistungen anzugeben, was jedoch mit dem vorhandenen statistischen Material nicht geleistet werden kann.

34 Vgl. *International Trade 1967*, a.a.O., Appendix, Table K.

Tabelle 1: Anteil der Importe aus der Dritten Welt am BSP und an den Gesamtimporten kapitalistischer Wirtschaftsräume 1964, in Mrd. \$ und v. H.

Zollraum	BSP	Imp. insg.	Importe aus d. DW		Rohstoffe a. d. DW		
	(1)	(2)	(3)	(3) i. v. H. (1)	(3) i. v. H. (2)	(4)	(4) i. v. H. (3)
USA ¹	628,7	18,60	6,66	1,1	35,8	5,69	85,4
EWG ²	273,1	44,91	9,82	3,4	21,9	9,34	95,1
EFTA ²	149,7	30,62	6,09	4,1	19,9	5,21	85,6
	1051,5	94,13	22,57	2,1	24,0	20,24	89,7

1 f.o.b. 2 c.i.f. Bei den relativen Angaben hebt sich dieser methodische Fehler weitgehend auf.

Quellen: Statistical Abstract of the US 1966, S. 907; International Trade 1966, S. 168, 184, 200.

aus (15—20 %) ³⁵, jedoch werden dabei dieser Gruppe die „base metals“ zugerechnet, metallische Rohstoffe also, deren erste Verarbeitungsstufe ihren Standort in den Entwicklungsländern hat. Im Rahmen der hier zu untersuchenden natürlichen Abhängigkeit der kapitalistischen Industriestaaten von den Rohstoffen der Dritten Welt ist es unerheblich, ob die Metalle als Erze oder im aufbereiteten Zustand bezogen werden. Aber auch für die Vorbedingungen einer Akkumulation in den Entwicklungsländern ist dieser Unterschied ohne wesentliche Bedeutung, da für die Verarbeitung allein die Interessen der Industrieländer entscheidend sind. Interesse an einer Aufbereitung im Förderland besteht vor allem dann, wenn der Transport des Erzes in die kapitalistischen Industriezentren infolge des hohen Anteils von Ballaststoffen und der großen Entfernung unwirtschaftlich ist ³⁶. So wird das von den Verbrauchszentren Europas und Nord-

³⁵ Ebd., S. 80 f. u. S. 242.

³⁶ Vanek: The Natural Resource Content, a.a.O., S. 102. — Meistens handelt es sich bei der Aufbereitung lediglich um das erste Reinigen des Erzes von Ballaststoffen, etwa mit Hilfe von Schüttelrosten. Vgl. die im Welthandel übliche und vom GATT verwendete Einteilung der Waren nach der „Standard International Trade Classification (SITC)“, in UNO: Commodity Trade Statistics 1961, Statistical Papers Series D, Vol. XI No. 4, Part I, New York 1962, Einleitung; ferner UNO: Yearbook of International Trade Statistics, New York, versch. Jgg. — Bei den von den Industrieländern exportierten Basismetallen handelt es sich überwiegend um Produkte, die bereits einen hohen Wertzuwachs durch industrielle Verarbeitung erfahren haben (z. B. Edelstahl, Feinbleche, hergestellt aus Erzen der Dritten Welt, also im Grunde Re-exporte); sie sind daher in der Gruppe der Industrieerzeugnisse belassen worden. Die mit diesem Verfahren verbundene Ungenauigkeit ist eindeutig geringer als die Verzerrungen, die mit der Übernahme der offiziellen SITC-Methode in Kauf genommen werden müßten.

amerikas relativ weit entfernte südostasiatische Zinn vor dem Export in Malaysia raffiniert, während die Förderung Boliviens in unbearbeitetem Zustand nach den USA verfrachtet wird³⁷. Da auch die aufbereiteten Metalle meist in vollem Umfang exportiert werden³⁸, gehen von der ersten Verarbeitungsstufe weder für die Industrialisierung der Dritten Welt noch für die dringend notwendige Importsubstitution direkte Impulse aus. In welchem Umfang die Bearbeitung der Erze in den Entwicklungsländern deren Zahlungsbilanzen verbessert und damit indirekte Wachstumseffekte wenigstens auslösen könnte, hängt von dem Teil der zusätzlichen Exporterlöse ab, der in der Form von Devisen im Inland verbleibt³⁹. — Es bedeutet somit lediglich eine Entschleierung der manipulierten Welthandelsstatistik, die von den Entwicklungsländern exportierten „base metals“ aus der Gruppe der Industrierzeugnisse herauszunehmen und den Rohstoffen zuzurechnen, auf die dann auch heute noch etwa 90 % des Gesamtexports der Dritten Welt in die kapitalistischen Industrieländer entfallen⁴⁰.

Dieser Anteil kann jedoch nicht als Maßstab der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer dienen, da diese Ländergruppe selbst bis heute der bedeutendste Rohstoffexporteur im Welthandel geblieben ist und dementsprechend den größten Teil seiner Importe im Intra-Block-Handel bezieht.

Der deutliche Unterschied in den Anteilen der beiden den kapitalistischen Weltmarkt bildenden Ländergruppen entlarvt den ideologi-

37 Vgl. Cutajar, Franks: *The Less Developed Countries in World Trade*, a.a.O., S. 42 sowie Balassa, Bela: *Trade Prospects for Developing Countries*, Homewood, Ill., 1964, S. 321.

38 Vgl. Rowe, J. W. F.: *Primary Commodities in International Trade*, Cambridge (G.B.) 1965, S. 12 sowie die jeweilige Produktion der Entwicklungsländer in UNO: *Statistical Yearbook*, a.a.O., mit der entsprechenden Ausfuhr in UNO: *Yearbook of International Trade Statistics*, a.a.O. Ein gutes Beispiel ist Liberia, dessen gesamter Eisenexport unter den „base metals“ und damit in der Kategorie der Industrierzeugnisse erscheint; ein Vergleich der angeführten UNO-Quellen ergibt, daß die gesamte Eisenerzförderung im Inland gereinigt und dann ausgeführt wird; *Yearb. Intern. Trade Stat.* 1966, S. 75, *Stat. Yearbook* 1967, S. 184.

39 Hier kann nicht auf die Praktiken der „Gewinnverteilung“ zwischen den großen Rohstoffkonzernen und den Entwicklungsländern eingegangen werden. Eine besonders eindrucksvolle Beschreibung findet sich bei Nirumand, Bahman: *Persien, Modell eines Entwicklungslandes*, Reinbek 1967. Vgl. auch Boris: *Zur politischen Ökonomie . . .*, a.a.O., S. 188 ff.

40 Ermittelt aus: *International Trade* 1967, a.a.O., S. 80 f. u. S. 191. Es ist sogar zu vermuten, daß der Anteil der Rohstoffe tatsächlich noch höher liegt: Einmal enthalten die „manufactures“ außer den Basismetallen offensichtlich noch weitere Urprodukte wie verschiedene nur grob bearbeitete Hölzer, zum anderen berichten Genossen aus der Dritten Welt immer wieder von Rohstoffexporten, die nicht von der amtlichen Statistik erfaßt werden; Belege darüber sind natürlich kaum zu finden. In seiner „Bibliothek der Dritten Welt“ berichtete das 3. Programm des NDR/SFB am 22. 10. 1968 über nicht registrierte Goldausfuhren eines US-Konzerns aus Kolumbien.

Tabelle 2: Ländergruppenstruktur des Weltrohstoffexports
1962 und 1966

Ursprungsländer	1962		1966	
	Mrd. US-\$	v. H.	Mrd. US-\$	v. H.
Kapital. Industriel.	28,4	46,3	37,9	47,1
Entwicklungsländer	26,1	42,6	33,8	42,0
Sozialistisches Lager	6,8	11,1	8,8	11,0
Weltrohstoffexport	61,2	100	80,5	100

Quelle: International Trade 1966, a.a.O., S. 86 f.; 1967, a.a.O., S. 80 f.
Differenzen in den Summen durch Runden.

schen Gehalt der Bezeichnung „Rohstoffländer“ für die Dritte Welt. Diese Klassifizierung trifft zwar in hohem Maße für die als Ergebnis kolonialer und neokolonialer Ausbeutung einseitig strukturierte Produktion der Entwicklungsländer zu, sie verschleiert jedoch deren untergeordnete Stellung auf dem Weltrohstoffmarkt. Die relative Verarmung der Dritten Welt durch den internationalen Handel tritt sogar auf dem Teil des Weltmarktes in Erscheinung, der die mit Abstand günstigste Position dieser Ländergruppe aufweist: Die Rohstoffausfuhren der Industrieländer expandierten in den vergangenen Jahren stärker als diejenigen der Entwicklungsländer.

Tatsächlich induziert der internationale Rohstoffhandel eine wesentlich stärkere relative Verarmung, als aus den obigen Zahlen hervorgeht. Die auf Grund von Eigentumsrechten oder Konzessionen häufig von internationalen Konzernen ausgeübte Verfügungsgewalt über die Rohstoffquellen der Dritten Welt sowie die den Entwicklungsinteressen dieser Länder entgegengesetzte Bereicherungspraxis der nationalen Feudal- und Kompradorenschicht verhindern die Akkumulation der Exporterlöse im Inland. Auch die Erschließung von Rohstoffquellen mit Hilfe von Krediten aus den kapitalistischen Industrieländern fördert die relative Verarmung, da vom Nehmerland Tilgungs- und Zinszahlungen aus den laufenden Exporterlösen gezahlt werden müssen.

Noch klarer als im Exportsektor manifestiert sich die Zweitrangigkeit der Entwicklungsländer als Rohstoffproduzenten in der Zusammensetzung der Rohstoffimporte der kapitalistischen Industrieländer nach Bezugsgebieten (in %) ⁴¹:

	1962	1966
Kapitalistische Industrieländer	52	51
Entwicklungsländer	43	42
Sozialistisches Lager	5	7

41 International Trade 1966, a.a.O., S. 86 f.; 1967, a.a.O., S. 80 f.

Die Dritte Welt konnte also während der letzten Jahre ihren Anteil an den steigenden Rohstoffimporten der kapitalistischen Industrieländer nur knapp behaupten, nachdem sie in den 50er Jahren sogar starke Einbußen hinnehmen mußte. — Der Unterschied in den Positionen dieser beiden Ländergruppen auf dem Weltrohstoffmarkt tritt besonders kraß in Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß die gleiche Warenmenge, die 1966 42 % der Rohstoffbezüge der kapitalistischen Industriestaaten ausmachte, einem Anteil von 76 % an den Rohstoffexporten der Entwicklungsländer entsprach. An der relativen Exportstabilität der letzten Jahre partizipierte zudem in erster Linie die kleine Gruppe der Erdöl-Förderländer; das Gros der anderen Entwicklungsländer konnte seine relative Bedeutung für die Märkte der kapitalistischen Industriemächte nicht aufrechterhalten, da bei den übrigen Rohstoffgruppen (wie auch bei den Rohstoffen insgesamt) der Export der Industrieländer mit deutlich höherer Rate wuchs.

Tabelle 3: Zuwachs im Export von Rohstoffen seit 1953 in v. H.

Herkunftsgebiet Rohstoffgruppe	kapit. Ind.Länder		Entw.Länder		sozialist. Lager
	1953— 1960	1962— 1966	1953— 1960	1962— 1966	1962— 1966
	Nahrungsmittel	44	41	10	23
Industrielle Rohstoffe	71	30	24	28	28
Brennstoffe	23	18	63	38	20
Rohstoffe insgesamt	49	34	26	30	31

Quelle: 1953—1960: Maizels: *Industrial Growth*, a.a.O., S. 393. 1962—1966: *International Trade 1966*, a.a.O., S. 86 f.; 1967, a.a.O., S. 80 f. Brennstoffe = Kohle, Erdöl, Erdgas. Bei alleiniger Berücksichtigung des Erdöls vergrößert sich die Differenz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern noch erheblich.

Der verhältnismäßig hohe Zuwachs im Export der Entwicklungsländer an industriellen Rohstoffen 1962—1966 wurde überwiegend im Bereich der „base metals“ erzielt, deren Ausfuhr allein um 70 % stieg. Hier zeigt sich bereits das spezifische Interesse der kapitalistischen Industriestaaten an den Erdöl- und Metallvorkommen der Dritten Welt. Es ist allein auf die gestiegene Nachfrage der kapitalistischen Industrieländer nach diesen beiden Rohstoffgruppen zurückzuführen, daß sich im Zeitraum 1962—1966 der Unterschied in der Zunahme des Rohstoffexports von Industrie- und Entwicklungsländern gegenüber dem Zeitraum 1953—1960 deutlich verringert hat.

Wie Tab. 4 zeigt, nahm das Erdöl im Jahre 1966 unter den drei von den kapitalistischen Industriemächten aus der Dritten Welt importierten Rohstoffgruppen auch absolut den ersten Platz ein.

Tabelle 4: Rohstoffeinfuhr kapitalistischer Wirtschaftsräume 1966
in Mrd. US-\$

	Rohstoffe			Nahrungsmittel		
	insg.	aus DW		insg.	aus DW	
USA ¹	10,7	6,3	59 %	4,7	2,8	59 %
EWG ²	24,9	10,6	42 %	10,7	3,6	34 %
EFTA ²	15,2	5,2	34 %	7,5	2,0	26 %
<hr/>						
kapit. Ind.Länder insgesamt	60,3	25,5	42 %	25,4	8,7	34 %
<hr/>						
	Industr. Rohstoffe			Brennstoffe		
	insg.	aus DW		insg.	aus DW	
USA ¹	3,7	1,7	46 %	2,2	1,8	79 %
EWG ²	8,5	3,2	38 %	5,7	3,9	68 %
EFTA ²	4,4	1,4	31 %	3,3	1,8	55 %
<hr/>						
kapit. Ind.Länder insgesamt	19,7	7,4	38 %	14,2	9,5	70 %

1 f.o.b. 2 c.i.f.

Quelle: International Trade 1966, a.a.O., S. 86, 168, 184, 200; 1967, a.a.O., S. 80 f.

Das Volumen der Rohstoffeinfuhr der Ersten aus der Dritten Welt ist für beide Ländergruppen von unterschiedlicher relativer Bedeutung: Waren 1966 die Rohstoffbezüge aus den Entwicklungsländern an den Gesamteinfuhren der kapitalistischen Industrieländer mit lediglich 18 % beteiligt, so betrug der Anteil der gleichen Waren am Gesamtexport der Dritten Welt 66 %⁴²! Eine Halbierung dieses Handels würde ceteris paribus das Importvolumen der kapitalistischen Industriestaaten noch nicht einmal um ein Zehntel, das Exportvolumen der Dritten Welt aber um ein Drittel verringern. Berücksichtigt man ferner, daß die Rohstoffbezüge der Ersten aus der Dritten Welt am Rohstoffverbrauch der kapitalistischen Industriestaaten relativ gering, an der Rohstoffproduktion der Entwicklungsländer jedoch sehr stark beteiligt sind⁴³, so wird deutlich, daß eine Verringerung dieses Handels für die Dritte Welt — jedenfalls unter deren gegen-

42 Ebd., S. 80 f.

43 Vgl. Jürgensen: Strukturwandel des Welthandels . . . , a.a.O., S. 206 f.

wärtigen gesellschaftlichen Bedingungen — katastrophale Folgen haben muß, während dieser Schluß für die kapitalistischen Industrieländer aus dem Stellenwert der Rohstoffimporte in deren volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung nicht gezogen werden kann.

Das Ergebnis der bisherigen, an Hand von Aggregaten durchgeführten quantitativen Untersuchung bestätigt für den Rohstoffsektor weitgehend das Urteil von Boris: „Die Abhängigkeitsverhältnisse haben sich im Gefolge der imperialistisch-ausbeuterischen Politik der westlichen Industriestaaten zuungunsten der Entwicklungsländer vereinseitigt. Könnten sich die kapitalistischen Länder gegenwärtig möglicherweise auch notfalls selbständig reproduzieren, so vermögen die Entwicklungsländer das nicht mehr, solange ihre imperialistisch induzierte monokulturelle Wirtschafts- und Handelsverfassung besteht“⁴⁴. — Es ist nun zu prüfen, ob und inwieweit die Auflösung der Aggregate in die einzelnen Rohstoffe und Länder zu einem anderen Ergebnis führt.

II Kriterien kapitalistischen Interesses an den Rohstoffen der Dritten Welt

1. Die Zollpolitik

Die Zollpolitik sämtlicher kapitalistischer Industrieländer zeichnet sich durch die Belastung der Importgüter proportional zu ihrem Verarbeitungsgrad aus⁴⁵. Dieses Prinzip kennzeichnet auch den gemeinsamen Außenzoll der EWG-Länder: „Ein Charakteristikum des gemeinsamen Zolltarifs ist nun, daß die Zollsätze für eine Ware um so höher sind, je höher ihr Verarbeitungsgrad ist. Dieser Umstand hängt jedoch nicht mit der Gründung der EWG zusammen, sondern ist charakteristisch für den Zolltarif eines jeden westlichen Industrielandes.“⁴⁶ Bachmann untersuchte die Zollbelastung vom Rohstoff bis zum konsumreifen Endprodukt in bedeutenden Industrieländern. Von etwa 200 untersuchten Zollstufen widerspricht nur eine einzige dem Prinzip der proportional zum Endprodukt steigenden Zollbelastung⁴⁷. Zur Verdeutlichung sollen hier zwei von Bachmanns Beispielen übernommen werden, die für die Interessen- und Machtkonstellation auf dem Weltrohstoffmarkt besonders aufschlußreich sind⁴⁸.

44 Boris: Zur politischen Ökonomie . . . , a.a.O., S. 194.

45 Vgl. Maizels: Industrial Growth . . . , a.a.O., S. 411 sowie Macbean, Alasdair J.: Export Instability and Economic Development, London 1966, S. 328 f.

46 Auswertung der Dokumentation der Welthandelskonferenz, bearb. vom Institut für Weltwirtschaft a. d. Universität Kiel, Wissenschaftliche Schriftenreihe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 7, H. 2, Stuttgart 1966, S. 386.

47 Bachmann, Heinz: Zollpolitik und Entwicklungsländer. Die Zollpolitik der Industriestaaten als Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung unterentwickelter Länder, Tübingen und Zürich 1965, S. 45 ff.

48 Vgl. Cutajar, Franks: The Less Developed Countries . . . , a.a.O., S. 89 und S. 109 (Zoll auf Kupfer und Kupfererzeugnisse in GB).

Tabelle 5: Zollbelastung nach Produktionsstufen
(Wertzölle, in Prozent)

1. Gummi und Gummiprodukte

	USA	GB	Frankreich	BRD	Österreich
Rohstoff:					
Rohkautschuk	0	0	0	0	0
Halbfabrikate:					
Platten, Bänder, Streifen	—	10	13	14	22
Endprodukte:					
Förderbänder, Reifen, Schläuche, Schuhe, Bekleidungsartikel, Hartgummiwaren	12,5	20	20	14	28

2. Baumwolle und Baumwollprodukte

	GB	Frank- reich	BRD	Japan	Bene- lux	Öster- reich
Rohstoff:						
Baumwolle, roh	0	0	0	0	0	0
Halbfabrikate:						
1. Stufe: Vorgarne	10	8	0	0	0	7
2. Stufe: Garne	7,5	17,5	7	6	2	8
3. Stufe: Gewebe, Gewirke	17,5	22,2	10	11	16	26,5
Endprodukte:						
Endprodukte aus Geweben und Gewirken	19	21	11	18	24	31

Quelle: Bachmann: Zollpolitik und Entwicklungsländer, a.a.O., S. 46 und S. 48.

Im Rahmen der Kennedy-Runde des GATT haben sich lediglich quantitative Veränderungen ergeben; das sich in diesen Beispielen manifestierende Prinzip der Zollerhebung durch die kapitalistischen Industrieländer hat sich nicht geändert, wie sich überhaupt die mit großem Aufwand propagierten Zollsenkungen in erster Linie an den Handelsinteressen der industrialisierten Mitgliedsländer des GATT orientierten und die Bedürfnisse der Entwicklungsländer weitgehend unberücksichtigt ließen⁴⁹.

49 Besondere Handelserleichterungen betreffen u. a. die Produkte der chemischen und der Automobilindustrie, während etwa bei Textilien sowie bei Agrarprodukten keine wesentlichen Verbesserungen erzielt wurden. Die Entwicklungsländer tröstete man mit einer jährlichen Getreide-

Die in den meisten Fällen fehlende und nie besonders gravierende Zollbelastung der Rohstoffe besagt jedoch keineswegs, daß diese in jeder Menge ungehindert Zugang zu den Binnenmärkten der kapitalistischen Industrieländer haben. Abgesehen davon, daß die internationalen Rohstoffmärkte überwiegend Käufermärkte sind, die gehandelten Mengen also nicht von der Liefermöglichkeit der Entwicklungsländer, sondern in erster Linie vom Bedarf der Industrieländer bestimmt werden, haben sich protektionistische Maßnahmen außerhalb der Zollpolitik als äußerst wirksam in der Beschränkung der Rohstoffausfuhren erwiesen. Vor allem der Handel mit Nahrungsmitteln der gemäßigten Zone einschließlich der mit ihnen konkurrierenden tropischen Produkte stößt auf Mengenbeschränkungen in der Form von Quoten und Kontingenten, mit denen die Industrieländer ihren eigenen Agrarsektor schützen⁵⁰. Die EWG erhebt Ausgleichs-abgaben (sog. Abschöpfungen) in der Höhe der Differenz vom administrativ festgesetzten, an den Produktionskosten der eigenen Landwirtschaft orientierten Inner-Block-Preis und dem Import- bzw. Weltmarktpreis⁵¹. — Selbst die nicht substituierbaren Nahrungsmittel und Genußmittel der tropischen Zone — Kaffee, Tee, Kakao, Bananen — unterliegen Importrestriktionen seitens der Industrieländer, die diese Güter mit Verbrauchssteuern in unterschiedlicher Höhe belasten⁵². In Westdeutschland betrug z. B. die Zoll- und Steuerbelastung des Kaffees im Jahre 1960 123 % des Importwertes⁵³. Nach GATT-Berechnungen würde die völlige Beseitigung dieser Belastung den Kaffeekonsum und damit die Einfuhr um 52 bis 78 % erhöhen⁵⁴, was für die Anbauländer, die mit einer säkularen Absatzkrise zu kämpfen haben, von großer ökonomischer Bedeutung wäre.

hilfe, die es vor allem den USA ermöglicht, ihre Überschüsse politisch wirksam zu verwerten; vgl. Der Fischer-Welt-Almanach 1968, a.a.O., S. 305 sowie Die Weltwirtschaft — Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1967, H. 2, S. 31 und Cutajar, Franks: The Less Developed Countries . . . , a.a.O., S. 144 f.

50 Cutajar, Franks: The Less Developed Countries . . . , a.a.O., S. 30, 92 u. 110, sowie Prebisch-Report, a.a.O., S. 12 f.

51 Cutajar, Franks: The Less Developed Countries . . . , a.a.O., S. 111.

52 Prebisch-Report, a.a.O., S. 13.

53 Sieber, Hans: Die realen Austauschverhältnisse zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Eine Verifizierung der These Prebischs, Tübingen-Zürich 1968, S. 96. — Inzwischen hat sich die Steuerbelastung auf etwa 100 % des Importwertes verringert, Cutajar, Franks, a.a.O., S. 110.

54 Zit. nach Sieber: Die realen Austauschverhältnisse . . . , a.a.O., S. 96. — Die Auswirkungen von Zoll- und Steuererleichterungen lassen sich nur äußerst ungenau berechnen, da die Preiselastizität der Nachfrage zwar generell mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen abnimmt, im übrigen aber bestimmt ist durch die von Land zu Land verschiedenen Konsumgewohnheiten. Macbean zitiert eine UNO-Untersuchung, derzufolge der Kaffeeverbrauch Westeuropas im Falle eines vollständigen Zoll- und Steuerabbaus nur um 11 % steigen würde (Kakao 8 %, Bananen 5 %); Macbean: Export Instability . . . , a.a.O., S. 329. Auch diese geringen Zuwachsraten würden die überwiegend monokulturellen Anbauländer binnen- wie außenwirtschaftlich spürbar entlasten.

Im Gegensatz zu den Lebensmitteln ist die Ausfuhr industrieller Rohstoffe in die kapitalistischen Industrieländer kaum restriktiven Maßnahmen ausgesetzt. Wie die in Tab. 5 angeführten Beispiele zeigen, besteht Zollfreiheit (wie auch Freiheit von anderen Belastungen) sogar für solche industriellen Rohstoffe, die sich im Wettbewerb mit inländischen Substituten befinden⁵⁵. Eine scheinbare Ausnahme bildet das Erdöl, dessen Verbrauch in verschiedenen Industrieländern durch Sondersteuern oder Importquoten beschränkt wird. Hierbei handelt es sich jedoch eindeutig um Übergangsmaßnahmen, die den Ausbruch sozialer Konflikte verhindern und vor allem den Unternehmungen des Kohlenbergbaus die Anpassung an die zukünftige Struktur der Energieversorgung erleichtern sollen. Daß diese Struktur von der dominierenden Stellung des Erdöls geprägt sein wird, ist für die Wirtschaftspolitik aller kapitalistischen Industrieländer bereits Datum⁵⁶.

Diese Einfuhrpolitik der kapitalistischen Industriestaaten widerspiegelt einmal die Interessenkonflikte innerhalb der herrschenden Klasse und die Aufgabe des bürgerlichen Staates, deren Gesamtinteresse zu definieren und zu wahren, gleichzeitig aber die Unmöglichkeit, mit dem entwickelten wirtschaftspolitischen Instrumentarium des Staates die objektiven Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zu lösen.

Die proportional zum Verarbeitungsgrad ansteigende Zollbelastung dient eindeutig dem Schutz der eigenen Industrie vor der Konkurrenz ausländischer Produkte auf dem Binnenmarkt. Richtete sich dieser Protektionismus bisher vor allem gegen die Einfuhr aus anderen Industrieländern, so hat er sich in den letzten Jahren immer stärker als Hindernis für den Handel und das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer ausgewirkt, da er die Realisierung der begrenzten Industrialisierungserfolge auf dem Weltmarkt, meistens allerdings die Industrialisierung selbst verhindert. — Der freie Zugang industrieller Rohstoffe zu den Binnenmärkten erklärt sich aus der verstärkten Notwendigkeit für die exportorientierte kapitalistische Industrie, ihre Produktionskosten niedrig zu halten. Ebenso wie im Inland wird auch auf den internationalen Märkten für Industrieerzeugnisse infolge der fortschreitenden Konzentration und Zentrali-

55 Lediglich die USA beschränken die Baumwollzufuhr durch Quoten; sie haben als einziges kapitalistisches Industrieland eigene Baumwollproduzenten zu schützen; Balassa: *Trade Prospects . . .*, a.a.O., S. 113 f.

56 Vgl. Europa + Energie, Hrsg. Sprechergruppe der Hohen Behörde und Europäische Gemeinschaft, Informationsdienst, Luxemburg 1967, S. 46 ff. sowie The OECD Observer, 1968, No. 37, Paris 1968, S. 36 ff. und Balassa: *Trade Prospects . . .*, a.a.O., S. 61 f., S. 114 u. 275 ff. — Am 6. 3. 1969 verhandelte das westdeutsche Bundeswirtschaftsministerium mit Vertretern des Kohlenbergbaus über dessen Beteiligung an der geplanten Rohölversorgungsgesellschaft (Rundfunkmeldung). — Eine Ausnahme bilden die USA, wo teures inländisches und billiges ausländisches Erdöl konkurrieren; die Einfuhr ist durch Quoten begrenzt; Balassa: *Trade Prospects . . .*, a.a.O., S. 114.

sation des Kapitals und der daraus resultierenden Oligopolisierung der Konkurrenz die Profitmaximierung in steigendem Maße über die Minimierung des eingesetzten konstanten wie variablen Kapitals angestrebt⁵⁷. Da Rohstoffe in der Regel limitationale Produktionsmittel sind, bei gegebener Technologie also in einem festen Verhältnis zum Endprodukt stehen, sind die Unternehmungen, die ausländische Rohstoffe verarbeiten, an ihrer freien Einfuhr interessiert⁵⁸. Die Durchsetzung dieses Interesses stößt auf keinen Widerstand, wenn es sich bei den Rohstoffen um komplementäre Importgüter handelt, sie wird dagegen erschwert, wenn gleiche — meist teurere — inländische Rohstoffe oder synthetische Substitute angeboten werden. Die Einfuhrpolitik der meisten kapitalistischen Industriestaaten ist Spiegelbild dieses Interessenkonflikts. Vor allem in den USA als dem rohstoffreichsten Land dieser Gruppe wird seit den 20er Jahren ein erbitterter Kampf um die Richtung der staatlichen Rohstoffpolitik geführt⁵⁹. Landsberg stellt fest: „Die amerikanische Politik im Bereich der Brennstoffe und der übrigen Minerale ließ niemals klar erkennen, ob billigere und ergiebigere Quellen unabhängig von deren Standort eindeutig bevorzugt werden sollten oder ob die Beibehaltung des bestehenden Versorgungsschemas begünstigt werden sollte.“⁶⁰ Diese Schwankungen in der Rohstoffpolitik umranken jedoch in allen kapitalistischen Industrieländern einen Trend, der den Interessen der rohstoffverarbeitenden Industrie (sowie der häufig mit ihr verbundenen international tätigen Rohstoffkonzerne) in immer stärkerem Maße Rechnung trägt⁶¹.

57 Vgl. Machlup, Fritz: Wettbewerb, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 12, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 39 f. und ders.: Oligopol, in: ebd., Bd. 8, 1964, S. 91 f.

58 Zum Begriff „limitationale Produktionsfaktoren“ vgl. Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, 7. Auflage, Tübingen 1961, S. 164 f. — Wie oben dargelegt, führt der technische Fortschritt langfristig zu einer Abnahme des Rohstoffanteils am Wert der industriellen Endprodukte. Dieser Anteil scheint sich jedoch einem Limit asymptotisch zu nähern und somit in Zukunft nur noch geringfügig zu sinken. Zudem wird dieser relative Bedeutungsschwund überkompensiert einmal durch die absolute Zunahme des Verbrauchs (bedeutend für Profitmasse), zum andern durch den erwähnten verstärkten Zwang zur Kostensenkung und durch die Verknappung vieler in kleinen Mengen eingesetzter, jedoch unersetzbarer Rohstoffe. — Diese Bemerkungen berücksichtigen nicht die Veränderungen des spezifischen Energieverbrauchs (Primärenergieträger der Zukunft: Erdöl, Erdgas, Uran), der mit dem technischen Fortschritt sowohl steigen als auch sinken kann.

59 Bidwell, Percy W.: Raw Materials. A Study of American Policy, New York 1958, S. 19—63, bes. S. 28 ff. und S. 59 ff.

60 Landsberg, Hans H.: Natural Resources for U. S. Growth. A Look Ahead to the Year 2000, Baltimore 1964, S. 242 (Übers. d. Verf.).

61 Mouzon, Olin T.: Resources and Industries of the United States, New York 1966, S. 319 ff. — Den inländischen Rohstoffproduzenten werden als Ausgleich z. T. Subventionen gezahlt, z. T. werden sie durch Käufe für die staatliche Vorratshaltung unterstützt; vgl. Bidwell: Raw Materials, a.a.O., S. 59 f.

Aus einleuchtenden Gründen sind die gleichen Machtgruppen aber auch an einer unbehinderten Einfuhr von Nahrungsmitteln aus der Dritten Welt (wie auch aus anderen Industrieländern) interessiert:

1. Je höher die Rohstoffausfuhren aus den Entwicklungsländern, desto größer sind deren Einfuhrmöglichkeiten für Industrieerzeugnisse.
2. Die Einfuhr billiger Nahrungsmittel durch die Industrieländer verhindert bzw. begrenzt das Ansteigen der Lebenshaltungskosten der Lohnabhängigen. Hieraus ergibt sich ein doppelter Vorteil für die Industrie:
 - a) Der systemimmanent geführte Lohnkampf der Gewerkschaften verliert ein wesentliches Argument⁶².
 - b) Ein größerer Teil der Masseneinkommen kann für industrielle Konsumgüter verwendet werden.

Daß der bürgerliche Staat die Interessen der Bauern trotzdem so konsequent schützt⁶³, ist allein aus seiner Aufgabe zu verstehen, die Stabilität des Gesamtsystems zu erhalten. Die Proletarisierung der Landbevölkerung würde nicht nur bürgerkriegsähnliche Konflikte hervorrufen, sondern das Übergewicht der bürgerlichen Parteien zugunsten der sozialdemokratischen (in Westdeutschland und Großbritannien) oder der kommunistischen Parteien (in Italien und Frankreich) beseitigen⁶⁴. Um dieser die Herrschaft des Kapitals zumindest erschwerenden Entwicklung vorzubeugen, sind die Konzerne bereit, auf die Durchsetzung von Profitinteressen partiell zu verzichten.

Die entwicklungshemmenden Auswirkungen der kapitalistischen Importpolitik auf die Dritte Welt treten besonders deutlich im Bereich der Basismetalle in Erscheinung. Diese weisen zwar unter allen Warengruppen der SITC-Kategorie „manufactures“ die geringste Zollbelastung auf⁶⁵, jedoch ist diese ebenfalls nach dem Verarbeitungsgrad gestaffelt, so daß der erste Schritt der Industrialisierung, nämlich die Verarbeitung der eigenen Erze zum Halbfabrikat mit von Periode zu Periode steigender Wertschöpfung, in den Entwicklungsländern erschwert, meistens sogar völlig verhindert wird. Mouzon schreibt: „Die zollfreie Einfuhr des Erzes und die Belastung

62 Die gewerkschaftliche Lohnpolitik orientiert sich fast ausschließlich am Index der Lebenshaltungskosten und am Produktivitätsfortschritt der Industrie.

63 Gemeint sind hier natürlich nicht die objektiven Interessen der kleinen Bauern, denen — zumindest im Bereich der Basis — am ehesten eine Kollektivierung nach dem Vorbild der DDR entsprechen würde. Aber schon die Erwähnung dieser Alternative ist in den kapitalistischen Ländern, vor allem in Westdeutschland vollkommen tabuisiert.

64 Auch nach dem Übergang der SPD vom Revisionismus zum auf jede Theorie bewußt verzichtenden Opportunismus bleibt es für das Kapital sicherer, die Machtmittel seines Staates in den Händen von Parteien zu wissen, die es unmittelbar beherrscht und deren systemerhaltende Rolle nicht durch die Massenmitgliedschaft Lohnabhängiger und den Einfluß der kritischen Intelligenz potentiell gefährdet ist.

65 Maizels: *Industrial Growth...*, a.a.O., S. 179 u. S. 411.

des aus ihm gewonnenen Metalls hat den Zweck, die Verhüttung nicht im Ursprungsland, sondern in den Vereinigten Staaten zu erleichtern“⁶⁶. Für „Vereinigte Staaten“ kann jedes andere bedeutende Industrieland der kapitalistischen Welt eingesetzt werden⁶⁷. — Auch Erdöl wird überwiegend im rohen Zustand aus den Förderländern der Dritten Welt in die kapitalistischen Industriezentren abtransportiert, wofür zusätzlich der Anfall von wertvollen Nebenprodukten bei der Raffination bestimmend ist, die Ausgangsstoffe für eine Fülle von chemischen Massenerzeugnissen sind⁶⁸.

Die Untersuchung der Einfuhrpolitik bestätigt den bereits aus der Globalanalyse gewonnenen Eindruck eines besonders ausgeprägten Interesses der kapitalistischen Industrienächte an den mineralischen Rohstoffen der Entwicklungsländer. Ferner bestätigt sie, daß die kapitalistischen Industrieländer Art und Umfang der von ihnen aus der Dritten Welt bezogenen Waren selbst dann diktieren, wenn ein Angebotsmonopol der Entwicklungsländer besteht.

2. Der Kapitalexport⁶⁹

Die Struktur des privaten Kapitalexports der kapitalistischen Industrieländer in die schwach entwickelten Gebiete hat sich als Folge der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges in zweifacher Hinsicht grundlegend geändert:

1. Großbritannien wurde als bedeutendstes Kapitalausfuhrland der kapitalistischen Welt von den USA abgelöst.

2. Während bis zur Weltwirtschaftskrise auf die Effektenanlagen — Käufe von staatlichen und privaten Wertpapieren aller Art — der größte Teil des Kapitalexports der Industrieländer in die unterentwickelten Gebiete entfiel, sind heute die Direktinvestitionen von überragender Bedeutung⁷⁰.

Dieser Typ des Kapitalexports ist dadurch gekennzeichnet, daß als Anleger jeweils ein oder mehrere Konzerne auftreten, die an der Durchführung bestimmter Projekte in den Entwicklungsländern interessiert sind. Sowohl auf seiten der Kapitalexporthändler wie auch bei den von ihnen finanzierten Projekten hat sich eine starke Konzentration herausgebildet: „Wurden die amerikanischen Auslandsinvestitionen der 20er Jahre von einer großen Zahl von Privatpersonen und Unternehmungen getragen, so befinden sich die in letzter

66 Mouzon: *Resources and Industries . . .*, a.a.O., S. 323 (Übers. d. Verf.) — Zum Protektionismus gegenüber den verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Entwicklungsländer s. *Weltwirtschaft*, a.a.O., 1968, H. 1, S. 23 f.

67 Vgl. Balassa: *Trade Prospects . . .*, a.a.O., S. 114 f. u. S. 116.

68 Vgl. Nirumand: *Persien . . .*, a.a.O., S. 84 f.

69 Dieser Problemkreis kann hier nur in Umrissen behandelt werden, da die Komplexität seiner Erscheinungsformen sowie deren Bedingungen und Wirkungen eine separate Studie erforderlich machen.

70 Snider, Delbert A.: *Introduction to International Economics*, 4., bearb. Aufl., Homewood, Ill., 1967, S. 127 ff. und S. 428 ff. sowie Guth, Wilfried: *Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder*, Basel-Tübingen 1957, S. 31 f.

Zeit in ihrer Bedeutung sehr stark gestiegenen Direktinvestitionen in den Händen von ein paar amerikanischen Firmen mit ausländischen Geschäftszweigen oder Tochtergesellschaften. Nach einer Schätzung besitzt nur ein halbes Prozent der US-Unternehmungen Investitionen im Ausland . . . Die privaten Auslandsinvestitionen amerikanischer Firmen waren nach dem Kriege sowohl geographisch wie auch nach Industriezweigen hochgradig konzentriert . . . Kanada und einige lateinamerikanische Länder (besonders Venezuela) nahmen den Löwenanteil des amerikanischen Privatkapitals auf.“⁷¹

Die geographischen Schwerpunkte der amerikanischen Direktinvestitionen geben bereits Auskunft über deren Zweck: Sie dienen überwiegend der Erschließung, Gewinnung und groben Aufbereitung von Bodenschätzen, vor allem von Erdöl und Erzen⁷². Die in den Entwicklungsländern investierenden Konzerne der übrigen kapitalistischen Industrieländer verfolgen das gleiche Interesse; Unterschiede bestehen lediglich in der geographischen Lage der Anlagezentren.

Als Ursachen der Umschichtung des internationalen Kapitalverkehrs von den Anleihen zu den Direktinvestitionen nennen bürgerliche Ökonomen eine Reihe von Faktoren, die zwar diese Entwicklung gefördert haben und weiter fördern, zur Erklärung des Phänomens jedoch nicht ausreichen:

1. Das politische wie ökonomische Risiko wird bei Anleihen höher eingeschätzt als bei Direktinvestitionen⁷³.

2. Die fehlende Massenkauflust in den Entwicklungsländern veranlaßt die nach profitabler Kapitalverwertung strebenden Anleger, in exportorientierten Produktionszweigen zu investieren⁷⁴.

3. Die Nachfrage der Industrieländer nach Rohstoffen, vor allem nach Erdöl und Erzen, steigt absolut an⁷⁵.

4. Das Profitmotiv wird ergänzt durch das Kontrollmotiv, daß sich beim Kapitalexport in der Form von Wertpapieranlagen nur begrenzt durchsetzen kann. Bei den Direktinvestitionen ist „die Kontrollmöglichkeit . . . entweder aufgrund eines hohen Anteils am Aktienkapital oder — häufiger — im Wege einer direkten Beteili-

71 Snider: Introduction . . ., a.a.O., S. 127 ff. (Übers. d. Verf.). Snider weist mit Recht auf die seit etwa 10 Jahren zunehmende Bedeutung des Kapitalexports der USA und anderer kapitalistischer Industrieländer innerhalb der industrialisierten Zone hin. Der Kapitalexport in die Entwicklungsländer ist jedoch nach wie vor durch die Konzentration in den extraktiven Industrien gekennzeichnet.

72 Jürgensen, Harald: Die Funktionen des Kapitalexports für Entwicklungsländer, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 16, Berlin 1959, S. 60 f. sowie S. 76.

73 Ebd., S. 76. — Obwohl nicht eindeutig festgestellt werden kann, daß das politische Risiko bei Wertpapieranlagen größer ist, scheint doch der Einfluß des Direktinvestors auf die eigene wie auch auf die Regierung des Nehmerlandes besonders stark zu sein. Das geringere ökonomische Risiko der Direktinvestitionen ergibt sich aus den Punkten 2—5.

74 Snider: Introduction . . ., a.a.O., S. 429.

75 Jürgensen: Die Funktionen des Kapitalexports . . ., a.a.O., S. 76 sowie Balassa: Trade Prospects . . ., a.a.O., S. 386 ff.

gung am Management gegeben.“⁷⁶ Noch häufiger, so ist zu ergänzen, handelt es sich nicht um eine Beteiligung am Management, sondern um dessen totale Beherrschung, sofern die „Unternehmerfunktion“ nicht unmittelbar von der ausländischen Konzernzentrale wahrgenommen wird.

5. Bei der Direktinvestition liegt die Entscheidung darüber, ob eine Investition im Entwicklungsland überhaupt vorgenommen wird, prinzipiell allein beim Kapitalexporteur, während es bei der Anleihe immer auch der Bereitschaft des Kapitalimporteurs bedarf, einen Kredit aufzunehmen bzw. das empfangene Kapital wirklich zu investieren⁷⁷.

Die entscheidende Bedingung für das Vordringen der Direktinvestitionen als dominierende Form des Kapitalexports in die Dritte Welt muß aber in den Wandlungen des Reproduktionsprozesses in den Industrieländern selbst gesucht werden: Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals hat Riesenunternehmungen entstehen lassen, deren Gewinne nicht nur ausreichen, die Inlandsinvestitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren und damit den Anteil des Eigen- zu Lasten des Fremdkapitals ständig zu erhöhen⁷⁸, sondern die darüber hinaus auch die Gründung und Erweiterung von Niederlassungen im Ausland ermöglichen.

Die relative, zu einem erheblichen Teil auch absolute Verknappung technologisch wichtiger Rohstoffe⁷⁹ in den Industrieländern zwingt den bürgerlichen Staat, seiner Aufgabe als Stabilisator des kapitalistischen Reproduktionsprozesses durch die Förderung und Absicherung von Direktinvestitionen in den rohstoffreichen Ländern gerecht zu werden. Diese Politik entspricht grundsätzlich den Interessen der im Ausland tätigen Konzerne. Sie versuchen, „den für die Investition notwendigen Kapitalvorschuß aufzuspalten, dem Staat die Finanzierung des infrastrukturellen Teils zu übertragen, ihren eigenen Anteil am vorgeschossenen Kapital niedrig zu halten und auf diese Weise eine höhere Profitrate aus dem Gesamtprojekt zu ziehen . . . Die Schaffung der Infrastruktur erfordert relativ viel Mittel, die sich nur sehr langsam amortisieren und wenig oder überhaupt nicht profitabel sind“⁸⁰.

Ein anschauliches Beispiel für das Zusammenwirken von privatem und staatlichem Kapital in der neokolonialen Ausbeutung bietet Gabun. Etwa 98 % der Ausfuhren dieses westafrikanischen Staates bestehen aus Rohstoffen, von denen rund 80 % Frankreich, die USA

76 Guth: Der Kapitalexport . . . , a.a.O., S. 33.

77 Ebd., S. 33.

78 Vgl. Baran, Paul A., Sweezy Paul M.: Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Frankfurt 1967, S. 25 sowie Schilling: Veränderungen in den Grundlagen . . . , a.a.O., S. 214.

79 Relative Verknappung: Die Inlandproduktion steigt langsamer als der Inlandbedarf. Absolute Verknappung: Die Inlandproduktion geht bei gleichem oder steigendem Bedarf zurück.

80 Schilling: Veränderungen . . . , a.a.O., S. 224.

und Westdeutschland abnehmen⁸¹. Zwar steht der Holzexport noch knapp an der Spitze⁸², jedoch konzentriert sich das Interesse der kapitalistischen Mächte auf die Erz- und Erdölvorkommen Gabuns. So importiert Frankreich die gesamte Thorium- und Uranförderung seiner ehemaligen Kolonie und deckt damit den größten Teil seines militärischen und zivilen Bedarfs⁸³. Die USA und Westdeutschland beziehen überwiegend Manganerze; diese Importe sind für beide Länder von größter Bedeutung, da sie selbst nur geringfügige (USA) bzw. gar keine Manganvorkommen besitzen⁸⁴. Die Ausbeutung dieser Bodenschätze, in die sich vor allem französische und amerikanische Konzerne teilen, setzt die Finanzierung von infrastrukturellen Projekten durch die kapitalistischen Staaten voraus: „Gabun braucht gerade jetzt neue amerikanische Hilfe für den Abbau seiner riesigen Eisenerzvorkommen . . . im Osten des Landes. Bethlehem-Steel . . . wird dort . . . mindestens 49 % des Kapitals bereitstellen. Vorher aber muß Gabun — nicht zuletzt in den USA und bei der Weltbank — mehrere hundert Millionen Mark finden, mit denen eine Eisenbahnlinie von 560 km Länge von den Eisenerzlagerstätten bis zum Meer . . . gebaut werden kann. Ohne sie ist das Eisenerz wertlos.“⁸⁵ Auch die französische Compagnie Minière de Ogooué mußte mit staatlicher Hilfe erst die längste Drahtseilbahn der Welt und eine 285 km lange Eisenbahn bauen, um die Erze aus ihren Fördergebieten nach Europa abtransportieren zu können. — Die teils parallele teils kooperative Tätigkeit Frankreichs und der USA in Gabun bietet indes keinesfalls ein Bild ungetrübter Harmonie: Beide kämpfen hartnäckig um den dominierenden Einfluß im Lande. So soll der CIA den Militärputsch von 1964 unterstützt haben, der dann von französischen Fallschirmjägern niedergeschlagen wurde. Die zur Kollaboration mit den Imperialisten stets bereite Oberschicht des Landes verdient so gut an dem Konkurrenzkampf um „ihre“ Bodenschätze, daß die „objektive“ Statistik den im Dschungel vegetierenden Massen das höchste Pro-Kopf-Einkommen Afrikas bescheinigen kann: „Die Mehrzahl der Gabunesen allerdings weiß noch nichts davon, daß ihr Land heute das größte Pro-Kopf-Einkommen Afrikas besitzt.“ Sie wird es kaum jemals erfahren, solange die parasitäre Oberschicht und die Konzerne das Rohstoffgeschäft ungestört unter sich abwickeln können.

81 Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Außenhandel (Fachserie G, Reihe 8): Gabun, Stuttgart und Mainz 1968, S. 9 f. und S. 21 ff. Angaben für 1966; seit 1964 ist der Rohstoffanteil sogar leicht gestiegen.

82 Ebd., S. 21 ff.

83 Ebd., S. 22.

84 Ebd., S. 22 und UNO: Statistical Yearbook 1967, a.a.O., S. 193. — Die USA importierten 1966 etwa die Hälfte ihres Inlandangebots (Produktion + Einfuhr) aus Gabun; ermittelt aus ebd. sowie UNO: International Trade Statistics 1966, a.a.O., S. 857.

85 Holzer, Werner: Schwarzes Paradies mit kleinen Fehlern, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. 2. 1968, S. 3; ebd. die folgenden Zitate und Informationen.

In letzter Zeit entfalten in Westdeutschland Staat und Industrie eine verstärkte gemeinsame Aktivität, um die Rohstoffversorgung über direkte Beteiligungen an der Ausbeutung der Ressourcen in der Dritten Welt zu sichern. Die nach internationalem Maßstab kleinen deutschen Ölunternehmungen wollen sich zu einer Erdölversorgungsgesellschaft zusammenschließen, die hohe staatliche Finanzhilfen zur Erkundung und Ausbeutung von Rohölvorkommen erhalten wird⁸⁶. Eine bisher nicht veröffentlichte Studie des Bundeswirtschaftsministeriums über die westdeutsche Rohstoffversorgung bis zum Jahre 2000 deckte empfindliche Lücken vor allem im Bereich der Eisenerze und der Basismetalle auf. Um die zukünftige Versorgung zu sichern, ohne in Abhängigkeit von der Preispolitik ausländischer Konzerne zu geraten, will die Bundesregierung die verstärkte Tätigkeit der deutschen metallverarbeitenden Industrie im Ausland mit Schürfsubventionen unterstützen⁸⁷.

Die Auswirkungen der durch Direktinvestitionen und deren staatliche Absicherung gekennzeichneten neokolonialen Expansion auf die Entwicklungsländer können hier nicht analysiert werden. Snider stellt zu Recht fest, daß sich die amerikanische Tätigkeit in der Dritten Welt am kolonialen Vorbild orientiert⁸⁸, also allein die Interessen des Kapitalexportheurs berücksichtigt⁸⁹.

(wird fortgesetzt)

86 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 2. 1969

87 Der Spiegel, 23. Jg., Nr. 5 vom 27. 1. 1969, S. 38 ff.; vgl. das Interview mit Hermann Josef Abs in: ebd., Nr. 1/2 vom 6. 1. 1969, S. 37—48, bes. S. 40 ff.

88 Auf die doppelte Entschärfung dieses realistischen Begriffs durch „sogenannt“ und Gänsefüßchen kann er als bürgerlicher Ökonom offensichtlich nicht verzichten; Snider: Introduction . . . , a.a.O., S. 130.

89 In der Sprache der Positivisten klingt das so: „Inbesondere haben Anlagen für Verkehrsmittel, die der eingeführten Technik und dem eingeführten Kapital zu verdanken sind, in vielen Fällen die Erzeugung von Gütern bedeutend gesteigert, welche die ausleihenden Länder nur mit großer Schwierigkeit für sich allein produzieren konnten. Es wurden z. B. die Eisenminen im Innern von Chile und in Nordafrika erreichbar und hierdurch das Angebot von hochwertigen Erzen gesteigert. — Es ist nicht nötig, länger bei der einleuchtenden Tatsache zu verweilen, daß das Wachstum solcher Industrien, die eher kooperativ als konkurrierend sind, vom Gesichtspunkt der führenden Industrie des Kapital exportierenden Landes aus gesehen, die Tendenz hat, die Austauschbedingungen im internationalen Handel in eine für diese vorteilhafte Richtung zu lenken“; Ohlin, Bertil: Die Beziehungen zwischen internationalem Handel und internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit, in: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Hrsg. Klaus Rose, Köln-Berlin 1965, S. 49. — Daß es sich sehr wohl lohnt, bei dieser einleuchtenden Tatsache zu verweilen, beweist Jürgensen, der die Auswirkungen der heutigen Form des Kapitalexports auf den Wachstumsprozeß der ökonomisch schwach entwickelten Nehmerländer ohne Apologetik untersucht und zu Ergebnissen kommt, die die Möglichkeit einer Kapitalakkumulation selbst im Rahmen kapitalistischer Zielvorstellungen unter den gegenwärtigen Bedingungen grundsätzlich in Frage stellen; Jürgensen: Die Funktionen des Kapitalexports . . . , a.a.O., S. 62 ff. u. S. 79.

V. M. Bader, H. Ganßmann, W. Goldschmidt u. B. Hoffmann

Zur Kritik an Barans und Sweezys Theorie des Monopolkapitalismus

Baran und Sweezy* (B/S) begründen die Notwendigkeit ihres 1966 in den USA erschienenen „Essays über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ mit der Feststellung, daß die marxistische Analyse des Kapitalismus, trotz Hilferding und Lenin, letzten Endes immer noch von der Voraussetzung einer Konkurrenzwirtschaft ausgehe; es sei „aber an der Zeit, mit dieser Situation aufzuräumen und zwar rücksichtslos und radikal“ (15). Die Entwicklung der letzten hundert Jahre habe die Erscheinungsform des Kapitalismus so stark verändert, daß man von einer qualitativ höheren Stufe des Kapitalismus ausgehen müsse. Das Monopol, das noch von Marx und den klassischen Ökonomen als Rudiment vorkapitalistischer Verhältnisse behandelt worden sei, habe sich durch den von Marx selbst beschriebenen Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals zum bestimmenden Moment des modernen Kapitalismus entwickelt.

Der Zusammenhang mit der Marxschen Theorie soll durch den Gebrauch ihrer „wirksamen analytischen Methode“ (15) bewahrt werden. Der Versuch, die Methode Marx' von seiner Theorie zu abstrahieren, führt bei B/S jedoch dazu, daß selbst die vom (Marx unterstellten) Konkurrenzmodell unabhängigen Kategorien der ökonomischen Analyse (Ware, Wert, Mehrwert, Verwertung) geopfert werden. Die Ausführungen der Autoren machen deutlich, wie sehr dieses Opfer ihr Verhältnis zum Marxismus auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einer bloßen Kapitalismuskritik reduziert.

Zur Untersuchung des „Monopolkapitalismus“ konstruieren B/S das „idealtypische Modell“ eines Systems, „das sich aus riesigen Kapitalgesellschaften zusammensetzt. . . Unter dem Gesichtspunkt einer Theorie des Monopolkapitalismus können die kleineren Unternehmen als so etwas wie ein Teil der Umgebung behandelt werden, in der die Großunternehmen wie Schauspieler auf der Bühne agieren“ (58). Diese extreme Ausblendung der kleineren Unternehmen erscheint jedoch schon angesichts der im Anhang des Buches von J. D. Philipps errechneten Profite der „eingetragenen“ und „nicht eingetragenen“ Unternehmen (was identisch sein soll mit Groß- und Klein- bzw. monopolistischen und nicht-monopolistischen Unternehmen!) als äußerst fragwürdig (vgl. 367).

* **Baran, Paul A., und Sweezy, Paul M.:** Monopolkapital. Aus dem Amerikanischen von Hans Werner Saß. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1967 (414 S., kart., 16,— DM).

Im Gegensatz zu den Thesen vom „organisierten Kapitalismus“ gehen die Verfasser davon aus, daß das System des Monopolkapitalismus ebenso anarchisch sei wie das des Konkurrenzkapitalismus. Die Beziehungen der Unternehmen zueinander, zu ihren Kunden und Arbeitern gehen hauptsächlich über den Markt. „Und da Marktbeziehungen im wesentlichen Preisbeziehungen sind, muß die Untersuchung des Monopolkapitalismus ebenso wie die des Konkurrenzkapitalismus bei den Preismechanismen einsetzen“ (59).

Unter den Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz ist der Warenpreis dem einzelnen Kapitalisten durch den Markt vorgegeben, er ist „Preisnehmer“ (price taker); der Monopolist dagegen beherrscht den Markt, er ist „Preismacher“ (price maker). Der typische Mammutkonzern, wie ihn B/S beschreiben, produziert als eines unter mehreren Unternehmen, die zusammen ein Oligopol bilden; in seiner Preispolitik verhält er sich jedoch annähernd als Monopolist, denn die Preiskonkurrenz wird als „unzulässige Waffe“ (64) aus dem Wirtschaftskampf ausgeschlossen. „Der Kampf selbst wird weitergeführt, nur mit anderen Waffen“ (64). Hier macht sich die Konstruktion des geschlossenen Systems aus riesigen Kapitalgesellschaften nachteilig bemerkbar: Die Autoren begnügen sich mit der Feststellung, daß die Konkurrenz sich von der Preiskonkurrenz in „Kostenkonkurrenz“ verwandelt habe, ohne die veränderten Formen der Konkurrenz ausreichend zu untersuchen. Abgesehen davon, daß auch auf dem oligopolistischen Markt ein gnadenloser Preiskampf ausbrechen kann, wie B/S selbst zugeben, besteht eine erbitterte Konkurrenz zwischen monopolisierten und nicht-monopolisierten Sektoren ebenso wie auf dem Weltmarkt. Die Ausschaltung der nicht-monopolisierten Sektoren führt darüber hinaus notwendig zu einer fehlerhaften Erklärung der Profite: Wenn trotz sinkender Kosten (infolge verschärfter Kostenkonkurrenz) die Preise gleichbleiben oder steigen, so wachsen die Profitspannen. B/S schließen jedoch nicht nur auf ein Steigen der Profitspannen in den monopolisierten Sektoren, sondern auf ein Steigen der Profitspannen überhaupt. „Im Monopolkapitalismus sind fallende Kosten gleichbedeutend mit ständig wachsenden Profitspannen“ (77). Diese falsche Verallgemeinerung folgt aus der Vernachlässigung der nicht-monopolisierten Sektoren, also aus unzureichenden Modellkonstruktionen. Sie führt dazu, daß die Marxsche Arbeitswertlehre stillschweigend suspendiert wird. Danach erklären sich die Monopolprofite wie folgt: Wächst die Arbeitsproduktivität, so fällt sowohl der Kostpreis ($c+v$) als auch der Wert ($c+v+m$) der einzelnen Waren. Infolge der allgemeinen Konkurrenz der Kapitalien wird die aus der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung des Kapitals in den einzelnen Wirtschaftsbereichen folgende unterschiedliche Mehrwertproduktion zu einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate ausgeglichen, die der Kapitalist seinem Kostpreis zuschlägt und die zum sog. Produktionspreis führt. Dieser Produktionspreis kann daher dauernd vom Wert der Ware verschieden sein, er ist der Preis, um den bei freier Konkurrenz die Marktpreise oszillieren. Gelingt es aber auf

Grund eines Monopols, den Marktpreis zu halten und den Kostpreis stetig zu senken, so erhält der Monopolist neben dem Durchschnittsprofit noch einen Extraprofit, die zusammen den Monopolprofit ausmachen.

Betrachtet man denselben Prozeß gesamtgesellschaftlich, dann ist „die Summe der Produktionspreise der produzierten Waren gleich der Summe ihrer Werte“ (MEW 25, 169). Die Differenz zwischen Monopolpreis und Produktionspreis in den monopolisierten Sektoren ergibt einen Extraprofit, der nur zu Lasten der Profite in den nicht-monopolisierten Sektoren gehen kann. Wäre dies nicht der Fall, so lägen sowohl die Summe der Preise über der Summe der Werte als auch die Summe der Profite über der Masse des produzierten Mehrwerts. Es müßte also Mehrwert anders als durch unbezahlte Mehrarbeit geschaffen worden sein. Allein durch die Existenz der Monopole wird die einmal produzierte Mehrwertmasse nicht erhöht. „Der Monopolpreis gewisser Waren würde nur einen Teil der Profite der anderen Warenproduzenten auf die Waren mit Monopolpreis übertragen“ (MEW 25, 869).

Gehen steigende Monopolprofitraten zu Lasten der Profitraten in den nicht-monopolisierten Sektoren, so sind sie also weder die unmittelbare Begründung für die steigende Tendenz des Surplus noch ein zwingender Grund für die Ablehnung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate. B/S weichen der Auseinandersetzung mit diesem Gesetz aus und postulieren statt dessen einen „Austausch der Theoreme“ (77); anstelle des angeblich auf ein Konkurrenzsystem beschränkten Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate setzen sie das „Gesetz vom steigenden Surplus“ (77 f.).

Bei der Einführung des Begriffs „ökonomischer Surplus“ (17 ff.) verweisen B/S in einer Fußnote auf dessen Erörterung in dem 1957 erschienenen Buch von Baran „The Political Economy of Growth“ (dt. „Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums“). Dort unterscheidet Baran zwischen tatsächlichem (actual), potentiell und geplantem Surplus, wobei der geplante „volkswirtschaftliche Überschuß“ (so die dortige dt. Übersetzung) nur für sozialistische Gesellschaften von Bedeutung ist und daher von uns hier vernachlässigt werden kann. „Tatsächlicher (actual) wirtschaftlicher Überschuß, d. h. der Unterschied zwischen der *effektiven* laufenden Produktion (actual current output) der Gesellschaft und ihrem *effektiven* laufenden Verbrauch (actual current consumption). Er ist somit identisch mit der laufenden Ersparnis oder Akkumulation“ (Baran 81). Diesem Begriff des tatsächlichen Surplus wird der des potentiellen gegenübergestellt, der die sozio-ökonomische Realität des Monopolkapitalismus am Maßstab „objektiver Vernunft“ messen und von diesem transzendenten Bezugspunkt die Irrationalität des kapitalistischen Systems nachweisen soll. „Mit potentiell volkswirtschaftlichem Überschuß ist der Unterschied zwischen der Produktion gemeint, die in einer gegebenen natürlichen und technologischen Umgebung mit Hilfe der zur Verfügung stehenden produktiven Ressourcen erreicht

werden könnte und dem, was als lebenswichtiger Verbrauch angesehen werden kann“ (Baran 82 f.).

Im „Monopolkapital“ wird dagegen nur noch vom „ökonomischen Surplus“ gesprochen, der wie folgt definiert wird: „Der ökonomische Surplus ist . . . der Unterschied zwischen dem, was eine Gesellschaft produziert und den Produktionskosten“ (19). So verstanden ist der „ökonomische Surplus“ weder mit dem „tatsächlichen“ noch mit dem „potentiellen“ Surplus identisch. Er umfaßt mehr als der „tatsächliche“ Surplus, der der laufenden Akkumulation entspricht, denn der Konsum der Kapitalisten geht ebenso in die Berechnung des „ökonomischen Surplus“ ein wie die von Marx so genannten Zirkulationskosten, die von B/S unter dem Begriff „Verkaufsförderung“ zusammengefaßt und als „Verschwendung“ bezeichnet werden (vgl. weiter unten). Die im Anhang von Philipps errechnete Größe des Surplus umfaßt die gesamten Besitzeinkommen (Profite, Zinsen, überhöhte Managereinkommen), die Staatsausgaben und die sog. Verschwendung (Werbung, Rechtsberatung, Finanzierungskosten etc.). Der so berechnete Surplus ist aber noch keineswegs identisch mit dem „potentiellen“ Surplus, denn dann müßte man noch den im Kapitalismus notwendigen Produktionsausfall durch Überkapazitäten und Arbeitslosigkeit hinzurechnen. Der Verweis auf die Ausführungen Barans in seiner „Politischen Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums“ beseitigt die Unklarheit des Surplus-Konzepts also nicht. Ebensovienig klar wird die Abgrenzung des „Surplus“ gegenüber dem Marxschen Begriff „Mehrwert“ (surplus value!). Die Auseinandersetzung mit dieser zentralen Kategorie der marxistischen Theorie wird wiederum in einer Fußnote abgetan. Da der „Surplus in einer hochentwickelten monopolkapitalistischen Gesellschaft viele Formen und Erscheinungen annimmt“ (19) (z. B. Staats- und Kircheneinkünfte, Löhne unproduktiver Arbeiter etc.), die Marx „als zweitrangig behandelt und . . . aus seinem theoretischen Schema ausgeschlossen“ habe, ziehen die Autoren „den Begriff Surplus dem herkömmlichen marxistischen Begriff ‚Mehrwert‘ vor“ (Anm. 6, 375 f.). Aus dem Begriff „Surplus“ im Unterschied zum Mehrwert (surplus value) geht nicht hervor, ob es sich um Tauschwerte oder um Gebrauchswerte handelt. Diese Unklarheit ergibt sich konsequent aus einem, von der angeblich benutzten Marxschen Methode her gesehenen, grundsätzlichen Mangel der vorliegenden Arbeit: der zwar zugestandenen, aber nicht begründeten Vernachlässigung des kapitalistischen Produktionsprozesses, den B/S dazu noch lediglich als „Arbeitsprozeß“ (18) begreifen. Obwohl sie die „Produktion und Absorption des Surplus“ als ihr „Zentralthema“ (17) bezeichnen, erscheint wegen dieser Unterlassung die Produktion als ein Naturprozeß (vgl. die obige Surplusdefinition, in der die Gesellschaft als *ein* Subjekt irgend etwas, vermutlich Gebrauchswerte, produziert). Auch in den weiteren Definitionen und Anwendungen des Surplusbegriffs, die im Laufe der Untersuchung auftauchen, wird diese grundsätzliche Unklarheit nicht beseitigt, im Gegenteil, beim Versuch einer empirischen Konkretion sind B/S dann nur noch an der Größe und den Formen der Zirkulation und Ver-

teilung des Surplus interessiert. Da sie nicht zwischen dem Produktionsprozeß des Kapitals und dem Arbeitsprozeß unterscheiden, erscheint der Surplus als Funktion des Kapitals und nicht als Produkt unbezahlter Arbeit.

In der kapitalistischen Produktionsweise erscheint das gesellschaftliche Mehrprodukt in der Form von Waren; aus der Notwendigkeit, dieses Mehrprodukt in Mehrwert zu verwandeln, entsteht der Widerspruch, daß die Waren entäußert werden müssen, um den Mehrwert zu realisieren. Die Verteilung des so realisierten Mehrwerts hat auf die Größe desselben keinen Einfluß, durch sie wird lediglich vorhandener Mehrwert wieder in die Produktion zurückgeführt oder unproduktiv konsumiert (Konsum der Kapitalisten und ihrer Lakaien, Verschwendung etc.). Das Problem der Verteilung des bereits produzierten Mehrwerts wird von B/S als Problem der „Surplusabsorption“ bezeichnet: „Im allgemeinen kann der Surplus wie folgt absorbiert werden: er kann 1. konsumiert, 2. investiert und 3. verschwendet werden“ (83). Unter der Voraussetzung eines ständig steigenden Surplus kann der Beitrag der einzelnen Absorptionsformen zur Lösung des Absorptionsproblems nur darin bestehen, daß sie mindestens im gleichen Maße wachsen wie der Umfang des Surplus selbst. Dies gilt, wie B/S nachweisen, zunächst einmal nicht für den Konsum der Kapitalistenklasse, der langsamer wächst als der Surplus, und das, obwohl die Lebensweise der Kapitalisten immer „feudaler“ wird.

Deshalb muß untersucht werden, ob die Investitionen zur Lösung des Absorptionsproblems beitragen. Dies ist die für den Kapitalismus entscheidende Fragestellung, weil hier das Kapital seinem Wesen nach als sich verwertender Wert betrachtet wird. Für B/S stellt sich die „Logik der Situation“ wie folgt dar: „Wenn das Gesamteinkommen in einem beschleunigten Maße wächst, so muß ein immer größer werdender Teil investiert werden; und umgekehrt muß das Gesamteinkommen in einem beschleunigten Maße wachsen, wenn ein immer größer werdender Teil investiert wird. Die Folgerung daraus aber ist vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sinnlos. Eine immer größer werdende Menge Produktionsgüter müßte ausgestoßen werden, bloß damit künftig eine immer größere Menge Produktionsgüter produziert werden könnte. Der zum Konsum bestimmte Teil der Produktion würde kleiner, und das Wachstum der Kapitaleinlage stünde in keiner Beziehung zur tatsächlichen oder möglichen Ausdehnung des Konsums“ (85).

Was B/S hier beschreiben, hat Marx im Kapitel über die „Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes“ des tendenziellen Falls der Profitrate im dritten Band des „Kapital“ als „Überproduktion von Kapital“ auf einer bestimmten Stufe der kapitalistischen Akkumulation vom Mehrwertverwertungsprozeß her beschrieben (vgl. zum Folgenden MEW 25, 253—269). Unmittelbarer und bestimmender Zweck der kapitalistischen Produktion ist die Produktion von Mehrwert. Die Bedingungen der Realisation des Mehrwerts sind beschränkt durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft auf der

Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf das notwendige Minimum reduzieren. Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen. „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwaltung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint . . . Das Mittel, unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals“ (MEW 25, 260). So entsteht Überproduktion von Kapital auf der einen Seite und unbeschäftigte Arbeiterbevölkerung auf der anderen. Diese Überproduktion von Kapital (Überakkumulation) ist „keine absolute Überproduktion von Produktionsmitteln, sie ist nur eine Überproduktion von Produktionsmitteln, soweit diese als Kapital fungieren“ (MEW 25, 267).

Weil B/S den spezifischen Charakter des Kapitals, sich verwertender Wert zu sein, nicht zum Zentrum ihrer Beschreibung machen, sondern den Kapitalismus von einem „transzendenten“ Prinzip, von der „objektiven Vernunft“, von einer Gebrauchswerte produzierenden Gesellschaft aus kritisieren, entgehen ihnen die immanenten Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, die aus den Bestimmungen des Kapitals hervorgehen. Wo die Verfasser die Bedeutung der Auslandsinvestitionen für die Absorption des Surplus behandeln, beweisen sie zwar einerseits, daß Auslandsinvestitionen das Problem der Absorption nur stets verschärfen, weil der Kapitalrückfluß aus den Profiten höher ist als die jährliche Investitionsmasse, aber andererseits bemerken sie nicht, daß gerade diese Tatsache beweist, daß das von ihnen „ausgetauschte“ Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate durchaus seine Gültigkeit hat. Wenn sie nämlich darstellen, daß das „Bedürfnis der amerikanischen Oligarchie nach militärischer Macht“ (201) hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, die Investitionen der amerikanischen Kapitalgesellschaften im Ausland zu schützen, mit denen das Mehrfache der amerikanischen Inlandsprofitrate erzielt werden kann (vgl. das Beispiel der Jersey-Standard 138 ff.), geben sie indirekt zu, daß infolge der Verschiebung der organischen Zusammensetzung durch den höheren Anteil des konstanten Kapitals die Durchschnittsprofitrate in den USA niedriger ist als im Ausland. Die Analyse der Investitionen und ihres Beitrages zur Absorption des Surplus führt B/S zu recht paradoxen Schlußfolgerungen: Inlandsinvestitionen tragen nicht zur Lösung des Absorptionsproblems bei, weil die zusätzlichen Profiterwartungen zu gering sind, um die Investitionen stark ansteigen zu lassen; Auslandsinvestitionen „verschärfen“ dagegen das Absorptionsproblem, weil die hohen Profite die Surplusmasse so steigern, daß die zusätzlichen Auslandsinvestitionen stets dahinter zurückbleiben.

Weil also weder der Konsum der Kapitalisten noch die Investitionen ausreichen, einen stets steigenden Surplus zu absorbieren, bleibt

nach B/S nur noch die Möglichkeit, die Differenz durch zunehmende „Verschwendung“ auszugleichen.

Zur „Verschwendung“ rechnen die Verfasser vor allem die Kosten für Verkaufsförderung („Der Begriff deckt sich mit den Zirkulationskosten von Marx. Doch spielt er im Zeitalter des Monopolkapitalismus, quantitativ wie qualitativ, eine Rolle, die weit über das hinausgeht, woran Marx auch nur im Traum gedacht hätte“ (116)), Finanzierungskosten, Spekulationen, Kosten für Rechtsstreitigkeiten im wirtschaftlichen Bereich sowie die ungeheuren Summen für Rüstungszwecke. Jeder der hier genannten Posten hat verschiedene Funktionen; unter dem Aspekt der Absorption des gesellschaftlichen Surplus ist ihnen jedoch gemeinsam, daß sie vorhandenen Überschuß (Mehrprodukt) vernichten, zugleich aber die Notwendigkeit und Möglichkeit der Reproduktion dieses Überschusses (möglichst sogar auf erweiterter Stufenleiter!) schaffen sollen. So sehen B/S etwa die Funktion der Verkaufsförderung darin, daß einerseits durch den Konsum der Werbeunternehmen und deren Angestellten Surplus absorbiert, andererseits aber auch die „Höhe der gesamten Effektivnachfrage und somit das Einkommens- und Beschäftigungsniveau beeinflußt“ (125) wird. (Die Annahme, daß Werbung die Höhe der „gesamten Effektivnachfrage“ beeinflußt, bleibt unbewiesen. Die Werbung erscheint uns vielmehr als Funktion der Konkurrenz der „vielen Kapitalien“; sie ist der Versuch, Kundenpräferenzen zu schaffen und dabei kaufkräftige Nachfrage von anderen auf die eigenen Waren zu lenken, ohne dabei aber die Gesamtnachfrage wesentlich erhöhen zu können.) Damit soll der sowohl surplusabsorbierende als auch surplusproduzierende Charakter der „Verkaufsförderungen“ bewiesen werden. Eine ähnliche Doppelfunktion besitzen danach auch die Rüstungsausgaben; ihre Absorptionsfähigkeit ist unumstritten, darüber hinaus sichern sie aber durch ihre Existenz auch die Ausbeutung neo-kolonialer Länder und garantieren damit die Produktion eines Teils des Surplus. Daneben aber ist die Existenz eines hohen Rüstungshaushaltes die Ursache für hohe Rüstungsanstrengungen der sozialistischen Länder, was wieder zurückwirkt auf den Rüstungshaushalt der USA. Das sog. Wettrüsten ist damit geradezu ein „ideales“ Verfahren, steigenden Surplus sowohl zu absorbieren als auch zu produzieren. Da aber die verschiedenen Formen der „Verschwendung“ für das Funktionieren des Systems immer notwendiger werden und dabei ein stets wachsender Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts vergeudet wird, und das in einer Situation, wo individuell und gesellschaftlich notwendige Bedürfnisse, wie Schulen, Krankenhäuser, Kunst und viele Wissenschaften wegen ihrer geringen Attraktivität für das Profitinteresse der Kapitalisten vernachlässigt werden, steigen die Widersprüche des Systems als Ganzes. Der Monopolkapitalismus kann nicht länger als „rationales“ System bezeichnet werden, das den Menschen, die in diesem System leben müssen, langfristig günstige Lebenschancen zu bieten vermag. Das System wird immer „irrationaler“, die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer breiter, die „Outcasts“ sind angesichts der

ungeheuren Möglichkeiten, die der Stand der Entwicklung der Produktivkräfte bietet, nicht länger bereit, Unterdrückung, Ausbeutung und Konsumverzicht zugunsten einer parasitären Ober- und Mittelschicht zu erdulden. Rassenunruhen und Protestbewegung von Studenten und Intellektuellen sind der erste politische Ausdruck einer zunehmenden Verschärfung der inneren Widersprüche des Monopolkapitalismus in den USA selbst. Dazu kommt dann noch der wachsende Widerstand der unterentwickelt gehaltenen Länder gegen die modernen Methoden des Neo-Kolonialismus. So wie B/S die gesellschaftliche Entwicklung der USA darstellen, stehen diese mehr oder weniger unmittelbar von der Alternative Sozialismus oder Barbarei, d. h. Faschismus. So überzeugend vielfach die Beschreibung der Oberflächenphänomene des amerikanischen Gesellschaftssystems ist, so wenig überzeugend bleibt indessen die Begründung. Das moralische Lamento über „Verschwendung“ und „Irrationalität“ kann die wissenschaftliche Analyse nicht ersetzen. Begriffe wie „Verschwendung“ bzw. „Irrationalität“ haben ihre Bedeutung lediglich im Rahmen eines transzendenten Bezugssystems, das eine auf „objektive Vernunft“ aufgebaute, Gebrauchswerte produzierende kommunistische Gesellschaft unvermittelt der Realität des amerikanischen Monopolkapitalismus entgegensetzt und dabei auf die utopischen Hoffnungen der „Outcasts“ ebenso setzen muß wie auf den unermüdblichen Idealismus der Studenten und Intellektuellen. Das Ergebnis bleibt Utopismus und kleinbürgerliche Radikalität. Fruchtbar würden diese Begriffe erst, wenn die Analyse konsequent vom Standpunkt des Kapitals ausgehen würde. Der unter der Regie des Kapitals produzierte Surplus würde erst verschwendet, wenn er nicht länger als Kapital fungierte oder dessen Verwertungsprozeß diente. Die Verschwendung von Waren als Gebrauchswerten bedeutet nicht, daß nicht zuvor ihr Tauschwert realisiert wurde. Irrational für das kapitalistische System wäre erst die systematische Vernichtung von Kapital als Kapital.

Was zu leisten bleibt, ist die Analyse der ökonomischen Tendenzen des Monopolkapitalismus in direktem Zusammenhang mit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte (Automatisierung des Produktionsprozesses) und den daraus zu erwartenden Folgen für die Klassensituation im Monopolkapitalismus. Diese Analyse muß konkretisiert werden durch die Untersuchung der sich verschärfenden Konkurrenz imperialistischer Länder auf dem Weltmarkt einerseits und der weiteren Entwicklung der sozialistischen Länder und der sog. Dritten Welt auf der anderen Seite.

Besprechungen

I. Philosophie

Holz, Hans Heinz: Herr und Knecht bei Leibniz und Hegel. Soziologische Essays. Luchterhand Verlag, Berlin und Neuwied 1968 (116 S., kart., 8,50 DM).

Nicht jedem nachgelassenen Dokument kann eine den Pariser Manuskripten gleichrangige Bedeutung zukommen, und nicht jedes Interesse, zumal kein antiquarisches, wird durch eine solche Erkenntnis frustriert. „Tiefer liegt aber der Widersinn einer dialektischen Kulturgeschichte an sich, da das Kontinuum der Geschichte, von der Dialektik gesprengt, an keinem Teil eine weitere Streuung erleidet, als an dem, welchen man Kultur nennt. Kurz, nur scheinbar stellt die Kulturgeschichte einen Vorstoß der Einsicht dar, nicht einmal scheinbar einen der Dialektik.“¹ — Die vorliegende Schrift von H. H. Holz hält sich durchaus in der Tradition dieses Mißverständnisses. Der Umstand, daß ihm unter den nichtveröffentlichten Schriften Leibniz' ein Motiv zustieß, das sowohl abstrakte Formel für den Inhalt der bisherigen Geschichte wie Anlaß für manchen Denkansatz darstellte, die Geschichte der Herrschaft utopisch zur Herrschaft über die Geschichte umzukehren, schien dem Autor ein Glücksfall. Es bot zudem die Möglichkeit zur Feststellung einer probaten Koinzidenz: denn gewiß ist die Dialektik von Herr und Knecht, wie Hegel sie in der Phänomenologie entwickelte, nachgerade zu einem Topos auch pseudomarxistischer Interpretationsästhetik geworden, der sich dem gebildeten Bewußtsein für geistesgeschichtliche Vergleiche unabweisbar aufdrängen muß. Die Beliebtheit der möglichen Relata für einen solchen Vergleich (— warum nicht Herr und Knecht/Sklave bei Hegel und Platon, resp. Aristoteles, im Pentateuch oder beim Marquis de Sade?) zwingt schließlich auch Holz, abgesehen von der vorgefundenen motivischen Einheit und dem historischen Zusammenhang der Aufklärungstradition, an deren Anfang und Ende Leibniz und Hegel stehen, zur Konstruktion weiterer Analogien. Angesichts der paradigmatischen Behandlung, die dieses Thema bei Hegel erfährt, läßt sich der Schein der Plausibilität mühelos herstellen, wo andere, weniger explizierte Ausführungen über denselben Sachverhalt vergleichend darauf bezogen werden. Allerdings hat es nur die Evidenz des Ungefähr, wenn das Bedürfnis nach Totalität in dem Bemühen, die Notwendigkeit just dieser problemgeschichtlichen Beziehung darzutun, sich auch an der

1 Benjamin, Walter: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit.

bloßen Chronologie befriedigt: „Die deutsche Philosophie von Leibniz bis Hegel bildet eine Einheit. Diese hat ihre Wurzeln in der gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands, die in der Zeit zwischen 1650 und 1830 zur Ausbildung der Fundamente der bürgerlichen Welt führt. Dies ist ungefähr die Zeit zwischen dem Geburtsjahr von Leibniz (1646) und dem Todesjahr von Hegel (1831)“ (7).

Die Thesen, die Holz aufstellt, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: am Anfang einer neuen ökonomischen Gesellschaftsformation sind die immanent aus ihr erwachsenden Reflexionsformen über das Wesen der Klassengesellschaft von größerer Unmittelbarkeit, d. h. das reflektierende Bewußtsein erscheint in der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse auf weniger subtile Weise ideologisch entstellend und verfährt mehr oder weniger naiv realistisch; Utopien, die über die Klassenstruktur hinausdenken, sind entsprechend radikaler. Nun ist es vielleicht eine Binsenweisheit, daß eine Vernunft, die auf ihre Negativität, ihr wesentlich anderes sich nicht einläßt, in ihren utopischen Entwürfen auf die unvernünftige Wirklichkeit keine Rücksicht zu nehmen hat; wahr ist aber auch die Umkehrung dieses Satzes, wonach die Utopie praktisch folgenlos bleiben muß, und ferner, daß die Abstinenz von der Wirklichkeit, wodurch das utopische Bewußtsein sich auszeichnet, Voraussetzung für den naiven Positivismus in der Deskription gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Abstrakte Möglichkeit und abstrakte Methodologie fundieren sich gegenseitig. Die Wahrheit des folgenden Satzes hat demnach nichts Zufälliges: „Alle Philosophie nach Leibniz bringt eine Verengerung seines Ansatzes mit sich, die allerdings mit einer Zuspitzung und Verschärfung seiner Problematik verbunden ist“ (6). Die Ursprünglichkeit und Frische eines „vorrevolutionären“ Radikalismus der Möglichkeit hat nur für den einen Vorzug gegenüber dem an der Sache orientierten „nachrevolutionären“ Denken Hegels, der für das Ursprünglichere schlechthin optiert.

Im übrigen ist es nicht richtig, wenn Holz behauptet, daß das Herr-Knecht-Verhältnis von Hegel nur als „Bewußtseinsform“ dargestellt werde, während Leibniz es als „real-ökonomisches“ (84) entwickelte. Diese Deutung unterschlägt die Ambivalenz, die dem Begriff der Erfahrung in der Phänomenologie zukommt und läßt die Jenenser Untersuchungen Hegels unberücksichtigt, in denen ihm aus konkreten ökonomischen Analysen der Begriff der Arbeit zum zentralen Thema seines Denkens wurde (vgl. Lukács, Der junge Hegel).

Dem Denken der utopischen Abstraktion, das revolutionäre Möglichkeiten entgegen jeder Chance und Erwartung ihrer Realisierung idealtypisch konstruiert, ergibt sich die Notwendigkeit einer um so brutaleren Akkomodation, als es dem Schicksal des unglücklichen Bewußtseins sich zu entziehen wünscht. Das Einverständnis Leibniz' mit dem Pragmatismus der Herrschaft ist auf unbefangene, naive Weise zynischer als die Resignation Hegels, zumal jener um die Möglichkeiten des ganz anderen zu wissen vorgibt, den Abgrund aber, der sich zwischen dem Bestehenden und dem utopischen Hori-

zont auftut, mit christlicher Ethik und der Hoffnung auf die unendliche Perfektibilität des Systems zuschütten muß.

Wie es um den Aufweis von Koinzidenzen, Analogien und Parallelen auch immer bestellt sein mag, wichtiger wäre — unter Berücksichtigung der Leibniz-Kritik in Hegels Logik — eine grundlegende Untersuchung über das Verhältnis des Denkmodells der Monadologie zu sozialen Kategorien, von spiritueller Subjektivität zum realen historischen Subjekt, von statisch verschränkter Hierarchie von Individuen, denen im System Leibniz' ein natürlicher logischer Ort zugewiesen ist, zur Hierarchie der Klassengesellschaft und der Möglichkeit ihrer realen Veränderung, von quantitativer Perfektibilität der Perzeption zu qualitativer, sich mit der Praxis vermittelnder, verändernder Erkenntnis. Es würde sich herausstellen, daß die Möglichkeiten der Freiheit sich in der „Urwahl“ der Urmonade für die beste aller Welten erschöpfen, daß „Perfektibilität“ der Monade (deren Vehikel auf sozialem Gebiet der Erziehungsgedanke ist) tendenziell ihre Aufhebung als fürsichseiendes göttliches Selbstbewußtsein meint, daß die Einzigartigkeit des Individuums, seine inhaltliche Fülle und sein in der Innerlichkeit sich ausbreitender Reichtum der Beziehungen teuer erkauft werden mit seiner Irrealität und kosmischen Isolierung. Der natürliche Ort in der Architektonik der Monadologie, der zugleich die Perspektive fixiert, in der das Individuum die Totalität der Welt repräsentiert — bannt er nicht auch das reale gesellschaftliche Individuum in seine soziale Rolle innerhalb der Hierarchie, die es ihm wohl gestattet, sich aufzuklären und ideell, d. h. in der Vorstellung, an den Tisch des Herrn zu versetzen, ohne daß es damit anderes vermag, als die Möglichkeiten, die in seinem Wesen schlummern, als seine Möglichkeiten — seien sie auch durch sein Wesen als knechtische bestimmt — zu aktualisieren?

Ohne die Bestimmung der Funktion, die jener Quellenfund zum Leibnizschen System als Ganzem hat, scheint es wenig sinnvoll, einen ganz neuen Leibniz gegen den dogmatisch petrifizierten Hegel antreten zu lassen. Die in den „zusammenfassenden Thesen“ verdeckt vorgelegene Entwicklung (These 6): Leibniz = Möglichkeit, Hegel = Wirklichkeit, Marx = Notwendigkeit beglaubigt wohl Treue zu einem Interpretationsschema, doch bedeutet sie schwerlich einen Vorstoß der Einsicht oder gar der Dialektik.

Jürgen Behrens (Berlin)

Fichte, Johann Gottlieb: Schriften zur Revolution. Herausgegeben von Bernard Willms. Klassiker der Politik, Bd. 7. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1967 (XXXIV, 220 S., engl. brosch. 14,80 DM/Ln. 24,— DM).

Schindler, Ingrid: Reflexion und Bildung in Fichtes Wissenschaftslehre von 1794. Aneignung und Begegnung, Bd. 4. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1966 (184 S., engl. brosch. 14,80 DM).

Pohl, Karl: *Fichtes Bildungslehre in seinen Schriften über die Bestimmung des Gelehrten*. Beihefte zur Zeitschrift für philosophische Forschung, H. 16. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1966 (VIII, 80 S., brosch. 11,50 DM).

Von *Fichtes* politischen Frühschriften — bei Reclam in Leipzig um ein paar Pfennige zu haben — gab es hierzulande seit Jahrzehnten keine Einzelausgabe mehr; auch der Nachdruck der Fichte-Ausgabe von Medicus durch die Wissenschaftliche Buchgesellschaft umfaßt den Ergänzungsband der staatsphilosophischen Schriften nicht mit. Um so verdienstvoller ist das anzuzeigende Buch, das endlich die „Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas, die sie bisher unterdrückten“ und den „Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution“ aus ihrer Verborgenheit in den beiden unerschwinglichen Gesamtausgaben des Philosophen befreit. Die sorgfältige Edition wird ergänzt durch zwei kleinere Texte: in dem Brouillon einer Tagebuchnotiz von 1788 findet Fichtes Kritik an den sozialen Zuständen zu revolutionären Formulierungen, bevor die Revolution ausgebrochen war; das Fragment „Über die Achtung des Staats für die Wahrheit“ stellt eine Variante zur „Zurückforderung der Denkfreiheit“ dar. Die Einleitung von *Willms* informiert zuverlässig sowohl über den biographischen Hintergrund der Schriften wie über ihren geistesgeschichtlichen Ort. Im Theoretischen weicht die Analyse des Herausgebers von der in seinem Buch über Fichtes Gesellschaftslehre nicht ab (vgl. *Das Argument* 45, 9. Jg., S. 441 ff.).

Seit J. Drechslers anspruchsvollem Unternehmen, die Philosophie Fichtes zur ‚Fundierung‘ der gegenwärtigen Erziehungswissenschaft heranzuziehen (vgl. *Fichtes Lehre vom Bild*, Stuttgart 1955), erwarten Pädagogen häufiger von der Wissenschaftslehre Antworten auf ihre Fragen. Die Dissertation von *Schindler* zeigt, daß solche interdisziplinären Untersuchungen durchaus fruchtbar sein könnten, sie belegt zugleich, wie nichtsnutzig diese sind, solange sie lediglich darauf hinauslaufen, der Pädagogik von heute ein gutes Gewissen bei großer Philosophie zu besorgen. In einer Interpretation der überaus belasteten „Grundlage der gesamten Wissenschaftslehre“ von 1794 versucht die Autorin, die Erziehung als eine notwendige Handlung des Geistes zu erweisen. Ohne daß Erziehung in diesem Text thematisch wäre, soll das Ich, von dem er handelt, in dem Prozeß seiner Selbstbestimmung konstitutiv auf die Einwirkung eines anderen, des Erziehers, verwiesen sein: „So, wie das Ich gesetzt ist, ist es als homo educandus gesetzt“ (107). Im einzelnen werden vor allem an Fichtes ‚pragmatischer Geschichte des menschlichen Geistes‘, dem „Grundriß des Eigentümlichen der Wissenschaftslehre“ (1795), frappierende Analogien zum Bildungsprozeß herausgearbeitet, die in der Tat geeignet erscheinen, die abstrakten Erörterungen Fichtes „zum Sprechen zu bringen“ (177). Ob dieser Fund gar so neu ist, mag dahingestellt bleiben. Er dürfte im Kern übereinkommen mit der Fichteschen Einsicht, daß bereits die Urteile der Logik einen gesellschaft-

lichen Gehalt besitzen; Erziehung als Konstituens eines Systems des Wissens wäre dann eine Form des von M. Adler so genannten erkenntnistheoretischen ‚Sozialaprioris‘. — Die Einstimmigkeit ihrer Interpretation erkaufte die Autorin indessen oft durch ein allzu schnelles Hinweggleiten über die objektiven Schwierigkeiten ihrer Texte. Sie verwandelt den Fichteschen Erkenntnisbegriff kurzerhand in einen ‚Begriff vom Menschen‘ und deutet die transzendente Analyse, wie sie die Wissenschaftslehre in der ersten Periode beherrscht, in Anthropologie um. Was bei Fichte Momente eines Prozesses sind, stellt Schindler, obwohl sie auf der Unabschließbarkeit des Prozesses insistiert, am Ende still, indem sie es zu ewigen Data eines Menschen an sich hypostasiert. Mit Hilfe einer unkritischen, hinter den Stand der Forschung zurückfallenden Vorstellung von der Einheit der Fichteschen Philosophie wird das absolute Ich des jungen Fichte mit dem Gottesbegriff der Spätschriften gleichgesetzt. Die Gleichsetzung erlaubt, der bloßen Faktizität als ‚Verendlichung des Absoluten‘ eine Dignität anzuschaffen, die dann zur Rechtfertigung eines Weltlaufs dient, den Fichte gerade zu verändern suchte. So vermag die Autorin menschliche Praxis auf eine herunterzubringen, die nur noch das „Wissen über den Gesetzes- und Ordnungszusammenhang der Welt“ in der Empirie möglichst geschickt anwendet, die „wahre Welt“ aber „dem allem vorausliegenden Sein Gottes“ (88) überläßt. Der zu erziehende Mensch — für die Autorin: „der Zögling“ — „soll sich also auf Grund seiner Vernunft die Gesetze, welche in der menschlichen und staatlichen Gemeinschaft notwendig gelten müssen, selbst geben und so die bereits geschehene positive Gesetzgebung noch einmal nachvollziehen“ (144). Im deutschen Idealismus allerdings bedeutete Autonomie nicht just das. „Aus dieser Einsicht erfolgt die freiwillige Anerkennung und Bejahung des Staates und seiner Gesetze“ (ebd.). Fichte jedoch war Sozialist und wollte den Staat abschaffen. Er war, jedenfalls während der neunziger Jahre, weniger überzeugt davon, daß der existierende Rechts- und Gesellschaftszustand ‚notwendig gelten müsse‘, als manche Pädagogen heute es sind.

Die Arbeit von Pohl, im wesentlichen eine Inhaltsanzeige der drei Fichteschen Vorlesungszyklen über Bestimmung und Wesen des Gelehrten, spielt gegen den Parteigänger der Französischen Revolution dessen spätere Wandlung zum autoritären Ontologen offen aus. Zum Teil verfällt das Frühwerk Fichtes dem antiaufklärerischen Verdikt, in den Grenzen eines „kulturellen Fortschrittsglaubens“ (72) befangen zu sein, teils werden Gedanken aus den späten Erlanger und Berliner Texten über Stock und über Stein den Schriften der Jenaer Zeit imputiert. Daß das nicht ohne Merkwürdigkeiten abgeht, nimmt angesichts des Wortlauts der letzteren nicht wunder: bestimmte Fichte 1794 als ‚letzten Endzweck des Menschen‘, „alles Vernunftlose sich zu unterwerfen, frei und nach seinem eignen Gesetze es zu beherrschen“, so wird daraus bei seinem Interpretieren die Forderung, der Mensch habe sich gefälligst „in Harmonie mit dem Sein im Ganzen“ (11) zu stellen. Alles — und es ist nicht

wenig —, was in Fichtes Spätwerk an Repressivem und blanker Reaktion bereitliegt, ratifiziert Pohl, möchte darin am liebsten noch einmal „der studierenden Jugend [...] den Spiegel ihres besseren Selbst und ihrer Berufung vor Augen gehalten“ (55) wissen. Aus dem Spiegel blickt eine gespenstische Gestalt, halb Konfirmand des Hofpredigers Stoecker, halb Hitlerjunge. Die Deutungsversuche des Autors erschöpfen sich in der Ornamentierung mit Versatzstücken aus dem neudeutschen pädagogischen Jargon. Das beginnt mit der „universalen Ganzheit des Seins“ (8) und endet bei der „Entfaltung des Lebensbildes der Ganzheit“ (76); dazwischen finden sich: das „Ideal einer Lebenganzheit“ (11), das „bildungsphilosophische Problem der Ganzwerdung des Menschen“ (VIII), das „Ideal der absoluten Ganzwerdung des Lebens“ (53), die „Seinseinheit alles geistigen Lebens“ (66), die „umgreifende Ganzheit des Seins“ (71), das „Ringens des einzelnen Menschen um die Ganzheit seines Wesens“ (72), „Fichtes Ringens um das Problem der Lebenganzheit des Ich und ihre Begründung aus dem Absoluten“ (37), der „Entwurf einer Lebenganzheit“ (74), die „Vision dieser Ganzheit“ (ebd.) und viele weitere Ganzheiten. Im übrigen entziehe „das Bildungsgeschehen als Ganzes [...] sich der verfügenden und ordnenden Kraft des menschlichen Geistes“ (51). Noch der späteste Fichte, der Planer einer in Berlin zu errichtenden höheren Lehranstalt und erste gewählte Rektor der Berliner Universität, war da freilich anderer Meinung.

Rolf Tiedemann (Berlin)

Ruge, Arnold: *Der Patriotismus*. Hrsg. von Peter Wende, S. 38, Insel Verlag, Frankfurt/Main 1968 (143 S., Ln., 6,— DM).

In Arnold Ruge, bekannt vor allem als Mitherausgeber der Deutsch-französischen Jahrbücher, verwandt mit der kritischen Sippe der „Heiligen Familie“ und aufgenommen ins Pandämonium der „Deutschen Ideologie“, begegnet das Schicksal der radikal-demokratischen Publizistik im deutschen Vormärz. In demselben Maße, in dem ihm die Opposition schlechthin Programm wurde, mußte er den Widerspruch verinnerlichen, gerann die rapide Flucht der Haltungen und Gesinnungen zur Lebensform ideologischer Obdachlosigkeit. Der Prozeß des Selbstbewußtseins, wie ihn die Phänomenologie darstellt, übertragen auf die geschichtliche Erfahrung und politisch kanonisiert mit Paragraphen der Hegelschen Rechtsphilosophie, bildete die Basis für wechselhafte und flüchtige Rezeptionen Feuerbachs und Bruno Bauers (mit dem und dessen Bruder Edgar übereinstimmend er das entfremdete, weil „religiöse Wesen“ der französischen Revolution für deren Scheitern verantwortlich machte), der französischen Sozialisten, auch Cieskowskis, Moses Hess', Weitlings und der ersten theoretischen Entwürfe des jungen Marx u. a.

Implizit lassen sich der Begriff der Entfremdung (besonders im Abschnitt über das Militär, das theologische Bewußtsein, das Geld — 58/59 —, den Patriotismus) und der Emanzipation, d. h. der Befreiung des Selbstbewußtseins aus Bewußtseinsgestalten, in denen

es als sich selbst entfremdetes ist, als Leitmotive herauslesen. Das Mittel, diese Emanzipation ins Werk zu setzen, ist die zur obersten historischen Instanz aufgeblähte „Kritik“, die das Gesollte aufzuzeigen und zur Wirklichkeit zu befreien aufgerufen wird. Ihren absoluten Maßstab hat sie an der herzustellenden Identität des individuellen Selbstbewußtseins mit dem Selbstbewußtsein des Geistes (nach dem Muster der Hegelschen Religionsphilosophie sowohl wie dem der Phänomenologie, deren Entwicklungsmodell für Ruge zeit lebens unbefragte Autorität behielt), inhaltliche Kriterien der gegen jede Form der Positivität gerichteten, ad hoc geübten Kritik dagegen sind gleitend und werden von der Geschichte selbst stets überholt, sie kann also nur, als an der Leerformel jener Utopie orientierte, haltungslos und relativistisch sein. Diese Kritik, die sich als konkrete Aufhebung Hegelscher Philosophie verstand, wählte sich die radikale Publizistik ihrer Zeit zum Instrument ihrer Mission und ist, wie man feststellen kann, mit ihren Botschaften nie über die Identität mit dem Medium, in dem sie sich offenbarte, hinausgelangt.

Die Aussage der Rugeschen Polemik läßt sich kurz formulieren: Patriotismus, der den status quo verklärt und tribalistische Besonderheit zum einzigen Inhalt macht, ist reaktionär, das wahre Allgemeine dagegen ist die Freiheit, deren Ausdruck nur der Stolz des politisch freien Bürgers, der gebildeten Humanität sein kann. Im Staat sieht Ruge die Entwicklungsform der „bürgerlichen Gesellschaft“, wobei seine Vorstellungen über ihre Gestalt wohl über liberalistische Konzeptionen kritisch hinausgehen (42, 44, 77—81), im übrigen jedoch unentschieden im Vagen treiben. Der apodiktische Ton schlägt in bloßes Referieren um, wann immer er sich mit den Theorien der französischen Sozialisten und des jungen Marx auseinanderzusetzen hat. Statt sich mit Konkretion zu beflecken, entwarf er Projekte wie die „internationale Partei des Fortschritts“, wobei unbestimmt bleiben durfte, worin dieser bestehen sollte, forderte allgemeine Entwaffnung und Völkerbund, Auflösung der Philosophie, Auflösung der Revolution (i. e. in Reform, als „princielle oder radicale Umgestaltung geselliger Formen“, 43) usf. Daß ihn die Dialektik schließlich einholte und in Ruge — wie bei seinem Weggenossen Bruno Bauer — die etatistische Tradition der Hegelschen Rechtsphilosophie bis zur ergriffenen Bewunderung der imperialistischen Politik Bismarcks durchschlug, sei nur ein Nachtrag, der dem Lebensbild größere Deutlichkeit verleiht.

Die Gewohnheit, immer an der Wirklichkeit vorbei auf einen Popanz einzuschlagen, hat sich in der deutschen Publizistik durchgehalten. Ähnlich autoritative Deklamation verfehlte nie, starken Eindruck zu machen. Die freischwebende Intelligenz, Epilog zur romantischen Ironie mit dem „klein wenig Verachtung“ für die Masse (den „gemeinen Troß“, 9), wird sich in Arnold Ruge dankbar wiedererkennen.

Jürgen Behrens (Berlin)

Marx, Karl: Schriften und Briefe 1837—1844. Ergänzungsband, 1. Teil: Marx/Engels, Werke, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1968 (714 S., Kunstleder, 11,50 M).

Der hier anzuzeigende Halbband enthält die in der großen Marx-Engels-Werkausgabe (MEW) der DDR bisher fehlenden Schriften, Exzerptheft und Briefe des jungen Marx in guter Edition. Die berühmten „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ von 1844, die neben der Dissertation und den Vorarbeiten den Kern des Bandes ausmachen, sind von bleibendem Interesse, bei aller Unfertigkeit, nicht nur von biographischem. — Mit Erscheinen des zweiteiligen Ergänzungsbandes (vgl. die Bespr. in Arg. 44/1967, S. 320) ist die 1958 begonnene Herausgabe der 40bändigen MEW abgeschlossen. Obwohl es bisher keine Ausgabe gibt, die ihr an Vollständigkeit auch nur annähernd gleichkommt, fehlen noch immer die wichtigsten Arbeitsmanuskripte von Marx. Die „Grundrisse“ sind zwar in die MEW nicht aufgenommen, liegen aber wenigstens in separater Ausgabe vor. Daneben wartet ein ganzer Komplex von Exzerpten, Textvarianten etc. noch immer auf die Veröffentlichung. In der DDR und der Sowjetunion wird, um dem abzuhelfen, an der Vorbereitung einer historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) gearbeitet. Sie soll in vier Abteilungen gegliedert sein: abgeschlossene Arbeiten, das ökonomische Werk, Briefe, Exzerpte.

W. F. Haug (Berlin)

Peirce, Charles Sanders: Schriften I. Zur Entstehung des Pragmatismus. Mit einer Einführung herausgegeben von Karl-Otto Apel. Theorie I. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/Main 1967 (392 S., Ln. kasch., 12,— DM).

In der Wertehierarchie der kontinental-europäischen Bildung rangiert der Pragmatismus bis heute nicht an bevorzugter Stelle; die Skala der abschätzigen Urteile reicht von seiner Einstufung als typisch angelsächsische Flachköpfigkeit bis zur Behauptung, daß er nichts anderes als imperialistisch-spätkapitalistische Ideologie sei. An dieser Beurteilung ist der Pragmatismus selbst insofern nicht ganz unschuldig, als die popularisierende und psychologisierende Darstellung dieser Theorie in den Vorlesungen von W. James manchen jener Vorurteile Vorschub geleistet hat und nicht zuletzt darum vielfach maßgeblicher Gegenstand der Verurteilung blieb. Die Apelsche Ausgabe ausgewählter Schriften von Peirce, die in zwei Bänden vorgelegt wird, kann als das denkbar beste Mittel bezeichnet werden, vor allem im deutschsprachigen Raum jene Urteile als Fehlurteile zu entlarven und das philosophische Gewicht des Pragmatismus zu verdeutlichen. Sie kommt insofern den Erwartungen, die sich hierzu-lande aus dem Selbstverständnis akademischer Bildung ergeben, besonders entgegen, als sie mit einer außerordentlich gelehrten und beziehungsreichen Einführung von Apel versehen ist, die die argumentativen Bedingungen der Entstehung und den philosophischen Stellenwert des Pragmatismus eingehend analysiert. Die Peirceschen

Schriften sind so ausgewählt und angeordnet, daß die sachlichen Motive, aus denen diese Philosophie stufenweise entsteht, evident werden. Die erste Stufe ist bei Peirce — als Resultat seiner Beschäftigung mit Kant — eine kritische Reflexion auf das traditionelle Erkenntnischema, dem Platonismus und Nominalismus in gleicher Weise verhaftet sind: auf das Gegenüber von rezipierender Subjektivität und ansichseiendem Gegenstand. Aus der Einsicht, daß dieses Schema selbst nur ein Modell der Selbstverständigung über die Möglichkeit von Erfahrung ist, entspringt der sinnkritische Ansatz des Philosophierens, der sich bei Peirce zunächst in dem Versuch konkretisiert zu ermitteln, was wir mit „Realität“ meinen, wenn wir etwas real nennen (177, 32). In dieser Analyse entsteht die Einsicht in die konstitutive Bedeutung des intersubjektiven Konsensus und der praktischen Lebenszusammenhänge für die Erkenntnis und ihre Interpretation. Der Pragmatismus von Peirce unterwirft also nicht vorliegende Erkenntnisse nachträglich einem vorgegebenen außertheoretischen Legitimitätskriterium — etwa dem der technischen Verwertbarkeit oder der politisch-sozialen Nützlichkeit —, sondern er stellt den sozialen und praktischen Gehalt der geltenden Erkenntnisnormen und -formen selbst heraus: er entwickelt eine Philosophie, in der empirisch aufweisbare Handlungs- und Interaktionsstrukturen in ihrer transzendentalen Funktion sichtbar werden. Der Geltungsgrund der Bedingungen a priori von Wissenschaft wird nicht mehr in einem „Bewußtsein überhaupt“, sondern in dem realen Kommunikations- und Interaktionsgeflecht der Forschenden selbst aufgesucht. Die Peircesche Theorie hält sich damit in einem Indifferenzpunkt von theoretischer und praktischer Vernunft, wofür die Lehre von den Schlußformen als Modell dienen möge: Peirce zeigt zunächst in seiner Kritik der intuitiven Erkenntnis, daß alles Erkennen, auch das sinnliche, ein semiotischer Prozeß und darum in Wahrheit ein Schließen ist; die Schlußformen selbst aber werden von ihm später als Handlungsschemata weiterbestimmt, als Strukturen der praktisch-erfolgreichen Bewältigung der Welt (155 ff.; 94 ff.). Die Kantische Theorie der Kategorien als Verstandeshandlungen wird von Peirce ins Empirische gewandt, aber nicht um den Preis eines bloßen Instrumentalismus im Sinne des antipragmatistischen Vorurteils. Durch die sinnkritische Analyse hindurch restituiert Peirce gerade eine positive Theorie des Apriori, der Universalien und der intersubjektiv verbindlichen Wahrheit. Der zentrale Bezugspunkt dieser Theorie ist aber nicht mehr ein metaphysisches Fundament, eine nur zu rezipierende Gegebenheit — die sinnkritische Analyse hat deren Funktionslosigkeit im realen Erkenntnisprozeß, der zu begreifen ist, erwiesen —, sondern die logische und systematische Übereinstimmung des wirklichen Subjekts dieses Prozesses mit sich selbst: der dauerhafte Konsensus der experimentierenden und interpretierenden Forschergemeinschaft. Dieser Konsens, als das Ziel der Erkenntnis bestimmt, tritt damit an die systematische Stelle der Ursprünge von Erkenntnis, die ihnen im traditionellen Legitimationsmodell zukam; er wird zum Kriterium eines nicht länger gene-

tisch orientierten erkenntniskritischen Entscheidungsverfahren. Im Sinne einer Transzendentalphilosophie auf der Grundlage der Analyse eines „in the long run“ erfolgreichen intersubjektiven Handelns und seiner Bedingungen ist auch die pragmatische Maxime zu interpretieren, derzufolge Überzeugungen (beliefs) nichts anderes als die Festlegungen von Verhaltensweisen (habits) seien (138). Diese Gleichsetzung ist, wie Apel zeigt, nicht deskriptiv oder gar behaviouristisch gemeint, weil zwischen belief und habit nach Peirce eine logisch-implikative, normative Beziehung zu denken ist. Peirce hat immer wieder diese Theorie gegen naturalistische Verflachungen zu verteidigen gesucht. Die nachpositivistische Renaissance Peircescher Theoreme bei Popper oder in der Pragmatik, die Vorwegnahmen von Motiven der Wittgensteinschen Theorie der Sprachspiele, die sie enthält, mag schon ein Argument gegen die Unkenntnis dieser Philosophie sein; ihre Nähe zum wirklichen Erkenntnisprozeß und ihre analytische Kraft, die nicht wie die der modernen Wissenschaftstheorien nur zu logisch-strukturellen Untersuchungen ausreicht, sind die wichtigsten Gründe ihrer Unentbehrlichkeit in der aktuellen philosophischen Diskussion.

Herbert Schnädelbach (Frankfurt/Main)

Schulz, Walter: Wittgenstein. Die Negation der Philosophie. Neske-Verlag, Pfullingen 1967 (114 S., kart., 9,80 DM).

Der Untertitel dieses Buches formuliert die zentrale These, auf deren Bestätigung die Interpretationen des Autors ausgerichtet sind: daß Wittgenstein nicht eine neue Dimension von Möglichkeiten des Philosophierens eröffnet habe, sondern daß seine Überlegungen vielmehr auf eine Destruktion der Philosophie hinauslaufen und dies auch intendierten. Diese These richtet sich kritisch gegen die angelsächsische Wittgensteinschule, wie auch gegen die deutschsprachigen Versuche, die Motive jenes Denkens als hermeneutische oder transzendente Reflexionen auszulegen und damit der großen Tradition Europas als erfolversprechende Neuansätze einzuverleiben (cf. etwa 107 f. Fußn.). Der Begriff einer Wittgensteinschule ist für Schulz widersinnig; deren Vertreter laborieren ihm zufolge an dem paradoxen Versuch, aus der Aufhebung des Philosophierens selbst wieder eine Philosophie zu machen: ihre positiven Leistungen beruhen demzufolge auf einem Mißverständnis (105). Die transzendental-hermeneutischen Auslegungsversuche hingegen übersehen nach Schulz, daß Wittgenstein alle Ansätze einer Selbstverständigung des Subjekts über sich selbst und die Bedingungen der Möglichkeit von Erfahrung gerade beseitige durch das bloße Verweisen auf das faktische Sichzeigen der Sinnhaftigkeit von Sätzen (Tractatus) oder das durch keine Reflexion ableitbare Funktionieren von Sprachspielen (Philos. Untersuchungen). Wenn dieser Positivismus des Selbstausses der Bedingungen sinnvollen Sprechens an die Stelle der traditionellen Reflexion tritt, wird Philosophie als ganze sinnlos. Dem „Tractatus“ zufolge bedarf es weder bei der Behandlung wissenschaftlicher Fra-

gen noch bei der Lösung der „Lebensprobleme“ (6.52) der Philosophie, und den „Philos. Untersuchungen“ zufolge ist ja das Auftreten eines philosophischen Problems nichts anderes als das Indiz eines Verstoßes gegen die Regeln eines aktuellen Sprachspiels. In beiden Theorien wird, wie Schulz betont, die Reflexion zugunsten des Rekurses auf eine bloße Unmittelbarkeit aufgegeben. Damit geht eine behaviouristische Verdinglichung der Sprachvorgänge einher, in der für ein sich über sich und die Welt verständigendes Subjekt kein Raum mehr ist; Verstehen erscheint nur noch als regelkonformes Verhalten.

Diese Interpretation besitzt den Vorzug eines skeptischen Gegengewichts gegen allzu optimistische Wiedererkennungsakte seitens der traditionellen Philosophie, in denen der antiphilosophische Stachel der Wittgensteinschen Überlegungen nicht mehr registriert wird. Sicher darf nicht übersehen werden, in welchem Maße auch die „Philos. Untersuchungen“ innerhalb des Positivismus verhaftet bleiben, so viel Kritik sie auch an ihm enthalten mögen. Darüber, ob dies einem „Hang“ (106), der „Intention“ (8) oder gar dem „Anliegen“ (25) Wittgensteins zuzuschreiben ist, soll hier nicht gerechnet werden; die Destruktion der transzendentalen Subjektivität als eines möglichen Gegenstandes des Philosophierens ist nicht das Resultat eines antiphilosophischen Destruktionstriebes, sondern eines langen Entmythologisierungsprozesses, der bei Kants These beginnt, daß die transzendente Apperzeption ein X sei, über das sich nichts Inhaltliches aussagen lasse. Die Interpretationen von Schulz verbleiben völlig in der deutschen Tradition der Ich-Bewußtseins-Philosophie und verkennen darum notwendig die skeptischen Argumente, die Wittgensteins Schriften dagegensetzen. Dialektische und pragmatistische Kritik der Erkenntnistheorie demonstrierte lange vor Wittgenstein die Unmöglichkeit einer Theorie des Transzendentalen, die abgelöst wäre von der Analyse der Empirie, deren Bedingungen sie explizieren soll; Transzendentalphilosophie läßt sich nicht länger auf eine Theorie der Subjektivität beschränken (dagegen Schulz: 15 ff.). Ist aber die Notwendigkeit einer materialen Ausweitung der transzendentalen Reflexion als notwendig erkannt, erweist sich die These, daß Wittgenstein nichts zu solcher Reflexion beigetragen habe, sondern nur deren Aufhebung intendiere, als dogmatisch. Einer solchen Interpretation liegt ferner eine Verwechslung des häufig polemisch artikulierten Selbstverständnisses dieser Philosophie mit ihrem expliziten Gehalt zugrunde. Der Hinweis darauf, daß Wittgenstein die Sprache zu einer ansichseienden, wie ein sich selbst regelndes System funktionierenden Faktizität verdinglicht, ist sicher legitim; aber eben dieser Faktizität kommt Wittgenstein zufolge selbst die transzendente Funktion zu, Bedingung und Horizont der Selbst- und der Gegenstandserfahrung zu sein. Schulz hingegen operiert mit einem Dualismus von Subjekt und Objekt, Sprache und gegenständlicher Welt, der nicht zuletzt durch Wittgensteins sprachanalytische Untersuchungen als problematisch aufgewiesen wurde. Wenn man dies anerkennt, braucht man nicht gleichzeitig in eine

kritiklose Rezeption der Wittgensteinschen Gedanken zu verfallen. Trotz aller Bedenken, die gegen die Resultate im einzelnen vorgebracht werden können, hat Wittgensteins sprachanalytischer Ansatz doch den Zugang zu einer neuen Dimension von Lösungsmöglichkeiten eröffnet, die sich die gegenwärtige Reflexion mit dogmatischen Argumenten nicht selbst wieder verschließen sollte.

Herbert Schnädelbach (Frankfurt/Main)

Topitsch, Ernst: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft. Soziologische Texte, Bd. 10. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1966 (363 S., Pb., 24,80 DM).

Die Neuauflage der ideologiekritischen Studien Topitsch' sind um zwei Arbeiten vermehrt, die wie die übrigen die zentrale Thematik des Autors behandeln: den „abendländischen“ und den „marxistischen“ Dogmatismus der „Sozialphilosophie“. Die um die „Restoration des Naturrechts“ im weitesten Sinn gruppierten Sozialphilosophen einerseits und die mythologischen, eschatologischen, gnostischen etc. Elemente sowohl bei Marx selber wie auch in den „scholastischen“ Verdinglichungen des Marxismus andererseits werden Thema der Ideologiekritik. Diese Kritik nach zwei Seiten motiviert sich von einem Ideologie- und Wissenschaftsbegriff her, der sich „demokratisch“ und als wahrer Repräsentant der nach Topitsch vom Naturrecht und vom Marxismus verfälschten Aufklärung versteht.

Topitsch' Ideologiebegriff schließt an die positivistische Ideologienlehre Geigers sowie an die Theorie der Derivationen Paretos an: Ideologien gelten einerseits als in Tatsachenfeststellungen gekleidete Wertungen oder Interessen, andererseits als zumeist zirkelhaft strukturierte „Leerformeln“, die einen nicht vorhandenen Erkenntnisinn unterstellen. Es handelt sich dieser Auffassung zufolge um „Zwittergebilde zwischen Mythos und Wissenschaft“, deren gesellschaftliche Resonanz auf eben dieser Ambivalenz beruht. In diesem Sinn traktiert Topitsch insbesondere den Marxschen Ideologiebegriff, indem er den in ihm angelegten Versuch, die Bedingungen des gesellschaftlichen Bewußtseins und die Kritik des falschen Bewußtseins zusammenzudenken, durch den Hinweis auf die heterogene „Vorgeschichte“ der beiden „Elemente“ des Begriffs relativiert: Der von Bacon herkommende „aufklärerische“ Sinn von Ideologie und das über Hegel eingewanderte „neuplatonisch-gnostische“ Moment gehen nach Topitsch bei Marx eine prekäre Verbindung ein, die selbst wieder unter das Verdikt der vom Autor vertretenen positivistischen „wissenschaftlichen“ Ideologiekritik geraten muß. Als Resultat dieser Kritik erscheint ein „wissenschaftlich“ halbierter Marx bzw. die hypostasierte Trennung von „Wissenschaft“ und „Mythologie“.

Der Ideologiekritik wird ferner ein methodologischer Ort zugewiesen. Sie soll als „jene Sparte der Wissenssoziologie“ existieren, die „die Verfälschungen und Verzerrungen feststellen und ausschalten soll, die das menschliche Denken durch die sozialen Gegebenheiten erfährt“. Die Wissenssoziologie beschäftigt sich als übergeordnete

Disziplin mit den „Beziehungen zwischen Gesellschaft und Erkenntnis“, während umfassend schließlich die „Kultursoziologie“ die allgemeinen „Wechselbeziehungen von Gesellschaft und Kultur“ untersucht (27).

Die Ideologiekritik Topitsch' erscheint brauchbar dort, wo sie in concreto die Rolle der Sprache, der Analogiebildung, des Zirkels und der Abstraktion in der Ideologienbildung untersucht; sie kann freilich damit nur den Bereich des ideologischen Bewußtseins erreichen, in dem der Anspruch formulierter und verifizierbarer Erkenntnis aufrechterhalten wird; die gesellschaftliche Bedeutung, die Rationalität, die Bedingungen des ideologischen Bewußtseins sowie die Perspektive eines gesamtgesellschaftlich determinierten Verblendungszusammenhangs müssen ihr verborgen bleiben. Die von Topitsch der Ideologiekritik aufgetragene Analyse der durch „die sozialen Gegebenheiten“ bedingten „Verfälschungen“ des Denkens erweist sich stets nur als Kritik an der Unzulänglichkeit der Erkenntnismittel. Die Kritik zielt auf das Subjekt, dessen „Verfälschung“ als gesellschaftliches Problem zu erkennen, Topitsch unterschlägt.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

II. Soziologie

Bouman, Pieter Jan: Grundlagen der Soziologie. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1968 (173 S., geh., 17,50 DM/geb., 21,— DM).

In kultursoziologischer Perspektive will der Verfasser Ideen und Begriffe vorführen, die die heutigen Sozialwissenschaften beherrschen. Schon im Rückblick dominiert dabei die bereits mit Comte anhebende „positive“ Soziologie gegenüber jener kritischen Variante, die Marx in Analyse und Kritik idealistischer Philosophie, eher rückwärtsorientierter Sozialutopie und politischer Ökonomie entwickelte. Soziologie, als selbständige Wissenschaft erst ein Kind des 20. Jahrhunderts, verzweigte sich zunächst in einen kulturwissenschaftlichen Ansatz (Max Weber), eine soziale Formenlehre (Simmel) und eine Institutionenlehre (Durkheim). Während in Europa auch später noch Soziologie und Sozialphilosophie eine enge Verbindung eingingen, entwickelten sich in den USA mit Pragmatismus und Behaviorismus streng empiristische Varianten des „fact-finding“.

Vollends nach dem 2. Weltkrieg machte sich daher ein grundlegender Mangel an Theorie bemerkbar, auch wenn das methodologische Interesse sprunghaft anstieg, jedoch dem Sog naturwissenschaftlich „quantifizierender Methode“ und „mathematischen Kunstgriffen“ ausgeliefert scheint. Da Bouman aber in den Wissenschaften vom Menschen eine Anzahl „qualitativer Variablen“ und den „historisch-relativen Einschlag“ menschlichen Handelns erkennt, plädiert er im Gegensatz zur naturwissenschaftlichen Theoriebildung, entsprechend Mertons „middle range theories“, für Theorien mittlerer Reichweite.

Im Zentrum der Boumanschen Übersicht stehen daher Kategorien wie z. B. die „soziologische Zwischenkategorie Rolle“, die sich funktional-struktureller Analyse als Grundlage anbieten und innerhalb der Dreiheit „Kultur — Sozialstruktur — Persönlichkeitsstruktur“ die Aufstellung verifizierbarer Hypothesen fördern. Die Sozialstruktur, als Ausdrucksform der Kultur jeweils der soziale Aspekt eines Kulturmodells, wird als ein „integriertes Ganzes von Institutionen, Gruppen und Gruppierungen“ mit spezifischen Formen sozialen Handelns definiert. Letztere vollziehen sich in Institutionen, vor allem in der Institution Sprache, die als Medium der Kommunikation einen Bogen von der Kultur zur Persönlichkeitsstruktur spannt.

Nachdem Bouman Gruppenphänomene, Institutionen und Kulturmodelle vom Standpunkt einer allgemeinen sozialen Formenlehre betrachtet und das von der sozialpsychologischen Kleingruppenforschung weitgehend bestimmte Phänomen der Gruppe analysiert hat, wendet er sich dem räumlichen Aspekt eines Gruppenlebens in lokalen Einheiten zu, ehe einige spezielle Soziologien den Überblick beschließen. In Kultur-, Wissens- und Wissenschafts-, Rechts-, Betriebs- und Religionssoziologie sollen Begriffe wie Institution, Kultur, Sozialstruktur und Persönlichkeit ihre weitere Legitimation erfahren. Allerdings spart diese mehr statische, wenn auch mit dynamischen Gleichgewichten operierende Auffassung die gesellschaftliche Entwicklung weitgehend aus; mit dialektisch-kritischer Theorie opfert sie auch Möglichkeit wie Intention einer vernünftigen Praxis, die einst Gesellschaftstheorie leitete. Paul Oehlke (Marburg/Lahn)

Moore, Wilbert E.: Strukturwandel der Gesellschaft. Grundfragen der Soziologie, Band 4, hrsg. von Dieter Claessens. Juventa Verlag, München 1967 (208 S., Ln., 14,80 DM/br., 10,80 DM).

Die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der modernen Industriegesellschaft beschleunigen die nunmehr offenbaren Probleme sozialer Dynamik. Moore nimmt sich ihrer an, indem er Begriff und Realität des „sozialen Wandels“ prüfen will. Freilich trägt Dieter Claessens' Ankündigung, daß der Autor „wie mit einem Skalpell in die verschiedenen Schichten des Phänomens“ (7) eindringe. Statt theoretischer Analyse erwarten den Leser mehr oder weniger relevante Aspekte eines „amorph“ verwendeten Begriffs, dem der aus den Naturwissenschaften entlehnte des „Systems“, im Sinne eines funktionellen Zusammenhangs von empirischen Regelmäßigkeiten, entspricht.

Zunächst unterscheidet Moore zwischen der „Aufeinanderfolge kleiner Handlungen“, die ein System ausmachen, und „Veränderungen im System selbst“. Dabei definiert er ein soziales System durch Einheiten von Menschen oder richtiger: Akteuren und Rollenspielern, die ihre Handlungen nach Zielen oder Werten ausrichten. Das soziale System besteht demnach aus „Handlungsformen“, der „Konstellation geistiger Vorstellungen“ und „Verhaltensregeln“, aus denen jedoch objektiv erkennbare sozio-ökonomische Strukturen und politisch-

gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse herausfallen. Dadurch wird der soziale Wandel zu „etwas Allgegenwärtigem“ entschärft, das nun besonders im „kleinen Format“ in Familie, anderen Kleingruppen, Verwaltungen etc. beschrieben werden kann.

Ursachen und Wirkungen verschränken sich so in bunter Mischung; nachdem die verschiedenen Theorien gesellschaftlicher Entwicklung wie „Stufen“- oder „Zyklus“-Theorien aneinander relativiert sind, kann die „Mär von einer einzigen und alleinigen Theorie des Wandels“ rasch widerlegt werden. Die weite Spanne sozialer Systeme „von einem Freundespaar bis zum großen Nationalstaat“ schlägt deskriptive Geistesart gleichermaßen über die engen Leisten eines Systems von Rollenspielern, deren Handeln sich nach jenen dualistischen Verhaltensregeln richtet, die zwischen Belohnung und Strafe, also Zuckerbrot und Peitsche oszillieren. Untergründig fließt in die arglose Theorie mit dem impliziten Sanktionenvollzug eine reale Herr-Knecht-Dialektik ein.

Trotz allgemeiner Relativierung mißt Moore der „Theorie von Wirtschaftsentwicklung und Gesellschaftswandel“ für die Vorgänge der Industrialisierung beträchtliche Relevanz zu. An diese heftet er eine keimfrei gesehene „Institutionalisierung der Rationalität“. Daß die Ausdehnung rationaler Subsysteme selbst in historisch sich entfaltenden Produktionsweisen gründet, bleibt dem Autor ebenso verborgen, wie er andererseits schon die bloße Erwähnung sozialer Herrschaft und politischer Macht scheut. Dieser bereits im methodischen Ansatz sich ankündigenden Versagung folgt die unbestimmte Aussage: „Es ist zweifelhaft, ob irgendjemand irgendwo wahrhaft an die völlige soziale Gleichheit glaubt, aber es ist ebenso zweifelhaft, daß irgendeines der bestehenden Systeme der Ungleichheit sich auf irgendeine auch nur annähernd einmütige Zustimmung stützen kann“ (142).

Wohl kommt Moore zu der Einsicht, daß die „Arbeitsorganisation als zur ‚Kernstruktur‘ der Industrialisierung gehörig“ (162) anzusehen sei, doch bleibt diese Aussage ähnlich formal wie der Begriff der „Wirtschaftsorganisation“ — der für positivistisches Denken so eklatante Sachverhalt, daß in der Pose scheinbarer Wertfreiheit und Objektivität das Denken eben dort aufhört, wo die kritische Analyse beginnen müßte. So werden Spannungen und Konflikte in den Industriegesellschaften wie auch ihre Hauptunterschiede von der sozialen Basis in den politischen Bereich verschoben. Zwar sieht Moore die Naturwissenschaft durchaus als ein Erzeugnis der Gesellschaftsorganisation; aber vor der einzig relevanten Frage, wie die drohenden Gefahren totaler Vernichtung entstehen oder gar verhindert werden können, verschließt naiver Theorieersatz hilflos die Augen. Der in dieser Weise beschränkte Pessimismus gegenüber einer herrschaftsbestimmten Realität zeugt letztlich von einer Denkweise, die nicht mehr zu erklären, geschweige aufzuklären vermag, sondern nur noch der Verklärung bloßer Faktizität dienstbar scheint.

Paul Oehlke (Marburg/Lahn)

Mauss, Marcel: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Theorie I, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1968 (185 S., Ln. kasch., 8,— DM).

Ders.: *The Gift. Forms and Functions of Exchange in Archaic Societies.* Glencoe, Illinois 1954 (130 S., Ln., 14,— DM).

Ders.: *Sociologie et Anthropologie*, Presses Universitaires de France, Paris 1950 (Pb., 380 S., 800 frs). Deuxième Partie: *Essai sur le don. Forme et raison de l'échange dans les sociétés archaïques* (1925), p. 145—279.

Zitierung: deutsche Ausgabe = d, amerikanische = a, französ. = f.

Alle Schriften der von Mauss organisierten Durkheim-Schule sind an die leidende moralische Wirklichkeit adressiert, an die normal, also naturjuridisch in humanistischer Union zu versöhnende Gattung Mensch. In selbstdarstellender Allegorie konstruiert ihre Soziologie wie der „Zimmermann des König Arthur“ einen runden Tisch, „an dem 1600 Männer und mehr sitzen können“ (d 182), und der als moralische Tatsache das Kopfende abschafft und somit Hierarchie und Streit überrundet. Der Appetitus der Menschen zu egalitär distributiver Gerechtigkeit und freundlich konsumierender Allgemeinheit ist normal und dann moralisch, „wenn sie es lernen, sich um ihren gemeinsamen Reichtum zu scharen“ (d 182). Aber die klassenjuridisch geschützte Hierarchie und die besiegbaren (d 182) und ihr präzise vergleichbaren (d 20) Lagen von Industrie und Markt verursachen Arbeitslosigkeit (d 160) als fait social des Pathologischen. So „bedarf es größerer Fürsorge für das Individuum, für sein Leben, seine Gesundheit und Erziehung. Wir brauchen mehr Großzügigkeit, mehr Sensibilität (f 262) bei der Wohnungsvermietung und beim Verkauf von lebenswichtigen Gütern“ (d 162). „Man kann sagen, daß heute ein großer Teil des industriellen und kommerziellen Rechtes mit der Moral in Konflikt steht“ (d 159). Die „Sozialversicherung, dieser schon verwirklichte Staatssozialismus, ... Familienbeihilfen, ... Arbeitslosenversicherung sind Zeichen einer Rückkehr zum moralischen Recht“ (f 260—61). „Diese Ersatzkassen ... haben in den Augen der reinen Moral nur einen Fehler: ihre Verwaltung liegt ausschließlich in der Hand der Arbeitgeber“ (gestion est patronale, f 262). „Die (im Essay ethnografierten ursprünglichen Moral-) Prinzipien wirken der Härte und der Unmenschlichkeit unserer Gesetzbücher entgegen“ (d 159). Gleich Durkheim registriert M., daß Kapitalismus schuldhaft Entfernung vom utopisch-sozialistischen Ursprung sei und das Kollektivbewußtsein zerstört, das diejenigen Regelungen bewahrt, die natürlich sind und dem klassenjuridisch verzerrten Vertragsrecht vorausgehen (d 17; 21). Wie funktioniert die Basis dieses vom Besitzindividualismus verzerrten Vertragsrechts? Die sekundäranalytische Untersuchung *Essai sur le don* beweist deskriptiv, daß das Schenken dem Tausch historisch vorangeht, aber von der Universalität des Tauschprinzips liquidiert wird. Schenken und Annehmen sind die ursprünglichen Triebfedern des Distributionskosmos, gar nicht: Angebot und Nach-

frage. Auch die Hypothese Rousseaus, der Sozialzustand gehe den Verträgen voran, wird empirisch eingelöst. Vertragsrecht ist stillgestellter Kampf und kann schon deshalb nicht zu den gesuchten menschlichen Felsgründen (f 148) gehören, „auf denen unsere Gesellschaften ruhen“ (d 19). Durkheim vermutete als eine der marginalen Regeln der soziologischen Methode, das Kollektivbewußtsein müsse der Existenz von Verträgen systematisch, aber nicht historisch vorausgesetzt werden: M. falsifiziert es. Ms. Beschreibungsinteresse expliziert Institutionen des nicht-kontraktuellen Momentes im sich entfaltenden Kontrakt, „Institutionen, die den Übergang zu unseren eigenen Rechts- und Wirtschaftsformen gebildet haben“ (d 120): „Welches ist der Grundsatz des Rechts und Interesses, der bewirkt, daß in den rückständigen und archaischen Gesellschaften das empfangene Geschenk zwangsläufig erwidert wird? Was liegt in der gegebenen Sache für eine Kraft, die bewirkt, daß der Empfänger sie erwidert?“ (d 18). Der nebenher nachgewiesene Ursprung des Warencharakters ist der der Talismane, für die man Kredit hat, denen man warenreligiös glaubt. Die den Waren auch ursprünglichen Ehrengaben wurden kalkuliert: bei einer Geburt schenkt jeder ein Ei (d 158), zur Hochzeit empfängt man Decken (d 79). „Der Ursprung des Kredits ... ist in einer Kategorie von Regeln gegeben: nämlich der Gabe“ (d 84). Regulatives Prinzip der Gaben und ihrer Erkenntnis ist für M.: Totalität.

Suhrkamp zog anstelle der Introduction von Cl. Lévi-Strauss die von Evans-Pritchard herbei („M. ging zu den Quellen ... M. hat gezeigt, daß man dies tun kann, ohne seine Gelehrtenstube zu verlassen ... Der Essai ... ist auch sehr wichtig für das Verständnis von M. und für seine Beurteilung ...“). Die exakte dt. Übersetzung Eva Moldenhauers folgt anfangs meist dem französ. Text, dann, seit der Thematisierung zerstörerischer Tauschformen in Amerika (die dem Indianertopos folgen: wir können uns das leisten, unsere employees müssen ja wieder produzieren), folgt sie mehr der US-Ausgabe, deren Textabweichungen Inferentialindikator „for easier reading“ und des kulturspezifischen Kampfes „for the sake of clarity“ (xi) sein mögen. Clearly beginnt sie mit „The foregoing lines“, weil foregoing 85 Zeilen fehlen. Aus Stichproben: „économies et droit“ (f 150) liest sich clearly erst „systems“ (a 3), „régime du don“ (f 194) = „institutions“ (a 30), „un système du droit et d'économie“ (f 192) = „institutions“ (a 30), „chef et son clan“ (f 200) = „individual“ (a 34), „désintéressé“ (f 194) = „interested“ (a 31), „profanes“ (f 210) = „outsiders“ (a 39), „parents“ (f 192) liest sich easier „relatives“ (a 30). Nervosité (f 212) ist aus dem US-Text relaxed, Wörter wie Interesse, allgemeiner, wucherisch ... fehlen a 26 ersatzlos, a 28 liest man „factors“ als Zugabe wie sonst „value“. Wenn das frz. „talisman“ überhaupt übersetzt wird, dann in „clans“ (a 42). Gar auf die Primitivität des Militärs hinzuweisen, erübrigt sich in USA (a 40). Sobald weitere Essays aus Sociologie et Anthropologie bei The Free Press erscheinen sollten, werden weitere Übersetzungen aus dem Französischen angelegen sein.

Wolfram Thunack (Berlin)

Schmidt, Regina, und Egon Becker: Reaktionen auf politische Vorgänge. Drei Meinungsstudien aus der Bundesrepublik. Frankfurter Beiträge zur Soziologie Bd. 19. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1967 (160 S., kt., 14,— DM/Ln., 20,— DM).

Intention des Buches ist, das Verhältnis der westdeutschen Bevölkerung zur Demokratie anhand empirischen Materials genauer zu bestimmen. Die Analyse stützt sich auf drei getrennt angelegte Studien, die das Institut für Sozialforschung in der ersten Hälfte der 60er Jahre zu einigen aktuellen politischen Ereignissen durchführte: zur Spiegelaffäre (1962), zum Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg (1963), zum Eichmann-Prozeß (1961 und 1962). Zusätzlich wurden vergleichbare Teilergebnisse aus Untersuchungen der kommerziellen Meinungsforschung herangezogen.

Auf die methodische Seite der drei Studien wird hier nicht näher eingegangen. Nur soviel sei gesagt: Es handelte sich bei den Erhebungen um sog. Quickies, um kurzfristig geplante Untersuchungen von unterschiedlicher Stichprobengröße und -reichweite (teilweise nur Frankfurter Bevölkerung, teilweise Bundesbevölkerung). Auch im Buch selbst ist diese methodische Seite sehr knapp gehalten: Im Anhang findet man nur die verwandten Fragebogen; man vermißt an dieser Stelle Angaben über den Zeitraum der Untersuchungsdurchführung sowie über Größe und Radius der Stichproben; hierüber erfährt man nur etwas in einer Fußnote (22).

Die drei Studien liegen inhaltlich auf verschiedenen Ebenen. Die Äußerungen zur Spiegelaffäre und zum Metallarbeiterstreik enthüllen vor allem die Inkonsistenz des politischen Bewußtseins der bundesrepublikanischen Bevölkerung. Die Untersuchung zum Eichmann-Prozeß zielt auf eine spezifische Dimension des Problems: auf den Umgang mit den aus der Vergangenheit stammenden Schuldgefühlen. Dabei zeigt sich, daß der Prozeß gegen Eichmann im fernen Israel — im Gegensatz zum Frankfurter Auschwitzprozeß — es offensichtlich vielen ermöglichte, ohne allzu große innere Widerstände in ihm stellvertretend eigene Schuldgefühle abzuurteilen.

Der Interpretation der heterogenen Untersuchungsergebnisse liegt ein einheitlicher theoretischer Bezugsrahmen (vgl. Einleitung, 11—24) zugrunde: ein emphatischer Begriff von Demokratie und Öffentlichkeit, wie er insbesondere in den Arbeiten von Habermas („Strukturwandel der Öffentlichkeit“) und anderen („Student und Politik“) entfaltet wurde. Danach wird politisches Bewußtsein gemessen an drei Kriterien: Informiertheitsgrad, Bereitschaft zu aktiver politischer Beteiligung und Urteilsfähigkeit der Bürger. Dieses dritte Kriterium, die radikale Frage, ob die Bürger imstande sind, politische Einzelphänomene in jeweils größeren politischen bzw. gesellschaftlichen Zusammenhängen zu verstehen, sie z. B. auf den Rahmen der Verfassung zu beziehen — dieses Kriterium erweist sich im Verlauf der Analyse als das bedeutsamste.

In allen drei Studien zeigen die Meinungen der Befragten eine

auffallende Uniformität, quer durch alle soziale Schichten. Politische Ereignisse werden weitgehend isoliert, auf einer vordergründig unpolitischen Ebene rezipiert: die Spiegelaffäre z. B. als sensationeller Konflikt zwischen einer Wochenzeitung und den staatlichen Instanzen, der Metallarbeiterstreik als reiner Lohnkonflikt. Selbst hier bleibt der Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Interessenstruktur außerhalb des Blickfelds der Mehrheit. Die auch bei gutem Willen und demokratischem Selbstverständnis in der Regel unsicheren Beurteilungen der jeweiligen Situation sind zudem häufig in sich widersprüchlich. Wer hinsichtlich des Verhältnisses von Staatsschutz und Pressefreiheit „demokratisch“ reagiert, beurteilt gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen wie Streiks womöglich „undemokratisch“. In „Krisensituationen“ neigt man ohnehin in der Bundesrepublik leicht zu obrigkeitstaatlichen Lösungen. Ein Mehr an Kenntnissen über die politischen Institutionen und das politische Geschehen sowie eine größere Bereitschaft zu politischer Aktivität garantieren nicht unbedingt schon demokratischere Einstellungen (37 f.). Die Herausgeber schreiben im Vorwort: „In allen sozialen Schichten und Bildungsgruppen erwies sich die Reichweite politischer Interessen als begrenzt: soweit es nicht um krasse, durchsichtige Schichteninteressen geht, erscheint den meisten die Sphäre der Öffentlichkeit als ihrer individuellen Erfahrung entrückt; es lohne sich nicht, für sie sich zu engagieren“ (8).

Angesichts dieser Resultate läßt sich die Frage nach dem „politischen Potential“ schwer beantworten. Von einem Kontinuum konsistenter Einstellungen von autoritär bis liberal kann wohl nicht mehr gesprochen werden. Die Autoren interpretieren die Ergebnisse im Sinne des Verfalls bürgerlicher Öffentlichkeit und der Ausbreitung politischer Konsumhaltung. Spontanes Interesse an der Kontrolle politischer Vorgänge und am geregelten Austragen sozialer Konflikte, das zu neuen Lebensformen führen könnte, weicht einer Anpassung an die Produkte des Meinungsmarktes, und zwar in dem Maße, wie der politische Bereich und die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge individueller Erfahrung und Einflußnahme entrückt werden. Auf dem Hintergrund der tendenziell apolitischen Haltung der Bevölkerung ist ein Meinungsumschwung zugunsten eines politischen Willkürsystems nach Ansicht der Autoren nicht zu befürchten. Bedenkt man jedoch, daß ein gutes Drittel der Befragten von einem diktatorischen Regime für ihr persönliches Leben keine Konsequenzen antizipieren kann, so wäre zumindest auch kein großer Widerstand gegen eine solche Entwicklung zu erwarten. „In Zeiten wirklich ernsthafter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gefahren“, schreiben die Autoren, „dürfte es leicht sein, das Bewußtsein breiter Kreise im Sinne autoritärer Maßnahmen zu manipulieren“ (79).

Imme Horn (Frankfurt/Main)

Hofmann, Werner: Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie. Edition Suhrkamp 261, Frankfurt/Main 1968 (141 S., Pb., 3,—).

Die ersten beiden Aufsätze behandeln die „Krise“ und die „gesellschaftliche Verantwortung“ der Universität. Entgegen vielen offiziellen Diskussionsbeiträgen und Reformakten wird hier „wissenschaftsoziologisch“ nach der — nach Meinung des Autors hinter der Krise der Universität sich verbergenden — „Krise der Wissenschaft“ gefragt. Es ist vorab die unverkennbare *Enttheoretisierung* der sich absondernden Teildisziplinen, die z. B. die Forderung nach interdisziplinärer Kooperation zum formalistischen Alibi einer nur äußerlichen und begriffslosen „Reform“ werden läßt. Der Verbund enttheoretisierter, enthistorisierter und formalisierter Teildisziplinen, die schon die einfachsten Tatbestandsaufnahmen als „Theorie“ stilisieren (cf. S. 14 f.), deutet eher auf das „Schwinden des Bewußtseins . . . von der gesellschaftlichen Relevanz der Wissenschaft (Theorie) überhaupt“. Der Begriff der Theorie ist nach Hofmann nicht zuletzt dadurch selber in Mitleidenschaft gezogen. Andererseits: Die positivistische Dürftigkeit der Disziplinen, die sich auf ihre Wendung zum Stofflichen etwas zugute halten, trägt auch zur „Entwertung der Faktizität“ bei. Der Theorieverlust zeitigt den Verfall der Wahrnehmung gesellschaftlicher und historischer Realitäten, wie die beschädigte Wahrnehmung des Details die Theoriebildung erschwert. Die in der Spezialisierung beschlossene Zusammenhangslosigkeit der Universität als Ganzer schränkt fernerhin die Resistenz gegen Ideologien ein, die, seien sie fachspezifisch oder wissenschaftsfremd, in von Theorie entblößten Disziplinen besonders gedeihen. Gleichzeitig wird die Möglichkeit sachkundiger Kontrolle in der Regel eingeschränkt: Des Elements des Bestreitbaren gehen die angesprochenen Disziplinen so verlustig, wie auf der anderen Seite der Boden einer wissenschaftlichen Autoritätsbildung bereitet wird. Die autoritären „literarischen und akademischen Meinungsoligarchien“ werden von zwei komplementären Gelehrtentypen verwaltet: dem „redlichen Handwerker“, der sich in den „Ritzen und Poren dessen ansiedelt, was sein Fach noch übriggelassen hat“ und dem „professoralen Großunternehmer“, der in „wahrhaft faustischem Drang nach Welt“ die „fremdverfertigte wissenschaftliche Ware“ in genauer Kenntnis des Marktes verwertet. Beide Sachwalter der Wissenschaft sind in eine Gesellschaft integriert, die „überall da, wo sie sich selbst zum Gegenstand wird, Wissenschaft längst hinter sich gelassen hat“ (32). Die kritische Neuformulierung und „inhaltliche Selbsterneuerung der Wissenschaft“ wäre geeignet, die durch das Auftragsunwesen und die Interessenbindung gesetzten gesellschaftlichen Schranken, indem diese expliziert werden, zu überschreiten. Die Interessenfreiheit der Wissenschaft ist die erste *gesellschaftliche* Anforderung an sie; denn: „Wissenschaft findet zur Gesellschaft, indem sie zu sich findet“ (36). Ihre Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft ist allerdings eine fortschrittliche und weisende. Nicht die Abzeichnung der Gesellschaft wie sie ist, sondern wie sie nach Einsicht der Wissenschaft sein könnte, ist das Kriterium des Wertes jeder Wissenschaft.

In zwei weiteren Aufsätzen, „Wissenschaft und Ideologie“ und „Vom Werturteil in der Gesellschaftslehre“ erläutert und vertieft Hofmann

seinen Wissenschaftsbegriff. Er wendet sich zunächst gegen den „Panideologismus“, gegen das Halbdunkel eines allgegenwärtigen Ideologieverdachts ontologischer, anthropologischer oder einen gesellschaftlich totalen Verblendungszusammenhang verdinglichender Art. Nicht durch die kognitive Grundsituation der Menschen, sondern durch schwankende gesellschaftliche Verflechtungen des Bewußtseins ist Ideologie bestimmt. Von diesen ihren *Inhalten* ist aber ihre *Funktion* als gesellschaftliches Rechtfertigungsdenken zu sondern, das „soziale Gegebenheiten absichern, legitimieren, aufwerten“ möchte (54). Die „soziologische Deutung der Fehlurteile“, Thema der Ideologiekritik im Gegensatz zur bloß erkenntnistheoretischen Falsifikation, bedient sich der „immanenten Kritik“, die zunächst die hypothetische Aneignung des Gemeinten erfordert, dann aber Beziehungen zur ausgeprägten Interessenlage, zu resultierendem Verhalten etc. herstellt. Derart erschließt sich der Wirklichkeitsgehalt auch des falschen Bewußtseins, seine *gesellschaftliche Wahrheit*, die von der erkenntnistheoretischen sich unterscheidet. In den Gesellschaftswissenschaften können die von der „bürgerlichen“ Wissenschaft fortwährend produzierten Antithesen nicht ohne weiteres gelten. Das Verifikationsprinzip der positivistischen Ideologiekritik — „wahr, falsch, sinnlos“ — (bei Geiger selbst kontrovers) vermag den historischen Stellenwert der „falschen Aussage“ so wenig zu bestimmen wie die Gründe für ihre gesellschaftliche Glaubwürdigkeit. Die antithetische Denkfigur ist auch für die unter wechselnden Formeln immer wieder aufgelegte Werturteilsdiskussion von Bedeutung. Die aus der Wissenschaft gewiesenen „Werte“ und der bewegte Obskurantismus, daß die Wissenschaft im „Leben“ zu stehen habe, konkurrieren zum gleichen Effekt: zum Dispens der Wertenden von der Wissenschaft und zum Dispens der Wissenschaft vom Werturteil. Die unbegriffenen „Werte“ werden dann um so mehr zu den herrschenden (S. 69). Ferner geht es Hofmann darum, die geläufige Alternative von Wertabsolutismus und Wertrelativismus aufzuheben. Nicht nämlich bedeutet der Wertrelativismus die „Relativität“ der Objektivität und Gültigkeit; durch die bloße Bezogenheit der „Werte“ wird nicht deren Geltung aufgeweicht; vielmehr „begründet gerade die Relativität des Zutreffens jeweiliger Wertvorstellungen deren Gültigkeit, Objektivität und damit auch die Legitimität“ (S. 79). Die Alternative von Absolutismus und Relativismus ist hinfällig, wenn man das „gesellschaftlich Wertvolle als das historisch Erfüllbare“ bedenkt, wenn gerade in einer recht verstandenen Relativität jene gesellschaftliche Geltung zu sehen ist, die für die Veränderung der Gesellschaft, die „objektiv durch den Stand der Gesamtkräfte . . . gesetzt ist“, verbindlich wird.

Drei Aufsätze schließlich sind dem „Elend der Nationalökonomie“ heute gewidmet. Der Abriß der methodologischen Entwicklung der Nationalökonomie konzentriert sich vornehmlich auf den seit den Tagen der Grenznutzenschule wachsenden Subjektivismus in der Wertlehre. Dieser wird aber nicht nur als Unfähigkeit registriert, die objektiven Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion darzustellen. Vielmehr wird eine Verbindung zu den sensualistischen Sozial-

philosophien sowie zu der im Interessenkontext des Kapitalismus stehenden personalistisch-triebpsychologischen Interpretation der ökonomischen Probleme hergestellt. Das in der nachklassischen Einkommenstheorie herrschende monadologische Gesellschaftsbild, die Vereinheitlichung der gesellschaftlichen Einkommen zum „Unterfall der allgemeinen Preistheorie“ und d. h. die Hypostasierung ahistorischer, untereinander identischer Wirtschaftssubjekte gibt — und hier zeigt sich Hofmanns ausgezeichnet begründeter Aktualitätsbezug — die theoretische Grundlage für die Ideologie der sozialen Partnerschaft ab.

Aber auch im ganzen hat nach Hofmann die Nationalökonomie den Charakter einer gesellschaftlichen Rechtfertigungslehre angenommen. Die im klassischen Liberalismus, vorab in der Arbeitswerttheorie trotz aller durch den Stand der gesellschaftlichen Entwicklung gegebenen Beschränkungen zweifellos vorhandenen Einsichten in einige Grundbedingungen der Markt- und Erwerbsgesellschaft werden aus der offiziellen Nationalökonomie, spätestens seit der Grenznutzenschule verbannt. Nach der Aufgabe der historischen und „gesellschaftswissenschaftlichen“ Sichtweise wird auch die Behandlung der sozialen und Arbeiterfrage in den „außerwissenschaftlichen“ Raum delegiert. Die kritische Potenz der Arbeitswerttheorie wird nicht in der Nationalökonomie, sondern zunächst von den utopischen Sozialisten in einer freilich nur auf die Verteilungsverhältnisse zielenden Form aktualisiert. Die Nationalökonomie selber — und das wird von Hofmann an Hand der neueren Literatur exemplifiziert — hat dagegen durch die theoretisch zentrale Ersetzung des „Produktionswerts von Waren“ durch den „Genußwert von Gütern“ auf vorkapitalistische, ja auf quasi naturale Allerwärtsbedingungen des Wirtschaftens zurückgegriffen, die im Interesse der ideologischen Vereinheitlichung der Gesellschaft, gerade auch durch die gedankliche Verallgemeinerung der Haltung des rechnenden Unternehmers, stehen. Hofmanns herbe Kritik erinnert schließlich daran, daß in den pragmatisch-bruchstückhaften Lehren der Nationalökonomie die empirischen Erscheinungen selber deformiert werden: Dekretorisches „Ausgeburten kreativer Eigenmacht jenseits der Wirklichkeit“ verformen die Erscheinungen, wie auf der anderen Seite alle abweichenden theoretischen Anstrengungen in das Reich der „Spekulation“ verwiesen werden. Dem „Verlust der Wirklichkeit“ korrespondiert die „Auflösung der Theorie“, ein Signum, das die Nationalökonomie mit dem herrschenden Bewußtsein, „bis in die Kunst und Literatur hinein“, teilt.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

Neusüss, Arnhelm: Utopisches Bewußtsein und freischwebende Intelligenz. Zur Wissenssoziologie Karl Mannheims. Verlag Anton Hain, Meisenheim 1968 (302 S., Pb., 35,50 DM).

Die Arbeit versteht sich als theoriegeschichtlicher Epilog. Die großen Mannheim-Debatten, vor allem nach dem Erscheinen von „Ideo-

logie und Utopie“ (1928), werden bei Neusüss dem Problem und auch der wissenschaftstheoretischen und terminologischen Seite nach als abgeschlossen und mit der entsprechenden historischen Distanz behandelt. Auch die zweite Phase der Mannheim-Rezeption, die in den 50er Jahren ausklang und die weitgehend an einer Aufarbeitung der durch den Nationalsozialismus abgebrochenen theoretischen Soziologiediskussion überhaupt orientiert war, gilt Neusüss schon als historisch. Diese historische Distanz eröffnet dem Autor aber gerade die Möglichkeit einer stärkeren Bezugnahme auf die metatheoretischen Motive Mannheims, die in vielen einschlägigen Veröffentlichungen vernachlässigt sind. Das bemerkenswerte Ergebnis dieser Studie, die leider nur auf die Arbeiten Mannheims von 1925—1933 eingeht, ist der Nachweis der relativen Homogenität der „metatheoretischen Bedürfnisstruktur der Wissenssoziologie“ Mannheims. Die mannigfachen Widersprüche und terminologischen Schwierigkeiten bei Mannheim, die von einer immanenten Interpretation nur registriert werden können, werden hier als Ausdruck „theoretischer Bedürfnisse“ der deutschen Soziologie in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik zusammengedacht. Gerne hätte man Näheres über diese Beziehung erfahren; im Gang der Arbeit verblaßt aber dieses wohl nur mit breiten sozialgeschichtlichen Erläuterungen durchzuführende Vorhaben ein wenig zum Motto, zur abstrakten Folie der nun doch wieder immanent entfalteten Komplexität der Mannheimschen Gedankengänge. Gleichwohl sind der Arbeit neue wesentliche Einsichten in den eigentlich programmatischen Charakter der Wissenssoziologie Mannheims zu verdanken. Insbesondere scheint die These triftig, daß die Theorie der „freischwebenden Intelligenz“ das geheime Zentrum des Mannheimschen Denkens bildet, auf das die gesamte Wissenssoziologie hinausläuft. Die von Mannheim gegen den „totalen Ideologieverdacht“ und den „Zerfall der Utopien“ gesetzte konstruktive Instanz der „freischwebenden Intelligenz“, die im Verfahren der „Kultursynthese“ der gespürten „Umbruchssituation“ steuern soll, wird zu Recht als der eigentliche Nerv der Wissenssoziologie interpretiert. Vom Standpunkt des theoriegeschichtlichen Epilogs wird auch deutlich, wie wenig der Mannheim dieser Phase sich in der Deutung des heraufkommenden Faschismus als „Kulturkrise über die herrschende lebensphilosophische Geschichtsphilosophie“ einerseits und über die liberale Sozialwissenschaft in der Gelehrtenrepublik der Weber, Troeltsch etc. andererseits hinauszubewegen vermochte. Noch die Neigung Mannheims, die theoretischen Brüche in der metatheoretischen Einheit als „Offenheit“ des eigenen Systems auszulegen, erscheint solcher Sichtweise als erkenntnistheoretisch gewendeter Rückzug ins Arkadien der „freischwebenden Intelligenz“. Er wird den Späteren nurmehr noch als Protagonist und Mitglied dieser Intelligenz gelten.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

III. Psychologie

Brückner, Peter, Thomas Leithäuser, u. Werner Kriesel: *Psychanalyse*. Zum 60. Geburtstag von Alexander Mitscherlich. Res novae provokativ. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1968 (112 S., Pb., 7,— DM).

Wer eine „in gewissen Aspekten kritische Würdigung“ zum 60. Geburtstag erfährt, wird gerade darin, daß man in bestimmten Punkten über ihn hinausgehen möchte, dessen versichert, daß man an seiner Arbeit nicht vorbeigehen kann. Drei Autoren, die es ausdrücklich verschmähen, ihre fünf Beiträge namentlich zu kennzeichnen, gehen ein großes Stück Weges zunächst mit dem Gewürdigten gegen seine und der Psychoanalyse Feinde, auch in seiner Manier: Sie ziehen streitbar ins Feld, falsche Freunde ihrer Kritik, solche von rechts, zurückweisend (z. B. 92 ff.). Ihrer eigenen Vorstellung nach stehen sie links von der Psychoanalyse. Wer den Eine-Krähe-hackt-der-andere-kein-Auge-aus-Stil akademischer Würdigungen, Diskussionen nicht sonderlich fruchtbar findet — das betrifft auch Rezensionen — und seiner selbst so sicher ist, daß ihm gezielte Aggressionen, wenn sie ins Schwarze treffen, keine Angst machen, weil sie sich auf dieses Schwarze beschränken — aufs Problem, das man gemeinsam zu lösen sucht —, dem werden große Passagen dieser Streitschrift ein Wiederlesen wert sein. Es wird aber insbesondere darauf einzugehen sein, daß darüber hinaus ein trotzig-eschatologisches Moment ins Spiel kommt, welches diese Polemik trägt, oft mit sich fortträgt. Dieser Gesichtspunkt scheint uns besonders wichtig.

Auf die Mitscherlich und seinen Kritikern gemeinsame Frontstellung sei hier nicht eingegangen. Wichtig sind eine Reihe ernsthafter wissenschaftlicher Einwände der Kritiker; wichtiger noch, daß diese z. T. in politische Vorwürfe münden, von denen zwar gesagt wird, daß sie sich „ausschließlich an den Begründungszusammenhang seiner (Mitscherlichs) kritischen Praxis: an Psychoanalyse (28)“ richten. Aber das ist wohl eine Floskel, denn auf eine solche Trennung von Wissenschaft und Wissenschaftler zielen diese Gesinnungsethiker gerade nicht. Allerdings gelingt es ihnen nur unter Voraussetzungen, die wir besonders diskutieren wollen, ihre spezifischen politischen Forderungen an die Psychoanalyse und Mitscherlich stringent mit ihren theoretischen Einwänden zu verknüpfen: Wo ihnen das gelingt, stellen sie die Psychoanalyse unter die Kuratel eines spezifischen eschatologisch-politischen Denkens, das, ganz deutsch-protestantisch, an dieser Welt überhaupt nichts Gutes mehr findet, wodurch der praktische Bezug zu ihr in Frage gestellt wird. Sie treiben verdienst- und kunstvoll theoretisch einige Widersprüche auf die Spitze; man muß aber den Eindruck gewinnen, daß gerade das sie zur Verzweiflung treibt und darüber Perspektiven verlorengehen, Differenzierungen — z. B. über Möglichkeit von Triebäußerungen (51) — geopfert werden und sie die bestimmte Negation fallenlassen wollen, durch welche allein das Rettenswerte von Vergangenheit und Gegenwart in lebenswerter Zukunft aufgehoben werden könnte.

Der Hauptvorwurf, auf den hin letztlich alle zunächst selber theoretisierenden Vorwürfe zu verlängern sind, ist ein eminent politischer: dem Denken Mitscherlichs fehle die praktisch revolutionäre Konsequenz, die sich z. B. in „Entwicklungsgrundlagen eines freien Sozialismus“ (1949) noch angekündigt hätte. Mitscherlich hat sich ihrer Meinung nach mit den Verhältnissen nicht weit genug streitbar eingelassen; dieser Mangel schlage sich auch theoretisch nieder. Die Kritik wendet sich ganz richtig zunächst generell gegen eine Anthropologisierung der Psychoanalyse (32 ff.), die in einigen Positionen und Argumenten Mitscherlichs sichtbar gemacht werden kann, z. B. an seiner Auffassung über Aggression als Primärtrieb (48 ff.). Dabei dreht sich der Streit weniger um das von den Kritikern durchaus zugestandene konstitutionelle Moment (ebenso beim Begabungsproblem); auch Brückner, Kriesel und Leithäuser wollen Natur nicht ganz in Geschichte auflösen (41). Doch möchten sie die andere Seite, die gesellschaftliche Vermittlung der psychischen Phänomene im Vordergrund sehen: Was geschieht mit dem gesellschaftlich vermittelten Moment, z. B. aggressiven Verhaltens?

Unsere Kritik der Kritiker berührt nicht deren Forderung, psychoanalytische Kategorien mit denen kritischer Soziologie konsequent zu vermitteln. Sie selbst können leider ihre Vorstellungen über diese Vermittlung in der Auseinandersetzung mit Mitscherlich nur an einigen Stellen andeuten (z. B. 56 ff.). Aber in ihrer politischen Strategie, im angestrebten Handeln — auf das man aus später noch Darzulegendem eher schließen muß, als daß es immer *expressis verbis* aufzufinden wäre — steckt ein Moment, welches qualitativ über die Forderung einer solchen Vermittlung hinausgeht. Halten sie doch in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation die bestimmte Negation für ungenügend und fordern eine „radikale Negation“ (43). Was immer exakt damit gemeint sein mag — eine gewisse dräuende Vagheit, die nicht in allen Arbeiten so deutlich wird und aus einer tiefen Ambivalenz stammen kann, gehört wohl zu diesem Denken —, auf jeden Fall scheint mit einem Aktionismus — den die Autoren implizit auch von Mitscherlich verlangen — abstrakte Negation und damit ein stark dezisionistisches Moment ins Spiel zu kommen. Wenn gesellschaftlich institutionalisierte instrumentelle Vernunft sich heute der kritischen entledigen möchte, so will es scheinen, als ob Brückner, Kriesel und Leithäuser mit ihren hohen moralischen Forderungen in diese Trennung bereits eingewilligt haben. Sie flüchten in die Utopie (z. B. 55), weil sie nur noch im Nirgendwo ihre Hoffnungen bewahrt glauben, sich ihnen keine Möglichkeit mehr anzubieten scheint, sich durch das Jammertal dieser Welt in Richtung auf ihre Hoffnungen voranarbeiten zu können. Sie beziehen eine abstrakte Gegenposition zur instrumentellen Vernunft und arbeiten ihr so in die Fänge. Je schlimmer es zugeht, desto mehr sieht man sich bestätigt (86 ff.).

Man fragt sich, ob die Kritiker Mitscherlichs Befürchtung, soziologisches oder soziologistisches Denken könne die Subjekte womöglich exkulpieren — und es ändere sich an den Verhältnissen dann gar nichts — wirklich eingeholt haben, wie sie behaupten (28). Zwar läßt

sich der theoretische Wert von Mitscherlichs Position bezweifeln; sie mißt den Subjekten oft ein Gewicht zu, das ihnen in dieser Gesellschaft nicht zukommt. Doch erweist sich diese theoretisch gesehen sicher ideologische Stellung nach Mitscherlichs Ansicht politisch als günstig, wenn damit generell daran erinnert wird, daß nur die Menschen selbst die Welt verändern können.

Unsere Kritik zielt nicht auf den wichtigen Einwand, daß im „Weg zur vaterlosen Gesellschaft“ die notwendige soziologische Vermittlung psychoanalytischer Kategorien nicht immer konsequent geleistet wurde; das „auf dem Wege“ (zur vaterlosen Gesellschaft) ist von den Kritikern zu Recht durchaus mehrdimensional verstanden worden. Der Einwand ist aber auch gegen diese zurückzuwenden: Haben sie ihrerseits auf die psychologische Vermittlung des von ihnen suggerierten politischen Weges reflektiert? Natürlich ist ihr Dezisionismus nicht inhaltslos, sondern weiß sich an den Willen zur Einrichtung einer besseren Gesellschaft gebunden, aber man muß fürchten, daß die schon Konvention gewordene Protestformel, das herkömmliche Maß an Unterdrückung sei objektiv nicht mehr notwendig (55), bei „radikaler Negation“ in ihrer Negativität hilf- und wirkungslos bleibt, obgleich andererseits plausibel ist, daß durch die an Mitscherlich kritisierte Isolierung des psychischen Feldes von der Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse die Gefahr des Festhaltens an historisch überholten Deformationen besteht (55). Die Autoren haben den notwendigen bösen Blick, um die Gefahrenmomente beim Sicheinlassen mit dieser Gesellschaft aufzuspüren; sie haben aber nicht die von ihnen selbst öfter berufene Gelassenheit, sich in die Widersprüche so einzulassen, daß sie an der bestimmten Negation festhalten und dennoch ihr Handeln von der Schwierigkeit dieser Aufgabe nicht lähmen lassen. Die Kritiker halten sich vielmehr so sehr an die Vorstellung, eine neuerliche Entscheidungsschlacht von Harmagedon stehe bevor, daß man befürchtet, sie lassen sich im Ernst mit dieser ganz schlechten Welt überhaupt nicht mehr ein, weil sich in ihr alles ins Schlechte verkehrt. In diesem Zusammenhang wird übrigens die Stellung der Krankenkassen zur Psychoanalyse einfach falsch dargestellt (97 ff.). Die bittere Lust am Negativismus ist evident. Über diesen wesentlichen Zug der Schrift fällt der Schatten der „großen Weigerung“. Das berechtigt, auf W. F. Haugs Kritik an Marcuse hinzuweisen: „Der Sozialismus ist wissenschaftlich, oder er ist nicht.“¹

Psychoanalyse läßt sich, weil sie heilen will und nicht nur ein System von Sätzen ist, mit den bestehenden Verhältnissen ein; das kann theoretisch als ihr „affirmatives Moment“ (42 f.) bezeichnet werden. Man muß sich mit Krankheit aber auch praktisch einlassen. Muß man dann nicht den praktischen Bezug zu dieser Welt — beim Versuch Individuen zu heilen, d. h. ihnen ein wesentliches Teil Verfügung

1 W. F. Haug: Das Ganze und das ganz Andere, in: Antworten auf Herbert Marcuse, hrsg. v. J. Habermas, Frankfurt/Main 1968, S. 69.

über sich selbst zurückzugeben — so lange als sinnvoll und vertretbar bezeichnen, wie dieses Heilen im Bewußtsein eines Widerspruches geschieht: daß man — aus berechtigter soziologischer Sicht — am Symptom kuriert hat und zur umfassenden Kausaltherapie dessen gesellschaftliche Vermittlung berücksichtigen müßte? Es ist allerdings die Frage, ob diese theoretische Überlegung — die Aufgabe der Vermittlung von Psychoanalyse und Soziologie — sich im Hier und Jetzt praktisch niederschlagen kann und wie und ob überhaupt psychoanalytische Therapie und Theorie diese Leistung, das gesellschaftlich vermittelte Moment von Erkrankung und von Therapie des einzelnen zu berücksichtigen, erbringen können. Hier scheint einer der Soziologismen der Kritiker zu liegen: Sie betrachten unter ihrem berechtigten gesellschaftskritischen Aspekt Krankheit *nur* als Symptom der in der Gesellschaft herrschenden Repression, gewissermaßen als Zeichen einer — allerdings wesentlich auf Gesellschaft verschobenen — „Sünde“, vernachlässigen darüber aber das reale Leiden eines Subjektes. Sie subsumieren dieses reale Leiden unter ihr theoretisches Interesse und rechtfertigen es von dort her, indem sie es als sinnvoll hinstellen: je mehr Leid, desto deutlicher wird diese spezifische Weltsicht bestätigt. In dieser methodisch betriebenen Vereinseitigung der Perspektive liegt ebensosehr der Vorteil, die gesellschaftliche Vermittlung von Krankheit restlos herauszuschälen wie auch die Gefahr des Nachteils: ihr schon angesprochenes Naturmoment (und ihre individuelle Vermittlung) doch noch aus den Augen zu verlieren.

Solange die Macht der Verhältnisse die Subjekte zu unverhältnismäßiger Ohnmacht verurteilt, muß an der Heilpraxis der Psychoanalyse doch wohl festgehalten werden. Was aber nicht heißt: die Spuren der Deformation auch theoretisch zu vernichten! Die Pose des Leidens und des Leidenlassens zu verklären, wie es den Kritikern mehrfach gefällt, ist jedoch inhuman; als sozialistisch wird sie schwerlich auszuweisen sein. Rätselhaft bleibt in diesem Sinne, wieso es gut sein soll, wenn jemand in der Unfreiheit seiner Krankheit belassen wird, bei dem sich das Deformierte naturhaft, an sich, durchsetzt. Wer braucht denn solche Zeichen für das Irrationale in unserer Gesellschaft und wofür? Ich halte es für illusionistisch und politisch falsch, jenen, die im von Studenten besetzten Frankfurter Rektorat „vögeln“, tendenziell zu bestätigen, sie hätten sich im Sinne sozialistischer Politik wahrscheinlich klüger verhalten als der dagegen protestierende Mitscherlich (91). Es ist offen, welche Bedürfnisse beim Vögeln im besetzten Rektorat befriedigt wurden. Aber wenn sie *zwanghaft* dort befriedigt werden mußten, fehlte jenem Akt das Maß an Freiheit, welches allem *antiautoritären* Verhalten fehlt. Zwar hat dieser nicht umgangssprachliche Protest gegen die Unterdrückung oder Nichtbeachtung aller möglichen Bedürfnisse *vielleicht* eine wichtige Symbolfunktion, aber damit konnte man in der genannten Situation ebensowenig Politik machen wie mit dem bloßen Protest Mitscherlichs dagegen; dieser ist ebenso bedauerlich wie die unpolitisch wirkende Verklärung; letzteres ist einfach linker Kitsch. Solange

jener Geschlechtsverkehr nur als Politik an sich interpretiert werden kann, mag man ihn mit besserem Recht als ungeeigneten Versuch, ein lebensgeschichtliches Defizit zu beseitigen, ansehen (wobei Gesellschaft in der Genese nicht zu vergessen wäre) oder als schlichten Geschlechtsverkehr interpretieren. Aber als politischen Akt können ihn doch nur jene verstehen, die nur noch auf ein Deformiertes als Moment der Rettung setzen, das in dieser Form gegenüber sich selbst ebenso blind bleibt wie die instrumentelle Vernunft. Damit gerät Politik in Gefahr, zum verbitterten ästhetischen Spiel zu werden. Ist, wie die Kritiker meinen, die von Mitscherlich kritisierte „Dämmerhaltung von Sattheit“ — ein Regressionszustand, in dem seines Erachtens die Mehrzahl der Zeitgenossen verharrt — als „Traum von paradiesischen Zuständen“ (60) in seiner ganzen Abstraktheit denn wirklich ein politisches Potential, mit dem sozialistische Politik rechnen kann? Ich meine, Mitscherlich — wiederum aber nur in einer taktischen Position — fürchtet eher, die Erfüllung dieses Traumes könne versäumt werden, wenn er in dieser Abstraktheit verbleibt, die sich am schwersten in eine vernünftige Politik umfunktionieren läßt. Zumindest ist bis heute die Möglichkeit der Rechten weitaus größer, dieses „Zukunftsträchtige an den Niemandskindern“ (60) für sich zu verbuchen.

Das wahre Reich der Kritiker scheint nicht von dieser Welt. Sie erblicken in den Symptomen irrationaler Herrschaft utopisches Potential: die Deformierten werden gewissermaßen als kranke Reservearmee verstanden. Trotz oder gerade wegen ihres durchschimmernden Aktivismus verharren sie mit einer gewissen Faszination bei dieser Scheinwelt ihrer Utopie aus Krankheit, die zunächst theoretisch zu durchstoßen wäre. Sie wollen sich nur zum Schein mit der Welt einlassen, obgleich sie sich auf sie stürzen. Ihnen gegenüber ist die zitierte Forderung Mitscherlichs, das Defizit zwischen Hoffnung und Chance der Verwirklichung als Stachel der Lebensbewegung zu ertragen und die eigene Lage besonnener zu kontrollieren, ins Feld zu führen. Es handelt sich um die Effektivität sozialistischer Politik.

Die Kritik der Kritik beruft sich wesentlich auf den Satz, „daß die befreite Menschheit nur noch als die radikale, nicht mehr bloß bestimmte Negation des Bestehenden denkbar sei“ (43). Dieser Satz beleuchtet eine Reihe dunkler Stellen, über deren Auslegung man sich hätte streiten können. Diese Dunkeltechnik der augenzwinkernden Verständigung mit Eingeweihten hätte einer besonderen Untersuchung bedurft. Doch ich habe mich hier auf die unmittelbar politischen Probleme der fünf Arbeiten beschränkt, um die es allen Beteiligten ja auch weitaus mehr geht als um die Psychoanalyse, um Mitscherlich oder den Ursprung dieses zumeist so radikalen Denkens, daß es sich an entscheidenden Stellen offenbar zensiert, wenn es sich den klaren Ausdruck einer Parteinahme verbietet; als ob es sich selber nicht ganz trauen könne oder die Zensoren wirklich schon auf ihre Beute, klare und offene Worte, lauerten.

Klaus Horn (Frankfurt/Main)

Sperling, Eckhard: Die psychosoziale Lage von Hirnverletzten. Vergleichende sozialpsychiatrische Untersuchungen bei Hirn- und sonstigen Körperverletzten. Sozialmedizinische Schriftenreihe aus dem Gebiet des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, herausgegeben von F. Paetzold, Cl. Dierkes und E. Goetz. Arbeit und Gesundheit. Neue Folge, Heft 78. Georg Thieme Verlag, Stuttgart 1967 (118 S., 12 Abb., 26 Tab., kart., 23,20 DM).

Die bekannte Tatsache, daß Hirnverletzte auf Grund der Veränderung ihrer psychischen Reaktionsweisen durch das physische Trauma unter einer allgemein herabgesetzten Leistungsfähigkeit leiden, hat Sperling um wichtige Detailerkennnisse bereichert. Er konfrontiert eine Gruppe Hirnverletzter mit anderen Schwerverletzten hinsichtlich des Rentenverlaufs, der Erwerbstätigkeit, der gesellschaftlichen Stellung, des Wohnsitzes, der tatsächlich ausgeübten Berufstätigkeit und der Familiensituation. Ziel der Untersuchungen war, bessere Rehabilitationsmöglichkeiten für chronisch Kranke zu finden, für welche jene die gesellschaftliche Realität gut widerspiegelnde Vorstellung von Parsom über die Rolle des Kranken als eines vorübergehend von Rollenaufgaben Entlasteten nicht zutrifft: es sind nämlich die von der Gesellschaft zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit zur Verfügung gestellten institutionalisierten Verfahren für chronisch Kranke nicht geeignet.

Der Autor konnte zunächst die soziale Unterlegenheit arbeitender Hirnverletzter gegenüber anderen Schwerverletzten feststellen. Hirnverletzte sind in der Regel vom sozialen Aufstieg ausgeschlossen und leiden an — womöglich auf Grund eines pauschalen Ruhepostulats iatrogen noch verstärkter — Isolierung. Die soziale Überlegenheit nicht arbeitender Hirnverletzter gegenüber Schwerverletzten konnte auf die aktive Rolle der Ehefrau zurückgeführt werden.

Die soziale Unterlegenheit war bei 80 % der berenteten Hirnverletzten nicht etwa auf progrediente neurologische Beschwerden zurückzuführen, sondern ließ sich zunächst nur im Zusammenhang mit der Unfähigkeit erklären, die vitale Unterlegenheit zu verarbeiten: vegetative und physische Traumafolgen waren der Grund für diese vitale Unterlegenheit. Vor allem legte das physische Trauma in der Regel infantile Konflikte bloß, die dann agiert wurden. Bei den nicht arbeitenden Hirnverletzten brachte im Durchschnitt die aktive Ehefrau, die ja für die soziale Überlegenheit gegenüber dem Schwerverletzten verantwortlich war, ihre eignen unbewußten Probleme ins Spiel.

Das Verdienst der Arbeit ist es, diese Infantilisierung der Hirnverletzten in gesellschaftlichen Zusammenhängen zu sehen, die den Rahmen für die psychischen Probleme hergeben. Offenbar werden diese Stigmatisierten ohne sichtbares Stigma (außer jenen, die entstellende Verletzungen haben), denen das normativ geforderte soziale Durchsetzungsvermögen fehlt, in die Resignation getrieben. Sie sind ja selbst in der (chronischen!) Krankenrolle nicht fähig, den Forde-

rungen des Leistungsprinzips zu entsprechen, weil es in der Regel traditionell-medizinisch nichts zu heilen gibt.

Die Rehabilitation im Rahmen der verbliebenen, aber nun auch wirklich zur sozialen Kontaktfähigkeit umzufunktionierenden psychischen Energien mit ihrer relativ labilen Struktur ist vielmehr eine Aufgabe, die sich dieser Gesellschaft — zieht man aus Sperlings Untersuchung Folgerungen — in dreierlei Weise stellt. Zum einen scheint es, daß diesem spezifischen Stigma der Hirnverletzten besondere emotionale Einstellungen entgegengebracht werden, die man noch zu untersuchen hätte. Das zeigt sich auch bei den Hirnverletzten selbst. Sperling hatte bei der Erhebung seiner Daten offenbar erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Zum zweiten ist man bislang in der Industrie sichtlich nicht in der Lage gewesen, jene auf eine Funktion im Arbeitsprozeß zugeschnittenen Arbeitsplätze auf die verbliebenen, spezifischen Fähigkeiten der Hirnverletzten einzustellen. Dabei könnte man doch gerade auf die bekannte, tendenziell zwangshafte Rollenerfüllung zurückgreifen, die den Hirnverletzten eigen ist; freilich hätte man zugleich auf ihre mangelnde Flexibilität Rücksicht zu nehmen. Drittens zeigt sich, daß für eine wirkliche Rehabilitierung der Hirnverletzten nur eine Psychiatrie die Grundlage abgeben kann, die sich so allgemeiner Begriffe wie Neurose und solcher sozialfunktionalen, biologistischen Konzepte wie Sozio- und Psychopathie entledigt und statt dessen fähig ist, die lebensgeschichtliche Problematik eines Hirnverletzten so zu verstehen, daß sie sinnvolle Rehabilitationsversuche vorschlagen kann, statt den Stigmatisierten durch Mißlingen schematischer Maßnahmen noch tiefer in die Isolierung zu treiben.

Klaus Horn (Frankfurt/Main)

Dietz, Karl, und Peter G. Hesse: Wörterbuch der Sexuologie und ihrer Grenzgebiete. Franz Decker Verlag, Schmiden bei Stuttgart 1967 (350 S., 134 Abb., Ln., 49,— DM).

Dieses ursprünglich 1964 im Greifenverlag Rudolstadt in der DDR erschienene Nachschlagewerk hat seine Stärke in allen Fragen, die „naturkundlich“ beantwortbar sind. Seine Position ist die einer zurückhaltenden Aufgeklärtheit. In allen Fragen, für deren ausreichende Beantwortung diese beiden Bestimmungen disponieren, kann man es mit Nutzen konsultieren. Weniger brauchbar ist es für kritische Interessen. Es fehlen zahlreiche Begriffe (z. B. Sexualangst und Sexualfeindschaft, Ekel, Idiosynkrasie, Herrschaft, Unterdrückung, Leugnung, Verbot); statt „Kapitalismus“ findet man „Klassengesellschaft, moderne“, für deren Sexualsoziologie zudem veraltete Bestimmungen gegeben werden („die Vergnügungsindustrie läßt kein Mittel der Werbung ungenutzt, um den Ehemann, die Ehefrau, aber auch die Kinder aus der Familie fortzulocken“). „Verdrängung“ wird bestimmt als „geistiger Vorgang, dem die Abwehr äußerer (unerwünschter) Reize zugrunde liegt“ — von verdrängten Triebregungen kein Wort. „Angst“ entsteht laut Auskunft aus Verdrängung — in Wirklichkeit wird aus Angst verdrängt. Der Begriff

„Trieb“ wird als unwissenschaftlich verworfen. Sigmund Freud wird unterm Stichwort „Sexualismus“ abgehandelt. W. F. Haug (Berlin)

Müller, Hermann: Rassen und Völker im Denken der Jugend. Vorurteile und Methoden zu ihrem Abbau. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1967 (153 S., Linson, 6,50 DM).

In diesem Buch, das ein Beitrag zum Problem der politischen Bildung sein soll, beschreibt der Autor ein Experiment, das 1962 in zweiundzwanzig Frankfurter Schulklassen durchgeführt wurde: Die Schüler (12—16 Jahre alt) wurden über ihr Bild von sieben Völkern befragt, während der folgenden vier Wochen fand neben dem normalen Unterricht ein sogenannter Experimentalunterricht, der *nur* die Neger behandelte, statt. Dann folgte eine zweite Befragung mit den gleichen Fragebogen; diese zweite Befragung ergab, daß die Jugendlichen jetzt im ganzen differenzierter beziehungsweise positiver urteilten.

Müller glaubt nach diesem Experiment feststellen zu können, daß es im politischen Unterricht unter Anwendung der Methode des ethischen Appells und/oder der Methode der sachlichen Information möglich sei, Vorurteile der Schüler zu beseitigen. Daß das beschriebene Experiment diesen Schluß zuläßt, muß allerdings bezweifelt werden. Obwohl sich die Arbeit mit Vorurteilen befaßt, werden die bisherigen Ergebnisse der Vorurteilsforschung nur im Rahmen der „Fragestellung“ andeutungsweise erwähnt, für die Durchführung und Auswertung des Experimentes bleiben sie ohne jegliche Konsequenzen. Für Müller sind Vorurteile gesellschaftlich bedingt; „gesellschaftlich bedingt“ heißt hier allerdings nur: durch das Leben in oder die Beziehungen zu einer bestimmten Gruppe vermittelt. *Warum* aber in einer bestimmten Gruppe ganz bestimmte Vorurteile herrschen, bleibt unerörtert.

So ist es z. B. bezeichnend, daß nach der Voruntersuchung die Juden als „ungeeignet“ aus dem eigentlichen Experiment ausgeschieden werden, da die Jugendlichen über die Juden nur begrenzte Aussagen machen und ein Tabu deutlich zu spüren ist. Die Neger dagegen werden als die für den Experimentalunterricht geeignetste Gruppe ausgesucht, und zwar deshalb, weil die Skala der Beurteilungen hier relativ breit und das Problem genügend aktuell ist. Vorausgesetzt, das Negerproblem sei für den Durchschnittsbundesrepublikaner des Jahres 1962 tatsächlich „aktuell“ gewesen, hätte sich der Autor — unter Berücksichtigung der Psychologie des Vorurteils — mindestens zwei Fragen stellen müssen: 1) Handelt es sich hier vielleicht nur um eine scheinbare Aktualität, hat die Beschäftigung mit diesem Problem, gerade weil man es im Grunde weit genug entfernt wähnt, nicht möglicherweise eine ähnliche psychische Entlastungsfunktion wie die Beschäftigung mit den Crime- und Sexgeschichten eines bestimmten Presstyps? 2) Hat das Negerproblem für die Deutschen nicht vielleicht die Funktion eines Alibis, d. h. wird nicht möglicherweise das Judenproblem desto perfekter und müheloser verdrängt, je „aktueller“ ein anderes Rassenproblem ist?

Weiterhin zeigt sich der Autor erstaunt über die relativ positive Beurteilung der Neger in der ersten Befragung, „da ja gerade hier die Möglichkeit besteht, eine ‚outgroup‘ zu konstituieren und auf sie negative Vorstellungen zu projizieren“ (54). Als ob das Bedürfnis zur Projektion proportional zur räumlichen Entfernung zwischen zwei Gruppen wüchse! Und als ob fehlende äußere Merkmale nicht mit ausgezeichneter Wirkung durch Erkennungszeichen, wie z. B. Judensterne, ersetzt werden könnten!

Folgerichtig ist es auch, daß nicht deutlich zwischen Vorurteilen und Vor-Urteilen, vorläufigen Urteilen, unterschieden wird und deshalb eine brauchbare Analyse des Ergebnisses der 2. Umfrage gar nicht möglich ist. Die Frage — zu der das Ergebnis der 2. Umfrage durchaus Anlaß sein könnte —, ob nicht etwa durch den Experimentalunterricht nur die vorläufigen Urteile einiger Jugendlicher geändert, bei anderen dagegen die tatsächlich bestehenden Vorurteile gerade durch „ethischen Appell“ und „sachliche Information“ verstärkt wurden, wird an keiner Stelle erwogen; dabei wird von vielen Autoren immer wieder darauf hingewiesen, daß gerade das echte Vorurteil auf Grund seiner Stütz- und Schutzfunktion um so heftiger und aggressiver verteidigt wird, je mehr man es durch „ethischen Appell“ oder „sachliche Information“ zu widerlegen sucht.

Bedenklich ist das Gewicht, das auf die Person des Lehrers, der den Experimentalunterricht durchführt, gelegt wird (er soll Klassenlehrer sein und möglichst zur jüngeren Generation gehören), oder die Vorstellung, daß der Schüler seine Vorurteile auf Grund der Anpassung an bestimmte Gruppennormen — die z. B. „tolerantes“ Verhalten verlangen — aufgeben solle. Auch hier wird nicht erwogen, was aus einer durch Lern- und Anpassungsprozesse erworbenen „Toleranz“ wird, wenn plötzlich andere Lehrer oder „Führer“ auftreten und sich andere Gruppennormen durchsetzen.

Bedenklich ist auch das Arbeiten mit unreflektierten Voraussetzungen wie z. B. der, „daß insbesondere die jüngeren Schüler nicht ohne die feste Verbindung von Information, Wertung und Norm auskommen — was den meisten Lehrern irgendwie (!) geläufig ist“ (136).

Wenn schließlich mit Befriedigung festgestellt wird, daß es den Lehrern gelungen sei, extreme Einstellungen zu modifizieren — als sei „Extremität“ das entscheidende Merkmal einer Einstellung; wenn ganz selbstverständlich gesagt wird, daß ein Lehrer „einlenken“ muß te, als Schüler im Zusammenhang mit dem nordamerikanischen Sklavenhandel äußerten, „die wahren Wilden seien die Weißen“ (87); wenn bei der Anwendung der Methode A etwa folgende Gedanken leitend sein sollen: „Die Erde hat Platz für alle. Bei gutem Willen können wir miteinander auskommen“ (84); wenn bei der Methode I als Informationsmaterial an erster Stelle Broschüren der Bundeszentrale für politische Bildung genannt werden; wenn völlig unkritisch davon die Rede ist, daß wir in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft leben — dann kann abschließend nur festgestellt werden,

daß der Autor unter politischer Erziehung offensichtlich nichts anderes versteht als die Anpassung an die herrschende Ideologie von der konfliktfreien Gesellschaft, an die Ideologie des „Seid-nett-zueinander“.

Sigrid Kubale (Marburg/Lahn)

IV. Soziale Bewegung und Politik

Grohs, Gerhard: Stufen afrikanischer Emanzipation.
W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart-Berlin 1967 (275 S., kart., DM 24,80).

Um von den Zielsetzungen, den Motiven und dem Funktionswandel des Emanzipationsprozesses in Westafrika eine breite, ausführliche Kenntnis zu geben, zeichnet die vorliegende Untersuchung aus bisher teilweise unveröffentlichtem autobiographischen Material und aus Programmschriften, aus der afrikanischen Romanliteratur und aus den einschlägigen, neueren Forschungsarbeiten ein informationsreiches und umfassendes Bild vom „Selbstverständnis westafrikanischer Eliten“. Der Verfasser behandelt zunächst, vor dem Hintergrund der politisch-ökonomischen Herrschaft der Kolonialmächte, diejenigen Eingriffe in Institutionen und Überlieferungen, die als autoritative, Identitätsstörungen und -konflikte hervorrufende Handlungen im 19. Jahrhundert den Anstoß zur Emanzipationsbewegung gaben. (Der Verfasser erwähnt in diesem Zusammenhang auch das Wirken der Mehrheit der christlichen Missionare, deren Beteiligung an diesen Eingriffen eine Erklärung in sozialpsychologischen Zügen findet: wie z. B. im Kleben an der Vorstellungswelt ihres sozialen Milieus und in der Befangenheit ihres theologischen Horizontes.) Der durch die Bekämpfung des Brautkaufes erzwungene, allmähliche Abbau der Altersversorgung zum Beispiel (die eine Funktion von diesem bildete) hatte, ebenso wie die Unklarheit, die in die rechtliche Stellung der Frauen kam, sobald ein Kaufpreis nicht mehr hinterlegt werden mußte, auf Grund der Erschütterung des Fekunditätsprinzips (das die Reproduktion der Arbeitskraft gewährleistete) mit der Zerrüttung der Eheordnung unwillkürlich auch das Zerbrechen des Zusammenhalts der Großfamilie zur Folge. Mit der patriarchalischen und rationalistischen Organisation des Missionsunterrichtes und dessen kleinfamiliären, leistungsorientierten Zielen erwuchs dem Eingeborenen noch aus einem weiteren Grund ein zunehmend verschärfter Identitätskonflikt: Sein ursprüngliches Lebensverhältnis (meist in Zusammenhängen eines patriarchalischen Verwandtschaftssystems, als dessen exemplarisch-komplexes Glied er sich verstehen durfte und dessen Leitbilder er im Hinblick auf ihren mythologischen Hintergrund zu reproduzieren trachtete) trat zu ihm in demselben Maße, wie er Neigungen, an den Missionar als autoritäre Vaterfigur sich zu fixieren, entwickelte und eine Haltung rivalisierender Selbstbehauptung sich introjizierte, in einen Gegen-

satz¹. Diese, obgleich in der Regel planlos herbeigeführten Spaltungen der sozialen sowohl als der individuellen Identität freilich stellen naturgemäß nur die Vorbedingung dar für den Untergang des traditionellen Unterbaus der Identität: Die Übertragung einer individualistischen Moral der Lebensführung und kapitalistischen Leistungsmoral im Zusammenhang mit der Aufpfropfung des Konkurrenzprinzips setzte erst eigentlich durch die Verbindung mit der Einführung des Geldlohns die Zerstörung des Solidaritätsprinzips und des Kollektivismus durch, von denen die alte agriculturale Subsistenzwirtschaft durchwaltet wurde².

Nach einem Blick auf die großen christlichen Religionsgemeinschaften (er richtet sich vor allem auf ihren offizielleren Teil, z. B. die sogenannten separatistischen Kirchen, und berührt nur beiläufig die älteren, eschatologisch-revolutionären Massenbewegungen) gibt der Verfasser an Hand einer größeren Zahl von Beispielen Einblick

1 Die „Unterrichteten“ zeigen, nach ihrer Rückkehr, in vielen Fällen Symptome von Paranoia. Auf Praktiken der Schwarzen Magie zurückgreifend, nahmen sie — prophylaktische Maßnahme — zu der gleichen Verhaltensweise ihre Zuflucht wie die, von denen sie sich für bedroht hielten. Das sprunghafte Ansteigen der witchcraft-Praktiken führt Grohs, im Anschluß an Debrunner, wegen seines Zusammenfallens mit der Einführung des Kapitalismus auf eine „pathologische Reaktion gegen eine geld-zentrierte Wirtschaft“ zurück (80).

2 Der Verfasser zieht die objektive Gewalt des ökonomischen Subjekts des Kolonialismus und des Neokolonialismus allerdings nur unzureichend in Betracht. Der neue Kolonialismus ist daher, zum Gegenstande eines sozialpsychologischen Mechanismus herabgesetzt und als ein manipulierbarer Aggressionsinhalt betrachtet, folgerichtig zu einem Zeichen geworden, gegen das die sozialen Spannungen abgelenkt werden: Er wird das Eigentum und ist das Attribut seiner Opfer. — In einem skizzenhaften Exkurs nimmt der Verfasser auch auf den Sklavenhandel Bezug. Dessen Subjekt und Objekt erscheinen in einem völlig veränderten bzw. in einem verkehrten Verhältnis. Die — einzige — Stelle lautet folgendermaßen: „Die Beziehungen zu den Aschanti (verschlechterten sich), [...] die es immer schwieriger fanden, Sklaven zu exportieren und Waffen zu importieren.“ „Die Engländer versuchten vergeblich, mit den Aschanti Verträge zu schließen“ (20). Seitdem das System des Ringhandels indes die Anerkennung des Menschenkaufes und -verkaufes als des Prinzips der Etablierung von Handelsbeziehungen zwischen den Eingeborenen und europäischen Händlern seit dem 17. Jahrhundert erzwungen hatte, war das sozio-ökonomische Gefüge der Eingeborenen einem Prozeß fast völliger Erstarrung und, zunehmend, der Korruption ausgesetzt. Indem die Befolgung des (1807 durch Beschluß des Parlaments von England erlassenen) Verbots des Sklavenhandels die Zerschlagung des ökonomischen Fundamentes bedeutet und Verelendungen bewirkt hatte (weil die notorische Unterstützung, welche man den konservativen Kräften hatte angedeihen lassen, zur Folge hatte, daß eine Umstellung der Wirtschaft erst in den Blick gerückt wurde, als ihr die koloniale Eroberung auf den Fersen folgte), standen die Eingeborenen freilich unter dem Zwang, auf die Beibehaltung des Sklavenhandels zu pochen. Siehe Basil Davidson, Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung, Hamburg 1966. Vgl. auch meine Besprechung, in: Das Argument, Heft 45 (1967), S. 503 ff.

in verschiedene Programme, in denen die Emanzipationsbewegungen sich im 19. Jahrhundert zum Ausdruck gebracht haben. In diesem Zusammenhang erhält der Einfluß der Westindier (E. W. Blyden und G. Padmore, heute A. Césaire und F. Fanon) eine Schlüsselstellung. Ein wichtiger Bestandteil dieser Opposition waren — das Gedächtnis Europas an seine Griechenland und dem alten Israel verpflichtete Identität zum Adressaten während — Appelle, die den Widerruf der anthropologischen Doktrinen der Geschichtslosigkeit und Nicht-Zivilisierbarkeit Afrikas vor dieser Instanz zum Ziele hatten: Weil, ihrer Ansicht zufolge, die gleichen Institutionen und Kulte, von denen bei Homer und im Alten Testament berichtet ist, noch in Afrika fortbestanden, sollte ihre zivilisatorische Ebenbürtigkeit, vor dem Forum einer weiten Bildungsöffentlichkeit, systematisch durch historische Demonstrationen eingeklagt werden. Im Zentrum dieser Programme standen Forderungen nach der Einrichtung eigener Universitäten, die Propagierung einer „African Personality“ und Vorschläge zur Reform von Institutionen. — Die Übersicht leitet, über die Mitteilung der von der folgenden Generation gemachten Reformvorschläge, die den Aufschwung städtisch-kapitalistischer Wirtschaftskräfte zusammen mit dem Aufreißen eines tiefen Stadt-Land-Konfliktes spiegelten, bis zu Azikiwe und Nkrumah. Sie kennzeichnet die Problematik, die mit der Umfunktionierung des alt-afrikanischen Instituts der Einstimmigkeit in einer revolutionären Einheitspartei verbunden war, und die Zwiespältigkeit des Ausschlusses jeder traditionellen institutionellen Vermittlung einerseits, des Rückgriffs auf unmittelbare heroische und charismatische Qualifikationen andererseits. — Mit der Rekonstruktion der Entwicklung im ehemaligen *französischen* Westafrika und einer Charakterisierung Sekou Tourés verbindet die Übersicht eine Diskussion Léopold Senghous. Sie umfaßt zugleich Darstellung und Darstellung der Kritik verschiedener Konzepte der „Négritude“. Die Négritude wird im Zusammenhange noch gegenwärtig anhaltender Diskussionen in Afrika als die nurmehr abstrakte Fassung gemeinsamer Erfahrungen jahrhundertelanger Unterdrückung und Überfremdung angesehen: An der Allgemeinheit dieser Erfahrungen das Moment ihrer abstrakten Identität behauptend, tritt sie, zufolge dieser Kritik, dennoch als eine Gestalt des entfremdeten Bewußtseins hervor³. (Die Auffassung, daß Schwarzafrika der Ursprung sei, der die Entfremdung des von den Zerstörungen der Sklavenhaltergesellschaft am empfindlichsten betroffenen Bewußtseins zu heilen vermöchte, enthüllt ihre Verlegenheit konkret darin, daß sie der Rassentrennung wenigstens in Südafrika auf das entschiedenste in die Hände spielt.) Als Ratio-

3 Zuzufolge dieser Konzepte rückt ein „unarmender“, sympathischer „griechischer Logos“ an die Stelle „lateinischer Ratio“; Affektivität wird zur Rationalität und Solidarität zur Aktivität in einen Gegensatz gebracht; einem rezeptiven, kommunizierenden anstatt „autonomen“ Subjekt, das, in Hingabe ans Objekt, nicht nach dessen technischer Beherrschung trachtet, sondern die Befreiung seines „Ursprunges“ bringt, wird eine konfliktlösende Identität beigelegt.

nalisierung der Ängste und Verzichtleistungen der schmalen Schicht durch die französische Kultur Gebildeter entwickelt, werden ihr die Prinzipien proletarischer internationaler Solidarität und der Arbeit (am konkreten Notstand und, im Wege wachsender Naturbeherrschung, an der ökonomischen Selbstbestimmung) entgegen gestellt und die Einbuße ihres revindikativen Charakters mit fortschreitender Entfernung von der unmittelbaren Kolonialherrschaft prognostiziert.

Das Buch trägt zur Kenntnis einer intimeren Zone der Motivationsbildung durch ausführliche Zitierung westafrikanischer Romane und Autobiographien bei. Außer typischen Kolonialerfahrungen (vom Missionar und vom Kolonialbeamten, später vom weißen Vorgesetzten, ist als stehenden Figuren die Rede; ihre Typus- und Funktionsveränderung wird registriert; der Widerspruch zwischen der auf der Missionsschule gegebenen Anleitung zu einem christlichen Leben und den Appellen der Arbeitgeber an die Überordnung eines nackten Interesses am Geldlohn wird reflektiert) finden Reisen, Arbeits- und Universitätsaufenthalte in den Ländern Europas und Amerikas einen aufschlußreichen Niederschlag. Die Aufzeichnungen sind voll bitterer Anmerkungen zu den diskriminierenden Situationen, in die am fühlbarsten das Konkurrenzverhältnis, das die Arbeitsmärkte beherrscht, und der Druck, der auf den Geschlechtsbeziehungen lastet, treiben, ebenso wie die Suche nach Mietraum und die infamen rassistischen Schablonen, in die ihre Erscheinung von einem überwiegenden Teil der Massenpresse eingefangen wird.

Joachim Moebus (Berlin)

Césaire, Aimé: Über den Kolonialismus (Discours sur le Colonialisme, 1955). Aus dem Französischen übersetzt von Monika Kind. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1968 (76 S., kart., 3,50 DM).

Wie schon Hegel erklärt Césaire den Kolonialismus aus der Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft, die sich „von innen heraus gezwungen sieht, die Konkurrenz ihres antagonistischen Wirtschaftsystems im Weltmaßstab auszudehnen“ (8)¹. Mit diesem Prozeß beginnt die Dekadenz des Kapitalismus und seiner Zivilisation, die nunmehr nicht nur das Problem des Proletariats, sondern auch das koloniale nicht lösen kann (6). Neben Fanon ist Césaire einer der wenigen Theoretiker der kolonialen Revolution, die die koloniale Frage mit der sozialistischen Revolution in den Metropolen eng verknüpfen und damit die Problematik auf ihren Begriff bringen. Césaire sieht Europa vor dem Untergang, das kapitalistische Europa,

1 Bei Hegel heißt es entsprechend: „Durch diese ihre Dialektik wird die bürgerliche Gesellschaft über sich hinausgetrieben, zunächst *diese bestimmte* Gesellschaft, um außer ihr in anderen Völkern... Konsumenten und damit die nötigen Subsistenzmittel zu suchen.“ (§ 246). „Dieser erweiterte Zusammenhang bietet auch das Mittel der *Kolonisation*, zu welcher... die ausgebildete bürgerliche Gesellschaft getrieben wird...“ (§ 248), Grundlinien der Philosophie des Rechts.

das sich anschickte, seine Ausplünderung der Kolonien mit der „humanistischen“ Mission zu rechtfertigen. Indes: die europäische Kolonisation entmenslichte nicht nur den Kolonisierten, sie arbeitete auch daran, „den Kolonisator zu *entzivilisieren*, ihn im wahren Sinne des Wortes zu *verrohen*“ (10). Durch die fatale Dialektik der kolonialen Welt wird das zivilisierte Europa, das die „Buschneger“ zivilisieren zu wollen vorgibt, selbst zum Busch. Césaire zeigt, wie der kolonialistische Rassenhochmut „das Gift in die Adern Europas infiltriert . . . und die langsame, doch sichere Verwilderung des Kontinents ihren Lauf nimmt“ (11).

Einen naiven Fortschrittsglauben lehnt Césaire ab und damit jeden darwinistisch interpretierten Marxismus. Er stellt Europa, wie schon Rosa Luxemburg, vor die Alternative: Sozialismus oder Barbarei. „Die Rettung Europas ist . . . Sache der *Revolution*: jener, die der engherzigen Tyrannei einer entmenschten Bourgeoisie in Erwartung der klassenlosen Gesellschaft die Vorherrschaft der einzigen Klasse substituieren wird, die noch einen universalen Auftrag zu erfüllen hat, denn sie allein leidet unter allen Übeln der Geschichte, allen universalen Übeln: das Proletariat“ (75 f.).

Césaire versteht seine Schrift als Angriff auf die bürgerlichen Ideologen und ihren Pseudohumanismus. „Feg sie weg, all die Verdunklungsstrategen, die Erfinder von Ausflüchten, die Scharlatane der Mystifikation, die Kauderwelsch-Manipulatoren“ (40). Vor ihnen will er die vom Kolonialsystem zerstörten „höfischen“ afrikanischen Kulturen rehabilitieren. „Meine Sache ist die uneingeschränkte Apologie unserer Negerkulturen“ (36). Doch anders als die Verfechter der alten Negerkulturen à la Senghor will Césaire diese nicht verherrlichen, den Weg zu einer künftigen freien Gesellschaft nicht versperren; er will keine Reduplikation der alten Gesellschaften: „Das überlassen wir den Amateuren des Exotismus“ (36). Für Césaire, wie später für Fanon, hat die Rehabilitierung der zerstörten Kulturen die Funktion, den Kolonisierten selbst zu rehabilitieren, seine kulturelle Identität wiederherzustellen.

Die moderne bürgerliche Ideologie interpretiert Césaire als die einer untergehenden Klasse, die die „Wissenschaft“ heranzieht, um ihren Irrationalismus zu rechtfertigen. Es ist die bürgerliche Ideologie in der imperialistischen Periode: die der „Zerstörung der Vernunft“. Césaire geht es darum, die Heuchelei der bürgerlichen Kritiker der nationalsozialistischen Barbarei zu entlarven. Diese waren niemals über die Verbrechen des Kolonialsystems entrüstet. Césaire betont emphatisch, daß die bürgerlichen Kritiker des Nationalsozialismus seine Komplizen waren, ehe sie seine Opfer wurden, „daß man diesem Nazismus Vorschub geleistet hat, bevor man von ihm heimgesucht wurde, daß man ihn freigesprochen, daß man beide Augen vor ihm zugedrückt, daß man ihn legitimiert hat, weil er bisher nur auf nichteuropäische Völker Anwendung fand“ (11). Was das imperialistische Bürgertum Hitler nicht verzeiht, ist „nicht das Verbrechen an sich, *das Verbrechen am Menschen an sich*, sondern daß es das Verbrechen gegen den weißen Menschen ist, daß es die De-

mütigung des Weißen ist und die Anwendung kolonisatorischer Praktiken auf Europa, denen bisher nur die Araber Algeriens, die Kulis in Indien und die Neger Afrikas ausgesetzt waren“ (12). Dem christlichen Bürger des 20. Jahrhunderts bekundet Césaire, „daß er in sich einen Hitler trägt, von dem er nichts weiß, daß Hitler in ihm haust, daß Hitler sein Dämon ist“ (12).

Bassam Tibi (Frankfurt/Main)

Carmichael, Stokely, u. Charles V. Hamilton: Black Power. Die Politik der Befreiung in Amerika. Günther-Verlag, Stuttgart 1968 (204 S., kart., 12,80 DM).

Die Relevanz, die revolutionären Erhebungen in Asien, Afrika und Lateinamerika in bezug auf den Bewußtseinsstand oppositioneller Minderheiten in Westeuropa und in den USA zukommt, sowie die Rolle, die eben diese Opposition für die koloniale Befreiungsbewegung spielt, wurde mit dem Beginn der neuen Phase des Kampfes der farbigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten sichtbar. Es ist das Verdienst Stokely Carmichaels und seiner Mitarbeiter vom SNCC, aus diesem Zusammenhang die Konsequenzen gezogen zu haben. Indem der internationale Kontext nie aus dem Auge verloren wird, kommt der Black-Power-Bewegung ein weit höherer politischer Stellenwert als allen bisherigen emanzipatorischen Aktionen der Farbigen der USA zu; indem die prinzipielle Interessenidentität aller Befreiungsbewegungen postuliert wird, rückt eine anti-imperialistische Globalstrategie als Antwort auf die faktisch vorhandene Globalstrategie des Imperialismus in den Bereich des Möglichen.

Die vorliegende Schrift ist kein Buch über, sondern eines für Black Power; sie enthält kein von außen an die Wirklichkeit herangetragenes theoretisches Konzept, sondern sie entwickelt aus der politischen Praxis gewisse Richtlinien für die politische Praxis: „Die schwarzen Gemeinschaften bedienen sich verschiedener Mittel, einschließlich des bewaffneten Aufstandes, um ihre Ziele zu erreichen, und aus den verschiedenen Versuchen entstehen Programme. Nach unseren Erfahrungen werden Programme nicht von ein oder zwei Leuten, uns zum Beispiel, entwickelt, sondern sie ergeben sich aus der täglichen Arbeit, aus der gegenseitigen Beeinflussung zwischen den Organisatoren und den Gemeinschaften, in denen sie arbeiten“ (9/10).

Ein derartiges Theorie-Praxis-Verständnis ist für Carmichael und Hamilton die Vorbedingung für die Notwendigkeit, durch tendenziell revolutionäre Aktionen nicht nur die sozio-ökonomische Basis der Gesellschaft, sondern auch deren Produkt, in diesem Falle den ausgebeuteten, unterdrückten, gedemütigten, passiven und leidenden Schwarzen zu ändern. Diese Notwendigkeit bedingt ferner, daß die Organisierung der schwarzen Bevölkerung nur durch die Schwarzen selbst geschehen darf; daß der oppositionelle Teil der Weißen seine historische Rolle begreifen muß, den *eigenen* Lebensbereich zu revolutionieren, also etwa arme weiße Bevölkerungsteile zu mobilisieren

und zu organisieren, oder in Bereichen, in denen Schwarze keine Agitationsmöglichkeiten haben, erzieherisch und aufklärend zu wirken.

Carmichael und Hamilton erörtern eingehend Fragen der Strategie des politischen Kampfes. Sie setzen sich hierbei ausführlich mit dem Problem von Koalitionen auseinander und kommen zu dem Schluß, daß die bislang den Schwarzen vorgeschlagenen Formen der Zusammenarbeit (etwa mit liberalen Weißen, Gewerkschaften etc.) auf Mythen beruhen; daß sie für die Black-Power-Bewegung gefährlich sein würden, solange diese nicht so stark ist, daß sie „ein unverdaulicher Körper ist, den man nicht einfach verschlucken oder verschwinden lassen kann“ (96). Konsequente Aktionen im Rahmen einer Black-Power-Politik vermindern also nicht die Effektivität des politischen Kampfes durch eine etwaige Isolierung, sondern sie sind erst die Voraussetzung dafür, daß wirksame Formen der Zusammenarbeit gefunden werden können. Black-Power-Politik impliziert also, daß die Schwarzen eigene Organisationsformen entwickeln; daß sie Gegen-Organisationen zu den etablierten bürokratischen Institutionen schaffen, die dann jedoch auf der bewußten Tätigkeit ihrer Mitglieder aufbauen müssen; daß sie z. B. nicht versuchen, zwei oder drei ihrer Leute in vorhandene Schulverwaltungsausschüsse zu schicken, wo sich keine Möglichkeiten sinnvoller Arbeit bieten, sondern daß sie einen Volks-Schulausschuß bilden, den sie selbst kontrollieren.

Die Schaffung einer breiten Basis der Aktivität ist jedoch die Voraussetzung für das Ende der Bindung schwarzer Führer an eine korrumpierende und korrupte weiße Verwaltungsmaschinerie — eine Voraussetzung, die ihrerseits an die Entstehung eines neuen Selbstbewußtseins der Farbigen gebunden ist. Da „der Unterdrücker versucht, dem Unterdrückten seine Begriffsbestimmungen und sein Geschichtsbild aufzuzwingen“ (48), impliziert der Emanzipationskampf der Black-Power-Bewegung auch die Notwendigkeit eigener Begriffsbestimmungen und eines eigenen Geschichtsbildes. Es ist kein „umgekehrter Rassismus“, wie man Carmichael und dem SNCC von liberaler Seite gerne vorwirft, aus dieser Situation die notwendigen organisatorischen und politischen Konsequenzen zu ziehen, denn Black Power bedeutet nicht schwarze Vorherrschaft. „Die höchsten Wertbegriffe und Ziele sind nicht Beherrschung und Ausbeutung anderer Gruppen, sondern vielmehr die effektive Beteiligung an der Gesamtmacht der Gesellschaft“ (60).

Bei aller prinzipiellen Verschiedenheit der Situation in den USA einerseits und in der Bundesrepublik andererseits dürften manche Passagen des vorliegenden Buches dennoch durchaus einige generelle Hinweise für eine anti-imperialistische Strategie in hochindustrialisierten spätkapitalistischen Ländern liefern, die die gegenwärtig geführte Diskussion über die Formen der politischen Arbeit der Außerparlamentarischen Opposition befruchten könnten.

Manfred Fenner (Bochum)

Bain, Chester A.: *Vietnam. The Roots of Conflict.* Prentice Hall, Inc., Englewood Cliffs, New Jersey 1967 (184 S., kart., 1,95 \$).

Mary McCarthy meint in ihrem Vietnam Report: „Die politische Wissenschaft, wie sie an den großen Universitäten Amerikas gelehrt und studiert wird, ... scheint ... in die Nachbarschaft der science fiction, der utopischen Romane zu geraten.“ Wer an dieser Behauptung zweifelt, dem sei die Lektüre des vorliegenden Buches empfohlen. Möglicherweise kommt er zu der Einsicht, McCarthy habe noch untertrieben. Auf alle Fälle kann man hier exemplarisch studieren, auf welches Niveau die im Dienste des Imperialismus stehende politische „Wissenschaft“ abgesunken ist, absinken mußte. Dies gilt für den historischen Teil des Buches ebenso wie für den aktuellen. Die Kapitel, die sich mit den Zeiträumen nach 1945 und nach 1954 befassen, beschränken sich auf die Wiederholung der sattsam bekannten Lügen der US-Regierung und die Rechtfertigung von deren Politik. Hierbei gelingt es dem Autor mit großem Erfolg, auch noch den mindesten kritischen Gedanken zu unterdrücken. Der Befreiungskampf der südvietnamesischen Bevölkerung ist eine Aggression der Kommunisten aus dem Norden. Anklang finden konnten diese nur bei den rückständigsten Schichten der Landbevölkerung, die sie systematisch zu verdummen sich bemühen. Der Grund für die Politik der US-Regierung ist, daß die USA ihre Verpflichtung erkannt haben, die Rechte auch kleiner Nationen auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu verteidigen. Immerhin gibt der Autor in diesem Zusammenhang in der typischen ideologischen Verzerrung zu, daß dem Vietnamkrieg ein exemplarischer Charakter zukommt.

Behauptungen wie die folgende verdammen den Satiriker zum Schweigen: „Though the wealthy enjoy advantages, there are still no strong class barriers in the South ... and it is possible for a poor boy to rise to high position through education and hard work“ (21). Zusammenfassend: „Dies Zitat ist nicht das dümmste, obwohl, man muß Gerechtigkeit üben, dumm genug“ (Leo Trotzki).

Jürgen Harrer (Marburg/Lahn)

Alsheimer, Georg W.: *Vietnamesische Lehrjahre. Sechs Jahre als deutscher Arzt in Vietnam 1961—1967.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1968 (485 S., Pb., 18,— DM).

Der bundesdeutsche Protest gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam hat sich erstaunlich schnell durch die Pariser Verhandlungen und den damit verbundenen Stop der Bombardierung Nordvietnams einschläfern lassen — der unverminderte Fortgang des Völkermords und der Unterdrückung in Südvietnam ist aus einem linksliberalen Bewußtsein verdrängt worden, daß sich z. B. wie folgt definieren könnte: „Für Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, für bessere Beziehungen zu Polen und den übrigen Ostblock-Staaten; für die Juden; gegen Wiederaufrüstung und Kalten Krieg; gegen Strauß und gegen alle neonazistischen oder irgendwie als reaktionär

und restaurativ empfundenen Tendenzen in der Bundesrepublik; . . . für die demokratische Ordnung, gegen Stalinismus und gegen Ulbricht.“

Dieser Katalog stammt von Alsheimer, der damit (13) seinen eigenen Bewußtseinsstand vor seiner *Lehrzeit* in Vietnam beschreibt — die Chronik der „Vietnamesischen Lehrjahre“ bringt dann die Fakten bei, die zur Überwindung dieses Bewußtseins nötig waren. Es scheint mir ein Vorteil dieses Buches, daß es Bewußtsein nicht voraussetzt, sondern schaffen hilft, indem es beschreibt, wie Bewußtsein (des Autors) entstanden ist. Wie ein empfindsamer Reiseschriftsteller des 19. Jahrhunderts beginnend, vermittelt A. eine Fülle von konkret-sinnlichen Details, auf die die verdienstvollen sozio-ökonomischen Analysen und kurzen historischen Abrisse der sonstigen Vietnam-Literatur (etwa Steinhaus, Horlemann/Gäng etc.) verzichten mußten. (*Sinnlich* sollte hier nicht zu begrenzt verstanden werden: auf dem Gebiet der Sexualität scheint der Kolonialstandpunkt noch am wenigsten überwunden, sondern nurmehr romantisch revolutionär überglänzt — „revolutionäre Züge“ in den Praktiken einer Prostituierten sähen vielleicht doch anders aus als die auf S. 108 ff. beschriebenen!)

Nachdenkenswert sind Parallelen zwischen APO und buddhistischer Studentenbewegung, über deren Revolten es heißt: „Mit . . . der Dämonisierung der Vergangenheit, der Personalisierung der Gegenwart und der Mystifikation der Zukunft, hat sich der revolutionäre Elan der Jahre 1963—1965 schließlich zu Tode geritten“ (237); oder: „Kurz, es wurde eine Art vorweggenommener Kulturrevolution praktiziert, oft dilettantisch, mit jugendlicher Unbeugsamkeit, aber mit demokratischer Begeisterung und einem Arbeitspensum bis zur völligen Erschöpfung. Aus Spontaneität geboren, unzureichend organisiert und ohne klares politisches Konzept, fand diese Revolte weder den inneren noch den äußeren Zusammenhalt, der ihr zum Siege hätte verhelfen können. Methodisches Vorgehen, Erfahrung, Ausdauer und Disziplin ließen sich nicht ersetzen, auch nicht durch die Flucht in die revolutionäre Gewalt, die manchmal der Angst vor der eigenen Courage entsprang.“ (276)

Bewegungen dieser Art gelang zwar der Sturz Diems und seines Anhangs — aber in der Folge erwies sich das als Scheinerfolg, nicht zuletzt dank der amerikanischen Aktivitäten. A. notiert Gespräche mit Walt Rostow (200 ff.) und dem unter Nixon wieder in die offizielle Politik Washingtons zurückgekehrten Henry A. Kissinger (332 f.), die beide den gleichen Eindruck hinterließen: einen Schauer vor der naiven und unbeteiligten Art, mit der die Gesprächspartner die verschiedensten Möglichkeiten gedanklich durchspielten, „Sandkastenspiele für Giganten, die für Nationen und Kontinente unabsehbare Folgen haben konnten“ — wobei die Interessen dieser Nationen und Kontinente natürlich aus dem Spiel bleiben. Die Frage ist „Can we win?“ und „we“ sind die USA.

Mit welchen, oft als „wissenschaftlich“ getarnten Methoden man zu gewinnen glaubte, darüber gibt besonders das letzte Drittel der

„Lehrjahre“ Aufschluß — mit welchen Methoden man gewinnen kann, ist den Erfolgen der Befreiungsfront zu entnehmen.

Yaak Karsunke (München)

Lacouture, Jean: Ho Tsch Minh. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1968 (314 S., kart., 14,— DM).

Ho Chi Minh: Gegen die amerikanische Aggression. Reden, Aufsätze, Interviews. Trikont-Verlag, München 1968 (110 S., br., 3,90 DM).

Le Chau: Bauernrevolution in Süd-Vietnam. Trikont-Verlag, München 1968 (149 S., br. 5,— DM).

Chesneaux, Jean: Vietnam. Geschichte und Ideologie des Widerstands. Res Novae—Dritte Welt. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1968 (171 S., br., 7,— DM).

Lacoutures Ho Chi Minh — (ich bleibe bei dieser vietnamesischen Schreibweise, es heißt ja im Buch auch nicht Lakutühr!) ist aus einer Kurzbiographie hervorgegangen, die der Autor vor mehr als 10 Jahren als Teil seines Werkes „Six hommes et la France“ veröffentlicht hatte. Damals stand der „Vater der vietnamesischen Revolution“ noch in einer Reihe mit Ferhat Abbas, Burghiba und anderen „Antikolonialisten“. Thema war die Auflösung des französischen Imperiums. Diese Perspektive bietet heute nur noch historisches Interesse. Dennoch hat L. den Tenor der damaligen Biographie beibehalten: Die Spannung zwischen antikolonialem Nationalismus und sozialistischem Internationalismus, die das Leben dieses Revolutionärs mehr der Praxis als der Theorie seit seinem Eintritt in die Politik — gegen Ende des Ersten Weltkrieges — geprägt hat. Diese Spannung wird auf verschiedenen Ebenen ausgetragen: altvietnamesische Tradition — als Utopie einer besseren Vergangenheit — und Umwälzung der sozioökonomischen Basis — als Vorbedingung einer menschenwürdigen Zukunft — stehen sich nach Lacoutures Meinung gegenüber und werden in der Gestalt Ho Chi Minhs verbunden und versöhnt; aber das gleiche gilt auch für die Bindung an Asien und an Europa, insbesondere an Frankreich, worauf L. immer wieder zu sprechen kommt.

L. hat Ho Chi Minh bei verschiedenen Gelegenheiten zu sehen bekommen, zuerst als der Autor Presse-Offizier des Generals Leclerc im Hanoi von 1946 war. Er verzichtet aber darauf, selbsterlebte Anekdotchen zu erzählen und sammelt statt dessen alles verfügbare Material, vor allem über die ersten Jahrzehnte aus dem Leben Ho Chi Minhs, über die noch wenig bekannt ist: die Kindheit im Nghe An, die Schulzeit in Hué, die Wanderjahre, die politischen Lehrjahre, die teils freiwillige, teils zwangsweise Emigration, die in verschiedenen Formen bis 1941 anhielt.

Das Buch räumt außerdem mit einer Reihe von Vorurteilen auf, die bei bürgerlichen Liberalen Europas weitverbreitet sind, beson-

ders in Frankreich: Es wird ganz klar, daß Ho kein asiatischer Tito ist, sondern vielmehr ein überzeugter Anhänger des sozialistischen Internationalismus. Sein „nationaler“ Kommunismus ist innerhalb der sozialistischen Machtblöcke angesiedelt und weitaus stärker nach Moskau als nach Peking orientiert, immer wieder hat Ho auf die Beendigung der unseligen Spaltung innerhalb der sozialistischen Welt hinzuarbeiten versucht. Dabei war er allerdings nie ein Satellit Moskaus, sondern ein loyaler Verbündeter. Seiner Überzeugung nach wird den Interessen seines Volkes nur der Sozialismus gerecht. Und im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus muß es ein möglichst starker, international solidarischer Sozialismus sein. Für L. ist Ho deshalb so etwas wie die Inkarnation einer dialektischen Synthese von Nationalismus und Kommunismus: und an diesem Punkt wird die politisch richtige Grundthese des Buches etwas mythologisch und personalistisch: als ob Hos Erfahrungen und Einsichten sein privates Privileg wären und nicht von unzähligen Menschen seiner Generation gemacht und gewonnen worden wären. Nicht sehr schlüssig ist auch eine Behauptung im Schlußkapitel, die das Ingangkommen der Pariser Verhandlungen dem „Onkel“ Ho persönlich — gegen den Widerstand vieler seiner „Neffen“ zuschreibt.

Die von Reiner Jendis und Herbert Röttgen eingeleitete Ausgabe von Ho Chi Minhs Reden, Aufsätzen und Interviews bietet den Vorteil, daß sie wichtige Stellungnahmen Hos gegen die amerikanische Aggression gesammelt und in deutscher Sprache zugänglich gemacht hat. (Sie ist aus einer französischen Fassung der Hanoier „Edition des Langues Etrangères“ hervorgegangen.) Insofern ist dieses Buch eine willkommene Ergänzung von Lacoutures Biographie. Die Texte sind, wie alle von Ho Chi Minh, eine Mischung von Aufrichtigkeit und taktischem Geschick, Information und Öffentlichkeitsarbeit, persönlichem Bekenntnis und sozialistischem Ritual. Das stets wiederkehrende Thema ist das Selbstbestimmungsrecht nicht nur des vietnamesischen „Volkes“, sondern des konkreten vietnamesischen Menschen, für das Ho sein Leben lang gekämpft und gearbeitet hat. Es wird daraus völlig klar, daß er auf diesen Anspruch niemals verzichten wird und er seiner schließlichen Verwirklichung, wie lange sie auch dauern möge, vollkommen gewiß ist. Diese Sicherheit drückt sich im gedämpften Tonfall seiner Verlautbarungen aus: Keinerlei Verbalinjurien, keine nationale Hysterie, nicht einmal jenen pauschalen Antiamerikanismus kann man darin finden, der schon jeden nichtvietnamesischen Zeugen der amerikanischen Verbrechen in Vietnam immer wieder zu überwältigen droht. Hos Antidot gegen solche emotionale Reaktionen ist die Lehre vom Klassenkampf und seiner ökonomischen Bedingtheit. Der Kapitalismus ist schuld am Krieg in Vietnam und an seinen Verbrechen — und dann erst, in dieser Reihenfolge, die Kapitalisten und die von diesen abhängigen einzelnen Amerikaner. Hos dialektischer Materialismus hat eine ganz unmittelbare humanistische Konsequenz: die Menschen können das mörderische System abschaffen, wenn sie, in einem ersten Schritt dazu, beginnen, seiner bewußt zu werden.

Jendris' Einleitung wird allerdings Hos Texten kaum gerecht. Ho Chi Minh als Gallionsfigur der Antiautoritären, die „die Distanz der neuen Bewegung zu den traditionellen, verbürokratisierten Organisationen der alten Arbeiterbewegung kommunistischer und sozialdemokratischer Observanz“ (S. 9) symbolisieren soll, diese Rolle ist sicher nicht im Sinne des alten Mannes und eine grobe Verkennung nicht nur seiner Haltung, sondern auch seiner Politik. Die Niederwerfung der Revolte im Nghe An, die Eliminierung der kleinbürgerlichen, aber auch der ultralinken Kritik der Intellektuellen an der Partei 1956/57 (auf die allerdings eine Reform und Entbürokratisierung der Partei folgte), zeigen nur allzu deutlich, daß Ho die revolutionäre Disziplin nicht geringer achtet als den revolutionären Elan. Der einzigartigen Synthese von Elan und Disziplin (wobei der Elan als Motor der revolutionären Organisation fungiert und nicht in der persönlichen Selbstdarstellung sich verschleudert) verdankt seine Bewegung ja schließlich mehr als allem anderen ihren Erfolg.

Le Chaus „Bauernrevolte in Südvietsnam“ bietet, auf kleinstem Raum zusammengedrängt, das Wichtigste über die Agrarstruktur Südvietsnams sowie über die wirtschaftliche Lage und soziale Position seiner Reisbauern. Die unheilvolle Rolle der Kolonisation wird aufgedeckt, die das soziale und ökonomische Gleichgewicht der traditionellen Dorfordnung zum Einsturz bringt, die immerhin noch einige Selbstregelungsmechanismen zur Abwehr exzessiver Mißstände besaß: z. B. die periodischen Landreformen der Herrscher (Entfeudalisierung und Schuldenerlaß) sowie die Lehre vom Himmelsmandat des Kaisers und der Verpflichtung zur dynastischen Revolte, wenn der Herrscher das soziale Gleichgewicht nicht aufrechtzuerhalten wußte und Feudalisierung und Verelendung zuließ. Damit hat der Kolonialismus aufgeräumt und so die rettungslose Verelendung beginnen lassen, die bis heute anhält und das revolutionäre Potential auch noch für die jetzige Befreiungsbewegung bildet.

Die Mißerfolge der französischen und amerikanischen Agrar-„reform“-Projekte werden diskutiert, allerdings nicht so ausführlich und differenziert, wie das wünschenswert wäre — sie gleichen sich wie ein Ei dem anderen. — Trotz einiger Unzulänglichkeiten, die vor allem die Systematik der Darstellung betreffen, ist dieses faßlich geschriebene Buch für eine rasche Orientierung zu empfehlen. Es kann außerdem als Einleitung dienen für anspruchsvollere (allerdings auch etwas redselige) Klassiker, wie z. B. Paul Mus' „Sociologie d'une guerre“.

Chesneaux' Vietnam ist eines der interessantesten Bücher, die zu diesem Thema in den letzten Jahren erschienen sind. Der Autor hatte sich bereits vor Jahren mit seiner „Histoire du Vietnam“ einen Namen gemacht; dies Buch stand allerdings im Schatten von Le Thanh Kois „Vietnam, Histoire et Civilisation“, das die gleichen Probleme mit intimerer und differenzierterer Sachkenntnis anging; demgegenüber wirkte Chesneaux damals etwas abstrakt und allzu didaktisch.

Das nun vorliegende Buch hat die Schwächen des Erstlingswerkes überwunden. Historie, Kulturgeschichte, Literatur, Ökonomie, Soziologie und Politik werden in reichhaltiger Fülle herangezogen, um die Entstehung und die Erfolge der Nationalen Befreiungsfront (FNL) Vietnams verständlich zu machen. Die besonders günstig gelagerten Verhältnisse für einen revolutionären Krieg werden sichtbar und auch, daß sie kein Geschenk des Himmels waren, sondern zum größten Teil geduldiger Vorbereitung entsprangen: „Der Sieg des bewaffneten Kampfes, was auch immer der historische Kontext und der Wille der Avantgarde dazu beitragen mag, kann nicht improvisiert werden; er bedarf eines langen Reifungsprozesses“ (86). Damit kritisiert Chesneau implizit jeden, der glaubt, „viele Vietnams“ ohne diese Vorbereitung erzwingen zu können.

Es ist unmöglich, die vielseitigen Probleme, die auf den 171 Seiten des Buches angeschnitten werden, auch nur aufzuzählen. Dazu gehören: dem deutschen Schrifttum unbekanntes militärtheoretische Analysen von Führern der Befreiungsfront, politische Probleme der Zukunft wie die Regierungs-, Gesellschafts- und Wirtschaftsformen in einem von den Amerikanern befreiten Südvietnam, die „Genesis des Konfliktes“, aber auch die „Dialektik von Transistor und Bombenfälle“ (148), deren Verallgemeinerung auf die technologisch entwickelten Länder die einzig wichtige These des Buches ist, die man mit einem Fragezeichen versehen muß. Sehr eindrucksvoll wird der Einbruch der FNL in die Städte, die Zitadellen des Gegners, während der Tet-Offensive geschildert und analysiert. Das Buch ist unentbehrlich für jeden, der sich über die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes in Vietnam während der letzten Jahre ein Bild machen will.

Georg W. Alsheimer (Gießen)

Rudolf, Walter: Völkerrechtliche Aspekte des Vietnam-Konflikts. Verlag Gehlen, Bad Homburg, Berlin und Zürich 1967 (88 S., br., 5,80 DM).

In einer kursorischen Darstellung des völkerrechtlich relevanten Tatbestandes erläutert der Bochumer Ordinarius für öffentliches Recht zunächst die — im umfassenden Anhang abgedruckten — Vietnam betreffenden Verträge und Erklärungen und gibt — allerdings ohne auf gesellschaftlich-ökonomische Hintergründe einzugehen — einen kurzen Abriß der Genese des Vietnam-Krieges von der Weigerung Südvietnams, die von der Genfer Indochina-Konferenz zur Regelung der offenen politischen Fragen vorgesehenen allgemeinen Wahlen durchzuführen (1956), bis zum Beginn der amerikanischen Bombenangriffe auf Ziele in Nordvietnam im Februar 1965.

Nach dieser hilfreichen Exposition schneidet R. „frei von politischer Ideologie“ die „Kardinalfrage“ nach der Rechtmäßigkeit der Intervention der USA in Vietnam an (20), die er — differenziert nach vier historischen Komplexen — beantwortet.

Entgegen einer in der Völkerrechtslehre vertretenen Mindermeinung, daß durch völkerrechtliche Verträge eine auch Nichtsignatarstaaten verpflichtende Ordnung errichtet werde („Law-making-treaties“) und abweichend von Art. 2, 6 der UN-Charta, wonach die UN Sorge tragen, daß auch Nichtmitglieder der UNO bestimmte Grundsätze beachten, hält R. mit der überwiegenden Meinung an der Auffassung fest, daß sich völkerrechtliche Abmachungen nicht auf Drittstaaten verpflichtend erstrecken: *Pacta tertiis nec nocent nec prosunt*. Die USA, die dem Genfer Abkommen nicht beigetreten sind, hätten deshalb durch die Entsendung von Militärberatern zur südvietnamesischen Armee — anders als das als Rechtsnachfolger Frankreichs verpflichtete Südvietnam — nicht gegen das in dem Genfer Abkommen ausgesprochene Verbot verstoßen, Militärpersonen nach Vietnam zu bringen (22).

Aus dem gleichen Grunde verstoße das „militärische Engagement“ der USA auf dem Territorium von Südvietnam nicht gegen das Verbot des Genfer Abkommens, Truppen und Kriegsmaterial nach Vietnam zu bringen und dort fremden Staaten gehörende Militärstützpunkte zu errichten (28).

Diese Rechtsauffassung bewertet somit die einseitige Erklärung der USA auf der Genfer Indochina-Konferenz, sich „jeder Drohung mit oder des Gebrauchs von Gewalt“ zur „Störung“ der Genfer Abkommen zu enthalten, als bloße rechtsunverbindliche Kenntnisnahme und spricht ihr völkerrechtliche Bedeutung ab.

Wiewohl R. bei der Subsumtion der Zwischenfälle im Golf von Tonking noch die inzwischen durch den Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats widerlegte (vgl. dazu etwa: „Der Spiegel“, Nr. 10 d. XX. Jg. v. 4. 3. 1968, S. 94 f.) damalige offizielle amerikanische Version zugrunde legt, das amerikanische Kriegsschiff sei auf einer Routinefahrt in internationalen Gewässern von nordvietnamesischen Marineeinheiten angegriffen worden, kommt er zu dem Ergebnis, daß die von den USA ergriffenen Repressalien wie die Bombardierung der nordvietnamesischen Flotte und ihrer Heimathäfen gegen das Gewaltverbot (Art. 2.4) der UN-Charta verstießen und dieser Bruch des Völkerrechts „auch nicht unter dem Vorbehalt des Rechtes zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung (zu) rechtfertigen“ sei (29 f.).

Nach einer Prüfung der — abhängig von dem ideologischen Standpunkt — gerade hinsichtlich der Bewertung von Volksbefreiungskriegen differierenden und heftig umstrittenen Definitionen des völkerrechtlich ungeklärten Begriffs des Angriffs resultiert R., „man wird nicht umhin können (scil.: in der Entscheidung von Partisanen nach Südvietnam) einen Angriff seitens der Demokratischen Republik Vietnam zu bejahen“ (33). Hierbei wird allerdings die offizielle sowjetische Begriffsbestimmung, die Bürgerkriege und nationale Befreiungskriege aus dem Begriff des Angriffs ausklammert, kurzerhand als „für die Staatenpraxis einer ideologisch heterogenen Welt unbrauchbar“ verworfen (33). Unverständlicherweise bleibt auch bei dieser Beurteilung die sie in Frage stellende Tatsache außer Betracht,

daß der von den Partisanen überschrittene 17. Breitengrad nach der Schlußerklärung der Genfer Indochina-Konferenz lediglich eine Demarkationslinie darstellt und — so wörtlich Ziffer 6 der Schlußklärung — „in keiner Weise als politische oder territoriale Trennung ausgelegt werden darf“ (!).

Die Argumentation der USA, ihre Kriegshandlungen gegen die DRV seien durch das von der UN-Charta und dem Gewohnheitsvölkerrecht anerkannte Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angreifer gerechtfertigt, hält R. jedoch für „völkerrechtlich unhaltbar“ (31). Die „Reaktion“ der USA, auf den Einsatz von Partisanen die militärischen Anlagen der sie ausbildenden Armee und die sie versorgende Industrie zu zerstören, überschreite die zulässige Selbstverteidigung und stelle sich selbst als ein unrechtmäßiger Angriff dar (34). Weil das Völkerrecht, um die Ausweitung von Bürgerkriegen zu Kriegen im Sinne des Völkerrechts zu verhindern, deren territoriale Begrenzung auf das Gebiet des betroffenen Staates gebiete und die genaue Beachtung der Gebietshoheit der Staaten fordere, rechtfertige auch die Tatsache, daß reguläre Truppenverbände der DRV den 17. Breitengrad überschritten, es nicht, das Gebiet der DRV zu bombardieren und zu beschießen.

Eberhard Brandt (Gießen)

Cho, Myunghun, Y.: Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Peking und P'yongyang 1949—1967. Analyse und Dokumente: eine Studie über die Auswirkungen des sowjetisch-chinesischen Konfliktes. Band 20 der Schriften des Institutes für Asienkunde in Hamburg. O. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1967 (175 S., Ln., 19,— DM).

Cho vermittelt nicht nur einen Überblick über die Struktur der nordkoreanischen Regierung und das System der dortigen kommunistischen Partei, sondern in erster Linie eine Analyse dessen, was das Spezifische in der koreanischen kommunistischen Entwicklung seit 1949 ausmacht. Um dies Spezifische plastisch charakterisieren zu können, empfiehlt sich jedoch ein Vergleich mit Nordvietnam. Durch die Gegenüberstellung lassen sich die Besonderheiten der nordkoreanischen außen- wie innenpolitischen Entwicklung und deren Substanz verdeutlichen, wobei die Beziehung des jeweiligen Landes zu China lediglich einen Kristallisationspunkt der politischen Entwicklung bedeutet. — Sowohl die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR) als auch die Demokratische Republik Vietnam (DRV) versuchen, aus dem sino-sowjetischen Konflikt ihren Nutzen zu ziehen und ihre Selbständigkeit in jeder Hinsicht zu erreichen — wie neuerdings, wenn auch auf ganz andere Weise, Rumänien und die CSSR. Im Unterschied zu Rumänien und der CSSR, wo die Verselbständigung durch eine Umbesetzung bzw. Absetzung der Partei- und Regierungsspitze in Gang gesetzt wurde, ereignete sich der Umwandlungsprozeß in den asiatischen Ländern unter derselben Führung, die seit der Gründung dieser Volksrepubliken im Staat regiert hat und für die Partei bestimmend war.

Vergleiche zwischen der KVDR und der DRV sind nicht nur nach äußerlichen Gesichtspunkten möglich, weil beispielsweise beide Länder geteilt sind, weil die Begriffe „Nord“-Korea und „Nord“-Vietnam analog gebildet sind oder etwa die herrschenden Parteien beider Länder „Partei der Arbeit“ heißen, sondern es besteht eine vergleichbare Struktur im politischen Prozeß, trotz der Verschiedenheiten in der Wirtschaft, in der Entwicklung der politischen Führungsspitze und natürlich in den kultur-historischen Gegebenheiten. Während Nordkorea eine gewisse stalinistisch-machiavellistische bzw. pragmatische Tradition vorzuweisen hat, besteht das Kollektiv der nordvietnamesischen Führungsspitze vorwiegend aus Kräften, die real-dialektisch geschult sind. Während die Lao Dong (Arbeiterpartei Vietnams) sich offen zu der Lehre Mao Tse-tungs als einer Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus bekennt (fixiert in ihren Parteistatuten und in ihrer Verfassung), verschweigt dies die Arbeiterpartei in Korea (No-Dung-Dang), obschon in der revolutionären Strategie Kim Il-songs viele Gedanken Mao Tse-tungs enthalten sind. Auch in der Entwicklung der Beziehungen zwischen P'yongyang und Peking bzw. zwischen Peking und Hanoi lassen sich Parallelen feststellen (vor allem in der Zeit zwischen 1954 und 1967).

Mit Recht setzt Cho den Beginn der Beziehungen P'yongyangs zu Peking erst in die Zeit während des Koreakrieges 1950—53. Denn „von 1945 bis 1949 beschränkten sich die Außenbeziehungen Nordkoreas auf die UdSSR. Die einzige auswärtige Vertretung Nordkoreas befand sich in Moskau“ (21). Es müßte dabei allerdings berücksichtigt werden, daß inoffizielle Beziehungen zwischen der KPCh und einigen führenden koreanischen Kommunisten schon seit den 30er Jahren bestanden haben. Dokumente darüber sind nur fragmentarisch vorhanden, worauf Cho jedoch nicht eingegangen ist. Er befaßt sich um so mehr mit den Beziehungen zwischen der Partei der Arbeit Koreas und der KPCh einerseits, und den innerparteilichen Verhältnissen in Nordkorea andererseits zwischen 1953 und 1967.

Die Beziehungen P'yongyangs zu Peking entwickelt Cho im wesentlichen in drei aufeinanderfolgenden Phasen: „Versuch einer passiven Neutralität zwischen Moskau und Peking“ in der Periode des I. Fünfjahresplanes (1956—60), in der die Industrialisierung in Nordkorea forciert wurde; „Solidarität mit China“, die 1961 (auf den Tagungen des Weltgewerkschaftsbundes in Moskau und des Weltfriedensrates in Stockholm) beginnt, sich in der Kubakrise, im indisch-chinesischen Grenzkonflikt, in den Auseinandersetzungen um den Moskauer Atomsperrvertrag und in der verschärften Entwicklung des Vietnamkrieges nach dem Tonking-Zwischenfall festigt; und drittens die Phase „auf dem Weg zum aktiven Neutralismus“, der auf dem gelungenen wirtschaftlichen Konsolidierungsprozeß in Nordkorea beruht. Dieser aktive Neutralismus, der sich „in dem selbstbewußten Ton, mit dem er die unabhängige Stellung und aktive Rolle Nordkoreas“ verkündet (45), ausdrückt, begann im Februar 1965 mit dem Besuch Kossygin in P'yongyang. In diesem Zusam-

menhang müßte eingeräumt werden, daß Nordkorea mit dem „aktiven Neutralismus“ nicht nur eine neutralistische Position in der Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und der VR China einnimmt, sondern vielmehr eine Schiedsrichterrolle, die eine politische Handlungsfreiheit und Beweglichkeit in solchem Maße ermöglicht, daß Nordkorea, ähnlich wie Nordvietnam, politische Entscheidungen treffen kann, ohne die eine oder andere der sozialistischen Großmächte zu konsultieren. (Eklatante Beispiele dafür sind die Pueblo-Affäre und die jüngste Entscheidung Ho Chi-minhs für Verhandlungen mit den USA.)

Die Wechselwirkung zwischen inter- und intraparteilichen Verhältnissen, die ohne Zweifel ein außerordentlich relevanter Faktor in der Politik eines jeden sozialistischen Landes ist, wird in dieser Arbeit einleuchtend dargelegt. Im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen über Nordkorea zeigt Cho auf, daß „die Grenzen zwischen den verschiedenen Fraktionen nicht unbedingt klar“ sind (24 ff.), und daß aus diesem Grunde die „Säuberungen“ nicht nach ideologischen oder interparteilichen Gesichtspunkten, sondern nach pragmatischen, machtpolitischen Gesichtspunkten stattfanden.

Die revolutionäre Strategie der KVDR spricht sich gegen jeden Revisionismus und Dogmatismus aus, wobei man in Nordkorea unter dem Begriff Dogmatismus etwas anderes versteht als in Nordvietnam: dort bedeutet Dogmatismus zugleich Stalinismus, während man in Nordkorea mit Dogmatismus im Grunde Maoismus meint.

Um seine unabhängige und aktive Position um jeden Preis aufrechtzuerhalten, geht Nordkorea von folgender Maxime aus: „Wer keinen Nationalstolz hat, wird unausweichlich in nationalen Nihilismus verfallen ... Diejenigen, die dem nationalen Nihilismus verfallen, können keine Unabhängigkeit haben, die nationale Souveränität nicht aufrechterhalten und keine Revolution durchführen“ (162 ff.).

Charles T. Z. Chung (Köln)

Munadschid, Salah: Wohin treibt die arabische Welt?

Die erste kritische Stimme eines führenden Arabers. Mit einem Vorwort von Harald Vocke. Piper Verlag, München 1968 (100 S., kart., 5,80 DM).

Der Titel ist ebenso anmaßend wie geschäftstüchtig¹. Die „kritische“ Stimme, die führend sein soll, entpuppt sich als die eines professoralen Sympathisanten der faschistischen ‚Moslembrüderschaften‘. Für den Titel zeichnet gewiß weniger der Verlag als der

1 Das arabische Original erschien unter dem Titel „Die Säulen der Katastrophe“ (a'midat al-nakbah) im Verlag Dar al-kitab al-arabi. G. Schukri schreibt in seinem Buch „Amerika und der intellektuelle Krieg“ (Amerika wa'l harb al-fikrija), Kairo 1968, in dem er die kulturimperialistische Tätigkeit der CIA im nahen Osten untersucht, daß dieser Verlag zum Netz der CIA gehört (S. 32). Ein Blick auf das Verlagsprogramm überzeugt davon.

Übersetzer Harald Vocke, der als militanter Antikommunist renommierte Nahostkorrespondent der FAZ. Vocke hatte diese Veröffentlichung bereits auszugsweise in der FAZ vom 25. 6. 68 vorgestellt; in einer redaktionellen Vorbemerkung suggerierte er dem deutschen Leser, daß „die von Munadschid kritisierten arabischen Sozialisten ... das Buch bisher totzuschweigen versucht“ hätten; darin täuscht sich Vocke². Warum sollte man dieses platte Buch auch totschweigen, wenngleich es Zeitverschwendung ist, sich mit Munadschids Behauptungen ernsthaft zu befassen. Lassen wir ihn selbst sprechen:

Nach Munadschid ist der Moslem a priori zum Sieger auserkoren. „Denn Gott selbst hat der Sache des Islam den Sieg verheißen“ (17). Die Araber hätten den Juni-Krieg 1967 verloren, weil sie heute „wieder in ihr Heidentum zurückgesunken (sind). Sie haben den Glauben, die Inbrunst, den Antrieb und Drang, jene tiefe Hingabe verloren ... , sind zu Materialisten geworden, den Byzantinern gleich, deren Macht eben deshalb verfiel“ (ebd.). Und da sie einmal „den Glauben an Gott aufgegeben (haben), so hat auch Gott sie verlassen“ (18), und sie haben den Krieg verloren.

Beunruhigt stellt Munadschid fest, daß „den arabischen Orient ... eine gefährliche ideologische Seuche befallen (hat), die sich als ‚revolutionärer Sozialismus‘ bezeichnet“ (24). Diese „Seuche“ gilt es zu bekämpfen, denn: „Der Sozialismus taugt nicht für Länder, in denen eine vollkommene gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung, deren Quelle der Islam ist, angewandt werden kann“ (28). „Die Sozialisten haben versucht, den Islam zu ‚bolschewisieren‘ ...“ (29). Die arabischen werktätigen Massen waren Munadschid zufolge besonders anfällig für sozialistische Ideen, weil nämlich Unwissenheit „kennzeichnend für diese Schichten ist ... Sie sind nicht fähig, Kritik zu üben, so daß man sie leicht beeinflussen kann“ (70). Die Sozialisten hätten „sich einen eigenen Wortschatz geschaffen, um Gefühlsausbrüche zu entfachen. Wörter wie ‚Kolonialismus‘, ‚Imperialismus‘, ‚Neokolonialismus‘ und ‚Reaktion‘. Sie haben diese Vokabeln dem Lexikon des Kommunismus entlehnt.“ Damit konnten sie jenen „bezahlte(n) Pöbel, jene Vagabunden und Analphabeten“ (70), wie Munadschid das Proletariat apostrophiert, beeinflussen.

Bassam Tibi (Frankfurt/Main)

Rouleau, Eric, J. F. Held, J. u. S. Lacouture: Die dritte Schlacht. Israel und die Araber. Fischer Bücherei: Informationen zur Zeit, Bd. 948, Frankfurt/Main 1968 (143 S., kart., 2,80 DM).

Drei französische Journalisten diskutieren in diesem Buch auf sachkundig-rationaler Ebene die Nahostfrage. J. Lacouture skizziert in seiner Einleitung (7—26) mit imponierender Prägnanz den gesamten historischen Hintergrund der Nahostkrise. Er zeigt auf, wie die

² Der linke Professor S. J. Al-Azm beispielsweise hat Munadschids Buch diskutiert in „Die Selbstkritik nach der Niederlage“ (al-nakd al-zati ba'd al-hazima), Beirut 1968, S. 18 ff.

ersten jüdischen Einwanderer sich in die arabische einheimische Bevölkerung Palästinas integriert haben: reibungslos, denn damals gab es keine „Spur der typischen Auseinandersetzungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten oder zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten“ (8). Mit den Anfängen der zionistisch-organisierten Masseneinwanderung kolonisatorischen Charakters ändern sich die Verhältnisse. Die Begründer des Kulturzionismus (z. B. Buber) setzten sich gegen den politischen Zionismus ein, der die arabische Bevölkerung aus Palästina vertreiben wollte, um dann dort einen klerikalen Judenstaat zu gründen. Schon früh warf Buber den politischen Zionisten vor, daß sie „alle Bemühungen um eine Verständigung zwischen Juden und Arabern ungläubwürdig machten“ (19). Doch hatten die Araber damals die Hoffnung auf Verständigung noch nicht aufgegeben. Emir Feisal schrieb 1919 an F. Frankfurter: „Araber und Juden sind Vettern. Sie erleiden durch die mächtigen Nationen die gleiche Art von Unterdrückung und haben dank einem glücklichen Zusammentreffen gemeinsam den ersten Schritt getan, um ihre nationalen Rechte zu erlangen“ (13). Der stark rassistisch orientierte politische Zionismus jedoch gewann die Oberhand und begrub jede Möglichkeit zur Versöhnung.

In den nachfolgenden vier Kapiteln diskutiert Lacouture mit E. Rouleau, einem französischen Marxisten, den Lesern von *New Left Review* und *Le Monde* wohlbekannt, sowie mit J. F. Held, Chefredakteur des *Nouvel Observateur*. Während Rouleau die arabische Position bei aller Sympathie recht kritisch referiert, behandelt Held die israelische Position ziemlich unkritisch. Held informiert über die gängigen Bilder von Nasser in Israel, u. a. über „das Bild eines nicht seriösen Nasser, das Bild eines unterentwickelten Arabers, der als Chef eines unterentwickelten Landes dem hochentwickelten Israel gegenübersteht“ (53). Held ist der Meinung, daß „das . . . nichts mit Rassismus zu tun (hat), aber man muß zugeben, daß es ein sehr geringschätziges Bild ist“.

Die Autoren betonen, daß es vor, während und nach der „dritten Schlacht“ in den arabischen Ländern keinen Antisemitismus gab, wie es die westliche Presse so gerne haben wollte. Und umgekehrt gab es noch nicht einmal in Israel eine derartige antiarabische Hetze, wie sie in Westeuropa betrieben wurde — so Held (29). Was den arabischen Chauvinisten Schukeiri (er entstammt einer Großfeudalfamilie) anbetrifft, dessen hysterische Aussprüche in der westdeutschen Presse als *die* Meinung der Araber propagiert wurden, so betont Rouleau, daß dieser „von seinen früheren Mitbürgern, den Palästina-Arabern, mit geringschätzigem Mißtrauen betrachtet“ (38) wird und daß seine Äußerung, „Israel müsse ausgerottet werden, in Ägypten von der Zensur verboten worden“ (*ibid.*) ist. Außerdem: „Schukeiri ist in Damaskus sehr unbeliebt“ (38 f.). Rouleau fügt hinzu, „daß Schukeiri sich selber nicht ernst nimmt. Die führenden Israelis kennen ihn gut, und ich glaube nicht, daß sie durch die drohenden Erklärungen, die er am Vorabend der Feindseligkeiten im Juni abgab, besonders berührt worden sind“ (39).

Insgesamt ergibt die Diskussion, daß Israel eindeutig als Aggressor anzusehen ist. An vielen einzelnen Punkten wird sichtbar, wie sehr die Herrschenden in Israel die Weltöffentlichkeit manipuliert haben, um sie für ihre Aggression zu gewinnen. Sie beriefen sich vor allem auf Nassers angebliche Kriegsdrohung, die in Wirklichkeit eine dick aufgeblasene Militärdemonstration war, mit deren Hilfe Nasser eine geplante israelische Aggression gegen Syrien zu verhindern hoffte. Ziel der Israelis war es, das damals den Parolen nach noch progressive Baathregime zu beseitigen. Nasser aber war bereit — so Rouleau —, „Syrien um jeden Preis zu verteidigen“ (64). Denn er mußte fürchten, daß sein Regime nach dem Putsch in Griechenland von der CIA erledigt werden und daß der Sturz der Baath dem seinen vorausgehen sollte¹.

Israel, kraft seines transferierten Kapitalismus, unterscheidet sich — worauf Held hinweist — „von der Dritten Welt und hat nur wenig Aussicht, sich dort einzufügen“ (123), solange es seine derzeitigen sozio-ökonomischen Strukturen nicht aufzuheben vermag.

Bassam Tibi (Frankfurt/Main)

Deutscher, Isaac: Der israelisch-arabische Konflikt.
Edition Voltaire, Flugschrift 21. Frankfurt/Main 1968 (27 S., kart.
2,50 DM).

Deutscher interpretiert den israelisch-arabischen Konflikt auf dem Hintergrund der polit-ökonomischen und militärischen Offensive des US-Imperialismus in der „Dritten Welt“ und der dortigen gegenläufigen revolutionären Bewegungen. Nachdem die Herrschenden Amerikas noch vor und während des Suez-Krieges 1956 eine „antikolonialistische“ Politik im Nahen Osten verfolgten, nahmen die USA nach Vertreibung der alten Kolonialmächte aus dem Vorderen Orient hier ohne viel Aufhebens die Rolle des Polizisten ein (8). Vorposten wurde der junge, von jeher nach Westen orientierte Staat Israel, dessen „heimlicher Fluch“ die ausländische zionistische Finanzhilfe, meist amerikanische Schenkungen, ist (9). Sie ermöglichte Israel — bei fehlendem Handel mit den arabischen Nachbarn — ein wirtschaftliches Wachstum und einen der eigenen schwachen Produktivität völlig unangemessenen Lebensstandard. Beiprodukt der ökonomischen Abhängigkeit Israels vom amerikanischen Kapital ist die von einem „religiösen Obskurantismus“ (10) geprägte kulturelle Atmosphäre Israels: Der amerikanische Jude und Geldgeber — so Deutscher — half vor allem den Rabbis, „ihren Würgegriff über die Legislative

1 Es ist der israelischen Aggression zu verdanken, alle scheinrevolutionären und pseudosozialistischen arabischen Herrschaftssysteme (Nasserismus, Baathismus, Boumediennes Algerien u. a.) demaskiert und der arabischen Linken die Augen geöffnet zu haben; sie revidierte ihre bisher teilweise apologetischen Positionen. Die bonapartistischen Regime reagierten auf die linke Kritik bezeichnenderweise mit Terror. Die Gefängnisse Syriens, Ägyptens, Algeriens, Tunesiens und des Iraks sind heute mit revolutionären Sozialisten überfüllt.

und einen Großteil der Erziehung zu erhalten und damit den Geist rassistisch, talmudistischer Auserwähltheit und Überlegenheit wachzuhalten (10)“.

Im Kalten Krieg betreibt Israel, „auf strikten Antikommunismus verpflichtet“ (10), eine Politik, der „es als höchste Weisheit gilt, die Araber in Rückständigkeit und Zerrissenheit zu halten und ihre reaktionären . . . Feudalelemente gegen die republikanischen, nationalrevolutionären Kräfte auszuspielen“ (11). So hatte Eschkol bereits zu Anfang 1967 unverhohlen den Einmarsch israelischer Truppen in Amman prophezeit für den Fall eines republikanischen Aufstandes gegen Hussein von Jordanien (11). Ob Israel tatsächlich plante, im Mai 1967 das als „ultra-nasseristisch“ apostrophierte syrische Regime anzugreifen, läßt Deutscher dahingestellt sein. Immerhin mobilisierte und konzentrierte Nasser mit sowjetischer Ermutigung auf die drohende israelische Haltung seine Truppen an den Sinai-Grenzen. Und General Dayan handelte unverzüglich als „eine Art Marschall Ky des Nahen Ostens und bewies, daß er seine Arbeit mit erschreckender Schnelligkeit, Tüchtigkeit und Rücksichtslosigkeit zu erledigen verstand“ (12). Freilich wurde der Blitzsieg begünstigt durch die „hoffnungslose Stümperei“ Nassers und der ägyptischen Heerführung, nach Deutscher letztlich die Stümperei des Kreml (13) und der Diplomatie der sowjetischen Koexistenzpolitiker.

Der Juni-Krieg offenbarte Deutscher zufolge die Unzulänglichkeit der arabischen Regime, insbesondere des autokratischen Nasserismus: Die sozio-ökonomischen Strukturen wurden allzu langsam modernisiert; die politische Erziehung der Massen vernachlässigt; militärbürokratische Methoden verhinderten die Einigung der arabischen Befreiungsbewegungen, und der arabische Nationalismus, dem Deutscher in strenger Abhebung vom israelischen Nationalismus „geschichtliche Berechtigung und einen fortschrittlichen Aspekt“ (16) zuerkennt, wurde in nationale Demagogie pervertiert.

Für Israel zeitigte der Sieg eine gesteigerte Unsicherheit: die eroberten Gebiete eingenommen, sieht es sich gegenwärtig mit ca. 1,5 Mill. Arabern belastet, i. e. rund 40 % der Gesamtbevölkerung. Deutscher treffender Kommentar: „Man kann sich totsiegen!“ (19); zumal die Araber einem arabisch-palästinensischen Staat unter israelischer Protektion, wie Ben Gurion, „der böse Geist des israelischen Chauvinismus“ (19), ihn vorschlägt, kaum zustimmen werden; und einen binationalen Staat erwägt man in Israel vorab nicht.

Die Juden sollten nach Deutscher sich nicht als „Boten des Kapitalismus“ mißbrauchen lassen; die Araber warnt er vor einem „Sozialismus oder Antiimperialismus der Narren“ (27), der sich in Fremdenhaß und Demagogie äußert. Auf militärischer Ebene sieht Deutscher keine rationale Lösung des Konflikts. Er empfiehlt den Arabern deshalb eine langfristige, realistischere Strategie als bisher: „Sie können nicht fortfahren, Israel das Recht auf Existenz abzustreiten und sich an blutrünstigen Redensarten zu berauschen. Wirtschaftliches Wachstum, Industrialisierung, Erziehung, wirksame Organisation und nüchternere Politik können den Arabern . . . eine tatsächliche Vor-

herrschaft (verschaffen), die ganz automatisch Israel auf seine bescheidenen Ausmaße und seine tatsächliche Rolle im Nahen Osten beschränken würde.“ (23)

Renate Brückner (Frankfurt/Main)

Aron, Raymond: *De Gaulle, Israel et les Juifs*, Plön, Paris 1968 (187 S., 15 F). Deutsch: *Zeit des Argwohns*. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1968 (188 S., br., 18,— DM).

Zwei Adjektiva, von de Gaulle in bezug auf die Juden gebraucht, stürzten Raymond Aron in einen Gewissenskonflikt, aus dem er sich durch ein bitteres Pamphlet zu lösen sucht: „sûr de lui-même et dominateur“ (selbstsicher und herrisch) sei das jüdische Volk immer gewesen, sagte der Präsident der französischen Republik in seiner Pressekonferenz vom 28. November 1967, im Rahmen seiner Kritik am Sechstagekrieg. — Der profilierte Mitarbeiter des „Figaro“, ein Konservativer, sieht sich bestürzt vor ein unerträgliches Fragezeichen gestellt: verletzt ein französischer Jude (jüdischer Franzose?), der für Israel Sympathie bekundet, seine Treuepflicht gegenüber dem französischen Vaterland? Der Präsident dekretiert, nicht anders als Gomulka, es gebe keinen doppelten Treueid. Dem hierdurch gestellten Problem kann kein Deutscher, Franzose oder Pole jüdischer Abstammung ausweichen, seitdem Auschwitz Israel hervorgebracht hat.

Ein Volk mittels zweier abschätziger Eigenschaftswörter zu charakterisieren, entspreche den Stereotypen der Nationalisten und Rassisten. Damit sei de Gaulle unter sein Niveau gesunken. Ja, damit habe er den „staatlichen Antisemitismus“, wie er vor dem Massaker auch in Frankreich verbreitet war, wieder „salonfähig“ (das deutsche Wort steht im französischen Text) gemacht, ein Antisemitismus, der gewiß nicht der Hitlersche ist. De Gaulle habe wesentlich und absichtlich eine neue Periode des Antisemitismus eröffnet; beginne auch nicht die Zeit der Verfolgung von neuem, so doch die des Übelwollens, der Verdächtigung. — Warum hat de Gaulle das getan? Raymond Aron ist ein Enttäuschter; aus dem Verehrer der staatsmännischen Kunst des Präsidenten ist ein Ankläger von dessen Machiavellismus geworden. Eines Machiavellismus, der nach Öl rieche. Die Israelis hätten sich der „Majestätsbeleidigung“ schuldig gemacht, als sie sich gegen die tödliche Bedrohung zur Wehr setzten, ohne den Präsidenten um Erlaubnis zu fragen. Was denn de Gaulle ihnen geboten hätte, wären sie, mit oder ohne Krieg, unterlegen? Eine Pressekonferenz gewiß.

Das neuerdings verhängte Waffenembargo gegen Israel bestätigt die Annahme des Verfassers, daß de Gaulles „renversement des alliances“ einem strategischen Konzept entspricht, und auch ohne die törichte Aktion Israels gegen den Flughafen von Beyrouth exekutiert worden wäre. Imperiale Positionen zurückgewinnen, mit allen damit verbundenen Annehmlichkeiten für das nationale Portefeuille, ist ein Motiv, gegen das der Hinweis auf Moral deplaciert ist. Diesen

keineswegs neuartigen Vorgang glaubte Raymond Aron mit dem nicht ganz exakten Terminus „Machiavellismus“ zu treffen.

Auf dem Höhepunkt der Krise, im Juni 1967, erinnert der Verfasser, habe niemand gefragt, ob Israel im Recht sei; es war David im Kampf gegen Goliath. Heute bezweifelten viele die Berechtigung des biblischen Vergleichs. Nicht so der Verfasser: „Die Araber können viele Schlachten verlieren, und doch am Ende den Krieg gewinnen (sie verfügen über Zeit, Raum, Zahl); Israel würde Krieg und Leben verlieren, wenn es eine einzige Schlacht verlöre. David schlug zum drittenmal Goliath, bleibt aber David.“ Letzten Endes sei, was de Gaulle den mit Israel sympathisierenden Juden Frankreichs vorwirft, ihr Glaube an das ewige Frankreich, Hüter der Menschenrechte; sie waren gewiß, gerade als Franzosen müßten sie sich der Bedrohten annehmen. Bitterer Kommentar: „Auch sie glaubten an den Weihnachtsmann.“

Das Pamphlet, das auch einige Zeitungsartikel des Verfassers zu dem gleichen Thema enthält, gipfelt in dem credo: „Ich war niemals Zionist, schon deshalb, weil ich mich nicht als Jude fühle. Es erschien mir außerdem sehr wahrscheinlich, daß der Staat Israel schon durch seine Existenz zur Ursache eines endlosen Konflikts werden wird. Heute so wenig wie gestern bin ich bereit, die Politik der in Israel Regierenden — die nicht besser und nicht schlechter sind als andere Regierende — bedingungslos zu unterstützen. Aber ich weiß heute besser als gestern, daß die Möglichkeit der Zerstörung des Staates Israel, verbunden mit dem wahrscheinlichen Massaker seiner Bevölkerung, mich in der Tiefe meiner Seele berührt. In diesem Sinne gebe ich zu, daß ein Jude niemals absoluter Unbefangenenheit fähig ist, wenn es sich um Israel handelt.“ — Der konservative Autor nimmt an, daß der Gewissenskonflikt auf der Linken noch schwerer sei.

Bruno Frei (Wien)

Missalla, Heinrich: „Gott mit uns“ — Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914—1918. Kösel-Verlag, München 1968 (144 S., kart., 8,80 DM).

Eines der konkreten Ziele des kritischen deutschen Katholizismus ist die Ablösung der tradierten monologischen Predigt durch Gesprächsgottesdienste, zumindest ihre Ergänzung durch die Diskussion in der Gemeinde. Diese Forderung entspringt der Erkenntnis, daß es eine unpolitische, abstrakt religiöse Verkündigung nicht gibt und daß auch der politische Gehalt der Predigt im Bewußtsein der Gläubigen bisher mit kirchlich-göttlicher Autorität ausgestattet und damit jeder inhaltlichen Prüfung entzogen ist.

An dem in mancher Hinsicht extremen Fall katholischer Verkündigung im 1. Weltkrieg will M. exemplarisch zeigen, wie dieses Predigtverständnis der Gläubigen von der Kirche zugleich systematisch gefördert und hemmungslos ausgenutzt werden kann. In keinem der zahlreichen von ihm zitierten Texte findet sich der Versuch, religiöse und politische Aussage wenigstens formal zu trennen:

Der Glaube wird bewußt in den Dienst der imperialistischen Kriegspolitik gestellt. Die Themen der Prediger reichen vom Krieg als Strafe Gottes und als Ruf zur Buße — „Kriegszeit ist Bußzeit und Gnadenzeit, eine Zeit barmherzigster Heimsuchung Gottes“ — über den Krieg als Erzieher — „Geburtsstunde einer neuen Zeit, Völkerfrühling“ — bis zur völligen Identifizierung der Sache des kaiserlichen Deutschlands mit den Zielen Gottes — „Hie Kraft des Herrn und Hindenburg, für Gott gegen Satan““. Die unmenschliche Rolle der katholischen Kirche im 1. Weltkrieg manifestiert sich besonders im Mißbrauch des Evangeliums und der Sakramentenlehre zur Verklärung des Soldatentodes zum Märtyrertod, der nach katholischer Lehre automatisch in den Himmel führt: Der Soldat erkenne „im Ruf des Königs Gottes Ruf und im Kriegsdienst Gottesdienst. — Dreimal selig zu preisen, wer sein Leben lassen dürfte als Streiter Gottes in diesem heiligen Kriege“. So wurde unter Ausnutzung einer naiven Religiosität Opferbereitschaft bis zur schwärmerischen Selbstaufgabe für die Interessen anderer erzeugt.

Das von M. vorgelegte Material muß als repräsentativ angesehen werden, da es als Quellen vor allem die überlieferten Predigten von Bischöfen und führenden Theologen sowie die autorisierten, beim ganzen Klerus verbreiteten Predigthilfen benutzt. Seine Quellenstudien führten ihn auf keinen einzigen Fall einer anderen Kriegsdeutung.

Die Ursachen für diese Ideologisierung des Krieges sieht M. einmal in dem Streben des katholischen Bevölkerungsteils und seiner Führer nach Anerkennung als vollwertige und zuverlässige Bürger des neuen Reiches, vor allem aber in einem „Verständnis der Welt, daß ausschließlich naturhaft orientiert ist und in dem Freiheit und Geschichte, Verantwortung für die Welt und Aktivität, bis hin zur revolutionären Aktivität, nicht vorkommen“. Die bestehende hierarchische Gesellschaftsordnung wird den Gläubigen in den von M. zitierten Katechismen der Jahrhundertwende als Teil der Schöpfung vermittelt, jeder Versuch, sie zu ändern, ist daher als schwerer Verstoß gegen die göttliche Ordnung anzusehen. So kann während des Krieges in der führenden Prediger-Zeitschrift mit Genugtuung festgestellt werden, „daß staatsumstürzlerische Bewegungen nirgendwo einen schlechteren Nährboden finden als in gut katholischen Herzen“.

Die gesellschaftliche Bedeutung des Buches liegt darin, daß der katholische Priester Missalla seine Leser nicht in eine unverbindliche Entrüstung über das Versagen der Kirche in einer vergangenen Epoche führt, sondern mit dem Hinweis auf die bis heute ungebrochene Kontinuität im kirchlichen Weltverständnis die Forderung nach Veränderung der Glaubenspraxis begründet, die mit der Kritik der Gemeinde an der Predigt beginnen sollte. Die Richtung dieser Kritik und der weiteren Praxis vermittelt M. durch die Übernahme der progressiven theologischen These vom Reich Gottes als der vom Menschen zu gestaltenden Zukunft der Welt (Metz). Die oft geforderte „unpolitische“ Predigt wird als herrschaftserhaltend erkannt und abgelehnt.

Obwohl M. geschickt am Bewußtseinsstand und der politischen Erfahrung der Gläubigen anknüpft — so verwendet (und entideologisiert) er die ihnen vertrauten Begriffe —, bleiben Zweifel an der agitatorischen Wirksamkeit seiner Schrift. Wird der Kirchgänger die heutige Predigt in den Zitaten aus der Zeit des 1. Weltkrieges wiedererkennen? Um die Verschleierung zu durchbrechen, deren sich die katholische Predigt in Anpassung an die übrigen Massenmedien heute bedient, wäre es wohl notwendig gewesen, die gesellschaftlichen Interessen, mit denen sich die Kirche identifiziert, konkret zu benennen.

Bernd Schüngel (Berlin)

Kehr, Eckart: *Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert.* Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. Verlag de Gruyter, Berlin 1965 (292 S., Ln., 28,— DM).

Unbekannt ist er noch immer: Eckart Kehr wird aber nicht mehr verschwiegen. Die von H.-U. Wehler herausgegebene Sammlung seiner Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte wie auch die (erstaunliche) zweimalige Berücksichtigung in dem (ebenfalls von Wehler hrsg.) reader „Moderne deutsche Sozialgeschichte“ zeigen eine — allerdings reichlich verspätete — Wiederbesinnung auf diesen eigenwilligen „Putschinski“ an. Kommt es zu einer Rezeption? Die Skepsis, daß Kehr, das enfant terrible der deutschen Historikerzunft, der Ende der zwanziger Jahre bereits eine kompromißlose Geschichtswissenschaft ohne Verdeckungsambitionen verfolgte und die Hand an das Vehikel der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Methode in viel radikalerer Weise legte, als es die späteren Sachwalter Brunner, Conze, Schieder vermochten, gründet auf der Vermutung, daß Aufdeckung der Verbindung und Bedingung von Ökonomie und Unterdrückung des vierten Standes wie auch vorher des dritten die Salonfähigkeit der Geschichtswissenschaft nicht erreicht. Kehr ist besessen von dem Gedanken der Paralyisierung der Klassenkräfte — der befreiten Bauernschaft wie später des Proletariats — durch Bürokratie, die den Monarchen ersetzt hatte, Ideologie des Rechtsstaatsbegriffes und Rechtsformalismus als „Grundlage des unabhängigen Richtertums“, obwohl das Rechtsdenken vom Kleinbürger abwärts niemals von formalistischen Gedanken geprägt war. Nicht nur Seitenhiebe werden verteilt, auf den Freiherrn vom Stein und dessen „indiskutables Benehmen“ (1807 plädierte der Vielgefeierte für Beibehaltung der Prügelstrafe für Rekruten), auf Preußens Spitzen von Friedrich II. bis Wilhelm II., auf die „Clique Hardenberg“, auf Reserveoffiziersdenken, Tirpitz etc.; auf materialistisch-dialektisch aufbereiteter Operationsfeld, gestützt auch auf Max Weber und Freud, wird die preußisch-deutsche Geschichte in überzeugender Methode gesichtet und seziert, werden die Deutungsversuche der Geschichtsbeamten als Klitterung aufgedeckt. Von der Promotion über Tirpitz' Flottenpolitik (bei Meinecke) bis hin zu einem für Fritz Hartung wenig schmeichelhaften Auswahlverfahren für ein Amerikastipen-

dium (1933) war dieses kurze, überanstrengte Leben überschattet von der Erfahrung, welche Schläge kritische Theorie einer wissenschaftlichen Laufbahn versetzen kann. Heiner Christ (Gießen)

Korsch, Karl: *Arbeitsrecht für Betriebsräte* (1922). Politische Texte. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main. Europa Verlag, Wien 1968 (151 S., kart., 12,— DM/Ln., 18,— DM).

Ramm, Thilo (Hrsg.): *Arbeitsrecht und Politik. Quellentexte 1918—1933*. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1966 (291 S., Pb., 18,— DM/Ln., 32,— DM).

Nach der Niederlage der Novemberrevolutionäre verfaßte Karl Korsch eine juristische Anleitung für die Handhabe der gesetzlich verankerten minimalen Konzessionen der Herrschenden: das Reichsbetriebsrätegesetz vom 4. 2. 1920. K. schickt den juristischen Erläuterungen der einzelnen Bestimmungen (von denen in der vorliegenden Fassung aus Zweckmäßigkeitsgründen nur ein Kapitel enthalten ist) einen geschichtlichen Überblick über die erkämpften Mitwirkungsrechte der Arbeiter voraus. Er unterscheidet zwischen einer Mitwirkung als Staatsbürger durch die politische Organisation, einer Mitwirkung als Anbieter der Ware Arbeitskraft durch die Gewerkschaften und einer Mitwirkung als Betriebsangehöriger, die sich mit den Mitteln der direkten Demokratie gegen die Abhängigkeit am Arbeitsplatz richtet. Diese letzte Form der Mitwirkung, institutionalisiert in dem von der Belegschaft gewählten Betriebsrat, wird als ein notwendiges Element der umwälzenden Praxis in den Sozialismus hineingenommen, insofern sie die planmäßige Ausweitung der Arbeiterkontrolle über die Produktion zum Ziel hat. Die Aufgabe der Betriebsräte besteht darin, ihre Stellung „als vorgeschobene Posten der proletarischen Armee“ auszubauen. Sie haben ihre Rolle des Beauftragten zu verteidigen und sich nicht zum Handlanger unternehmerischer Interessen machen zu lassen. Ihr Kampf um weiter vorgeschobene Stellungen im Klassenkampf stellt jedoch keinen Revolutionsersatz dar.

Das Recht bildet eine Stütze in dieser Auseinandersetzung. Es stabilisiert vorläufige Ergebnisse des Kampfes. Es ist ein Ausdruck des Klassenkampfes und deshalb muß dieser auch darin geführt werden — ein von Marxisten bis dahin weitgehend vernachlässigtes Gebiet. K. verweist auf die schon im Recht bestehenden sozialrechtlichen (im Gegensatz zu bürgerlich-rechtlichen) Normen, wie z. B. im Betriebsrätegesetz, und sieht die Aufgabe einer „methodisch vom Standpunkte des Klassenkampfes ausgehenden Rechtsbetrachtung (darin), diesen ganzen Unterschied letzten Endes aufzuheben“ (150). Erreicht würde dadurch „die Revolutionierung des herrschenden bürgerlichen Arbeitsrechts, soweit eine solche Revolutionierung mit theoretischen Mitteln überhaupt möglich ist“ ... (151).

In seiner Analyse der Novemberrevolution skizziert K. den Rätegedanken: Er drückt den Willen der Massen zur sozialen Revolution

aus. Sein Ziel: über die direkte Form der Selbstbestimmung der Arbeitsverhältnisse durch die Arbeiterklasse den Aufbau eines durch den proletarischen Staat kontrollierten wirtschaftlichen Rätessystems zu erreichen. Eine inhaltlichere Darstellung dieser Vorstellungen ist in K.'s Schrift „Was ist Sozialisierung?“, die demnächst im selben Verlag erscheinen wird, enthalten.

Man kann die Untersuchungen „marxistisch geschulter“ (Neumann) Juristen zum Arbeitsrecht aus der Weimarer Republik als eine Illustration der Forderung K.'s nach einer Weiterführung des Klassenkampfes innerhalb des Rechts betrachten. Jene Juristen versuchten zu Beginn der zwanziger Jahre das Arbeitsrecht auszubauen (s. Potthoff) und es später vor der Umdeutung in ein faschistisches Herrschaftsinstrument zu bewahren (s. Fraenkel, Neumann, Kahn-Freund). Der soziale Gedanke, der sich in dem besonderen Schutz der Arbeitskraft (Art. 157 Weimarer Verf.) ausdrückt, und der demokratische Gedanke von der Selbstbestimmung auf dem Boden allgemeiner Gleichberechtigung, der in der im Art. 165 WV verbrieften Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten im Wirtschaftsleben seinen Niederschlag gefunden hat, bilden den Ausgang der Untersuchungen (s. Potthoff, Die Einwirkung der Reichsverfassung auf das Arbeitsrecht 1925). Das Wesen des Arbeitsverhältnisses wurde nicht mehr als individuelles Schuldverhältnis mit personenrechtlichen Einschlägen, sondern als soziales Organisationsverhältnis verstanden. Das neue Arbeitsrecht muß Kollektivrecht sein. Die Gemeinschaft handelt und ordnet die Verhältnisse der einzelnen (7).

Der Kampf der organisierten Arbeiterschaft führt zur „kollektiven Demokratie“, in der die Macht der Produktionsmitteleigentümer durch die machtvolle Einheit der Arbeiterschaft begrenzt und in eine Mitbestimmung beider Gruppen am Produktionsprozeß umgewandelt wird. Mit jener Form der Demokratie, in die die Gesellschaft frei hineinwachsen kann, soll die Funktion der Verbände in den gesellschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden, und von der Einschaltung der Verbände erhofft man sich die Überwindung der mittlerweile eingetretenen Parlamentsverdrossenheit. Die Begründung dafür lautet: „Die Beteiligung der Verbände bei der Bildung des Staatswillens wird den Organisationen und damit indirekt deren Mitgliedern die Bedeutung der grundlegenden politischen Entscheidungen vor Augen führen und dadurch die politische Aktivität steigern“ (s. Fraenkel, Die Kollektive Demokratie, 1929) (90). Es wird den Arbeitern nahegelegt, sich über die Gewerkschaften an der Arbeitsgerichtsbarkeit und an dem Abschluß von Tarifverträgen zu beteiligen. Die Idee dieser kollektiven Demokratie beruht auf der Ansicht, daß „man so, wie man Massen nur durch Massen zwingen kann, man einen bürokratischen Apparat nur durch einen anderen bürokratischen Apparat zu durchdringen vermag“ (94).

Neumann untersucht den Funktionswandel der Rechtsprechung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und die Veränderung, die durch die Einführung eines Reichsarbeitsgerichts im Jahre 1926 hervor-

gerufen wurde (Die politische und soziale Bedeutung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung, 1932). Wichtigstes Ergebnis dieser neuen Institution: die Entscheidungsbefugnis über die Fortentwicklung des Arbeitsrechts wurde vom Parlament an die Justiz abgegeben. Die Rechtsprechung läßt sich in folgende Punkte zusammenfassen: Das Reichsarbeitsgericht stellt immer auf den Einzelfall ab und weicht damit allen prinzipiellen Entscheidungen aus. Einerseits ist es vom „Mitgefühl“ für das Einzelschicksal bewegt, andererseits nimmt es zu dem „großen fundamentalen Klassengegensatz nicht Stellung“ (134). Wenn das Gericht den Gedanken der Arbeits- und Betriebsgemeinschaft anerkennt, so steht es den Gewerkschaften als kollektiven Organisationen ablehnend gegenüber.

Die von Neumann analysierten Tendenzen erhalten erst durch den folgenden Beitrag (Kahn-Freund, Das soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts 1931) ihre richtige Beleuchtung. Kahn-Freund führt anhand der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts erfolgreich den Nachweis, daß diese in ihren Wertvorstellungen mit dem Arbeitsrecht des faschistischen Italiens übereinstimmt. Auch die Verwandtschaft mit dem Arbeitsrecht der BRD ist unverkennbar: s. insbesondere die Ausführungen über den Treue- und Fürsorgegedanken, id est die Treue des Arbeitnehmers wird durch die ihm vom Arbeitgeber zuteil werdende Fürsorge honoriert, und die Idee des Wirtschaftsfriedens, die durch den im Dritten Reich entwickelten Begriff der Sozialadäquanz ausgeweitet wurde, id est die bloße Geltendmachung des gewerkschaftlichen Machtwillens ist stets dann sittenwidrig, wenn das Reichsarbeitsgericht hinter dieser Geltendmachung nicht ein unmittelbares wirtschaftliches Ziel zu erkennen vermag, das es für berechtigt hält. Ebenso ist das Bundesarbeitsgericht der Auffassung, daß ein legitimer Streik „sozialadäquat“ sein muß.

Die letzten beiden Beiträge (Kahn-Freund, Der Funktionswandel des Arbeitsrechts, 1932, Fraenkel, Die politische Bedeutung des Arbeitsrechts, 1932) können nur noch den systematischen Abbau der Mitwirkungsrechte hinter allen Verschleierungsversuchen festhalten. Damit erfüllen die „marxistisch geschulten“ Rechtstheoretiker ein von ihnen wenige Jahre zuvor formuliertes Ziel, „die Bedingtheit der Rechtsschöpfung durch das Kräfteverhältnis der Klassen aufzuzeigen“ (108).
Bernhard Blankenhorn (Freiburg)

Rudolph, Fritz: Die Ordnung des Betriebes in der Sicht der deutschen Gewerkschaften nach 1945. Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, Bd. 28. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965 (182 S., kart., 27,— DM).

Der Versuch des Autors (Professor für Soziologie und Sozialpädagogik an der PH Ruhr, Abteilung Duisburg), Vorstellungen von der betrieblichen Ordnung bei den deutschen Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg zu analysieren, ist verdienstvoll. Die vorliegende Arbeit kann Genesis und ideologischen Hintergrund der Mitbestim-

mungsforderung des DGB aufhellen, dessen letzte Formulierung Rudolph noch nicht in seine Untersuchung einbeziehen konnte. Das besondere Verdienst der Arbeit ist ihr methodischer Ansatz, der nicht bei der Interpretation gewerkschaftlicher Proklamationen stehenbleibt, sondern von der Praxis der Gewerkschaftspolitik ausgeht und danach fragt, welche Gestaltungstendenzen für den Betrieb darin erkennbar sind.

Im ersten Teil seiner Untersuchung fragt Rudolph nach der Stellung des Betriebes in der gesellschaftspolitischen Konzeption der Gewerkschaften, wobei er vorliegende Monographien unter diesem Aspekt auswertet. Im gewichtigeren zweiten Teil, der sich auf die Auswertung umfangreichen Materials unterschiedlicher Art stützt, wird dann die Stellung des Betriebes in der Praxis der Gewerkschaftspolitik untersucht. Dabei analysiert Rudolph als erstes die Tarifpolitik und ihre gewerkschaftliche Interpretation unter diesem Gesichtspunkt, stellt als zweites die Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungspläne im engeren Sinne dar und untersucht drittens die Forderungen einer sozialen Betriebsgestaltung. In der Zusammenfassung seiner Ergebnisse versucht er drei gewerkschaftliche Zielkomplexe herauszuarbeiten, innerhalb derer die Vorstellungen vom Betrieb ihren Ort finden: den Schutz der Arbeitnehmer, die Änderung der herrschaftlichen Betriebsstruktur zur sachnotwendigen und die Sicherung der Gewerkschaft. Die Sicht des Autors von der Beziehung zwischen Interessengegensatz und Betriebsordnung schließt seine detailliert ausgeführte Untersuchung ab. Trotz Kritik an grundlegenden theoretischen (und politischen) Positionen des Autors, kann seine Arbeit als eine Bereicherung für die Erkenntnis der Zusammenhänge und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Politik bezeichnet werden.

Die gesonderte Untersuchung der Tarifpraxis rechtfertigt sich dadurch, daß der Tarifvertrag „das einzige Mittel“ ist, „mit dem die Gewerkschaften unmittelbar auf die Ordnung des Betriebes Einfluß nehmen können“ (10 f.). Rudolph zeigt dabei deutlich auf, daß die Entwicklung des Tarifvertragswesens von entscheidender Bedeutung für die Integration der Gewerkschaften in die kapitalistische Gesellschaft war. Erst nach 1945 wurden in den deutschen Gewerkschaften Möglichkeiten diskutiert, durch Tarifvertrag Einfluß auf die betriebliche Machtstruktur und auf betriebliche Arbeits- und Lohnbedingungen zu gewinnen. Die IG Bergbau und Energie und die IG Metall versuchten, die Arbeitsplatzbewertung tariflich zu verankern; erstere durch Tarifkommissionen im Betrieb, die zweite — bisher erfolglos — durch die „betriebsnahe Tarifpolitik“ (betriebliche Zusatzverträge und Firmentarifverträge). Die Frage, ob nicht innergewerkschaftliche bürokratische Strukturen einer „betriebsnahen“ Tarifpolitik entgegenstehen, die „eine Verschiebung von Macht vom Vorstand und den Bezirksleitungen hin zu betrieblichen Tarifkommissionen“ bewirken würde¹, wird vom Autor nicht diskutiert. Rudolph

1 Hans Matthöfer; Betriebsnahe Tarifpolitik, in: *express international*, Jg. V, Nr. 60.

sieht in der von den Gewerkschaften geforderten Orientierung des Lohnes an die „Normalleistung“ statt an die Durchschnittsleistung eine starke Einwirkungsmöglichkeit auf den Betrieb, da „die Leistungsformel direkt und unmittelbar in alle personalwirtschaftlichen Entscheidungen der Betriebsleitungen“ eingreife (65): „durch die Definition der Normalleistung wird der Schutz des Arbeitnehmers zu einem betriebswirtschaftlichen Datum“ (154). Er bemerkt aber auch: „Allerdings haben die Gewerkschaften nur geringen Einfluß darauf, wie im Betrieb Leistung und Lohn zueinander in ein Verhältnis gebracht werden. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß in vielen Betrieben zwar von Normalleistung gesprochen wird, daß diese sich jedoch praktisch kaum von der alten Durchschnittsleistung unterscheidet“ (155). Und er erkennt auch, „daß die Prinzipien der sozialen Betriebsführung und die gewerkschaftliche Schutzforderung nicht identisch sind“, da die ersten ausschließlich das Ziel haben, „Leistungsvoraussetzungen und Leistungsbereitschaft zu verbessern“ (156).

Die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen wird erst nach dem Zweiten Weltkrieg zentraler gewerkschaftlicher Programmpunkt (zuerst 1950 in den „Vorschlägen des DGB zur Neuordnung der Deutschen Wirtschaft“). Vor dem Ersten Weltkrieg erwarteten die Gewerkschaften „die Lösung der Sozialprobleme des Betriebes erst von einer Umgestaltung der Gesellschaft. Der Blick der Gewerkschaften wurde eingeeignet auf die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer durch Marktbeeinflussung“ (18). Die von den Gewerkschaften nach 1918 in Abwehr gegen die revolutionären Räte entwickelten wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen wollten primär nicht die innere Betriebsstruktur verändern, sondern überbetriebliche wirtschaftliche Zusammenschlüsse herbeiführen. Zur gleichen Zeit, als nach 1945 die Mitbestimmung in den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Programms rückt, verliert die Forderung einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft an Bedeutung, so daß die Mitbestimmung weniger als Stufe zur Selbstbestimmung der Produzenten als vielmehr als „Partnerschaft von Kapital und Arbeit“ verstanden wird. Seit 1950 werden als wichtigste Merkmale einer Unternehmensmitbestimmung die paritätische Besetzung der Aufsichtsorgane (Aufsichtsrat), die Berufung eines Arbeitsdirektors (mit Stimmenmehrheit der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat ernannt) und die Bildung eines Wirtschaftsausschusses mit Mitbestimmungsrecht bei den Innovationen gefordert. Nach Rudolph soll dieses Modell dazu beitragen, den Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern nicht nur durch Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, sondern im Betrieb selbst durch eine „interessenpluralistische“ Unternehmensverfassung auszugleichen. Er folgert weiter: „Mitbestimmung erfordert, daß sowohl in den Organen des Unternehmens als auch im Bewußtsein der Arbeitnehmer die Vorstellung von einem Antagonismus unvereinbarer Interessen überwunden wird. Durch die Mitbestimmung im Unternehmen erscheint eine akzeptable Beilegung von Spannungen möglich ...

Allerdings hängt die Möglichkeit einer solchen Deutung der Interessenlage von gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen ab ... Ein akzeptabler Interessenausgleich kann nur dann gefunden werden, wenn das einzelne Unternehmen leistungsfähig genug ist, um die unterschiedlichen Interessen in zufriedenstellendem Umfang zu honorieren“ (116). Mit anderen Worten: Mitbestimmung in der bisher von den Gewerkschaften propagierten Form wirkt integrierend, solange die Wirtschaft prosperiert und die „Mitbestimmenden“ am materiellen Zuwachs beteiligt werden können, ohne die betrieblichen und gesellschaftlichen Machtstrukturen wesentlich zu verändern.

Seit den Auseinandersetzungen mit den revolutionären Räten ist für die Gewerkschaften ihr Verhältnis zu den Betriebsräten und zur direkten Mitbestimmung der Arbeitenden von Bedeutung. Die „Richtlinien der Gewerkschaften für die Arbeit der Betriebsräte“ von 1947 und die „Stellungnahme der Gewerkschaften zu einem Bundes-Betriebsverfassungsgesetz“ von 1952 halten an der schon 1919 vertretenen Auffassung fest, daß die Betriebsräte „die Durchführung der überbetrieblich festgelegten Normen überwachen und mitgestalten und die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern vertreten sollen“ (75). Die Gewerkschaften behalten sich den Vorrang bei der Normsetzung vor, die Betriebsräte sollen die Normanwendung kontrollieren. Der Betriebsrat soll nicht betriebsleitendes, sondern kontrollierendes, beratendes, mit der Betriebsleitung zusammenwirkendes Organ sein. Die für die Schwäche des Betriebsrates so entscheidende „Friedenspflicht“ (§ 49 BetrVG) wurde von den Gewerkschaften selbst konzipiert, da „der Arbeitskampf den Tarifvertragsparteien vorbehalten sein soll“. Die dem Klassengegner so angenehme Friedenspflicht „ist die Folge der Monopolisierung der Kampfmittel der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften“ (88). Die beiden letzten, bei Rudolph noch nicht berücksichtigten gewerkschaftlichen Entwürfe zur Mitbestimmung, der „Entwurf eines Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen und Großkonzernen (Mitbestimmungsgesetz“ von 1968 und die „Vorschläge des DGB zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes“ von 1967 bringen nichts qualitativ Neues. Der Mitbestimmungsgesetzesentwurf will die Montanmitbestimmung auf die Großunternehmen der übrigen Wirtschaft übertragen. Die Vorschläge zum BetrVG ändern nichts an der Friedenspflicht des Betriebsrates und an seiner Pflicht zur Zusammenarbeit mit dem Unternehmer. Allerdings wird gefordert: die volle Mitbestimmung des Betriebsrates in allen „personellen Angelegenheiten“ (Einstellungen, Eingruppierungen, Umgruppierungen, Versetzungen, Umsetzungen, Entlassungen), die Ausdehnung des Bereichs der „sozialen Angelegenheiten“ mit vollem Mitbestimmungsrecht (auch z. B. Dauer der täglichen Arbeitszeit, Fragen der Ordnung des Betriebes und des Verhaltens der Arbeitnehmer ohne Einschränkung, Festsetzung der einzelnen Akkord- und Prämiensätze und der leistungsbezogenen Entgelte), Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts in den „wirtschaftlichen Angelegenheiten“ (bei nachteiligen Änderungen

der Arbeitsorganisation und der Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren ohne Einschränkung) und die stärkere Stellung der Betriebsjugendvertreter und ihr Kündigungsschutz wie für Betriebsratsmitglieder. Dagegen wird die Mitbestimmung der einzelnen und der Gruppen am Arbeitsplatz und die Einsetzung betrieblicher Tarifkommissionen (Ausbau des Vertrauensleutekörpers!) nicht konzipiert. Hans Matthöfer, Vorstandsmitglied der IG Metall, schreibt dazu: „Die Forderungen des DGB zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sind in bezug auf die Mitbestimmung einzelner Arbeitnehmer oder Gruppen am Arbeitsplatz unzureichend.“²

Der Autor versucht, seinem brisant politischen Gegenstand gegenüber in der Distanz des neutralen, nur analysierenden Soziologen zu bleiben. Er vermag das scheinbar, da er sich nicht verpflichtet fühlt, Gesellschaft als objektive, bestimmte zu beschreiben, die der bestimmten Praxis der Humanisierung bedarf. Gesellschaft erscheint nur als subjektive Gesellschaftsvorstellung oder -konzeption der Gewerkschaften; inwieweit diese Wahrheit beanspruchen darf, wird nicht gesagt. Ebenso spricht der Autor von „der gewerkschaftlichen Definition der empirischen Ausprägung von Arbeitnehmerinteressen“ (170); dem Anspruch, objektive Interessen aus einer Analyse der Klassenlage abzuleiten, stellt er sich nicht. Es ist indessen deutlich, daß den Hintergrund scheinbarer Neutralität des Autors Konformität mit der „pluralistischen“ spätkapitalistischen Gesellschaft bildet. Das verrät schon der bloße Sprachgebrauch, wenn z. B. von „Sozialpartnern“ gesprochen wird oder von der Schwierigkeit der Gewerkschaften, „ein unbefangenes Verhältnis zum Betrieb“ (11) zu finden. Gegenüber dem geforderten Mitbestimmungsrecht in den wirtschaftlichen Angelegenheiten vertritt Rudolph den Arbeitgeberstandpunkt, daß dadurch das Innovationstempo der Wirtschaft gefährdet würde. Andererseits konzidiert er als mögliche Folge einen „Abbau des Gefühls der Fremdbestimmung“ (159). Die Ursache dieses „Gefühls“ sieht er in Anlehnung an Hans Freyer in systemindifferenten Merkmalen der industriellen Arbeit, „in der Wirtschaftsdynamik und in der technisch-rationalen Arbeitsorganisation“ (162). Demokratisierung des Betriebes ist für ihn daher nur auf der Basis der „Akzeptierung der technisch-organisatorisch bedingten Fremdbestimmung der Arbeitnehmer“ möglich (164).

Rudolph wendet sich gegen Ernst Michels Trennung von Unternehmen und Betrieb, wobei Michel den Betrieb als „ausgesondert aus der Verbindung mit anderen Lebensordnungen“ versteht: „er ist reines, in sich stehendes Arbeitsgefüge, das einem produktionstechnischen Zweck dient“.³ Vielmehr interessiert Rudolph „gerade die gesellschaftliche Bedingtheit des Arbeitsgefüges“ (9). Aber er leitet schließlich doch nicht die Betriebsstruktur aus der gesellschaftlichen

2 Hans Matthöfer; Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in: *express international*, Jg. V, Nr. 60.

3 Ernst Michel; *Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt*, 3. Aufl. Frankfurt/Main 1953, S. 132.

Herrschafts- und Klassenstruktur ab, so daß die Zwänge der Betriebsstruktur doch nur als technisch bedingt, also systemindifferent erscheinen. Rudolph geht davon aus, daß „dem Dualismus der Gesellschaftsstruktur die Bedingungen der betrieblichen Kooperation entgegen“-stehen. „Gesellschaft und Betrieb sind also antinomisch organisiert oder genauer gesagt: der Betrieb erfordert eine der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entgegengesetzte Struktur“ (171/172). Demgegenüber formulierte Theodor Geiger 1929 klar den Zusammenhang von Gesellschaftsstruktur und Betriebsstruktur: „In der anschaulich-konkreten Gestalt eines heutigen Betriebes sind die allgemeinbetrieblichen und die zeitbedingten kapitalistischen Elemente untrennbar verbunden ... Der konkrete Betrieb steht nicht im luftleeren Raum, sondern ist Zelle oder Einheit im Produktionsleben einer bestimmt gearteten Wirtschaftsgesellschaft. Er verhält sich zu dieser Wirtschaftsgesellschaft wie ein Mikrokosmos zum Makrokosmos; die Strukturprinzipien des Großen spiegeln sich im Kleinen ... Der kapitalistische Betrieb ist ... geradezu der kardinale Ort, an dem der Gegensatz der Wirtschaftsgesinnungen aktuell wird ... Seine (des Arbeiters) Lage in der betrieblichen Welt ist ein in sich widerspruchsvolles Doppelverhältnis: die polare Abstoßung konträrer Wirtschaftsgesinnungen einerseits und die tatsächliche organisatorische Verspannung mit dem sozialen Antipoden andererseits.“⁴

Mitbestimmung ist nach Rudolph nicht Klassenkampfmittel zur Emanzipation der Arbeiter, sondern wird gerade erst durch die Aufhebung des unversöhnlichen Klassengegengesatzes im Betrieb möglich. Seitdem die Eigentumsfrage nach 1945 nicht mehr „das Schlüsselproblem der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ sei (175), habe sich das Interessenproblem gespalten: auf der Konsumebene stände in gewerkschaftlicher Sicht noch das Gewinninteresse der Unternehmer dem Bedarfsdeckungsinteresse der Arbeitnehmer ohne möglichen Ausgleich gegenüber, auf der Produktionsebene dagegen seien die Gegensätze nicht mehr unüberwindlich, so daß die Mitbestimmung hier ihre Chance habe. Denn „die institutionelle Mitbestimmung unterstellt, daß der Interessengegensatz konstitutiv für die Wirtschaft ist, im konkreten Falle im allgemeinen aber ein akzeptabler Ausgleich gefunden werden kann“ (176). Es wird die Aufgabe der kritischen Kräfte in den Gewerkschaften und in den Sozialwissenschaften sein, dieser in großen Teilen der Gewerkschaften vorherrschenden integrativen Mitbestimmungsvorstellung eine wirklich emanzipatorische Konzeption der betrieblichen und gesellschaftlichen Selbstverwaltung der Arbeitenden entgegenzustellen.

Gerd Vonderach (Oldenburg)

4 Theodor Geiger; Zur Soziologie der Industriearbeit und des Betriebes, wieder abgedruckt in: Friedrich Fürstenberg (Hrsg.); Industriesoziologie, Neuwied 1959, S. 147 ff.

Schellhoss, Hartmut: Apathie und Legitimität — Das Problem der neuen Gewerkschaft. Studien zur Soziologie, Bd. 8., R. Piper u. Co. Verlag, München 1967 (198 S., kart., 18,— DM).

Schellhoss will die Frage untersuchen, ob eine Vertrauenskrise, „eine grundsätzliche Divergenz von Mitglieder- und Organisationsinteressen“ im DGB besteht. „Das heißt: Es wird die Frage gestellt ... nach der Legitimität des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wie sie durch die Bereitschaft der Arbeitnehmer und/oder Mitglieder zur Teilnahme und sichtbaren Identifizierung gewährleistet ist“ (31 f.). Ausgangspunkt dafür ist für Schellhoss die Kritik am DGB von rechts und links (Briefs, Friedl, Stadler, Stolz und Triesch einerseits; Horné und Pirker andererseits), die auf Grund einer unterschiedlichen Annahme heutiger Arbeitnehmerinteressen den DGB von gegensätzlichen Positionen aus angreife, sich aber im Vorwurf zusammenfinde, „daß sich der DGB weit von einer gerechtfertigten Beurteilung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Status quo entfernt“ habe. Dieser Vorwurf impliziere, daß die Gewerkschaftsorganisation „nicht die Interessen der in ihr Organisierten“ vertrete (10). Da Schellhoss sich nicht auf die Diskussion objektiver Interessen der Arbeiterklasse im Spätkapitalismus einläßt, deren Akzentuierung allein der Interessenwahrnehmung durch den DGB als Maßstab dienen könnte, kann er sich unbeschwert von solcher Analyse in wahrer Fleißarbeit um die Erarbeitung, Zusammenfassung und Auswertung des statistischen Materials bemühen, in dem Teilnahme oder Apathie der DGB-Mitglieder ihren zahlenmäßigen Ausdruck finden.

Die sich aus der Organisationsstruktur des DGB ergebenden Bedingungen für die Mitgliederaktivität sind längst nicht so günstig, wie es zunächst nach der Satzung des DGB erscheint, die geradezu Max Webers „herrschaftsfremder Verbandsverwaltung“ und „unmittelbarer Demokratie“ zu entsprechen scheint. Doch die Voraussetzung für „herrschaftsfremde Verbände“, daß nämlich „die Genossenschaftsversammlung effektiv“ ist (Max Weber), ist — wie Schellhoss richtig feststellt — nicht gegeben. Es bestehen vielmehr in erheblichem Maße hierarchische Elemente, wie z. B. im „Vertrauen“, das der gewählte Ortsvorstand beim Haupt- bzw. Bundesvorstand finden muß, im Übergewicht der hauptamtlichen Funktionäre auf den meisten Gewerkschaftskongressen oder in der Art der Willensbildung von unten nach oben (Anträge nur an den Bundes- oder Hauptkongreß, Filterung durch eingeschränkte Antragsberechtigung, Satzungs- und Antragskommissionen etc.). Schellhoss vergißt indessen, den Rahmen der insgesamt bürokratisierten, hierarchisch organisierten Gesellschaft aufzuzeigen, in dem die Gewerkschaften immer noch ein Stück Demokratie darstellen.

Der Anteil der Mitglieder, die an Veranstaltungen im „Binnenbereich“ des DGB teilnehmen (Teilnehmer an Mitgliederversammlungen, Schulungsteilnehmer, Betriebsräte und Personalräte, ehrenamtliche Funktionäre, wie z. B. Vertrauensleute in den Betrieben) wird

von Schellhoss auf insgesamt 10 % bis 20 % geschätzt. Diese Mitglieder bilden den aktiven, intensiv mit der Organisation verbundenen Kern des DGB. Die Apathie der Mitglieder Mehrheit gegenüber dem gewerkschaftlichen „Binnenbereich“ korrespondiert mit der Tatsache, daß der Eintritt „in der Regel erst ... durch Außenreize und Vermittlung anderer“ zustande kommt. „Und so selten der Eintritt ein (gewerkschafts-)bewußter Akt ist, so selten wird dann auch während der Mitgliedschaft von der Organisation Notiz genommen“. Schellhoss folgert daraus: „Der DGB stößt nur wenige ab und nur wenige ‚schlägt er in seinen Bann‘“ (138). Er relativiert diese Feststellung mit der Teilnahmeapathie in anderen Verbänden, bei den Kleinaktionären wie bei Referendarverbänden, in den Kirchen wie bei Studentenvertretungen. Allzusehr gerät er dabei in die Gefahr, Teilnahmeapathie als gleichsam natürliches Ergebnis von Organisationen zu verstehen: „Passivität ist offensichtlich ein Phänomen, das durchgängig zahlreiche Institutionen und Organisationen charakterisiert, ein Element, das ... alle verbindet“ (143).

Hinsichtlich der Mitgliederentwicklung entstand nach 1945 für die Gewerkschaften „das Wunder der Organisation“, wie Pirker es nennt. In kurzer Zeit schnellten die Mitgliederzahlen in den Vorläuferorganisationen des DGB empor, obwohl nach den vielen Zwangs- und Quasizwangsmitgliedschaften im Nazireich eher eine Organisationsunlust zu erwarten gewesen wäre. Doch bereits ab 1952 steigen die Mitgliederzahlen nur noch schwach, so daß angesichts steigender Arbeitnehmerzahlen die gewerkschaftliche Organisationsquote sinkt. In der von Schellhoss noch nicht einbezogenen letzten Entwicklung der Wirtschaftsrezessionen (mit Arbeitslosigkeit) von 1967 sinken die Mitgliederzahlen sogar absolut. Unter der Decke der stagnierenden Gesamtmitgliederzahlen des DGB verbirgt sich eine sehr erhebliche Mitgliederfluktuation (bis zu 25 % im Jahr!) und vollziehen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen in den Einzelgewerkschaften und bei Arbeitern, Angestellten und Beamten. Wachsenden Gewerkschaften wie der Deutschen Postgewerkschaft (absolute Mitgliederzahl, Organisationsgrad, Anteil an DGB-Gesamtmitgliederzahl zunehmend) stehen in allen Punkten schrumpfende Gewerkschaften gegenüber. Erstaunlich ist die stark ansteigende Zahl der Beamten unter den DGB-Mitgliedern. Während der Organisationsgrad bei Arbeitern und Angestellten sinkt, steigt er bei den Beamten. Über 90 % der Beamten sind 1963 in Gewerkschaften und berufsständischen Verbänden organisiert (40 % im DGB), aber nur knapp 20 % der Angestellten (11 % im DGB) und knapp 40 % der Arbeiter (überwiegend im DGB). Da viele Arbeitnehmer kaum als potentielle Mitglieder zu betrachten sind („Arbeitnehmer auf Zeit“, Gastarbeiter, Arbeitsplatzwechsler) und da auch die Mitgliederzahlen der Konkurrenzgewerkschaften stagnieren, kann nach Schellhoss aus der Mitgliederentwicklung des DGB kaum eine Legitimitätsschwäche abgeleitet werden. Außerdem zeigen auch in den meisten anderen kapitalistischen Ländern die Gewerkschaften eine ähnliche Tendenz.

Schellhoss unterscheidet (nach Renate Mayntz) „die Einstellung zu Organisationszielen . . . von der Einstellung zur eigenen Beteiligung an der Organisation“ (147). Die erste ist dabei für den DGB günstiger als die zweite. Alle (teils unveröffentlichten) Befragungen ergaben bei Mitgliedern und bei Arbeitnehmern allgemein eine große Zustimmungsmehrheit für den DGB und eine positivere Beurteilung als für Parteien, Regierung, Bundeswehr und Industriefirmen. Das deutlichste Merkmal für die Legitimität stellt die Streikbereitschaft dar. Der DGB findet sowohl in der grundsätzlichen Einstellung zum Streik als auch in der grundsätzlichen Streikbereitschaft, in der konkreten Streikbereitschaft und in der Streikbeteiligung „generell eine umfangreiche Legitimierung durch die Mitglieder und darüber hinaus durch die Mehrzahl der übrigen Arbeitnehmer“ (159). Noch deutlicher ist die Legitimierung durch alle Arbeitnehmer bei Betriebsrats- und Personalratswahlen. Über 80 % der gewählten Vertreter sind durchschnittlich DGB-Mitglieder; dieser Anteil steigt tendenziell.

Zusammenfassend kommt Schellhoss zum Fazit, „daß der Deutsche Gewerkschaftsbund von den Arbeitnehmern als ihr Vertreter angesehen und als solcher legitimiert wird“ (172). „Insgesamt für den DGB stehen sich gegenüber ein kontinuierlich eindeutiges Sinken des Anteils, zu dem sich die Arbeitnehmer als Mitglieder mit der Organisation identifizieren, und ein verhaltenes Anwachsen der massiven Zustimmung, der diese Organisation bei den Vertretungswahlen begegnet“ (174). Die Arbeitnehmer differenzieren „offensichtlich zwischen einer Beteiligung an dieser Organisation als ‚Lebensform‘ einerseits und als Interessenvertretung andererseits“ (174). Die Arbeitnehmer wollen nach Schellhoss heute vor allem „ausschnittshafte“, auf den Arbeitsplatz bezogene Interessen durch die Gewerkschaften vertreten sehen. Er sieht den DGB vor der von Siegfried Braun* formulierten Alternative, eine verstärkte Legitimität durch kollektive Zustimmung der ihre Interessen vertretenden Arbeitnehmer oder durch „institutionelle Kooperation mit seinem klassischen Kontrahenten, den Arbeitgebern, und mit staatlichen Instanzen“ zu finden (176). Im letzteren Falle verlören die Gewerkschaften ihre autonome Machtbasis. Hinzuzufügen ist, daß der Sieg solcher Tendenzen zum Korporativstaat (z. B. in der IG Bau-Steine-Erden) neue Formen der Interessenorganisation und -durchsetzung für die Arbeiterklasse erzwingen würde.

Gerd Vonderach (Oldenburg)

Garaudy, Roger: *La Liberté en sursis* - Prague 1968. Collection *En toute liberté*. Fayard, Paris 1968 (156 S., br., 15,— F).

Die Diskussion in der kommunistischen Weltbewegung, ausgelöst durch die militärische Besetzung der CSSR, pendelt zwischen Ver-

* Die Gewerkschaften als „Verband von Arbeitsplatzbesitzern“, in: S. Braun, u. a.; *Zwischen Stillstand und Bewegung. Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft*, Frankfurt 1965.

dammung und Zustimmung. Während die meisten Führungen der kommunistischen Parteien im Westen, darunter die französische, Kritik üben, mit Vermeidung extremer Positionen, gehört Roger Garaudy („Réalisme sans Rivages“), Mitglied des Politischen Büros der KPF, zu jenen, die verdammen. Einer Anthologie von Texten zum tschechoslowakischen Reformkurs (Dubcek, Ota Sik, Radovan Richta, Frantisek Chamalik, Gustav Husak, Jiří Hajek, Eduard Goldstücker) stellt er ein „Vorwort“ voran, das mit den Worten schließt: „Voilà, warum sie (die Kommunisten) die Invasion vom 21. August verdammen als ein Verbrechen gegen die Hoffnung, ein Verbrechen gegen den Sozialismus, ein Verbrechen gegen die Zukunft“ (24).

Garaudys Beweisführung beruht auf dem Gedanken, daß die Tschechoslowakei, ähnlich wie Frankreich, im Gegensatz zur Sowjetunion und den andern sozialistischen Ländern, ein industriell entwickeltes Land mit demokratischer Tradition ist; erst durch die Nachahmung des sowjetischen Aufbaumodells, das anderen Voraussetzungen entspricht, sei die CSSR in jene Schwierigkeiten geraten, die zu beheben die Kehrtwendung des Januar-Plenums bestimmt war. Die Demokratisierung in den Bereichen der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Partei sollten den Elan der Massen wecken, ohne den es keinen sozialistischen Aufbau gibt. Auf diese Weise sollte der Sozialismus einer Renaissance zugeführt werden.

Nichts grundsätzlich Neues sagt der Autor, das Spezifische liegt im Tonfall. Mangels kritischer Distanz verliert sich die Analyse nicht selten im Hymnus. Garaudy bewegt sich mehr in Resolutionen als in Realitäten; so kommt es, daß er Wünsche für Wirklichkeiten ansieht. Mit keinem Wort erwähnt er, was inzwischen die Führer der Reform selbst zugegeben haben, daß nämlich im Rausch der Erneuerung Fehler gemacht wurden. Die Reformer haben den Druck unterschätzt, der, sobald die dogmatische Starre aufgebrochen war, von Kräften ausgeübt worden ist, denen nicht die Verbesserung des Sozialismus, sondern seine Liquidierung am Herzen lag. Die totale Freigabe der Massenmedien hat den Dynamismus der Führung in die Hand von Journalisten und Schriftstellern gelegt, die, so gut oder so schlecht ihre Absichten gewesen sein mögen, jedenfalls niemandem verantwortlich waren. Garaudy geht darüber hinweg, daß der Demokratisierungsprozeß nicht im luftleeren Raum, sondern auf dem Kampfplatz der Klassen vor sich geht. Gemeineigentum an den Produktionsmitteln für sich allein bietet, sobald der bewußtseinsbildende Mechanismus der sozialistischen Staatsmacht dieser aus den Händen gleitet, keine genügend starke Sicherung gegen die Gefahr, daß die Grenze zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie überschritten wird. Gewiß, sowjetische Panzer bringen erst recht keine Stärkung des sozialistischen Bewußtseins in das fremde Land.

Garaudys „Vorwort“ ist von der „Humanité“ scharf angegriffen worden (5. Oktober 1968) mit der Begründung, es sei unzulässig, das tschechoslowakische Modell als allgemein — also auch für Frankreich — gültig zu empfehlen. Unzulässig sei es, von einer „Wiedergeburt des Sozialismus“ zu sprechen, als ob dort der Sozialismus be-

reits abgestorben gewesen sei. Schließlich wirft das Zentralorgan der KPF dem Literaten vor, die Rolle der Intellektuellen in der revolutionären Bewegung zu Lasten der Arbeiterklasse zu überschätzen. — Die Diskussion Garaudy—„Humanité“ (der Autor erhielt überdies wegen Disziplinlosigkeit eine Parteirüge) spiegelt die Spannungen wider, die in vielen kommunistischen Parteien bestehen. Im Unterschied zu dem Österreicher Ernst Fischer, der von unkritischer Emotion bewegt den Abbruch der Beziehungen zur Führung der KPdSU fordert, bleibt Garaudy auf dem Boden der marxistischen Denkmethode: er argumentiert, wenn auch einseitig.

Bruno Frei (Wien)

V. Ökonomie

Baran, Paul A.: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Soziologische Texte, Bd. 42. Luchterhand-Verlag, Neuwied und Berlin 1966 (470 S., Pb., 26,— DM/Ln., 36,— DM).

Diese 1957 bei der Monthly Review Press erschienene Arbeit Barans wird vielfach als einzige systematische Darstellung der Wachstumsökonomie vom marxistischen Standpunkt hervorgehoben. Man wird dieser Auffassung gegenüber jedoch skeptisch, wenn man den Wissenschaftscharakter der Untersuchung und die der politischen Ökonomie zugedachte Rolle bei Baran näher betrachtet. Gemessen am theoretischen Rang etwa der „Grundrisse“ von Marx reichen Barans Erörterungen zum großen Teil kaum über bloße Deskriptionen hinaus; sie sind überdies einer sozialistischen politischen Praxis nur fakultativ, nicht zwingend verbunden. Ein längeres Zitat mag den theoretischen Stellenwert der vorgelegten Analysen verdeutlichen:

„Denn es kann nur die sozialistische Gesellschaft selbst sein, — in der sich die Menschen nicht vom Streben nach Profit leiten lassen und in der der Einzelne nicht von den ‚Werten‘ und Maximen des Marktes beherrscht wird, sondern von einem Bewußtsein, das aus den neuen sozialistischen Produktionsverhältnissen hervorgeht —, die zu einer neuen Struktur der individuellen Präferenzen und zu einer neuen Art und Weise der Verteilung der menschlichen und materiellen Ressourcen führen wird. Alles, was der Sozialwissenschaftler in dieser Hinsicht tun kann, ist gleich Hegels ‚Eule der Minerva, die ihren Flug in der Dämmerung beginnt‘, urbi et orbi zu verkünden, daß eine Gesellschaftsordnung lebensgefährlich krank ist und im Sterben liegt. Die konkreten Formen und die Funktionsprinzipien des Systems, das im Begriff ist, ihren Platz einzunehmen, und die genauen Veränderungen, die die neue Gesellschaft mit sich bringen wird, können von Ökonomen und Statistikern, so tüchtig sie auch sein mögen, zwar allgemein umrissen, aber nicht genau bestimmt werden. Dies muß der sozialen Praxis derjenigen überlassen bleiben, die für eine sozialistische Ordnung kämpfen und denen es

gelingen wird, sie aufzubauen“ (24). Die politische Ökonomie Barans fordert weder eine bestimmte politische Praxis noch hat sie die bestimmte Negation der kritisierten Momente des „Monopolkapitalismus“ im Auge. Zweifelsohne hat aber gerade der Appellcharakter des hier vertretenen Sozialismus sowie seine Allokation auf die „Ränder“ der Gesellschaft — hierin wie in manch anderen Beziehungen Marcuse ähnlich — seinen innersten Grund in der bestimmten Analyse des Kapitalismus als Monopol- oder besser Oligopolkapitalismus. Als Implikation der Analysen wird nämlich zweierlei deutlich: die relative ökonomische Stabilität des Kapitalismus und die Sistierung des Zentralkonflikts von Lohnarbeit und Kapital, so daß eine systemkritische Bewegung nach Baran einzig in den „Rändern“, in den outcasts der Gesellschaft im weitesten Sinn seinen Ort finden kann. Was den Charakter des „Späten“ am Kapitalismus ausmacht, stellt sich bei Baran de facto nicht so sehr als drohender Zusammenbruch dar — obwohl er stets erneut beschworen wird —, sondern als systematische Verhinderung „ökonomischen Wachstums“.

Die politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums ist vor allem mit dem Begriff des ökonomischen Surplus verbunden¹. Als besonders attraktive Variante des Surplusbegriffs bildet die Kategorie des „potentiellen“ Surplus bei Baran einen geradezu hermeneutischen Fluchtpunkt der Kritik des Kapitalismus, hierin fast ein ökonomisches Seitenstück der „reinen revolutionären Transzendenz“ (W. F. Haug) Marcuses.

Der Surplusbegriff erweist sich allerdings dort als brauchbares Instrument, wo er, seines globalen Charakters und seiner Dignität als absoluter, von außen herangetragenener Bezugspunkt der Kritik des kapitalistischen Verwertungsprozesses entkleidet, in den Analysen der Entwicklungsländer Verwendung findet. Die Rückständigkeit dieser Länder wird von Baran vor allem als falsche, irrationale oder mangelnde Verwertung eines tatsächlich vorhandenen oder potentiellen Surplus beschrieben. Die Ursachen hierfür sind in den Verwertungsinteressen der entwickelten kapitalistischen Länder, aber auch in den historischen und regionalen Besonderheiten sowie in der Bedeutung der jeweils vorfindlichen Ressourcen zu suchen. Die konkreten Erörterungen dieser „Morphologien der Entwicklungsländer“ erscheinen bedeutsamer als die problematische und noch zu diskutierende Unterscheidung von Konkurrenz- und Monopolkapitalismus, die durch einige Theorieteile sich vorschnell der Stringenz der Marxschen Analyse entledigt. Barans Untersuchungen, die bis zu den Diskussionen der zwanziger Jahre in der UdSSR (Preobražensky) zurückreichen, haben mit Recht großen Einfluß auf die Sozialwissenschaften der unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewonnen.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

1 Auf die Schwierigkeiten des Surplusbegriffs wird in der kritischen Auseinandersetzung mit dem „Monopolkapital“ von Baran und Sweezy näher eingegangen (vgl. dieses Heft S. 95); ich brauche die Kritik hier nicht zu wiederholen.

Niewerth, Hans, und Jürgen Schröder (Hrsg.): *Lexikon der Planung und Organisation*. Verlag Schnelle, Quickborn 1968 (209 S., Ln., 46,— DM).

Die Verfasser des Lexikons sind Kybernetiker, System-, Spiel- und Informationstheoretiker, Mathematiker, Statistiker u. ä. Darüber hinaus erhellt die theoretische Tendenz des Buches aus der Tatsache, daß 32 Stichwörter aus dem (1964 in demselben Verlag erschienenen) „Lexikon der Kybernetik“ unverändert abgedruckt wurden. Wie die Herausgeber im Vorwort betonen, will das Lexikon „eine Verständigung über Erfahrungen und Theorien aus den Gebieten der Planung und Organisation (...) ermöglichen“, wobei die „interdisziplinäre Gültigkeit der Begriffe Planung und Organisation“ in besonderem Maße beachtet wird (Vorwort).

Letzteres hat zur Voraussetzung (bzw. Folge) einen sehr hohen Grad an Formalisierung und Ahistorizität in bezug auf die Ausführungen zu den einzelnen Stichworten: Der Titelbegriff „Organisation“ etwa wird als spezielles, weil zielgerichtetes System definiert (120); wobei der Systembegriff als „Menge mit mindestens einer Relation zwischen ihren Elementen“ (164) gefaßt wird, von dem das „soziotechnische System“ dadurch sich unterscheidet, daß „wenigstens ein Teilsystem ein Mensch ist“ (165). Geht man vom letztgenannten Stichwort „soziotechnisches System“ aus, so läßt sich der Planungs-Begriff mühelos formalisieren zu einer inhaltlich nicht näher bestimmten Entscheidungsmethode, die in einer Situation alternativer Handlungsmöglichkeiten angewendet wird (125 f.).

Stichworte aus den Bereichen der Wissenschaftstheorie und der Methodologie sind kaum zu finden (es fehlen z. B. folgende Begriffe: Deduktion, Induktion, Empirie, Experiment, Falsifikation). „Methode“ selbst wird als „Kombination von Regeln und Operation zur Steuerung progressiver Informationsverarbeitungsprozesse“ definiert, die „Erreichbarkeit der Ziele“, „logische Stringenz“ und „Ökonomie des Denkens“ gewährleisten solle (104 f.).

Die Konsequenzen einer derart rigorosen und zum Prinzip erhobenen Formalisierung zeigen sich bei einem Begriff wie „Ideologie“: sie sei ein kohärentes „System von Thesen, die nicht ausnahmslos logisch-mathematische Theoreme oder Codierung objektiver Beobachtungsergebnisse sind, jedoch mit dem Anspruch auf allgemeine Verbindlichkeit vorgetragen werden“ (63). Diese Definition verunmöglicht nicht nur eine genaue Unterscheidung z. B. zwischen „Religion“ und „Ideologie“ (64), sie abstrahiert auch völlig von der Tatsache, daß das, was vor hundert Jahren „wissenschaftlich“ gewesen sein mag, heute „ideologisch“ sein kann; m. a. W. sie negiert die Historizität auch der wissenschaftlichen Erkenntnis.

Daß ein Lexikon, welches zur Definition des Stichwortes „Befehl“ aus dem „Wehrstrafgesetz vom 30. März 1957, § 2 Nr. 2“ zitiert (20), als Hauptunterscheidungsmerkmal zwischen „demokratischem“ und „autoritärem“ Führungsstil (Stichwort: „Führer“) das Leistungskriterium ermittelt, überrascht nicht. Zum Begriff „Demokratisierung“

liest man: sie sei eine „Tendenz (...) mit dem Ziel, die Entscheidungsgewalt als Mandat aller Mitglieder des Systems anzusehen (sic), (...) und Kontrollen der Entscheidenden von seiten der Befehlsempfänger (!) einzuführen“ (34).

Karl-Ernst Lohmann (Berlin)

Pirker, Theo, u. Karl W. Boetticher: Jenseits von Sicherheit. Beruf, Lohn, Rente — heute und morgen. Dokumente zur Zeit. Verlag Kurt Desch, München 1967 (130 S., Pb., 9,80 DM).

Der Veröffentlichung liegt eine Sendereihe des Südwestfunks aus dem Jahre 1967 zugrunde. Es fällt nicht schwer, sich daran zu erinnern, daß dieses Jahr gekennzeichnet war von der Zerstörung eines Mythos — dem des kontinuierlichen Wachstums der Wirtschaft fast gänzlich ohne Krisen und Depressionen. Folglich wird auch so manchem Arbeitnehmer zu Bewußtsein gekommen sein, wie sehr seine soziale Sicherheit nicht nur infolge von Strukturkrisen, sondern auch als Konsequenz von Konjunkturschwankungen beeinträchtigt ist. Letztere auf ein Minimum zu reduzieren, ist zumindest ein Ziel der Wirtschaftspolitik. Strukturveränderungen aber mit allen sich für die Arbeitnehmer nachteilig auswirkenden Folgen — eines der Zentralthemen der Untersuchung von Pirker und Boetticher — haben ihre Ursachen in der stetig zunehmenden Arbeitsteilung und Technisierung einer hochentwickelten Produktions- und Dienstleistungserstellungswirtschaft. Solche Probleme lassen sich nur mit Hilfe einer diesen Umsetzungsprozessen angepaßten Sozialpolitik meistern, die in der BRD fehlt.

Die hier zu stellende Ausgangsfrage wäre die nach der Möglichkeit, soziale Sicherheit und technischen Fortschritt zu vereinen (14). Der technische Fortschritt zieht eine permanente Veränderung und Bewegung der Gesellschaft nach sich, in der es immer nur relative soziale Sicherheit geben kann. Aber gerade auf den Grad der Relativität kommt es an, er könnte durch eine vernünftige Sozialpolitik erheblich eingengt werden. Zwei Probleme in der BRD zeigen das besonders deutlich: das System der Alterssicherung (9 f.) und das der traditionellen Berufsausbildung (101 f.); beide haben Jahrzehnte ohne wesentliche Änderungen überstanden (31). Weder die zuständigen Stellen für die Alterssicherung sind sich darüber im klaren, wie sie die infolge der vorerst einmal ständig zunehmenden Veralterung der Bevölkerung verursachte Lawine von Renten- und Pensionszahlungen bewältigen können, noch haben Arbeitsministerium, Unternehmerverbände, Handels- und Handwerkskammern etc. einen Berufsbildungsplan entworfen, der verhindert, daß in großer Zahl Schlosser, Dreher, Buchhalter usw. ausgebildet werden, die in einigen Jahren von neuen Maschinen von ihrem Arbeitsplatz verdrängt werden.

Soziale Sicherungen können aber auch durch zwei andere Komponenten verbessert werden: Lohnpolitik und Mitbestimmung. Wenn die Lohnabhängigen ein erhebliches Risiko des Wirtschaftsprozesses

mittragen müssen, so ist es nur verständlich, daß ihre Forderungen danach gehen, ihn entscheidend beeinflussen zu wollen. Die bisherige Praxis wird von den Autoren einer eingehenden Kritik unterzogen, wie überhaupt das Gesamtsystem einer möglichen Mitbestimmung. Sie kommen dabei u. a. zu folgendem Ergebnis: „Die Kontrolle des technischen Wandels ist das eigentliche Problem. Mitbestimmung in Unternehmensentscheidungen nützt da wenig. Die Unternehmer haben die Aufgabe, den Prozeß des technologischen Fortschritts zu fördern und wirtschaftlich wirksam werden zu lassen“ (95). Diese Ausführungen sind außerordentlich problematisch; sie zeugen weder vom Verständnis des technischen Fortschritts, seiner Entstehung und seiner Einflüsse auf die Gesellschaft, noch von der Kenntnis der gesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten dieses Prozesses.

Die vorliegende Untersuchung bringt zu den o. g. Problemen eine Vielzahl von Ansichten, die unterstützt werden von Äußerungen verschiedener Fachleute und Politiker; sie gibt eine Fülle von Anregungen. Ihre große Schwäche liegt zweifellos in der Nichtbeantwortung selbstgestellter Fragen. Der Leser hätte gern etwas über die Lösungsvorstellungen der Autoren erfahren und eine tiefergehende Untersuchung begrüßt. Vielleicht liegt die Ursache dieser Schwächen in der besonderen Art einer Rundfunksendereihe; dann aber sollte man zukünftig solche Sendereihen nicht unbearbeitet in Buchform veröffentlichen.

Harry Gräser (Bremen)

Jungblut, Michael: *Rebellion der Überflüssigen? Die ungeplante Zukunft der Berufe.* Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1967 (285 S., Ln., 19,80 DM).

Die Misere im Ausbildungswesen beginnt die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu beeinträchtigen. Die Rückständigkeit der Lehrlingsausbildung, die im Zeitalter der Automation immer noch an teilweise vorindustriellen Traditionen festhält und die infolge mangelnder Information über den Nachwuchsbedarf der einzelnen Industrien wachsende Anzahl jener, die ihren gelernten Beruf nicht ausüben können (260 ff.); die unzureichende staatliche Förderung der Wachstumsindustrien und der Industrieforschung insbesondere auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung (146 ff.); die Vernachlässigung der Hochschulen und allgemeinbildenden Schulen, durch die die westdeutsche Industrie nur mangelhaft auf die technisch-wissenschaftlichen Probleme der Zukunft vorbereitet ist (121 f., 176 f., 231 f.); die künstliche Konservierung veralteter Betriebsstrukturen vor allem im Bereich der Landwirtschaft (121 f.) und so fort: all dies, besorgt J. mit Recht, schmälert nicht nur die Profite der Unternehmer, sondern gefährdet mit zunehmender Arbeitslosigkeit und dadurch wachsenden sozialen Spannungen deren Position im ganzen.

Wer sind die Verantwortlichen für die verfahrenen Situationen? Wer sind die Gruppen, die nicht den „Fortschritt“, die „wirtschaft-

liche Notwendigkeit“ und die „langfristigen Zielsetzungen“ vertreten, sondern dem „Traditionalismus“, der „Ideologie“ und den „kurzfristigen Interessen“ zuneigen (81)? Jedenfalls nicht die großen Unternehmer.

Moralisch gefährdet sind vielmehr die mittelständischen Schichten, voran die Bauern (30 ff.), denen er wie dem Bergbau (61 ff.) „Gesundschumpfung“ empfiehlt, und die Gewerkschaften (9 f., 15 f.).

Mit dem ökonomisch schwachen Mittelstand macht er nicht viel Umstände, weiß er doch überdies die Ressentiments des „kleinen Manns“ auf seiner Seite. Daß er sich der Vertretung des „Sozialpartners“ gegenüber mehr Zurückhaltung auferlegt, ist begreiflich, zumal J. den westdeutschen Gewerkschaften noch eine leidlich am Gemeinwohl orientierte Tarifpolitik und Aufgeschlossenheit gegenüber dem technischen Wandel (135) bescheinigen kann. Sie haben sogar berechtigte Sorgen. Die allein zukunftssträchtige Automatisierung bedeutet zwar Produktivitätssteigerung, aber macht auch viele Ungelernte arbeitslos und zwingt zur Umschulung qualifizierter Arbeiter (164).

J. schildert die Gefahr wachsender Arbeitslosigkeit als Folge fortschreitender Automatisierung recht eindrucksvoll (135 ff.). Andererseits meint er, „eine gute Wirtschaftspolitik“ könne „auch in Zukunft Arbeitslosigkeit, sei es im Gefolge der Automation oder einer Depression, vermeiden“ (158). Nach offiziellen amerikanischen Angaben muß man aber im Zuge der Automation auf lange Sicht mit einer Arbeitslosenquote von wenigstens 3% rechnen. Geht es nur darum, die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten, innerhalb derer sie keine „Rebellion der Überflüssigen“ auslöst, vielmehr die Arbeitnehmer zu Wohlverhalten gegenüber den Unternehmern erzieht? Seine Vorschläge in Sachen Umschulung und Weiterbildung, abgesehen von ihrem Stellenwert im Rahmen seiner Konzeption eines „geplanten“ Kapitalismus, sind jedenfalls ein Appell an den einzelnen, nicht der letzte zu bleiben, den die Hunde beißen: denn „die Gefahr der Arbeitslosigkeit (wächst) mit abnehmendem Ausbildungsgrad steil an“ (123).

Breiteren Schichten als bisher müssen Bildungsmöglichkeiten eingeräumt werden, das erfordert der anwachsende Bedarf an technisch-wissenschaftlichem Personal. Eine übermäßige Verschwendung qualifizierter Arbeitskraft liegt daher auch nicht im Interesse der Unternehmer. Die immer komplizierter werdende Beschäftigtenstruktur macht die Industrie störungsanfälliger, da die Arbeitnehmer nicht mehr beliebig austauschbar sind. Das Vertrauen „auf die Selbstheilungskräfte einer freien Wirtschaft“ ist „liberaler Kinder Glaube“ (193). Erforderlich ist eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“ (163) auf Grundlage langfristiger Prognosen auf dem Gebiet der Beschäftigtenstruktur (210 f.). Solange die dadurch mögliche Berufslenkung außer Kontrolle der Betroffenen selbst bleibt, zementiert sie nur deren Stellung als Objekt der Konzerngewaltigen und ihrer Gehilfen. Von einer Ausweitung der Mitbestimmung ist aber keine

Rede, nur von einer Ausweitung der dirigistischen Maßnahmen des Staates im Rahmen der gegenwärtigen ökonomischen Machtverhältnisse.

J. hat sehr gut begriffen, daß die Probleme der Berufsausbildung nur im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Veränderungen gelöst werden können. Er versteht sie augenscheinlich im Sinne einer weiteren „Formierung“ der Gesellschaft. J., Wirtschaftsredakteur der ZET, bemüht sich mit diesem populären Aufklärungsbuch, sie den von ihr Betroffenen schmackhaft zu machen. Klaus Maretzky (Berlin)

v. Eynern, Gert: Grundriß der politischen Wirtschaftslehre. Die Wissenschaft von der Politik, Band 14. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1968 (308 S., kart., 27,— DM/Ln., 36,— DM).

Auf dieses Buch konnte man einigermaßen gespannt sein. Immerhin versprach es doch dem Titel nach eine einführende Grundlagendarstellung zur Politischen Ökonomie zu werden und damit eine von der deutschen Politikwissenschaft bisher sorgsam ausgesparte Lücke zu füllen. Um es jedoch gleich vorweg zu sagen: diese Lücke klappt nach wie vor.

Gert von Eynern hat bewußt eine Einführung schreiben wollen. Entsprechend ist das Buch stark von didaktischen Erwägungen geprägt (detaillierte Literaturhinweise sowie „Fragen“ und „Anregungen zum weiteren Studium“ am Schluß der einzelnen Teile) und befließigt sich — mit Erfolg — einer anschaulichen und flüssigen Sprache. Der erste Teil beschäftigt sich — nach einer kurzen historischen Einleitung — mit den Zusammenhängen zwischen wirtschaftlichen und politischen Systemen, also beispielsweise mit der häufig strapazierten Interdependenz von Marktwirtschaft und Demokratie. Es folgt dann ein Abschnitt über „wirtschaftliche Grundlagen politischer Entscheidungen“, der vor allem von der Umsetzung wirtschaftlicher Macht in politische handelt, und im dritten Teil liest man über die „wirtschaftlichen Folgen politischer Entscheidungen“, womit das Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrationalität gemeint ist. Ein methodologisches Schlußkapitel bringt eher Aphoristisches als eine geschlossene Darstellung.

Der Aufbau verweist schon auf die Problematik des methodischen Ansatzes. Die historische Analyse wird, getreu dem üblichen Schema, in die Einleitung verbannt und spielt fürderhin keine Rolle mehr. Übrig bleibt die Untersuchung zeitloser „Systeme“, die dann notwendigerweise mit erheblichen Schwächen behaftet sein muß. Wenn man beispielsweise über die Interdependenzen von Marktwirtschaft und Demokratie schreibt und dabei nicht auf die Genesis von Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie eingeht, leistet man sich mehr als eine Unvollständigkeit. Nicht zuletzt der Verzicht auf die historische Dimension verführt dazu, „Politik“ und „Wirtschaft“ als getrennte Sphären zu begreifen, die einer gegenseitigen Beeinflussung offen stehen, deren Konnex aber insgesamt als unbestimmt und eher zu-

fallsbedingt erscheint. Auf diese Weise wird in krudem Dezisionismus suggeriert, Wirtschaftsordnungen seien beliebig wählbar (vgl. S. 206 f.) und der „Staat“ erscheint als autonome Entscheidungsinstanz, als ginge es nicht zunächst einmal darum, die Funktionsbedingungen der Staatsbürokratie im Kapitalismus und die sich daraus ergebenden Spielräume grundsätzlich abzustecken. Es nimmt daher nicht wunder, daß die Darstellung dort besonders schwach wird, wo es um die „wirtschaftlichen Grundlagen politischer Entscheidungen“ geht. Wenn man die zentrale Problematik des Verhältnisses von ökonomischer und politischer Macht auf Mitbestimmung, Verbandswesen und parlamentarisches Budgetrecht reduziert, läßt sich das weder mit Platzgründen noch mit „exemplarischer“ Darstellungsweise rechtfertigen. Macht wird auf diese Weise zum leeren Abstraktum formalisiert; sie in den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen aufzuspüren, bleibt dem mehr oder weniger findigen Leser überlassen.

Diese Mängel sind um so bedauerlicher, als es der Verfasser sonst durchaus versteht, kritisch einige gängige Ideologien und Klischeevorstellungen zu entlarven. Angenehm wirkt beispielsweise auch die abgewogene und zurückhaltende Beurteilung der Leistungsfähigkeit und politischen „Tragbarkeit“ verschiedener Wirtschaftssysteme. Insofern übertrifft dieser Grundriß vieles, was beispielsweise in deutschen Schulen als Lehrbuch Unheil stiftet. Dies konzidiert, bleibt indes der wissenschaftliche Ansatz mehr als fragwürdig. Es ist wohl kein Zufall, daß v. Eynern prononciert den Begriff „Wirtschaftslehre“ gebraucht und weitgehend darauf verzichtet, an die Tradition der „Politischen Ökonomie“ anzuknüpfen. Was er unternommen hat, ist so etwas wie eine Integration von bürgerlicher Volkswirtschaftslehre und bürgerlicher Politikwissenschaft, ohne freilich die methodischen Schwächen beider zu beseitigen. Und so bleibt es beim Konglomerat aus einer Wirtschaftswissenschaft, welche von gesellschaftlicher Macht nichts weiß, und einer Politologie, für die ökonomische Verhältnisse höchstens ein „Datum“ darstellen.

Es bleibt zu hoffen, daß v. Eynerns Beitrag Ausgangspunkt einer intensiven Diskussion der angerührten wissenschaftlichen Probleme wird. Dann wäre mehr geleistet, als dem problematischen Sammelurium einschlägiger Lehrbücher ein graduell besseres hinzuzufügen.

Joachim Hirsch (Frankfurt/Main)

Montaner, Antonio (Hrsg.): Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 19, Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1967 (476 S., Pb., 22,80 DM).

Bei der Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften als Studienfach an westdeutschen Universitäten und Hochschulen ist es auffällig, wie wenig zusammenfassende Vorlesungen und Seminare dem Spezialgebiet ‚Geschichte der Volkswirtschaftslehre‘ gewidmet sind. Zwar werden den Studenten spezielle Schulen oder einzelne herausragende Ökonomen als Forschungsgegenstand ange-

boten; es fehlt aber neben der Darstellung theoretischer ökonomischer Probleme und der Beschreibung sozialökonomischer Situationen (wie sie die Wirtschafts- und Sozialgeschichte geben sollte) das Einhergehen mit der geschichtlichen Entwicklung der Nationalökonomie. Erst mit dieser Studienmethode werden dem Studenten der Wirtschaftswissenschaft ökonomische Theorien deutlich, indem er sie als einen ständigen Entwicklungsprozeß kennenlernt und dadurch beurteilen kann, inwieweit Aussagen einzelner Theoretiker — die sich oftmals direkt widersprechen — zu akzeptieren sind.

Auf diese Lücke hinzuweisen hat sich Montaner, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz, mit seiner Auswahl beispielhafter Abhandlungen der Entwicklung der Wirtschaftstheorie zum Ziel gesetzt. Die Sammlung umfaßt 24 Einzelbeiträge z. T. namhafter Fachleute und ist in drei Hauptteile gegliedert. Der erste Teil ist mit ‚Lehrepochen‘ überschrieben und soll „die Gesamtentwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft in einem Überblick wiedergeben“ (21). Der zweite Teil ist einzelnen Nationalökonomien gewidmet, einschließlich eines Teils ihrer Theorien, z. B. Keynes, Spiethoff, Marshall, Marx, die sich in der Mehrzahl nicht in die vorher beschriebenen Schulen einordnen lassen. Im dritten und letzten Teil werden Einzelprobleme der Theorie in historischer Sicht behandelt. Am Schluß des Bandes befinden sich ein umfangreiches Namens- und Sachregister sowie eine ausführliche Bibliographie.

Einschränkend weist der Herausgeber in seiner Einleitung darauf hin, zwar den Versuch unternommen zu haben, den Zugang zu einzelnen lehrgeschichtlichen Abhandlungen zu erleichtern, da viele von ihnen in Buch- bzw. Zeitschriftenveröffentlichungen des In- und Auslandes erschienen sind, daß er aber das ‚Maximum maximorum‘ nicht erzielen konnte, da er für einige beachtliche Neupublikationen keine Druckgenehmigung erhielt (20). Aus der genannten Einleitung (13—21) geht zugleich das Verständnis und die Zielsetzung Montaners bezüglich des vorliegenden Gegenstands hervor. Er betrachtet die Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen unter drei verschiedenen Aspekten: der Sammlung theoriengeschichtlichen Materials, der Darstellung des Verlaufs der lehrgeschichtlichen Entwicklung und der Erforschung von Wechselbeziehungen zwischen Ideen- und Sozialgeschichte (17 f.). In diesem letzten Ansatz liegt zugleich die größte Schwäche Montaners, die Aufgaben und den Erkenntniswert der Forschungsdisziplin zu begreifen. Es ist zwar richtig, wenn er feststellt, man müsse die volkswirtschaftlichen Theorien von ihrem zeitgeschichtlichen Hintergrund her begreifen, wodurch die volkswirtschaftliche Theoriengeschichte gleichsam zur Ideengeschichte der sozialen Bewegung wird (18). Aber dieses Begreifen ist nicht anders möglich, als volkswirtschaftliche Theorien aus den historisch bedingten Organisationsformen ökonomischer Prozesse herauswachsen zu sehen, die ihre Grundlagen in dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse haben. Die Reflexion dieser objektiven und konkreten Situation einer Wirtschaftsgesellschaft führt zur Herausbildung von Theorien, zu einem System von

generell gültigen Aussagen über die faktischen Zusammenhänge im Bereich der Wirtschaft, die nun von sich aus infolge ihrer eigenen Aussagekraft die wirtschaftlichen Abläufe zeitlich bedingter Wirtschaftsepochen bedingt beeinflussen.

In diesem Sinn stellt die Schule der Physiokraten ein erstes einigermaßen geschlossenes Ideengebäude volkswirtschaftlicher Theorien dar, das nach Marx die Grundlage zur Analyse der kapitalistischen Produktion legte (K. Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. 1, Berlin 1956, S. 11 f., 15 f.), somit den Kapitalismus theoretisch vorbereiten half, obwohl sie eine bürgerliche Reaktionierung des Feudal-systems darstellt und die Herrschaft der Grundeigentümer anstrebt. Bei der Entstehung der physiokratischen Schule gab es durchaus eine Arbeitsorganisation, die über die in der Agrikultur vorherrschende hinausging, die Manufaktur. Die Bedeutung letzterer war allerdings um 1750 relativ gering, sie vermehrte den Stoff nicht, sondern verwandelte ihn nur und lag daher außerhalb der Erkenntnisphäre der Physiokraten. Diese Zusammenhänge nicht erkannt und die Physiokraten nur als ein Produkt der Aufklärung dargestellt zu haben, muß dem ersten Beitrag von Zorn, ‚Die Physiokraten und die Idee der individualistischen Gesellschaft‘ kritisch vorgehalten werden. Ebenso wie in ihm die Rolle der Physiokraten bei der Vorbereitung der Transformation des Feudalismus zum Kapitalismus und dazu noch der konkrete theoretische Inhalt nicht dargestellt ist, fehlt in dem Beitrag von Singer über die Klassische Schule eine genaue Inhaltsbestimmung und der entscheidende Hinweis auf die Bedeutung der Klassiker für die theoretische Fundierung der sich in England seit 1750 bereits vollziehenden kapitalistischen Produktion (obwohl diese Bedeutung von Singer sogar in Frage gestellt wird, S. 34 f.).

Montaner hätte mehr Wert auf die genaue Formulierung dieser beiden entscheidenden Epochen zur Herausbildung der volkswirtschaftlichen Theorie legen sollen, wie man gleichzeitig das Fehlen der sich hier zeitlich anschließenden Schule der gesamten Sozialisten bemängeln muß. Ganz abgesehen von der Eigenbedeutung der Utopisten und des Marxismus versäumt man bei deren Weglassung völlig den Einfluß, den diese Richtung auf verschiedene andere ökonomische Schulen ausübte, wie z. B. auf die Historische Schule, auf den Institutionalismus und auf die Welfare Economics. Eine Würdigung der Historischen Schule von G. Jahn, der Grenznutzenlehre von F. H. Knight und des Institutionalismus von K. E. Boulding schließen sich an. Diese Beiträge geben in ausreichenden Umrissen Auskunft über die Entstehung, den Inhalt und über den historisch bedingten Wert ihrer Aussagen. Der letzte Beitrag im Abschnitt ‚Lehreperioden‘ ist der von Hans Peter über ‚Entwicklungstendenzen der modernen ökonomischen Theorie‘ — er ist zugleich der überflüssigste. Auf immerhin 12 Seiten unternimmt er den Versuch, über Begriffe wie Fortschritt, Entwicklung, Wissenschaft etc. zu schreiben, ohne daß ersichtlich wird, ob sie bei Peter einen Inhalt bekommen.

Bei der Würdigung verschiedener Theoretiker und ihrer Ideen sind die Beiträge von F. Bülow über Adam Smith und von Dillard

über Keynes herausragend, obwohl auch dem letzteren die Reflexion nicht entnommen werden kann, die das ursächliche Verständnis für die volkswirtschaftlichen Theoretiker und deren Theorien aufzeigt. Das theoretische Fundament von J. M. Keynes bleibt unverständlich, wenn man nicht sieht, daß es sich in der tiefen Krise des Kapitalismus der zwanziger und dreißiger Jahre entwickelte, vor dem Hintergrund des Erkennens, daß die liberale Auffassung des Marktmechanismus auf Grund der Einschränkungen all seiner Voraussetzungen nicht mehr wirksam war.

Bemerkenswert im besonderen Sinn erscheint auch Richard Kerschagls Aufsatz ‚Was kann Marx uns heute noch sagen?‘ Vorauszuschicken ist, daß der Autor bereits 1933 einen Aufsatz mit dem Titel ‚Vom Widersinn des Marxismus‘ in Berlin veröffentlichte. Seit jener Zeit scheint er bezüglich des Marx-Problems nichts mehr hinzugelehrt zu haben. Sieht man von den üblichen Platitüden der Marx-darstellung der fünfziger Jahre ab, so kommt Kerschagl zu einer Kritik verschiedener ökonomisch theoretischer Ansätze von Marx, etwa des Problems der Bildung einer industriellen Reservearmee, der Konzentrationstendenz und der Verelendungstheorie, des Wertproblems und einiger geldtheoretischer Ansätze. An den entscheidenden Stellen konstruiert Kerschagl einen Marx, den es gar nicht gibt, so z. B. indem er ihm ein ‚ehernes Lohngesetz‘ unterschiebt, das im Ursprung von Ricardo stammt und das von Lassalle formuliert wurde. Anhand dieses erfundenen Marx kommt K. zu dem Schluß, Marx als Ökonom habe versagt und sei für die heutige Wirtschaftstheorie ohne jede Relevanz.

Der kritische Leser hätte sich von Montaner mehr fundierte Beiträge gewünscht.

Harry Gräser (Bremen)

Bettelheim, Charles, Hélène Marchisio, Jaques Charrière: Der Aufbau des Sozialismus in China. Trikont-Verlag, München 1969 (174 S., br., 9,80 DM).

Bücher über die Volksrepublik China sind dank der schnellen Entwicklung der chinesischen Revolution dazu verurteilt, zum Zeitpunkt ihres Erscheinens schon veraltet zu sein. Die vorliegende Analyse, die von französischen Marxisten nach einer ausführlichen Studienreise durch die Volksrepublik im Jahre 1965 abgeschlossen wurde, beschreibt eine Struktur der chinesischen Volkswirtschaft, die inzwischen, nach der Kulturrevolution, zu großen Teilen nicht mehr existieren dürfte. Dennoch ist sie nicht nur von historischem Interesse, sondern kann vor allem zwei Fragenkomplexe beantworten helfen: einmal müßten sich in der Analyse der Widersprüche der Periode vor der Kulturrevolution diejenigen Probleme aufzeigen lassen, deren Lösung in dieser „zweiten“ sozialistischen Revolution in Angriff genommen wurden. Zum anderen ist anhand des chinesischen Modells zu prüfen, ob es für die Wirtschaftsreformen in Ungarn, der CSSR und den übrigen sozialistischen Ländern mit ihrer

Wiedereinführung des Marktes und des Profitmotivs eine Alternative gibt.

Zu Beginn werden einige Besonderheiten der chinesischen Situation aufgezählt: neben der Größe des Landes, der Dichte der Bevölkerung und besonderen historischen und kulturellen Traditionen vor allem die Art der chinesischen Revolution: in einem langandauernden Guerillakrieg bildete sich eine Masse von erfahrenen Kadern, die eng mit der Bevölkerung verbunden waren und sich außer unbeugsamem revolutionärem Bewußtsein auch ausgeprägte organisatorische Fähigkeiten aneigneten. Im Guerillakrieg bildeten sich gleichzeitig antizipatorische Organisationsformen in Form von dezentralisierten, auf eigene Initiative und die volle, bewußte Zustimmung aller Beteiligten angewiesene Kampf- und Produktionsgruppen. Der Teil der Bevölkerung, der in diesem langandauernden Kampf aktiv teilnahm, war wesentlich größer als in der sowjetischen Revolution. Die Autoren versuchen dann die Punkte herauszufinden, in denen sich die Organisation der Volkswirtschaften in der Sowjetunion und China unterscheiden:

1. In den ersten Jahren nach Etablierung der sozialistischen Staatsmacht folgte man in China weitgehend dem sowjetischen Modell. Nach der Periode des Wiederaufbaus (1949—1952) folgte der erste Fünfjahresplan, der dem Aufbau der Schwerindustrie absoluten Vorrang gab. 1953—1957 wurde in sehr schneller Folge auf dem Lande die sozialistische Umgestaltung (Kollektivierung) durchgeführt. 1958 setzte dann mit dem großen Sprung die große Wende ein: mit der Errichtung der Volkskommunen wurde zugleich das Gewicht von dem überstürzten Aufbau der städtischen Industrie auf die landwirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau einer Klein- und Mittelindustrie in den Kommunen verlegt. Die neue Parole lautete: „Die Landwirtschaft ist als Basis und die Industrie als leitender Faktor anzusehen.“ Die Schwerindustrie „hat die Aufgabe, die Entwicklung der Landwirtschaft anzuregen und zu unterstützen“ (37). Statt einer quantitativen Ausdehnung der Produktionskapazitäten (neue Fabriken etc.) wird sehr viel Wert auf „Investitionen für die Erneuerung der schon bestehenden Industriebetriebe“ gelegt.

2. Die Volkskommunen stellen einen originären Beitrag der Chinesen zur Entwicklungsstrategie in unterentwickelten Volkswirtschaften dar. Ihr Prinzip ist die weitestmögliche Autonomie, d. h., sie sollen die Nahrungsmittel und die benötigten Produkte der Leichtindustrie möglichst selbst herstellen sowie die politischen, militärischen und kulturellen Aufgaben (Bildungssystem) aus eigenen Kräften lösen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt werden damit sowohl organisatorische Probleme (die Zentrale wird von sehr vielen Schwierigkeiten detaillierter Planung entlastet und kann sich auf globale Entscheidungen beschränken) wie auch Probleme der Verteilung der Ressourcen gelöst (Transportnotwendigkeiten werden reduziert; die lokalen Materialien und Techniken werden ausgeschöpft). In der Sowjetunion war die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Konsumgütern während der ersten Fünfjahrespläne

wegen der ausschließlichen Bevorzugung der Schwerindustrie nicht immer in vollem Umfang gewährleistet. Die Chinesen scheinen einen Weg gefunden zu haben, dieses Dilemma zu umgehen.

3. Die Methoden der Planung in China kennzeichnet der „Versuch, durch die Dezentralisierung der Verwaltung die lokale Initiative zu ermutigen, und der Versuch, durch die Konzentration der Wahl von Zielen und Mitteln die Planung möglichst effektiv zu gestalten“ (25). Das sieht so aus, daß die Planstellen keine bis ins einzelne detaillierten Pläne für jeden Betrieb aufstellen, sondern eher allgemeine, qualitative Direktiven ausgeben, nach denen die einzelnen Betriebe ihre Pläne selbst anfertigen, die dann in der Zentrale auf ihre Kompatibilität geprüft werden. Innerhalb der allgemeinen Planziele haben die Betriebsleitungen sehr großen Spielraum. Nur ein Teil der Betriebe ist der Zentrale in Peking direkt unterstellt (20—30 % der wertmäßigen Produktion), der Rest untersteht Provinzen und Gemeinden.

4. Die oben beschriebene Dezentralisierung geht nicht einher mit der Duldung oder gar Forcierung des „Marktes“. In den osteuropäischen Ländern führt man ihn wieder ein, um eine besser dem Bedarf angepaßte Produktion zu erreichen. In China ist die Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten durch die besondere Rolle der Handelsorganisationen gewährleistet. „Die Handelsorganisationen leiten die Betriebe sowohl bei der Ausarbeitung ihres Planentwurfs als auch bei der Ausarbeitung ihres detaillierten Produktionsprogramms. Auch können sie bei der Revision dieses Programms im Laufe des Jahres eingreifen“ (27). Ihre Intervention spielt sich ab auf dem Hintergrund staatlich festgelegter Preise: Das Spiel von Angebot und Nachfrage kommt nicht spontan zur Wirkung, sondern wird ersetzt durch die bewußte Tätigkeit gesellschaftlicher Organisationen.

5. In den Anfängen der Revolution wurden die Industriebetriebe durch eine Troika geleitet: einen nominierten Direktor, einen Parteidelegierten und einen gewählten Vertreter der Werktätigen. Dieses Gremium wurde als oberstes Organ ersetzt durch das Parteikomitee, das gewählt wird durch die Parteimitglieder des Betriebs, die ihrerseits vorher alle Werktätigen konsultieren sollten. Der von staatlichen Stellen eingesetzte Generaldirektor hat die laufenden Geschäfte auszuführen und ist dem Parteikomitee verantwortlich. Eine „Konferenz der Vertreter der Werktätigen“ hat Anspruch auf Information und soll bei wichtigen Entscheidungen mitbestimmen. Nach der Kulturrevolution, die sich ja vor allem gegen die Parteibürokratie wandte, wird das wesentlich anders aussehen. Die Betriebe dürften nun von Revolutionskomitees geleitet werden, in denen die Partei nur ein Drittel der Stimmen innehat.

6. Der langfristig wahrscheinlich entscheidende Unterschied zum sowjetischen Modell, speziell zu den in den osteuropäischen sozialistischen Ländern stattfindenden Reformen, liegt in dem Stellenwert, den die Chinesen dem Profit und der Rentabilität zuweisen. Zwar

wird auch von ihnen die Notwendigkeit der „Finanzautonomie und Rentabilität als notwendige Voraussetzung für das Funktionieren der Produktions- und Handelsbetriebe“ (130) anerkannt. Aber erstens ist der Profit nur *ein* und nicht unter allen Umständen das entscheidendste Erfolgskriterium des Betriebes, und zweitens „wird die Anreizrolle des Profits . . . ausdrücklich abgelehnt“. Die Gewinne werden bis auf einen sehr kleinen Betriebsfonds (der für kollektiven Konsum verwendet wird) völlig an den Staat abgeliefert. Sie dienen also nicht zur Auszahlung von „materiellen Anreizen“ an Management oder Arbeiter.

Die chinesischen Volkswirtschaftler meinen, daß „die Produktionsziele erreicht werden sollten, weil sie im Plan festgelegt sind und infolgedessen gesellschaftlichen Prioritäten entsprechen, und nicht weil es für einen bestimmten Betrieb von größerem finanziellen Vorteil wäre, wenn er dieses oder jenes Produkt herstellte“. „In dem Augenblick, wo der Profit als ‚Gradmesser‘ — und mehr noch als ‚Anreiz‘ betrachtet . . . werde — gerate man schnell in eine Situation, in der sich jeder Betrieb ‚aller Arten von Manövern‘ hingebe, um seine Gewinne — auch auf Kosten der übrigen Betriebe — zu erhöhen“ (133).

Im Resümee am Schluß des Buches polemisieren die Autoren zunächst gegen die mechanistische Interpretation des Verhältnisses von Basis und Überbau in den sozialistischen Ländern Osteuropas, in denen der Überbau, das Bewußtsein der Menschen und die Kultur einer jeden Gesellschaft (auch der sozialistischen) als passive Widerspiegelung der ökonomischen Basis angesehen wird. Diese Interpretation ist falsch auch in bezug auf vorsozialistische Gesellschaften. Nach der sozialistischen Revolution jedoch mußte die Dialektik von Basis und Überbau tendenziell umschlagen, sodaß das Bewußtsein der treibende Faktor wird. „Hier ist die Ideologie offensichtlich nicht ein Faktor des ‚Widerstandes‘ gegen eine Veränderung, sondern im Gegenteil eines der antreibenden Momente derselben“ (150), also direkt Produktivkraft, die ihrerseits die dynamische Entwicklung der Basis erst vorantreibt. Die sowjetische Interpretation führt notwendigerweise dazu, daß man den Kommunismus und das kommunistische Bewußtsein auf den fernen Zeitpunkt verschiebt, zu dem die Entwicklung der Produktivkräfte Überflußproduktion erlaubt und sich das kommunistische Bewußtsein dann von selbst einstellt.

In China werden ideologische Kampagnen mit organisatorischen Konsequenzen durchgeführt. Die leitenden Kader sind verpflichtet, eine gewisse Zeit im Jahr manuelle Arbeit zu leisten, um bürokratische Erscheinungen zu vermeiden, den Kontakt mit den Massen aufrechtzuerhalten und das Entstehen einer Elitementalität zu verhindern. — Die materiellen Anreize werden zwar nicht ganz beseitigt, spielen aber nur eine sehr untergeordnete Rolle: es gibt keine Akkordarbeit, sondern nur Monatslöhne; die Differenzierung der Löhne ist minimal. Statt dessen werden die Werte gefördert, die sich im Zuge des revolutionären Kampfes herausgebildet haben. „Wir

sind hier weit entfernt vom Stachanowarbeiter (oder auch Aktivisten), der vor allem durch seine individuellen Qualitäten brillierte“ (156).

Das Buch läßt viele Fragen offen und ist mehr ein Überblick als eine detaillierte Darstellung der Struktur der chinesischen Gesellschaft. Die Notwendigkeit der Kulturrevolution läßt sich nur aus einigen wenigen Passagen ableiten, d. h., die ungelösten Probleme vor 1966 werden nicht ausgeleuchtet. Gleichwohl bietet es ausgezeichnete Informationen und dürfte neben Manfred Biehls Buch über die Volkskommunen (vgl. die Besprechung in *Das Argument* 43, S. 166) das beste deutschsprachige Buch über die chinesische Ökonomie sein. Es bietet sich an für die Kritik der politischen Ökonomie der osteuropäischen sozialistischen Staaten: „Es wäre irrig zu meinen, daß das chinesische Experiment nur Lehren für schwach industrialisierte Länder zu bieten hätte... Die wichtigsten Lehren betreffen die grundlegende Rolle, die der Ideologie und der Durchdringung der Massen mit den für die sozialistische Gesellschaft spezifischen Werten zuerkannt wird. Man kann sogar behaupten, daß diese Lehren besonders wichtig für die am stärksten industrialisierten sozialistischen Länder sind“ (173).

Peter Strotmann (Berlin)

(Fortsetzung von Seite II)

<i>Peirce, Charles Sanders: Zur Entstehung des Pragmatismus (Schnädelbach)</i>	110
<i>Schulz, Walter: Wittgenstein (Schnädelbach)</i>	112
<i>Topitsch, Ernst: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft (Hirschfeld)</i>	114

II. Soziologie

<i>Bouman, Pieter Jan: Grundlagen der Soziologie (Oehlke)</i> . . .	115
<i>Moore, Wilbert E.: Strukturwandel der Gesellschaft (Oehlke)</i> .	116
<i>Mauss, Marcel: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften (Thunack)</i>	118
<i>Schmidt, Regina, u. E. Becker: Reaktionen auf politische Vorgänge (I. Horn)</i>	120
<i>Hofmann, Werner: Universität, Ideologie, Gesellschaft (Hirschfeld)</i>	121
<i>Neusüss, Arnhelm: Utopisches Bewußtsein und freischwebende Intelligenz (Hirschfeld)</i>	124

III. Psychologie

<i>Brückner, Peter, Th. Leithäuser u. W. Kriesel: Psychoanalyse (K. Horn)</i>	126
<i>Sperling, Eckhard: Die psychosoziale Lage von Hirnverletzten (K. Horn)</i>	131
<i>Dietz, Karl, u. P. G. Hesse: Wörterbuch der Sexuologie (W. F. Haug)</i>	132
<i>Müller, Hermann: Rassen und Völker im Denken der Jugend (Kubale)</i>	133

IV. Soziale Bewegung und Politik

<i>Grohs, Gerhard: Stufen afrikanischer Emanzipation (Moebus)</i>	135
<i>Césaire, Aimé: Über den Kolonialismus (Tibi)</i>	138
<i>Carmichael, Stokely, u. Ch. V. Hamilton: Black Power (Fenner)</i>	140
<i>Bain, Chester A.: Vietnam. The Roots of Conflict (Harrer)</i> . .	142
<i>Alsheimer, Georg W.: Vietnamesische Lehrjahre (Karsunke)</i> .	142
<i>Lacouture, Jean: Ho Tschì Minh (Alsheimer)</i>	144
<i>Ho Chi Minh: Gegen die amerikanische Aggression (Alsheimer)</i>	144
<i>Le Chau: Bauernrevolution in Süd-Vietnam (Alsheimer)</i> . . .	144